

Stenografisches Protokoll
- Endgültige Fassung -

der 22. Sitzung
des 2. Untersuchungsausschusses
am Dienstag, dem 3. Juli 2012, 9 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Berlin

Vorsitz: Sebastian Edathy, MdB

Tagesordnung

	Seiten
Vernehmung von Zeugen:	1 - 121
- Kriminalhauptkommissar a. D. Edgar Mittler	1
- Kriminalhauptkommissar Markus Weber	27
- Oberstaatsanwalt a. D. Josef Rainer Wolf	71
- Kriminaloberrat Bert Gricksch	96

Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses
 Dienstag, 03. Juli 2012, 09:00 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>CDU/CSU</u>		<u>CDU/CSU</u>	
Binniger, Clemens		Hahn, Florian
Schipanski, Tankred		Heinrich, Frank
Stracke, Stephan		Schön (St. Wendel), Nadine
Winkelmeier-Becker, Elisabeth		Schuster (Weil am Rhein), Armin	
<u>SPD</u>		<u>SPD</u>	
Edathy, Sebastian		Gleicke, Iris	
Högl, Eva, Dr.		Kolbe (Leipzig), Daniela	
Rix, Sönke		Özoguz, Aydan	
<u>FDP</u>		<u>FDP</u>	
Tören, Serkan		Kurth (Kyffhäuser), Patrick	
Wolff (Rems-Murr), Hartfrid		Schulz, Jimmy
<u>DIE LINKE.</u>		<u>DIE LINKE.</u>	
Pau, Petra		Petermann, Jens	
		WALSZYNSKI, Kai-Ina	
<u>BÜ90/GR</u>		<u>BÜ90/GR</u>	
Wieland, Wolfgang		Ströbele, Hans-Christian	

2. Untersuchungsausschuss

Dienstag, 03. Juli 2012, 09.00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/ CSU

SPD

FDP

DIE LINKE

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

Borghorst
 Hawswell
 Dr. Molsberger
 D. Knigge
 C. Lange
 Webbing
 Heiser
 M. M.
 Nocht
 Mehbeck
 P. F.
 von Dieck
 Lehmann
 Kant
 Van Renssen

SPD
 SPD
 CDU / CSU
 SPD
 FDP
 SPD
 SPD
 SPD
 SPD
 SPD
 SPD
 CDU/CSU
 FDP
 LINKE
 Grüne
 FDP

[Handwritten signatures]
 Knigge
 Lange
 Webbing
 Heiser
 M. M.
 Nocht
 Mehbeck
 P. F.
 von Dieck
 Lehmann
 Kant
 Van Renssen

2. Untersuchungsausschuss

Dienstag, 03. Juli 2012, 09.00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/ CSU

SPD

FDP

DIE LINKE.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

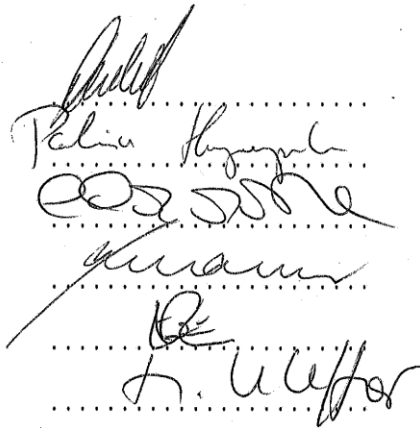
Fraktion:

Unterschrift:

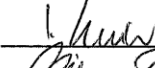
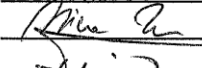

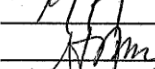
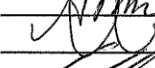

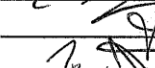
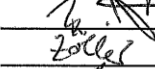


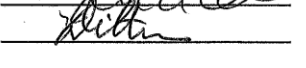
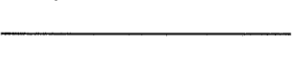
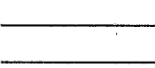
(Name bitte in Druckschrift)


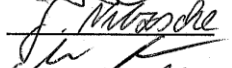
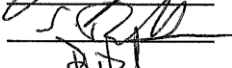
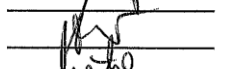
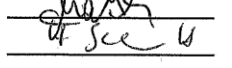
Dobiel
Palina Hagenjauer
von Cossel
Lehmann
van Kerssen
Ulffers

FDP
FDP
CDU/CSU
LINKE
FDP
Linke



Dienstag, 03. Juli 2012, 09:00 Uhr

Ministerium bzw. Dienststelle (bitte Druckschrift)	Name (bitte Druckschrift)	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Unterschrift
GRA	Kaiser	Staatsanwalt	
BKA	Herrmann	ORR'in	
G.S. BKR	FISCHER	Deputat	
BK-Alt	Rensmann	Ref	
BMI	Schmerbach	KA	
BDM	MAASS	MDg	
BMI	Schäfer	KOR	
BKA	Gernsdo	KOR	
BKA	Bergner	KK	
BMI	Zoller	OSTA BgH	
BMI	Dr. Grefmann	MR	
BKI	Schuldt	Kop.	
BMI	Dittmann	AL	

Bundesrat: (bitte Druckschrift)	Unterschrift	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Land
W HH		ORR'in	HH
LV RP	J. M... ..	RR'in	RP
LV BW		Bauführer	BW
Bayer		ORR	Bayer
PETSCHE	Hitch	MR	Ni
Mit Uebach	M. Uebach	RD'in	TH
v. Barnackow	U. v. Barnackow	RD'in	SN
		in	BT
SCHÖBER		MR	BY
Matthias		RD	NRW
F. Schmitt	F. Schmitt	RR	HE

(Beginn: 10.43 Uhr)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf die 22. Sitzung des Zweiten Untersuchungsausschusses hiermit eröffnen. Die Sitzung ist grundsätzlich öffentlich.

Wir kommen damit zum **einzigsten Punkt der Tagesordnung:**

Vernehmung von Zeugen:

- Kriminalhauptkommissar a. D. Edgar Mittler
- Kriminalhauptkommissar Markus Weber
- Oberstaatsanwalt a. D. Josef Rainer Wolf
- Kriminaloberrat Bert Gricksch

Ich darf als ersten Zeugen des heutigen Tages Herrn Kriminalhauptkommissar a. D. Edgar Mittler begrüßen. Herr Mittler, bevor ich einige einleitende Anmerkungen mache, stelle ich fest, dass die Medienvertreter, soweit sie Geräte für Ton-, Film- und Bandaufnahmen mit sich geführt haben, den Saal offenkundig bereits verlassen haben. Ich darf ergänzend darauf hinweisen, dass Ton- und Bildaufnahmen während der gesamten öffentlichen Beweisaufnahme grundsätzlich nicht zulässig sind.

Ich darf Sie darüber hinaus bitten, Mobiltelefone, sofern das noch nicht geschehen ist, auszuschalten, insbesondere deshalb, weil die Gefahr einer Übertragung bzw. einer Aufzeichnung durch solche technischen Mittel nicht auszuschließen ist.

Vernehmung des Zeugen Edgar Mittler

Herr Mittler, ich darf Sie darauf hinweisen, dass das Ausschussesekretariat eine Tonbandaufnahme Ihrer heutigen Zeugenvernehmung anfertigt. Diese Aufnahme dient allerdings ausschließlich dem Zweck, das spätere Anfertigen des Stenografischen Protokolls zu erleichtern. Das heißt, die Aufnahme wird zu einem späteren Zeitpunkt, wenn das Protokoll erstellt ist, gelöscht.

Der Entwurf des Protokolls Ihrer Vernehmung wird Ihnen nach Fertigstellung übermittelt. Sie haben, falls Sie das wünschen, eine Frist von zwei Wochen, innerhalb derer Sie eventuell Korrekturen oder Ergänzungen reklamieren können.

Ich stelle fest, dass Sie ordnungsgemäß geladen sind. Die Ladung haben Sie am

21. Juni 2012 erhalten. Eine Aussagegenehmigung des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalens ist heute vorgelegt worden.

Vor Ihrer Aussage habe ich Sie zunächst formal zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Sie sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie auf die strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Derjenige nämlich, der vor dem Untersuchungsausschuss des Bundestages uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, aber auch eines dienstlichen Ordnungsverfahrens, ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuftem Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss gegebenenfalls einen entsprechenden Entschluss fassen kann.

Haben Sie zu dem, was ich bisher vorge tragen habe, Fragen?

Zeuge Edgar Mittler: Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann, Herr Mittler, darf ich Sie nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darum bitten, zu Beginn sich dem Ausschuss mit vollständigem Namen, Altersangabe, Beruf vorzustellen und uns mitzuteilen, ob die für die Ladung verwendete Anschrift nach wie vor aktuell ist.

Zeuge Edgar Mittler: Mein Name ist Edgar Mittler. Ich bin Kriminalbeamter im Ruhestand, in Köln tätig gewesen, 63 Jahre alt jetzt. Was war noch die Frage?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ob die Anschrift, die wir für Ihre Ladung verwendet haben, nach wie vor, beispielsweise für die Zustellung des Protokollentwurfes, gültig ist.

Zeuge Edgar Mittler: Das weiß ich nicht, weil ich die Ladung über meine ehemalige Dienststelle bekommen habe.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja. - Ist es denn in Ordnung, wenn wir auch weiterhin über Ihre ehemalige Dienststelle korrespondieren? Sonst könnten Sie ja auch Ihre Privatschrift im Sekretariat hinterlegen.

Zeuge Edgar Mittler: Das ist in Ordnung.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir machen das so, wie wir auch die Ladung zugestellt haben.

Zeuge Edgar Mittler: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wenn Sie das Mikrofon ein bisschen näher zu sich hinziehen und direkt hineinsprechen könnten, dann verstehen wir Sie besser.

Zeuge Edgar Mittler: Gut.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Mittler, nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes des Bundes haben Sie Gelegenheit, aber keineswegs die Pflicht, sich vor Ihrer Vernehmung im Zusammenhang zum Gegenstand der Vernehmung zu äußern. Möchten Sie davon Gebrauch machen?

Zeuge Edgar Mittler: Ja. Ich kann gern ein paar einleitende Worte zum Sachverhalt sagen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bitte. Dann haben Sie das Wort.

Zeuge Edgar Mittler: Ja. Ich war im Jahre 2001 Leiter der Ermittlungskommission „Probst“, die sich befasste mit einem Sprengstoffanschlag auf eine iranische Familie. Dieser Anschlag war etwas ungewöhnlich, weil kurz vor Weihnachten im Jahre 2000 eine männliche Person, circa 25 Jahre alt, in das kleine Geschäft - man könnte Tante-Emma-Laden - der iranischen Familie kam mit einem Geschenkkorb unterm Arm. In dem

Geschenkkorb waren schon so einige Lebensmittel. Und der kaufte dann noch eine Flasche Whisky, ein paar Kekse und Kleinigkeiten dazu, griff dann in die Tasche, stellte fest, dass er kein Geld hatte - so sagte er jedenfalls -, und ließ den Geschenkkorb stehen, sagte dem Ladeninhaber, er würde eben schnell nach Hause gehen, Geld holen und dann den Geschenkkorb bezahlen und wieder mitnehmen.

Der 25-jährige unbekanntes Deutsche, so wie ihn der Iraner beschreibt, ist dann nicht mehr aufgetaucht. Nach zwei Tagen hat der Ladenbesitzer den Geschenkkorb genommen, weil der ihm dann irgendwo Platz weggenommen hat, und hat ihn in den hinteren Raum gebracht. Das war der Aufenthaltsraum der Familie. Die Familie - wenn ich jetzt richtig - - waren drei Kinder, Vater und Mutter, also fünfköpfig, und alle verkauften oder beschäftigten sich in dem kleinen Ladengeschäft.

Der Geschenkkorb stand dann in diesem hinteren Raum vier, fünf Wochen, bis Mitte Januar des Jahres 2001 die 19-jährige Tochter die Aufgabe hatte, hinten im Raum Brötchen zu schmieren. Als sie damit fertig war, wurde sie etwas neugierig, schaute sich diesen Geschenkkorb, der jetzt nun die ganze Zeit da unnützlich rumstand, etwas näher an. In dem Geschenkkorb war eine Christstollendose, so würde ich sie bezeichnen, aus Metall, die eigentlich nur interessant war. Alles andere waren offensichtlich Lebensmittel, teilweise auch aus dem Ladengeschäft. Und sie öffnete dann die Dose.

Sie sagte dann mir, sie hätte in der Dose eine blaue Flasche gesehen, hätte sofort den Deckel wieder zugemacht, und bückte sich dann. Ob sie sich gebückt hat, weil es zischte oder, wie sie meint, weil sie einen Spiegel suchen wollte - - In dem Augenblick, als sie sich bückte, explodierte oder detonierte über ihr diese Dose, wie wir später festgestellt haben. Sie selbst wurde durch Sprengstoffreste, durch Schwarzpulverreste schwer im Gesicht verbrannt, erlitt aber keine lebensgefährlichen Verletzungen.

Die Ermittlungen waren äußerst schwierig, weil es überhaupt keinerlei Anhaltspunkte gab. Wir haben gehofft, dass die geschädigte Familie uns da helfen könnte. Die waren vor acht Jahren eventuell, könnten auch fünf gewesen sein, aus dem Iran ausgewandert und hatten hier Asyl beantragt und auch bekommen und waren selber davon überzeugt, dass auf keinen Fall ein ausländerfeindlicher

Hintergrund hinter diesem Anschlag stecken könnte. Der Sohn der Familie hatte Kontakte zum Rotlichtmilieu. Der Vater, das Familienoberhaupt, hatte Probleme mit ein oder zwei türkischen Bauunternehmern, die beim Hausbau eventuell zu viel Geld oder zu viel Pfusch gemacht hatten, sodass wir uns quasi mit unseren Ermittlungen in alle Richtungen konzentrierten, aber letztendlich keinen Täter ermitteln konnten. -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Kann ich Ihrem Schweigen entnehmen, dass Sie am Ende Ihrer einleitenden Bemerkungen sind?

Zeuge Edgar Mittler: Ja, ach so, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank so weit, Herr Mittler. - Das ist ja eine der wesentlichen Fragen, die uns hier im Ausschuss beschäftigen, sowohl auf die neuen Morde an Mitbürgern mit einem sogenannten Migrationshintergrund bezogen als auch mit Blick auf die beiden Anschläge in Köln. Sie waren ja zuständig im Bereich der Ermittlungen bezüglich des Anschlages von 2001. Wir werden nachher auch noch Zeugen hören, die befasst waren mit dem Anschlagsgeschehen von 2004 in der Keupstraße. Mich würde in dem Zusammenhang einleitend interessieren: Es gibt - das haben wir in den Akten gefunden - eine Agenturmeldung, eine Meldung der Agentur ddp, die datiert vom 12. Januar 2001. Das war also wenige Tage - - Das kann ja nicht sein, 12. Januar.

Zeuge Edgar Mittler: Also, die Tat war am 19. Januar 2001.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich weiß nicht, warum jemand „12. Januar“ auf meinen Vermerk geschrieben hat.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Haben Sie eine
Fundstelle da?)

- Ja, das ist die Quelle - - Also, es war - - Ich trage es mal vor. Es muss wenige Tage nach dem Anschlag gewesen sein, weil es dort heißt:

Am Freitag war es in den Lager-
räumen des Geschäfts zu einer
Verpuffung gekommen ...

Also, es muss wenige Tage nach dem Anschlag gewesen sein.

Dann heißt es - Zitat -:

„Wir ermitteln in alle Richtungen“, hieß es von der Polizei, auch der Staatsschutz sei in den Fall eingebunden. Derzeit schließe man einen ausländerfeindlichen Hintergrund der Tat ebenso wenig, aus wie Motive aus dem persönlichen Umfeld der Opfer.

Die Überlegung, dass es einen ausländerfeindlichen Hintergrund gegeben haben könnte: Inwiefern ist der nachgegangen worden im Zuge Ihrer Ermittlungsarbeiten?

Zeuge Edgar Mittler: Also, wir selber in unserem Kriminalkommissariat haben normalerweise keinen direkten Draht zum Bundesamt oder zu anderen Behörden. Aber in diesem Fall oder auch eigentlich fast in jedem Fall bei einem Sprengstoffanschlag fertigen wir eine Zweitakte, die wir unserem Staatsschutz übergeben, und der Staatsschutz soll eine Bewertung vornehmen. Was da alles gemacht wird, weiß ich jetzt nicht genau. Und wir kriegen dann auf jeden Fall eine Antwort zurück, entweder ob ein politischer Hintergrund erkennbar ist oder nicht.

In diesem Fall hatte ich mich besonders ins Zeug gelegt, allerdings in eine andere Richtung. Weil wir uns das Ganze nicht erklären konnten, die Familie aber aus dem Iran gekommen war, hatte ich eventuell gedacht, es könnte natürlich auch vielleicht der iranische Geheimdienst hinter der ganzen Sache gesteckt haben. Deswegen hatte ich also extra gebeten, über spezielle Erkenntnisse aus dem politischen Bereich, sei es aus der Richtung oder sei es aus dem anderen Umfeld, zu bekommen. Ich habe aber keinerlei Hinweise bekommen, dass ein politisches Motiv erkennbar war.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja. Also, ich habe gerade festgestellt aufgrund der Agenturkennung: Das war eine ddp-Meldung vom 20. Januar 2001, das heißt also einen Tag nach dem Anschlag. - Wie ist denn dann diese Aussage, der Staatsschutz sei eingeschaltet worden, zu verstehen? Also, Sie haben den Staatsschutz informiert, nehme ich an.

Zeuge Edgar Mittler: Der Staatsschutz hat von mir eine Zweitakte bekommen und

gleichzeitig natürlich mit der Bitte um Übernahme des Verfahrens, wenn denn politische Hintergründe erkennbar seien, und dann kam die Mitteilung, dass sie das Verfahren also nicht übernehmen, weil keinerlei Erkenntnisse vorhanden sind.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir finden in den Akten, dass beim Verfassungsschutz nachgefragt worden ist nach Erkenntnissen zu den Familienmitgliedern.

Zeuge Edgar Mittler: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wer hat das veranlasst?

Zeuge Edgar Mittler: Das dürfte der Staatsschutz veranlasst haben; aber ich habe auch darum gebeten.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das ist eine Anfrage des Polizeipräsidiums Köln vom 19. Januar gewesen.

Zeuge Edgar Mittler: Hm. Also, ich werde wohl der Veranlasser gewesen sein, weil ich, wie gesagt, mir nicht erklären konnte, woher die Sache kam.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja. Das heißt, ich sehe das richtig: Sie haben veranlasst, dass man Kontakt aufgenommen hat zum Verfassungsschutz, aber nicht etwa in der Hinsicht „Gibt es irgendwelche Hinweise auf ähnliche Anschläge in Nordrhein-Westfalen oder in der Republik mit einem fremdenfeindlichen Hintergrund?“, sondern die Anfrage an den Verfassungsschutz beschränkte sich darauf, in Erfahrung zu bringen, ob es dort einschlägige Informationen gibt über die betroffene Familie?

Zeuge Edgar Mittler: Das müsste man jetzt etwas ergänzen oder etwas weiter sehen. Wir haben den Tatort, also dort in der Probsteigasse, zusammen mit dem Landeskriminalamt aufgenommen. Das Landeskriminalamt hat sich also dann mit den Spreng- und Tatmitteln befasst und hatte also mehr oder weniger die Aufgabe, die Tatmittel auszuwerten, entsprechende Vergleiche einzuholen und bundesweit anzufragen, ob irgendwo etwas Ähnliches schon mal vorgekommen ist.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Na ja, also, das ist - -

Zeuge Edgar Mittler: Das Gleiche war natürlich bei mir der Fall mit meiner Anfrage oder mit meiner Absicht, dass ich vom Staatsschutz gerne wissen wollte, ob irgendwelche politischen Erkenntnisse vorliegen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja. - Die Abkürzung „Köln ST“, ist das der Staatsschutz?

Zeuge Edgar Mittler: Staatsschutz, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Weil das ist eigentlich ganz interessant. Ich will Ihnen dann den Vorhalt doch machen. Das ist in den Unterlagen zu finden unter MAT A BfV-4, Blatt 17. Demnach ist bereits am 19. Januar 2001 um 7 Uhr morgens der Sprengsatz explodiert.

Zeuge Edgar Mittler: Ja. Ich war nicht als Erster am Ort, nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bitte?

Zeuge Edgar Mittler: Ich war jetzt nicht am ersten Tag am Ort; aber es könnte durchaus hinkommen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, aus den Akten ergibt sich das: Also, um 7 Uhr explodiert der Sprengsatz.

Zeuge Edgar Mittler: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Und um 17 Uhr bereits, also zehn Stunden später, schreibt der Staatsschutz aus Ihrem Behördenbereich unter anderem an das Bundesamt für Verfassungsschutz: Betrifft Erkenntnis-anfrage. - Und dann wird das Bundesamt für Verfassungsschutz gefragt, welche Erkenntnisse dort in Köln beim Bundesamt möglicherweise vorliegen könnten zu sechs Familienangehörigen. Da hat man ja sehr zügig gehandelt.

Zeuge Edgar Mittler: Das ist der normale Weg. Wenn so ein Ereignis passiert, setzen wir eine sogenannte WE-Meldung, eine Wichtige-Ereignis-Meldung, die ans Ministerium geht, die auch andere Behörden be-

kommen. Auch der Staatsschutz hat sie bekommen und hat darauf sofort reagiert, so wie ich das jetzt sehe, und hat das weitergesteuert mit der Anfrage an das Bundesamt für Verfassungsschutz, um erst mal etwas zu erfahren über die Opfer.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, Sie sagen: Das ist der normale Weg. Machen Sie das bei jedem Anschlag, unabhängig davon, wer zum Opfer wird?

Zeuge Edgar Mittler: Also, Sprengstoffanschläge sind jetzt auch in Köln nicht so häufig. Aber auf jeden Fall ist das eine herausragende Straftat.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja.

Zeuge Edgar Mittler: Dieses Prozedere wird immer durchgeführt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja. Also auch, wenn die Familie „Müller“ oder „Schneider“ geheißen hätte?

Zeuge Edgar Mittler: Auch wenn die Familie „Müller“ oder „Schneider“ geheißen hätte.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das ist so die Praxis? Hätten Sie da auch den iranischen Geheimdienst in Verdacht gehabt?

Zeuge Edgar Mittler: Nein, ganz sicher nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ist vielleicht die Überlegung, der iranische Geheimdienst könnte etwas zu tun haben mit dem Anschlag, der ausschlaggebende Punkt gewesen für die Abfrage beim Bundesamt für Verfassungsschutz?

Zeuge Edgar Mittler: Dann muss man jetzt erst mal einen Strich machen. Ich bin erst nach zwei Tagen in die Ermittlungen reingekommen. Das Ganze lief zunächst als ein sogenanntes Branddelikt, und unsere Brandermittler waren als Erste vor Ort. Die haben dann Gott sei Dank erkannt, dass es also kein normaler Hausbrand war, sondern mehr oder weniger ein Sprengstoffanschlag. Erst dann wurde uns der Vorgang übergeben. Trotzdem wurde natürlich sofort die entsprechende Meldung gemacht. Wenn ich

vorhin erwähnt habe, dass der iranische Geheimdienst meines Erachtens hätte eventuell dahinterstecken könnte, dann lag das einfach daran, dass wir keinen Anpack gefunden haben, wer der Täter gewesen sein konnte.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Warum erschien Ihnen denn die Überlegung mit dem iranischen Geheimdienst plausibler als ein möglicher fremdenfeindlicher Hintergrund?

Zeuge Edgar Mittler: Die erschien mir nicht plausibler, sondern es war eine Möglichkeit.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Na ja, aber ich habe Sie vorhin ja gefragt: Also sind Sie der fremdenfeindlichen Spur oder Überlegung nachgegangen? Da haben Sie gesagt, Ihnen schien wahrscheinlicher, dass das einen anderen Hintergrund haben könnte, wenn es einen politischen Hintergrund gab. Aber jetzt, wenn Sie sagen: „Es war *eine* Möglichkeit mit dem iranischen Geheimdienst“, welche Maßnahmen haben Sie denn ermittlungstechnisch auf den Weg gebracht, um der anderen Überlegung, also einem möglichen rassistischen Hintergrund, nachzugehen?

Zeuge Edgar Mittler: Das war also grundsätzlich auch nicht meine Aufgabe, sondern das wäre Aufgabe des Staatsschutzes gewesen. Und meine Frage an den Staatsschutz ging nur darum, ob irgendwelche politischen Hintergründe erkennbar waren.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Was haben Sie denn veranlasst, um - - Ich meine, ich bin jetzt nicht Kriminalist. Aber wenn ich zu tun hätte mit einem Sprengstoffanschlag, dann wäre es ja nicht ganz fernliegend, mal eine Abfrage zu machen auch bei anderen Behörden: Hat es ein vergleichbares Geschehen in den letzten Jahren bundesweit oder innerhalb von Nordrhein-Westfalen an anderer Stelle gegeben? - Haben Sie das gemacht?

Zeuge Edgar Mittler: Das ist gemacht worden. Auch seitens des LKAs wurde auch eine Rückmeldung getätigt, dass eventuell so was Ähnliches vorgekommen sei von zwei Schülern oder Jugendlichen aus Düsseldorf,

bei denen bei einer Durchsuchung nebenbei ein ähnlicher Sprengsatz mit einer Gasflasche gefunden wurde, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Es gab ja dann drei Jahre später - -

Zeuge Edgar Mittler: Das war aber der einzige Hinweis, den ich bekommen habe, dass irgendwelche Zusammenhänge hätten bestehen können.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Es war ja dann so, dass die Ermittlungen bereits zu einem relativ frühen Zeitpunkt wieder eingestellt worden sind. Also noch mal: Der Anschlag hatte sich ereignet am 19. Januar 2001, und die Verfügung der Staatsanwaltschaft Köln, dass die Ermittlungen vorläufig eingestellt werden, erfolgte bereits am 13. Juni 2001, das heißt keine fünf Monate später. Ist das nach Ihrer Erfahrung als Polizeiexperte üblich, dass man nach einem Sprengstoffanschlag mit einer doch erheblich verletzten Person nach fünf Monaten die Ermittlungen einstellt?

Zeuge Edgar Mittler: Man stellt die Ermittlungen ein, wenn man keine Hinweise mehr hat. Und die Spuren in diesem Fall waren abgearbeitet, die Spuren, die wir gehabt haben. Wir haben keinen Hinweis mehr gehabt. Normalerweise ist es so, dass man nach ein, zwei Jahren eventuell noch mal mit dem Geschädigten spricht, den aufsucht, fragt, ob irgendwas Neues sich ergeben hat. Aber ansonsten ist das der übliche Weg, den ich kenne.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja. Es hat ja eine Nachvernehmung gegeben von Herrn Malayeri, also dem Besitzer des Geschäftes, am 1. Februar 2002. Waren Sie da noch irgendwie beteiligt, oder waren Sie da schon nicht mehr dabei?

Zeuge Edgar Mittler: Also, man muss das so sehen: Der Vorgang war beim KK 13 angesiedelt, also nicht bei den Politischen, auch nicht bei der Mordkommission, sondern bei der normalen Dienststelle für Sprengstoffdelikte. Ich war damals stellvertretender Dienststellenleiter. Insofern war ich in irgendeiner Art und Weise auch damit noch befasst, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja. Wann sind Sie noch mal in den Ruhestand gegangen?

Zeuge Edgar Mittler: Sechs Jahre bin ich jetzt weg. Ich bin - - 2006 müsste ich - - Ich bin in Altersteilzeit gegangen und müsste 2006 die Behörde verlassen haben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. - Dann noch mal abschließend die Frage: Können Sie sich erinnern, dass es irgendwelche konkreten Ansätze gab, der Überlegung nachzugehen - - Also, wie gesagt, die Agenturmeldung: ddp schreibt, es wird in alle Richtungen ermittelt; auch ein fremdenfeindlicher Hintergrund wird nicht ausgeschlossen. - Was ist denn konkret gemacht worden, um dieser Überlegung, es könnte theoretisch einen fremdenfeindlichen Hintergrund für den Sprengstoffanschlag gegeben haben, um dem nachzugehen?

Zeuge Edgar Mittler: Da es darauf keinerlei Hinweise gab, ist auch nichts weiter unternommen worden, insbesondere weil auch der Geschädigte, also der Herr Malayeri, in seiner Vernehmung ganz klar gesagt hat, also, er könnte sich beim besten Willen nicht vorstellen, dass ein fremdenfeindlicher Hintergrund vorhanden ist.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das ist richtig. Das unterscheidet auch, finde ich, diese Straftat von anderen. In der Tat haben wir in den Akten gefunden - das ist MAT A GBA 4/8 a, Blatt 2005 bis 2010, das ist die konkrete Blatt-Nr. 207 - - Da sagt Herr Malayeri am 1. Februar 2002:

Weder ich noch meine Familie ist jemals Ziel von Ausländerfeindlichen Akten gewesen. ... Ausländerfeindlichkeiten halte ich für ausgeschlossen, 100 %.

Ist das eigentlich üblich, wenn Sie mit dem Opfer einer Straftat sprechen und das Opfer sagt: „Ich halte diesen oder jenen Hintergrund für ausgeschlossen“, dass Sie dann den ebenfalls für ausgeschlossen halten?

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die korrekte Fundstelle lautet: MAT A GBA-4/8 a, Blatt 205 bis 210.

Zeuge Edgar Mittler: Nein. Aber es gab eben auch keine Hinweise darauf, dass ein ausländerfeindlicher Hintergrund existierte.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Hinweise auf einen Hintergrund, der etwas mit dem iranischen Geheimdienst zu tun hatte, gab es aber auch nicht, oder?

Zeuge Edgar Mittler: Für mich schon. Als ich mich mit ihm unterhalten habe und er mir erzählte, dass er dem Schah sehr nahestehend war oder sein Vater auch schon dem Schah sehr nahestehend war und dann nach Deutschland flüchten musste und die Zeiten damals - - Wenn man das so alles zusammenzog, kam das für mich schon - - war eine Erwägung wert. Sagen wir mal ganz einfach so: Es war eine Möglichkeit, weil wir eben keinen anderen Anpack gefunden haben. Denn alle anderen Streitigkeiten, die die Familie hatte, konnten wir dann auch irgendwann ausschließen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber es war jetzt also, abschließend gefragt, auch nicht so, dass Ihnen aus Ihrer bisherigen Polizeiarbeit in Köln oder aufgrund eines Informationsaustauschs mit Kollegen irgendwie mal bekannt gewesen wäre, dass der iranische Geheimdienst frühere Anhänger des Schahregimes in Deutschland mit Sprengstoffanschlägen überziehen würde?

Zeuge Edgar Mittler: Nein, konkret nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. - Dann eröffnen wir jetzt die erste Berliner Runde. Das Fragerecht hat die Unionsfraktion, und das Wort hat der Kollege Binninger.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Mittler, etwas mehr als 20 Minuten haben wir jetzt zusammen Zeit. Ich bedanke mich für die Ausführungen bisher und will gleich zu Einzelheiten des Falls kommen, die mich ein bisschen jetzt beschäftigt haben beim Aktstudium.

Ich würde Ihnen gerne auch einmal etwas zeigen oder kurz bringen lassen. Und zwar war es ja so, dass sowohl die Tochter als auch der Geschäftsinhaber diese Person, die den Geschenkkorb scheinbar füllen wollte, dann hinterher das Paket dagelassen hat, ja beschreiben konnten. Oder war es nur die Tochter?

Zeuge Edgar Mittler: Also, bei mir war es nur der Geschäftsinhaber, der damals gesagt hat, er hätte denjenigen, der den Geschenkkorb in der Hand hielt, gesehen, und es wäre keine weitere Person in dem Laden gewesen. Das war seine Aussage.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und er war sich auch ziemlich sicher, dass er die Person noch gut beschreiben konnte, obwohl der schon ein paar Tage - - Der Vorfall lag ja dann schon zurück; zwischen Explosion und Abstellen waren ja ein paar Tage.

Zeuge Edgar Mittler: Nicht nur das, sondern er war natürlich sehr aufgeregt im Nachhinein, und er hat sein Bestes gegeben, ein Phantombild anzufertigen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wir haben hier ja in den Unterlagen - MAT A GBA 4/2, Anlage 3.1 - die wohl damals gefertigten Phantombilder. Ich würde sie Ihnen aber gerne - wenn das jemand machen könnte - noch mal zeigen, dass Sie mir einfach bestätigen, ob das das Phantombild war; nicht dass ich jetzt hier nach dem Falschen frage. - Kann das jemand vorbringen?

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Zeuge Edgar Mittler: Also, wenn ich mich jetzt recht entsinne, könnte das eine Version des Phantombildes gewesen sein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Auf der anderen Seite ist noch mal eine, wenn Sie sie umdrehen.

Zeuge Edgar Mittler: Ja, er war sich nicht sicher, ob der Mann Brille aufhatte oder nicht, und dann hat unser Zeichner oder der Zeichner des LKAs ein Bild gemacht mit Brille und ein Bild ohne Brille.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber mit den Haaren, da war er sich so in etwa - -

Zeuge Edgar Mittler: Also, ich war selber nicht dabei, als der dem Zeichner das Phantombild geschildert hat oder das Bild geschildert hat, sondern ich entsinne mich nur an die Gespräche, die ich mit ihm geführt habe. Und er hat mir gesagt: Also, die Person, die in dem Laden war, war auffällig blond. - Er ist

allerdings sehr dunkelhaarig. Jetzt ist die Frage: War er hell- oder mittelblond und hatte die Haare länger nach hinten gekämmt? - Das ist das, was mir so in Erinnerung bleibt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ihm wurden ja später auch die Videosequenzen von dem Tatort Keupstraße vorgeführt.

Zeuge Edgar Mittler: Kann ich Ihnen nichts zu sagen; weiß ich nicht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Damals hat er wohl dann eine Ähnlichkeit mit diesen Videobildern verneint. Was mir jetzt spontan beim Studium der Akten eben auffiel: Anhand dieses Phantombildes wäre ich jetzt nicht mal im Ansatz auf Mundlos oder Böhnhardt gekommen. Sie kennen die Bilder aus den Medien wahrscheinlich auch, nehme ich an?

Zeuge Edgar Mittler: Ja, grob, ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Würden Sie da auch nur den Hauch einer Ähnlichkeit sehen?

Zeuge Edgar Mittler: Nein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Hatten Sie nochmals - - Sie hatten vorhin gesagt, das gäben Sie dann an den Staatsschutz weiter. Sie selber hatten nie direkten Kontakt mit dem Landesamt für Verfassungsschutz, Bundesamt oder -ämter?

Zeuge Edgar Mittler: Nein, das ist bei uns nicht üblich. Also, es war zu den Zeiten, als auf das Bundesamt für Verfassungsschutz der Sprengstoffanschlag verübt wurde - müsste 20, 25 Jahre her sein; da waren die noch an der Inneren Kanalstraße - - Da hatten wir teilweise persönlichen Kontakt aufgrund -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Der räumlichen Nähe?

Zeuge Edgar Mittler: - der Zusammenarbeit. Aber das ist dann sehr schnell wieder eingeschlafen, und ansonsten ging alles bei uns immer nur über den Staatsschutz.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Hatten Sie in Ihrer dienstlichen Laufbahn sonst

schon mal Erfahrung gemacht mit Sprengstoffdelikten, also mit unkonventionellen Sprengvorrichtungen, die Sie zu bearbeiten hatten, oder in anderem Zusammenhang?

Zeuge Edgar Mittler: Ich habe quasi nichts anderes gemacht, ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Würden Sie dann sagen, dass diese Bombe, die da platziert wurde, die ja erst Wochen später detonierte - - War das technisch anspruchsvoll, so etwas zu machen - abzustellen, und dann funktioniert es auch noch Wochen später -, oder war das eine banale Vorrichtung?

Zeuge Edgar Mittler: Also, es war eigentlich eine sehr einfache Vorrichtung, weil nur ein Abreißzünder. Also, es war jetzt kein Uhrwerk, es war keine Funkzündung, was höherwertiger wäre. Einen Abreißzünder nimmt man heute einfach nur, indem man eine Wäscheklammer benutzt und dann einen Stift rauszieht oder sonst etwas. Also, es war eine ziemlich einfache Vorrichtung. Insbesondere die Benutzung von Schwarzpulver, was sehr leicht zu beschaffen ist, war sehr simpel. Aber Schwarzpulver hat natürlich auch keine sehr hohe Explosionsdichte oder Abbrandgeschwindigkeit. Also, es kann sich nicht so schnell umsetzen und ist deswegen auch nicht so gefährlich wie zum Beispiel PETN oder so.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Der Täter konnte ja aber nicht davon ausgehen - oder ist vielleicht gerade vom Gegenteil ausgegangen -, dass das Päckchen so spät geöffnet wird. Es wäre ja sogar denkbar gewesen, dass man es woanders ablagert, es wegtransportiert mit der Müllabfuhr, was auch immer, weil der scheinbare Besitzer nicht mehr kommt, und dann hätte es ganz woanders die Detonation gegeben. Glauben Sie, dass das mit einkalkuliert war, oder hat man hier anderes Verhalten erwartet?

Zeuge Edgar Mittler: Also, ich habe mich immer gefragt, warum ein Täter so etwas macht, weil ich davon ausging: Wenn ich einen Gegenstand in einem Geschäft zurücklasse, dann stellt der Besitzer irgendwann fest: „Ich kann diesen Gegenstand nicht mehr gebrauchen“, nimmt eventuell seine Sachen da raus - da war, glaube ich,

eine teure Flasche Schnaps, die er ihm ja eigentlich verkauft hatte, die ja noch nicht bezahlt war - und schmeißt den Gegenstand auf den Müll nach einer gewissen Zeit, nach zwei, drei Wochen, auf jeden Fall, wenn niemand auftaucht, oder der ist besonders gesetzestreu und sagt: Bei mir hat jemand einen Geschenkkorb hingestellt oder abgegeben oder hinterlassen; liebe Polizei, könnt ihr das bitte als Fundsache abholen? - Also, das waren so meine Überlegungen. Deswegen war ich der Meinung: Es muss auch nicht unbedingt gezielt auf diese Familie gerichtet gewesen sein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sie haben ja gerade selber gesagt, dass Sie große dienstliche Erfahrung haben im Zusammenhang mit Sprengstoffdelikten. Könnten Sie uns noch mal schildern, ob und, wenn ja, in welcher Form der Tatmittelmeldedienst beim BKA mit diesem Fall abgefragt wurde, wenn ja, wer es gemacht hat und nach was gefragt wurde?

Zeuge Edgar Mittler: Das kann ich Ihnen leider nicht sagen, weil in diesem Fall wir uns eine Aufgabenteilung gemacht haben: Das LKA hat alles im Zusammenhang mit den Tatmitteln gemacht, das heißt, es schreibt dann auch dem Tatmittelmeldedienst. Und wie die Wege des LKA sind, weiß ich zwar vom Hörensagen, aber nicht aus persönlicher Kenntnis.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Hat sich aber wenigstens mal jemand irgendwann gemeldet vom LKA bei Ihnen und hat gesagt: „Wir haben jetzt alles abgeprüft in dieser Sprengstoffdatei, fachlich korrekt Tatmittelmeldedienst genannt, und es gibt keine vergleichbaren Fälle“, oder haben Sie nie mehr was gehört davon?

Zeuge Edgar Mittler: Also, Sie können sich sicherlich vorstellen, dass wir immer für jeden Hinweis in der Richtung dankbar waren. Deswegen haben wir also öfters mit dem LKA gesprochen, mit dem dortigen Leiter der Tatortgruppe, dem Herrn Spliethoff, und die haben sich also in allen Richtungen bemüht. Sie haben natürlich auch sich bemüht, die Herkunft der einzelnen Teile herauszufinden; das war auch deren Aufgabe. Sie haben es auch ziemlich gut gemacht. Also, wir konnten dann genau zurückverfolgen, wo die Teile mehr oder weniger produziert oder verkauft

worden waren; aber es hat uns leider nicht weitergebracht. Und, wie gesagt, der Herr Spliethoff oder auch seine Kollegen konnten uns also nur einen einzigen Fall nennen von zwei 20-, 25-Jährigen aus Düsseldorf oder Umgebung, bei denen mal so ein ähnlicher Sprengsatz aufgetaucht war.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wobei: Es wäre ja denkbar, dass man nicht nur exakt nach dem gleichen Sprengsatz sucht oder nach dem gleichen Sprengstoff, sondern man könnte ja auch suchen: War denn eine ähnliche Opferausswahl? War die Motivation bekannter Täter die gleiche? - Also, da gibt es ja viele Möglichkeiten. Würden Sie mir da zustimmen?

Zeuge Edgar Mittler: Da würde ich Ihnen zustimmen, ja. Aber es ist nichts gefunden worden.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Warum, werden wir noch zu klären haben. Ich will Sie - - Da können Sie nichts dafür. Aber ich will es Ihnen einfach als Beispiel hier sagen, auch weil es von Bedeutung ist: Am 9. März 1999 gab es einen Sprengstoffanschlag auf die Wehrmachtsausstellung in Saarbrücken, und im Laufe dieses Monats März 99 gab es noch zwei Briefbombenattrappen, die unter anderem an Ignatz Bubis und eine Person in München gesandt wurden, also wohl im Zusammenhang stehend, weil man sich bei diesen Briefbombenattrappen wiederum auch auf die Ausstellung bezogen hat und andere Dinge. „Saarbrücken war erst der Anfang“, wird da dann geschrieben.

Und diese Delikte, diese Sprengstoffdelikte - einmal wurde mit Attrappen gearbeitet, einmal mit realem Sprengstoff -, haben zu einer Anfrage geführt auch im Tatmittelmeldedienst. Dort hat man dann recherchiert. Und dann teilt damals das BKA im Jahr 2000 mit:

Weiter war aufgefallen, dass die versandten Bombenattrappen, wahrscheinlich aufgrund von Ähnlichkeiten in der Bauweise, von denselben Personen hergestellt worden waren. Zudem wiesen sie

- das ist dann ein anderes Merkmal -

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BMJ-4 b, Blatt 20 und 21.

in Art und Bauweise eine gewisse Ähnlichkeit zu denjenigen Bombenattrappen auf, die bei einer Durchsichtung der Wohnräume von Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe im gegen diese Personen gerichteten Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Gera ... aufgefunden worden waren. Insofern konnte zunächst nicht ausgeschlossen werden, dass Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt an der Herstellung ... beteiligt waren und folglich auch als Täter des Anschlags auf die Wehrmachtsausstellung in Betracht zu ziehen waren. Dementsprechend wurden Vergleichsuntersuchungen (DNA-Abgleich und Daktyloskopie) mit vorhandenen Spuren von Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt durchgeführt. Eine Übereinstimmung konnte ... *nicht* festgestellt werden.

Und dann noch mal eine Schlussbewertung.

Also, es war im Jahr 2000 durchaus möglich, bei einem Sprengstoffdelikt in einer entsprechenden Suche und Recherche im Tatmittelmeldedienst auf dieses Trio zu gelangen. Jetzt wissen wir nicht, ob das LKA, das sie im Rahmen der Arbeitsteilung gemacht hat oder es anders eingegrenzt hat, was ich fast befürchte - - Aber es wäre möglich gewesen. Und Frage an Sie: Wäre es auch nicht naheliegend gewesen, zu sagen: „Wenn ich schon so eine umfassende Datei habe“, speziell auch auf bekannte Tatverdächtige mit rechtsextremistischem Hintergrund zu achten, wenn eine ausländische Familie das Opfer ist?

Zeuge Edgar Mittler: Man hätte da nachforschen sollen, ja, auf jeden Fall. Ich wäre dankbar gewesen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wir werden es ja nachher bei den anderen Fällen in der Keupstraße noch mal haben. Dort wurde da nachgeforscht, aber mit der verhängnisvollen Eingrenzung, dass man alle Taten vor 1999 aus der Recherche genommen hat, wo dort natürlich Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe genau dadurch rausgefallen sind. Warum man das gemacht hat, weiß ich nicht. Aber das werden wir nachher mit den Ermittlern des anderen Tatorts zu klären haben.

Als Sie jetzt - ich glaube, da waren Sie schon in Pension - aus den Medien erfahren

haben, wer hinter diesem Anschlag stecken könnte, war für Sie das überraschend? Und zweite Frage. Ich glaube, Sie waren es auch, der irgendwann ja die gute Hypothese hatte, dass der Anschlag, den Sie zu bearbeiten hatten, und der Nagelbombenanschlag durchaus Bezüge aufgewiesen haben. Trifft das zu?

Zeuge Edgar Mittler: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und was hat Sie damals dazu bewegt, zu sagen: „Das könnte doch zwar eine andere Bombe, aber durchaus die gleichen Täter sein“?

Zeuge Edgar Mittler: Ja, also, „andere Bombe“ fand ich jetzt gar nicht. Also, wenn man jetzt die - - Also, ich war kurz eingebunden im Anschlag in der Keupstraße, am ersten Tag, als dieser Anschlag passierte. Für uns war klar: Auch da war irgendeine Gasflasche zur Umsetzung oder als Behältnis benutzt worden. Ich glaube, wir waren auch davon ausgegangen, dass wieder Schwarzpulver gekommen war. Und da bot sich schon einfach an, zu sagen: „Bei mir war es auch eine Gasampulle, zwar etwas kleiner, aber auch Schwarzpulver“, also diese zwei Merkmale, beides in Köln; das sind schon drei Merkmale. Da sollte man auf jeden Fall mal nachforschen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und was wurde dann gemacht, oder was hat man Ihnen gesagt, als Sie diese, wie wir heute wissen, mit hoher Wahrscheinlichkeit zutreffende Hypothese vorgetragen haben?

Zeuge Edgar Mittler: Man hat nur gesagt: Gib uns mal bitte die Akte. - Das ist so üblich. Die haben das dann von sich aus weiterbearbeitet.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Gab es noch mal eine Rückmeldung nach dem Motto: „Schließen wir aus“?

Zeuge Edgar Mittler: Nein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ist Ihnen bekannt, dass nicht nur Sie eine Ähnlichkeit zwischen dem Nagelbombenanschlag 2004 und Ihrem Fall gesehen haben, sondern dass es auch noch einen anderen Tatort gab in Deutschland, wo man nicht

wegen Sprengstoff, sondern wegen einer Täterähnlichkeit einen Bezug zu Köln 2004 gesehen hat? Haben Sie davon mal gehört?

Zeuge Edgar Mittler: Nein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Also, es war so, dass der Ermittler in der Keupstraße Jahre später entdeckt hat, dass ja die Fahrradfahrer - da hat man ja Videobilder noch zur Nagelbombe - durchaus Ähnlichkeit haben könnten mit Tatverdächtigen im Zusammenhang eines Mordes in Bayern, wo auch Radfahrer gesehen wurden, sodass, wenn man es jetzt heute mal zusammensetzt, man eigentlich sagen kann: Es gibt drei Ermittler, die drei Straftaten, die damals niemand in Zusammenhänge bringen wollte oder konnte, durchaus zusammengeführt hätten: Sie, der Kollege von den anderen Ermittlungen und in Bezug eben auf Bayern. Aber es ist am Ende alles verworfen worden, warum auch immer. Was, glauben Sie, ist da bei so was die Motivation, dass man einfach sagt: „Wenn wir nichts zum Angreifen haben, zum Ermitteln, dann machen wir auch nicht weiter; da brauchen wir habhafte Hinweise“? Oder ist das Verfahrensökonomie, oder warum geht man so etwas dann nicht nach?

Zeuge Edgar Mittler: Man müsste jetzt wesentlich weiter ausholen und müsste mal erzählen oder erklären, wie stark belastet die einzelnen Sachbearbeiter jetzt zum Beispiel bei so einer großen Behörde wie in Köln sind. Und man kann dann eventuell nachvollziehen, wenn jeder Sachbearbeiter froh ist, wenn sein Fall irgendwann abgeschlossen ist und er den abgeben kann, weil man hat nicht nur einen Fall, sondern manchmal bis zu zehn Fälle gleichzeitig und muss sich um alle kümmern. Und daraus könnte ich schon verstehen - einfach aus der Überlastung heraus -, dass die Kollegen also froh sind, wenn sie eine Sache abgeben oder abschließen können und dann auch nicht mehr weiter nachfragen wollen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber richtig zufriedenstellen kann uns das doch nicht. Ich kann das Argument durchaus nachvollziehen. Aber es kann uns ja eigentlich nicht zufriedenstellen, dass wir zur Kenntnis nehmen sollen: Ab einer bestimmten Dauer, wenn die Ermittlungen eben eine bestimmte Zeit gelaufen sind und sie sind erfolglos und es gibt kaum noch neue Hin-

weise, dass dann gerade für deliktsübergreifende Analyse- oder Rechercheeinsätze irgendwie dann die Manpower, die Kraft, die Energie fehlt, und dann sagt man: „Wir überprüfen die Spur zwar noch formal, machen einen Haken dran, und dann verfügen wir das Ding ab zur Staatsanwaltschaft“, die möglicherweise dann auch aus verfahrensökonomischen Gründen sagt: Nein, ich stelle es jetzt ein, weil ich habe auch so viele Fälle auf dem Tisch.

Zeuge Edgar Mittler: Das ist sicherlich nicht befriedigend, nein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Hätten Sie als ehemaliger Praktiker für uns, weil wir ja irgendwann auch Empfehlungen machen wollen, einen Ansatz, einen Vorschlag, gerade bei - - Wir reden hier jetzt nicht über banale Straftaten. Wir reden hier ja über Verbrechen; versuchter Mord war das letztendlich ja in jedem der Fälle. - Wie man solchen Dingen trotzdem irgendwie begegnen kann, dass sie, auch wenn sie nicht geklärt sind, trotzdem nicht aus dem Blickwinkel der Behörden gehen und irgendjemand noch da sein muss, der sich um diese Dinge kümmert, auch wenn das nicht der Sachbearbeiter der ersten Stunde sein kann, logischerweise.

Zeuge Edgar Mittler: Also, es gibt natürlich Ansätze in den Behörden, die sich aber fast nur auf Morddelikte beziehen, dass also alte, erfahrene Kollegen, die vielleicht nicht mehr so gerne draußen an der Front sind, die alten Fälle aufarbeiten. Das machen wir also in Köln auch: Wir haben da, glaube ich, ein oder zwei Kollegen, die nichts anderes machen, als sich alte Fälle wieder herauszuholen und weiterzubearbeiten. Wo andere gedacht haben, es wäre zu Ende, finden die dann meist mit ihrer Erfahrung und mit einem ganz anderen Gesichtspunkt neue Ansätze. Aber es ist halt so, dass überall das Personal knapp ist, und man kann halt sicherlich seitens der Behördenleitung nicht auf größere Kapazitäten zurückgreifen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Jetzt haben für den Rest der Zeit noch die Kollegin Winkelmeier-Becker und der Kollege Schuster jeweils noch eine Frage.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Vielen Dank. - Herr Mittler, ich habe die Information, dass Sie auch Maßnahmen der Telekommunikationsüberwachung eingesetzt haben in den Ermittlungen. Was war da der Hintergrund? Was war da der Ansatz, weshalb Sie davon ausgingen, dass da im Wege des Telefonats noch etwas aufzuklären sei und sich Ansatzpunkte ergeben würden?

Zeuge Edgar Mittler: Also, das Ganze war natürlich sehr kurzfristig. Aber unsere Gedanken waren einfach - da wir einfach keinerlei Hinweise hatten, in welche Richtung dieser Anschlag gehen könnte -, es müsste jetzt irgendjemand sich melden und müsste sich bekennen; sei es nun ein Erpresser, sei es ein Bauunternehmer, mit dem er Streit hatte, oder sei es irgendjemand aus dem Rotlichtmilieu. Und deswegen hatten wir also kurzfristig eine Telefonüberwachung beantragt, ja.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Die aber dann zu nichts geführt hat.

Zeuge Edgar Mittler: Nein. Die ist auch nach kurzer Zeit - - Also, das hätte nur Sinn gemacht kurz nach dem Anschlag, ein paar Tage; weil nach Monaten würde sich da jetzt niemand mehr bekennen.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Jetzt sagten Sie, es hätte keine Hinweise gegeben für einen rechtsextremistischen Hintergrund. Was wären denn Ihrer Erfahrung nach Hinweise gewesen, die auf einen rechtsextremistischen Hintergrund hingedeutet hätten, wenn man mal davon ausgeht, dass ein Bekennerschreiben nun nicht gerade üblich ist in rechtsextremistischen Kreisen?

Zeuge Edgar Mittler: Na ja, zum Beispiel wenn jetzt an der Hauswand mal irgendwo ein Hakenkreuz aufgetaucht wäre, wäre das sicherlich für uns ein entscheidender Hinweis gewesen. Aber es hat, obwohl die Gegend jetzt nicht gerade die beste ist, nie irgendwelche Schmierereien an dem Haus der Familie gegeben. Und die Familie selbst wohnt außerhalb von Köln, mehr oder weniger in einem Vorort. Und auch da hat es nie irgendetwas gegeben.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Jetzt auch vor dem Hintergrund, dass es in Köln ja leider auch schon mal ein rechtes Spektrum gibt: War das nicht vielleicht doch auch noch mal ein Punkt, wo man standardmäßig doch auch immer noch mal ein besonderes Augenmerk darauf richten muss?

Zeuge Edgar Mittler: Standardmäßig muss man das auf jeden Fall bei jeder Straftat etwas größeren Ausmaßes, die in Köln passiert, aber da sind wir auf die Hilfe des Staatsschutzes angewiesen. Und wenn der uns nichts liefern kann - - Wir selber, wir normalen Ermittler, befassen uns mit der Szene nicht, gar nicht.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Noch eine Frage: Wurde vonseiten der Vorgesetzten - Ihrer Vorgesetzten - oder des Staatsanwaltes oder auch seitens des Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen irgendwie interveniert, irgend etwas an Vorgaben gemacht oder noch mal die Anregung gegeben, in diese Richtung zu ermitteln?

Zeuge Edgar Mittler: Nein, gar nichts.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Haben Sie gar nichts von gehört? Obwohl es ja doch ein außergewöhnliches Verbrechen ist.

Zeuge Edgar Mittler: Ja, aber es hat keinerlei Vorgaben oder sonst etwas oder Anweisungen gegeben, nichts.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Also, das Innenministerium hat sich persönlich gar nicht eingeschaltet?

Zeuge Edgar Mittler: Das weiß ich nicht. So was würde ich wahrscheinlich gar nicht erfahren.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Vielen Dank.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sie haben dann noch eine Minute, Herr Schuster.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Herr Mittler, ganz schnell die Frage: Zum Zeitpunkt des Keupstraßen-Anschlags:

Was haben Sie da gemacht? Wie waren Sie dienstlich eingesetzt?

Zeuge Edgar Mittler: Ich bin nachts - - Ich glaube, es war nachts, ich bin mir jetzt nicht mehr so ganz sicher. Ich bin jedenfalls alarmiert worden und bin in die sogenannte Führungsgruppe berufen worden und habe mich dann befasst mit der Anforderung von LKA und BKA, eigentlich. Das war aber in diesem Fall was Besonderes, weil BKA-Beamte gerade beim LKA zur Ausbildung waren. Und deswegen kamen die automatisch mit, als das LKA anrückte.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Welche Funktion hatte da der Kriminalhauptkommissar Jaletzky?

Zeuge Edgar Mittler: Das war mein Sachbearbeiter teilweise.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Der hat die Synopse erstellt - MAT A GBA-4/14 -, eine vergleichende Gegenüberstellung: Sprengstoffexplosion Probsteigasse und Keupstraße.

Wenn ich die jetzt - - Anders gefragt: Kennen Sie diese Synopse?

Zeuge Edgar Mittler: Nein, kenne ich nicht. Der Herr Jaletzky wurde aber von uns quasi abgegeben, als wir wollten, dass die Spur bei der Sache „Keupstraße“ - - also dass unsere Probsteigasse mit als Spur in der Sache „Keupstraße“ bearbeitet wird. Da haben wir gleichzeitig Herrn Jaletzky mit zum KK 11 gegeben.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Aber Sie sind von ihm nie gefragt worden - obwohl der die Synopse gemacht hat -: „Sag mal, wie kommst du eigentlich auf die Idee, dass da ein Zusammenhang ist?“

Zeuge Edgar Mittler: Der Herr Jaletzky sitzt zwei Zimmer von mir entfernt. Also, wir haben da jederzeit drüber gesprochen, ja.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Diese Synopse ergibt selbst für einen Laien so viel übereinstimmende Merkmale - das ist unglaublich -, und trotzdem kommt er

am 12. Oktober 2004 zu dem Ergebnis, es gäbe zwar einige gleichgelagerte Ermittlungsergebnisse, aber von einer gleichen Täterschaft könne nicht ausgegangen werden,

wenngleich diese nicht gänzlich ausgeschlossen werden kann.

Ich füge selbst noch hinzu: Es hört sich an wie: „Im Verhältnis zur Luftfeuchtigkeit ist alles möglich“.

Ist das jemals bei Ihnen eine Diskussion gewesen oder eine kontroverse Diskussion oder ein intensiver Punkt, dass Sie sich gefragt haben: Passen die beiden Dinge zusammen? Weil das sieht für mich ziemlich geschäftsmäßig abgehandelt aus, mit der Antwort „Nein“.

Zeuge Edgar Mittler: Nachdem der Anschlag in der Keupstraße passiert war und wir die Erkenntnisse hatten, was dort passiert ist, kam es in Gesprächen und überall auf, dass da eventuell ein Zusammenhang hergestellt werden könnte zu unserer Sache von der Probsteigasse. Das war für uns ganz offensichtlich, ja.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Dann müsste es doch für Sie überraschend gewesen sein, dass das einfach dann irgendwann verneint wurde.

Zeuge Edgar Mittler: Dieses Ergebnis habe ich überhaupt nicht mehr mitbekommen. Das höre ich heute von Ihnen zum ersten Mal.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die Fragezeit ist erschöpft für diese Runde bei der Unionsfraktion. - Dann hat das Wort die SPD-Fraktion. Frau Dr. Högl, bitte.

Dr. Eva Högl (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Mittler, zunächst habe ich eine Frage. Als Sie gehört haben im November 2011 - also fast elf Jahre später, also über einen langen Zeitraum später -, dass auch der Sprengstoffanschlag in der Probsteigasse von der sogenannten Zwickauer Terrorzelle verübt wurde: Was haben

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die korrekte Fundstelle lautet: MAT A GBA-4/14 a, Blatt 21.

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A GBA-4/14 a, Blatt 29.

Sie da als erstes gedacht, als dieser Zusammenhang klar wurde?

Zeuge Edgar Mittler: Das kann nicht stimmen.

Dr. Eva Högl (SPD): Und als Sie noch einen Moment länger darüber nachgedacht haben?

Zeuge Edgar Mittler: War ich immer noch der Meinung, dass das nicht unbedingt stimmen muss. Nur weil jemand auf einer DVD ein Bild von einem Geschäft abbildet - mehr habe ich nicht gesehen, also mehr Hintergründe kenne ich von dieser DVD nicht - und ich mir die Typen in der Zeitung oder im Internet - - Und die Erinnerung damals mit dem Phantombild - - Also, es haute für mich alles nicht so richtig hin.

Dr. Eva Högl (SPD): Können Sie uns ein bisschen teilhaben lassen an diesem, dass Sie gesagt haben: „Das kann gar nicht stimmen“? Warum waren Sie sich so sicher, dass das die auf jeden Fall eigentlich nicht - - Warum passte das für Sie nicht zu der Tat?

Zeuge Edgar Mittler: Also für mich als „normalen“ Ermittler passte das einfach nicht, weil, wenn ich jemanden schädigen will oder einen Speziellen schädigen will, dann mache ich das auf eine irgendwie direkte Art. In diesem Fall war es so, dass der Täter, der diesen Geschenkkorb überbracht hat, jederzeit damit rechnen musste, dass der gar nicht bei dieser Familie ankommt, also dass es nie die Familie treffen würde, sondern dass es irgendeinen Polizisten eventuell treffen würde. Das könnte er ja noch gewollt haben, das will man gar nicht ausschließen. Aber es kann genauso gut einen Beamten im Fundbüro treffen, der die Dose aufmacht und das dort abgegeben hat, oder es kann irgendeinen Müllwerker treffen, der das Ding in den Müllwagen lädt. Dabei könnte der Deckel aufspringen und das Ding explodieren.

Also, für mich war - - Wenn man jetzt von rechts orientierten Taten ausgeht, dachte ich, die werden gezielt auf bestimmte Kreise verübt. Und das war für mich hier nicht der Fall.

Dr. Eva Högl (SPD): Wenn Sie heute noch mal darüber nachdenken - was wir ja auch tun; wir haben ja jetzt den Blick von heute -, dann spricht ja eigentlich das, was

Sie jetzt ausführen, eigentlich viel eher dafür, dass es eine politische Motivation hat, als dass es unmittelbar *diese* Opfer treffen sollte.

Sie haben aber logischerweise - wie Sie das machen; ich will das jetzt zunächst nicht kritisieren - zunächst im Umfeld der Familie und der Probsteigasse ermittelt. Aber wenn Sie heute noch einmal darüber nachdenken: Ist nicht gerade, dass kein einzelnes Opfer offensichtlich gemeint war, sondern die Wahrscheinlichkeit hoch war, dass jemand anders getroffen wird - - Spricht das nicht eher für so einen Hintergrund?

Zeuge Edgar Mittler: Also - -

Dr. Eva Högl (SPD): Ist nicht ganz unlogisch, oder?

Zeuge Edgar Mittler: Ist nicht ganz unlogisch, könnte man so sagen. Aber aus meiner Erfahrung von anderen Sprengstoffanschlägen: Da war eben ganz klar immer das Ziel, und dann konnte man ungefähr sagen, wer dafür infrage kam.

Dr. Eva Högl (SPD): Genau. - Jetzt möchte ich noch mal ein bisschen was nachfragen zu Ihrer Erfahrung als Kriminalbeamter. Sie haben ja viel Erfahrung im Bereich Sprengstoff; da komme ich gleich noch drauf zu sprechen. Hatten Sie auch mal zu tun mit rechtsextremen Tätern oder politischen Motiven im Zusammenhang mit Sprengstoff oder auch sonst?

Zeuge Edgar Mittler: Ja, sicherlich. Bei unserer Tätigkeit hatte ich auch in der Vergangenheit öfters zu tun mit politisch motivierten Straftaten. Nur, das Gute bei solchen Straftaten ist für mich immer gewesen, dass ich die direkt an den Staatsschutz - ich will jetzt nicht sagen „abdrücken“ konnte, aber abgeben konnte und mich nicht weiter darum kümmern musste.

Dr. Eva Högl (SPD): Jetzt will ich noch mal genau da nachfragen: „Nicht weiter darum kümmern und an den Staatsschutz abgeben“: Wie intensiv haben Sie das denn verfolgt, wenn Sie etwas abgegeben haben an den Staatsschutz? Sie haben das ja eben auf die Fragen auch schon ausgeführt, dass das dann abgegeben wurde.

Sind Sie als Ermittler vor Ort nicht dann auch sehr brennend interessiert - ich will es

einfach verstehen und mir vorstellen können -, was der Staatsschutz rausfindet oder was genau er auch untersucht? Oder ist Ihnen das mehr oder weniger egal, was dann da geprüft wird, und Sie gucken sich das Ergebnis an?

Zeuge Edgar Mittler: Also, man muss jetzt vielleicht ganz kurz noch mal erwähnen: In Köln haben wir es so geregelt - weil wir die Sprengstoffermittlungsbeamten, also die Experten für Sprengstoffanschläge nur bei den normalen Dienststellen angesiedelt haben, also beim KK 13 -, dass wir alle Tatorte, egal ob sofort von Anfang an ein politischer Hintergrund erkennbar ist oder nicht, im ersten Angriff bearbeiten, sodass das, was der Experte ungefähr weiß - - Ein Sprengstofftatort ist ganz anders zu bearbeiten als ein Mordtatort; das ist wesentlich schwieriger wegen der zigtausend Kleinteile, die man alle braucht usw.

Und deswegen ist es so, dass wir alle Tatorte grundsätzlich erst mal bearbeiten, auch wenn der politische Hintergrund erkennbar ist. Und nachdem der Tatort und die Tatortarbeit abgeschlossen ist, geben wir das weiter. Dann, wenn ein Bekenner schreiben oder sonst etwas - - Wo die Staatsanwaltschaft das anordnet oder sonst was, geben wir das weiter an den Staatsschutz.

Wenn Sie selbst am Tatort gearbeitet haben, interessiert Sie natürlich auch in der Folgezeit immer noch, wie es da weitergegangen ist. Sie kriegen aber auch automatisch immer die Rückmeldung, eventuell auch, dass vielleicht der politische Hintergrund verneint wird. Das gibt es auch schon mal, dass man erst davon ausging und das wieder rückgängig macht.

Dr. Eva Högl (SPD): Gut, dann hake ich da noch mal nach an dieser Stelle: Wie intensiv haben Sie denn nachgefragt, nachdem Sie das dem Staatsschutz abgegeben haben? Die Zweitakte, wie Sie uns berichtet haben, die hat der Staatsschutz bekommen. Sie hatten das Stichwort übermittelt „iranischer Geheimdienst“. Aber der Staatsschutz prüft ja sicherlich umfassend. Wie intensiv haben Sie das verfolgt, was der Staatsschutz dann geprüft oder veranlasst hat?

Zeuge Edgar Mittler: Also, wir haben den Staatsschutz gebeten, uns alle Möglichkeiten zu nennen, die infrage kommen könnten. Also, wenn irgendwo nur irgendein

Hinweis gewesen wäre, hätte der Staatsschutz uns das auch genannt. Ist aber in diesem Fall nicht erfolgt. Wir waren - - Und ich glaube, ich habe sogar zweimal den Staatsschutz gebeten, die Sache zu prüfen, weil es mir einfach auch nicht geheuer war. Es gab sonst keinen Anpack.

Dr. Eva Högl (SPD): Und haben Sie denn so ein bisschen nachvollzogen, was der Staatsschutz dann macht, also was er genau geprüft hat?

Zeuge Edgar Mittler: Nein.

Dr. Eva Högl (SPD): Wissen Sie, haben Sie mal gehört, ob er tatsächlich in alle Richtungen geprüft hat, also ob Rechtsextremismus auch ein Thema war?

Zeuge Edgar Mittler: Das kann ich Ihnen nicht sagen, nein.

Dr. Eva Högl (SPD): Das ist nämlich meine Frage, ob Sie da nicht auch in einen Dialog eintreten als Vor-Ort-Ermittler, der ja sicherlich auch sehr daran interessiert ist, wie seine Ergebnisse weiter bearbeitet werden.

Zeuge Edgar Mittler: Also, der Dialog ist da, aber wir wissen nicht, mit wem der Staatsschutz alles verkehrt, also mit welchen Behörden und wie die Anfragen - - Ob die persönlich vonstatten gehen oder ob die per Fernschreiben erfolgen, kann ich Ihnen nicht sagen. Ich war Gott sei Dank nicht ... (akustisch unverständlich)

Dr. Eva Högl (SPD): Herr Mittler, was ich jetzt sage, soll keine Kritik sein im Einzelnen. Aber das ist schwer vorstellbar und das ist auf jeden Fall ein bisschen schwer nachvollziehbar, dass man sich da nicht enger austauscht, gerade wenn - wenn ich das noch mal sagen darf - völlig unklar ist, was das Motiv der Täter ist, und dass da nicht so ein bisschen intensiver drüber diskutiert wird.

Ich will noch mal beim Thema „Sprengstoff“ nachhaken. Sie sind Sprengstoffexperte. Sie haben da diese Einheit, tauschen sich aus mit Ihren Kolleginnen und Kollegen. Tauschen Sie sich auch aus über Sprengstoffverfahren über die Grenzen von Köln hinaus? Oder haben Sie das vielleicht sogar auch angeregt - da Sie ja erfolglos ermittelt

haben, weil Sie keine anderen Hinweise hatten -, dass da vielleicht Sprengstoffbezüge zu anderen Bundesländern oder so hergestellt werden konnten?

Zeuge Edgar Mittler: Wir Sprengstoffermittler treffen uns normalerweise jedes Jahr auf Bundesebene beim BKA oder wer gerade Ausrichter ist und machen da einen ausführlichen Erfahrungsaustausch. Das heißt also, jeder stellt seine Fälle, von denen er meint, dass irgendetwas da zurückkommen müsste, vor. Die anderen sagen dann eben, was sie dazu sagen können oder ob sie so was Ähnliches gehabt haben.

So ein Austausch findet also jederzeit immer statt. Aber wenn man so etwas hat wie jetzt auch die Probsteigasse: Man spricht mit den Kollegen vom BKA, man spricht mit den Kollegen vom LKA. Erstens kennen wir uns alle, wie gesagt, weil wir uns jedes Jahr sowieso treffen, und man auch viele persönliche Kontakte hat. Also, wir tauschen uns da ständig aus, ja.

Dr. Eva Högl (SPD): Haben Sie den Fall „Probsteigasse“ dort auch vorgestellt?

Zeuge Edgar Mittler: Das weiß ich nicht. Ich glaube es eher nicht, weil ich gar nicht mehr so in diese Arbeit eingebunden war, sondern mich mehr um die Dienststelle kümmern musste.

Dr. Eva Högl (SPD): Sind Sie denn da nicht mal auf die Idee gekommen, Ihre Kolleginnen und Kollegen aus den Sprengstoffkreisen da mal zu fragen, gerade wenn Sie erfolglos ermitteln, ob sie Hinweise für Sie haben oder ob sie das einordnen können?

Zeuge Edgar Mittler: Auf die Idee sind wir auf jeden Fall gekommen, und ich bin mir sicher, dass wir auch mit dem BKA, mit Kollegen vom BKA, darüber gesprochen haben, genauso wie wir versucht haben, uns auszutauschen zwischen BKA, LKA und Kripo Köln, ob es nicht irgendwo im Land vergleichbare Anschläge gegeben hat.

Das war für uns einfach das Wichtigste, herauszufinden: Hat es überhaupt schon mal so eine Art gegeben, mit unserer - - Die Dose würde ich noch gar nicht als so wichtig erachten; aber zum Beispiel der Kohlensäurekörper, in den der Sprengstoff eingebracht ist - nicht ganz einfach zu händeln, weil der

normalerweise auch gar keine so große Öffnung hat. Also, es ist gar nicht so einfach, so was herzustellen.

Deswegen: Wenn ein Täter sich auf so was spezialisiert, dann macht er das öfters.

Dr. Eva Högl (SPD): Aber konkret haben Sie da nicht darüber gesprochen? Da können Sie sich nicht mehr dran erinnern, ob Sie das vorgetragen haben oder ob Sie konkret Ihre Kollegen auch nach etwas gefragt haben?

Aber ich will noch mal einen Punkt rauspicken: Der Zusammenhang zwischen rechtsextremen Tätern und Sprengstoff, der ist ja bekannt. Und Sie als Sprengstoffexperte wissen ja sicherlich auch, dass in der rechtsextremen Szene Sprengstoff durchaus verwandt wird. Sind Sie da mal über den Gesichtspunkt „Sprengstoff“ auf das Stichwort „Rechtsextremismus“ gekommen? Oder haben Sie sich darüber mit Ihren Kollegen mal ausgetauscht?

Zeuge Edgar Mittler: Nein. Ich kann mich auch nicht entsinnen, dass wir irgendwann in Köln schon mal einen Anschlag von Rechtsextremisten gehabt hätten auf dem Sprengstoffsektor.

Dr. Eva Högl (SPD): Aber bundesweit ist das ja bekannt, dass Sprengstoff -

Zeuge Edgar Mittler: Ja.

Dr. Eva Högl (SPD): - von Rechtsextremen genutzt wird. Aber ich frage einfach Sie als Sprengstoffexperten: Wenn man weiß, Rechtsextreme benutzen Sprengstoff, kommt das dann nicht in Betracht bei der täglichen Ermittlungsarbeit, dass man da genauer hinguckt oder mehr darüber nachdenkt?

Zeuge Edgar Mittler: Es kommt sicherlich in Betracht. Aber wenn sie dann auch gleichzeitig noch Kontakte ins Rotlichtmilieu haben, Streitereien mit einem Bauunternehmer und auch noch andere Hinweise - - Es geht irgendwann unter.

Dr. Eva Högl (SPD): Aber Herr Mittler, spätestens wenn „Rotlichtmilieu“, „iranischer Geheimdienst“ usw. usf., wenn das alles nichts ergeben hat - - Wir fragen uns ja hier im Ausschuss - Sie sind ja nicht der Einzige, der so ermittelt hat, ja -: Warum kommt dann gar nicht in Betracht, mal in die rechtsex-

treme Szene zu gucken? Das ist wirklich schlicht unerklärlich.

Zeuge Edgar Mittler: Ja. Im Nachhinein, klar, wenn ich aus dem Rathaus komme, ja.

Dr. Eva Högl (SPD): Nein. Ich komme erstens nicht aus dem Rathaus -

Zeuge Edgar Mittler: Ja.

Dr. Eva Högl (SPD): - und zweitens „im Nachhinein“: Wir versuchen ja, uns in Ihre Lage hineinzusetzen, damals.

Zeuge Edgar Mittler: Ja.

Dr. Eva Högl (SPD): Und wenn ergebnislos ermittelt wird im Rotlichtviertel, in Richtung iranischer Geheimdienst und so: Wir fragen uns einfach hier alle miteinander: Warum scheidet *eine* Variante komplett aus in der Ermittlungsarbeit?

Zeuge Edgar Mittler: Sie haben die linke Szene noch nicht erwähnt. Also, auch in der linken Szene haben wir überhaupt nicht ermittelt in diesem Fall, weil es auch keinerlei Hinweise auf einen Anschlag - -

Dr. Eva Högl (SPD): Aber die zeichnet sich nicht durch besonders intensive Sprengstofftätigkeit -

Zeuge Edgar Mittler: Oh!

Dr. Eva Högl (SPD): - und Ausländerfeindlichkeit aus, oder?

Zeuge Edgar Mittler: Also, nicht Ausländerfeindlichkeit. Nein. Bisher könnte man sagen: Alle Anschläge, die wir in Köln bearbeitet hatten in der Vergangenheit, kamen aus dem linken Bereich, mehr oder weniger, oder aus dem kriminellen Bereich, während wir mit der rechten Szene in Köln sprengstoffmäßig einfach noch nichts zu tun hatten.

Das kann auch eine Möglichkeit sein, dass wir nicht so intensiv darüber nachgedacht haben.

Dr. Eva Högl (SPD): Herr Mittler, ich muss jetzt mal ganz kurz einhaken, damit ich das jetzt in meiner Zeit noch schaffe: Sie wollen aber nicht ernsthaft hier sagen, dass Sprengstoffanschläge mit Opfern, die einen

Migrationshintergrund haben, jetzt Kennzeichen von Linksextremismus gewesen seien?

Zeuge Edgar Mittler: ... (akustisch unverständlich)

Dr. Eva Högl (SPD): Die Frage bleibt trotzdem immer noch, warum Rechtsextremismus überhaupt nicht in den Blick genommen worden ist. Ich will das überhaupt nicht gewichten, sondern hier nur feststellen, dass es komplett nicht - -

Eine Frage habe ich außerdem noch: Täteranalyse. Haben Sie mal darüber nachgedacht, auch so was wie eine Fallanalyse zu erstellen, weil Sie ja auf der Suche nach Motiven der Täter waren? Ist das mal erwogen worden?

Zeuge Edgar Mittler: Das ist in Erwägung gezogen worden. Aber die Experten haben uns gesagt, dass das in diesem Falle nicht sehr viel bringen wird.

Dr. Eva Högl (SPD): Wer waren die Experten?

Zeuge Edgar Mittler: Ich nehme an, dass das die sogenannten Profiler vom LKA waren, mit denen wir uns zu der Zeit sehr oft - weil wir ja in unserer Dienststelle auch noch Erpressungsdelikte bearbeiten - getroffen haben.

Dr. Eva Högl (SPD): Sie haben ja gesagt, dass Sie bei der Keupstraße am Anfang auch am Tatort waren und so. Haben Sie die Morde auch weiter verfolgt als interessierter Kriminalist? Haben Sie sich dafür interessiert? Haben Sie zu irgendeinem Zeitpunkt mal irgendwas festgestellt, indem Sie gesagt haben: „Ach, da könnte ein Zusammenhang bestehen“, oder so? Oder ist Ihnen das gar nicht in Ihrer Ermittlungstätigkeit untergekommen?

Zeuge Edgar Mittler: Es ist mir nie untergekommen. Aber grundsätzlich muss ich auch sagen, dass wir uns mit Mord überhaupt nicht befassen. Alles, was Richtung Mord geht, geht dann auch Richtung KKL und ist nicht bei uns angesiedelt.

Dr. Eva Högl (SPD): Ich frage das auch nur; es ist ja so: Wenn Sie als Polizeibeamter dann - - Sie verfolgen ja so was intensiv, und

dann taucht mal so was auf - auch Personen mit Migrationshintergrund sind Opfer geworden, Fahrräder tauchen auf -, dass Sie dann sagen: Das könnte ja vielleicht auch mit meinem ungeklärten Fall zusammenhängen. Das war der Hintergrund meiner Frage. - Sie sind nie auf den Gedanken gekommen?

Zeuge Edgar Mittler: Wir sind wohl auf den Gedanken gekommen, dass die Keupstraße und die Probsteigasse zusammenhängen könnten, ja.

Dr. Eva Högl (SPD): Okay. - Danke schön.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur FDP-Fraktion. Das Wort hat der Kollege Kurth.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Herr Mittler, Sie haben vorhin gesagt, dass Sie bei einer politischen Tat das sehr gerne aus berechtigten Gründen an den Staatsschutz abgeben. Wann erkennen Sie denn, dass es sich um eine politische Tat handelt, um einen Sprengstoffanschlag, der politischer Natur ist?

Zeuge Edgar Mittler: Das steht mir nicht zu zu erkennen, sondern das entscheidet der Staatsschutz. Das heißt also quasi: Ein Sprengstoffanschlag ist ein Delikt, das immer wieder in den politischen Bereich reingehen könnte. Deswegen ist es also automatisch so, dass wir für den Staatsschutz eine Zweitakte fertigen, die dem Staatsschutz übergeben und dann quasi mehr oder weniger, ich will nicht sagen darüber „gestritten“ wird, wer sie weiter zu bearbeiten hat.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Machen Sie grundsätzlich eine Zweitakte für den Staatsschutz bei allen Sprengstoffdelikten?

Zeuge Edgar Mittler: Ja. Jetzt nicht bei vielleicht einer Briefbombe, bei der Sie sofort erkennen können, dass der Absender der verflozene Liebhaber ist. Dann nicht; das hatten wir also auch schon mal. Aber bei Sprengstoffdelikten größeren Ausmaßes, wo Sie zunächst nicht wissen, um was es geht oder ob sich jemand bekennt, machen wir das auf jeden Fall, ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Und wie oft bekennt man sich bei einem politischen Sprengstoffattentat?

Zeuge Edgar Mittler: Die Linken bekennen sich meist immer sofort. Ich habe in Köln meines Erachtens noch nie ein Sprengstoffdelikt mit rechtsradikalem Hintergrund gehabt. Deshalb habe ich da auch noch nie eine Bekennung oder so gelesen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Sie hatten in Köln noch nie einen rechtsextremistischen Sprengstoffanschlag, haben Sie gesagt?

Zeuge Edgar Mittler: Ich meine nicht, ich kann mich nicht entsinnen. Es sei denn, ich war im - - Ich kann mich nicht entsinnen, nein.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Aber Sie hatten einen mit linksextremistischem Hintergrund?

Zeuge Edgar Mittler: Sehr viele, ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Dieser Sprengstoff an sich: In den Akten finden wir umfänglich die Funktionsweise, wie diese Bombe funktionierte. Nur noch mal - das habe ich nicht gefunden - zur Kenntnisnahme, das Schädigungsmittel: Also, wie sollte geschädigt werden? Da findet sich jetzt nichts. Also: Die Explosion erfolgt, und dann splittert was auseinander, nach Ihrer Erinnerung? Nur die Dose, oder waren zusätzliche Mittel mit drin?

Zeuge Edgar Mittler: Also: Der sogenannte Sprengstoff - Schwarzpulver kann man also als Sprengstoff einschätzen, muss man aber nicht; aber gehen wir jetzt mal davon aus, dass Schwarzpulver ein Sprengstoff ist - war eingebracht in einen schweren Metallkörper, wie er normalerweise genutzt wird, um Dinge zu schweißen, also wo Schweißgase drin verwahrt werden.

Der muss sehr stark sein, der muss dickwandig sein und hält einiges aus. Dieser Körper befand sich dann noch in einer Blechdose, 20 mal 40 so im Ausmaß ungefähr, glaube ich. Wenn es jetzt zu einer ordnungsgemäßen Umsetzung käme, würden ganz viele kleine Splitter von dieser Flasche durch die Gegend fliegen.

In diesem Fall gehe ich aber davon aus: Schwarzpulver hat mehr so eine schiebende Wirkung, und es kam mehr zu einer Art Verpuffung. Das heißt, der Körper platzt auf, der Sprengstoff spritzt raus, verbrennt eventuell Leute, die in der Nähe sind, und es können einige Metallsplitter wegfliegen. Aber es gibt nicht so Splitter, wie Sie sie sich bei einer Handgranate vorstellen müssen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Also weniger Splitter, mehr Flamme sozusagen?

Zeuge Edgar Mittler: In diesem Fall mehr Flamme; deswegen war man auch irrtümlich davon ausgegangen, dass hier ein Brand vorgelegen hätte. Erst wurde die Feuerwehr alarmiert, dann wurden unsere Brandermittler alarmiert, und die haben erst erkannt: Nein, hier kam es zu einer Sprengstoffexplosion.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ach so, die Feuerwehr war zuerst da, -

Zeuge Edgar Mittler: Ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): - es wurde gelöscht, und dann hat man erst festgestellt, also die Brandermittler, dass es sich um einen Sprengstoffanschlag handelte?

Zeuge Edgar Mittler: Die Brandermittler haben erst einen ganzen Tag gearbeitet, hätte ich beinahe gesagt; also, nicht einen ganzen Tag, aber einige Zeit gearbeitet, bis sie sich dann ein Bild von der Sache machen konnten und feststellen konnten, dass hier ein Sprengsatz zur Umsetzung - USBV nennen wir das - gekommen ist.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Sie hatten gesagt, dass das Opfer zu der Zeit, als die Explosion erfolgte, sich gerade gebückt hatte oder Ähnliches. Was wäre denn - haben Sie sich diese Frage mal gestellt - gewesen, wenn sie nach wie vor aufrecht gestanden hätte? Wäre es da zu schwereren Verletzungen gekommen?

Zeuge Edgar Mittler: Sie hätte tot sein können.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Dann wäre sie verstorben?

Zeuge Edgar Mittler: Weiß ich nicht; aber sie hätte tot sein können, ja. Die Splitter und die Teile, die weggefliegen sind, werden schon eine ordentliche Wucht gehabt haben. Und wenn die sie getroffen hätten, hätte es tödlich enden können, ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Hätten Sie dann eigentlich auch an die Mordkommission abgegeben?

Zeuge Edgar Mittler: Ja, ja, auf jeden Fall.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Aber in dem Fall nicht?

Zeuge Edgar Mittler: In diesem Fall nicht, weil - wie soll ich sagen - die Verletzungen nach Aussage des Krankenhauses eben nicht lebensgefährlich waren.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wenn ich jetzt so eine Bombe basteln möchte - -

Zeuge Edgar Mittler: Das sollten Sie lieber nicht tun.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Nein, nein, das habe ich auch nicht vor, das will ich ausdrücklich sagen. Aber: Brauche ich denn dazu Spezialwissen? Oder kann man nach so einer Bauanleitung auch einen Nachbau machen, oder ist dort eine spezielle Ausbildung notwendig? Auch wenn die Bombe an sich relativ einfach ist - es müssen ja doch einige Kabel verlegt werden und Ähnliches.

Zeuge Edgar Mittler: Sie werden sicherlich Anleitungen für diese Art von Bomben im Internet finden, bin ich mir ganz sicher. Ich habe es jetzt zwar nicht überprüft, aber ähnliche Sachen schon mal dort gefunden. Sie müssen aber auf jeden Fall schon Erfahrung haben, weil zum ersten Mal können Sie so was also nicht machen. Es ist eben schwierig, den Abreißzünder so in Position zu bringen, dass er Sie selber nicht schädigt, sondern denjenigen, der dann erst den Deckel löst. Und das Ineinanderbringen auf dieser kleinen Fläche ist nicht ganz einfach.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ist es denn eigentlich möglich, einzelne Teile der Bombe, des Sprengsatzes, auf seine Herkunft zu bestimmen? Ist es zum Beispiel

möglich, festzustellen: Das Schwarzpulver war typisch osteuropäisch oder westeuropäisch oder so was?

Zeuge Edgar Mittler: Nein, das glaube ich also nicht. Bei Schwarzpulver schaffen wir das nicht. Bei den größeren Sprengstoffen, PETN oder sonst etwas, geht das durchaus. Nur Schwarzpulver ist erstens so weit verbreitet und unterscheidet sich halt auch in den Mischungsverhältnissen und kann auch selber sehr leicht hergestellt werden, was man auch fast in jedem Chemieunterricht lernt. Da können wir das nicht.

Bei allen anderen Teilen haben wir die Herkunftsermittlung einwandfrei feststellen können, von dem Behältnis, von der Dose - das ist bis ins i-Tüpfelchen ausermittelt worden.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ließ sich das regional grob eingrenzen, wo diese Teile herkamen?

Zeuge Edgar Mittler: Ja, das war aus unserer Gegend, komischerweise. Diese Dose wurde meines Erachtens - Großteil - bei uns im Kaufhof verkauft; das war diese Christstollendose. Der Hersteller von dem Schweißgasbehältnis - der sitzt irgendwo bei uns in der Eifel, in der Nähe, es war nicht weit; die Kollegen sind dahin gefahren; es kann also höchstens 100 km weit weg sein - hat dann angegeben, dass es irgendwo in Köln eine Stelle gab, wo er die hingeliefert hätte. Da gingen wir von aus, dass es da verkauft wurde.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Also, die Teile des Sprengstoffes kamen im Großen und Ganzen aus der Umgebung Kölns?

Zeuge Edgar Mittler: Ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Der Korbinhalt selber: Da hatten Sie vorhin gesagt, der Kunde hatte diesen Korb mitgebracht und hatte auch eigene, also aus dem Laden heraus, Ware einkaufen wollen, diese Whiskyflasche usw. usf. Und dann sagten Sie kurze Zeit später, dass sich in dem Korb, der dann später aufgefunden worden ist nach dieser Verpuffung, dieser Explosion, auch Teile aus dem Laden, also Waren aus dem Laden befanden. Das war richtig?

Zeuge Edgar Mittler: Ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Der Korbinhalt selbst - wenn man das so durchliest - scheint auch aus der Gegend zu sein, die Waren?

Zeuge Edgar Mittler: Ich muss Ihnen ehrlicherweise sagen: Ich weiß nicht mehr genau, was alles in dem Korb drin war. Ich kann mich also nur gut erinnern, was Herr Malayeri zu mir sagte, was er ihm verkauft hatte. Das war aber auch so ungewöhnlich, weil er da eine besondere Flasche Whisky gekauft hat, die normalerweise in so einem kleinen Laden gar nicht existieren dürfte - - oder hatte ich mit gerechnet, dass es das da gar nicht gibt. Das war ja so ein Tante-Emma-Laden. Ansonsten weiß ich nicht mehr genau, was - - Für mich relevant ist die Christstollendose, die war auf jeden Fall drin, weil da der Sprengsatz war. Dann müssen da irgendwo Chips gewesen sein.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja, wir haben es ja hier. Wir brauchen nicht im Einzelnen - - Die Akte gibt da Auskunft.

Zeuge Edgar Mittler: Ja, okay.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Was mich jetzt interessiert: Diese Dinge, die da im Korb sind, wurden ermittlungsdienstlich behandelt?

Zeuge Edgar Mittler: Ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Es ist aber ohne Erkenntnis geblieben?

Zeuge Edgar Mittler: Leider; intensivst. - Die Dose wurde ermittlungsdienstlich behandelt; das war für uns natürlich das wichtigste Teil beim Landeskriminalamt. Der Sprengsatz selber - was von dem übrig war - wurde ermittlungsdienstlich behandelt. Wir hatten auch einen Antrag auf DNA gestellt. Allerdings war aufgrund der großen Hitze- einwirkung - so hatte man mir erklärt - eine DNA-Entnahme oder eine DNA-Auffindung nicht mehr möglich.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Die Whiskyflasche wurde auch nicht mehr aufgefunden? Wahrscheinlich verkauft dann ein paar Tage später oder so?

Zeuge Edgar Mittler: Also, die Whiskyflasche - - Ich weiß nicht, ob die Whiskyflasche zum Zeitpunkt der Detonation noch in dem Korb war oder ob der Ladenbesitzer gesagt hat: Dieses teure Zeug stelle ich wieder ins Regal. - Ich glaube eher, er hat es vorher schon wieder ins Regal gestellt. Deswegen war die - - Es wäre noch gefährlicher gewesen, wenn die Whiskyflasche da auch noch drin gewesen wäre. Die Glassplitter hätten also auch eine - - Das wäre aufgefallen. Ich gehe mal davon aus, dass die nicht mehr drin war.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Kurth.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Eine letzte Frage?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay, gut.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Das ziehen wir durch, und dann sind wir hier durch. - Ich habe eine letzte Frage. Bei allen Taten haben wir die Verbindung mit den Fahrrädern, und hier haben wir ja keine Verbindung zu Fahrrädern. Jetzt habe ich mir das einmal angeschaut. Das ist eine sehr enge Gasse dort, kaum befahrbar, aber durch Fahrräder schon. Kann man es sich denn vorstellen, dass man - um hinzukommen oder zurückzufahren; man muss ja auch schnell wieder weg oder Ähnliches - dort mit dem Fahrrad hinkommt, oder ist es zu Fuß besser? Wie würden Sie das einschätzen?

Zeuge Edgar Mittler: Also, wir waren davon ausgegangen, auch nach den Aussagen des Ladenbesitzers, dass der Mann zu Fuß gekommen ist, weil er in beiden Händen vor sich diesen großen Korb getragen hat. Es wäre sicherlich nicht möglich gewesen, da gleichzeitig noch mit Fahrrad zu fahren. Das kann man grundsätzlich sagen. In der Gegend, in der Probsteigasse, ist es am besten, man verkehrt zu Fuß. Auch in das Ladengeschäft - - Der Ladenbesitzer könnte ja durch die große Schaufensterscheibe quasi sehen, ob jemand mit dem Fahrrad gekommen wäre. Das hat er aber nicht gesehen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Alles klar. Danke schön.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur Linksfraktion. Frau Pau, bitte.

Petra Pau (DIE LINKE): Guten Tag, erst einmal! Sie haben vorher gesagt, dass Sie in Ihrer Erinnerung kein einziges Sprengstoffdelikt, verursacht von Rechtsextremisten, in Köln haben.

Zeuge Edgar Mittler: Dass ich das bearbeite.

Petra Pau (DIE LINKE): Dass Sie das bearbeiten. Aber es ist Ihnen auch keins erinnerlich, -

Zeuge Edgar Mittler: Es ist mir keins erinnerlich, ja.

Petra Pau (DIE LINKE): - wo Sie sagen: Da waren Rechtsextremisten unterwegs und haben Sprengstoff in Köln eingesetzt. Nun hatten wir im Jahr 2000, also ein Jahr vor dem Anschlag in der Probsteigasse, einen Sprengstoffanschlag auf eine S-Bahn-Station in Düsseldorf, bei dem russische Einwanderer schwer verletzt wurden. Damals ging man von einem rechtsextrem motivierten Anschlag aus. Sie erinnern sich vielleicht: Es gab eine riesengroße Demonstration hier in Berlin, der sogenannte Aufstand der Anständigen wurde ausgerufen. Spielte die Erinnerung an dieses Ereignis irgendeine Rolle, als Sie mit diesem Sprengstoffanschlag in Verbindung kamen bzw. die Ermittlungen begannen?

Zeuge Edgar Mittler: Der Sprengstoffanschlag in Düsseldorf war zu der Zeit bei uns in Erinnerung, also auch bei mir. Ich hatte das LKA auf jeden Fall gebeten, zu vergleichen, ob etwas infrage käme. Aber ich meine, dass der Sprengstoffanschlag in Düsseldorf mit einer Handgranate oder irgend etwas getätigt wurde, wenn ich das heute noch so in Erinnerung habe. Dann hat uns das LKA direkt gesagt: Nein, da gibt es keine Zusammenhänge.

Petra Pau (DIE LINKE): Nun sind Sie die ganze Zeit mit Sprengstoffdelikten - unterschiedlichster Motivation sicherlich - befasst gewesen. Im Jahr 2001 - zumindest nach unseren bisherigen Kenntnissen - müssten in allen Polizeidienststellen der Bundesrepublik

noch die Fahndungsplakate nach den drei uns heute namentlich Bekannten gegangen haben - im Zusammenhang mit Sprengstoffdelikten. Ist Ihnen denn das erinnerlich?

Zeuge Edgar Mittler: Nein.

Petra Pau (DIE LINKE): Das heißt, es war Ihnen auch nicht gegenwärtig, dass zu dieser Zeit eine bundesweite Fahndung zu drei flüchtigen Nazis aus Thüringen lief, die vor allen Dingen wegen Sprengstoffdelikten gesucht wurden?

Zeuge Edgar Mittler: Überhaupt nicht.

Petra Pau (DIE LINKE): Und das war auch nie Thema in irgendeiner Debatte oder so?

Zeuge Edgar Mittler: Nein.

Petra Pau (DIE LINKE): Danke. - Vorhin, als wir uns auch über den Tatort und die Umstände rings um das Geschäft unterhalten haben, haben Sie gesagt, es gab in diesem Viertel, welches vielleicht nicht ganz so angesehen ist, auch keine Schmierereien oder andere Dinge, die man festgestellt hat, die auf eine rechtsextreme Szene oder eine rechtsextreme Bedrohung für die Familien schließen lassen. Wissen Sie, dass es in der Silvesternacht 2000 auf 2001 Schüsse auf eine nahe gelegene, gerade neu eingeweihte Moschee gegeben haben soll und dass von den Anwohnern ein islamfeindlicher Hintergrund vermutet wurde? Wir finden das in unseren Unterlagen in Zeitungsartikeln im MAT A BfV-4 und 5, Seite 22^{*}.

Zeuge Edgar Mittler: Ja, es hat Schüsse auf eine Moschee gegeben. Ob zu der Zeit, das kann ich jetzt nicht sagen; aber ich kann mich durchaus daran erinnern, dass ich so etwas gehört habe.

Petra Pau (DIE LINKE): Aber bei Ihren Überlegungen, was dort im Umfeld passiert - außer dass da ein Bauunternehmer Streit hat oder dass der iranische Geheimdienst in irgendeiner Weise involviert sein könnte -, hat dieses Ereignis jetzt keine Rolle gespielt oder wurde nicht berücksichtigt?

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die korrekte Fundstelle lautet: MAT A BfV-4 (herabgestufter Auszug), Blatt 22.

Zeuge Edgar Mittler: Nein, wurde bei mir nicht berücksichtigt.

Petra Pau (DIE LINKE): Gut, dann würde ich gern noch einmal zum Thema Sprengstoff im Allgemeinen und den Abfragen kommen. Sie haben vorhin über Ihr jährliches Treffen gesprochen, wo Sie Erfahrungen austauschen. Nun finden wir im Ordner MAT A NW-6 a, Seite 28 f. eine Auswertung des Tatmitteldienstes [sic!] für den Bereich Nordrhein-Westfalen. Ihnen wurden hier offenbar dann drei vergleichbare Fälle mitgeteilt, die allerdings alle nichts mit Ihrem Fall und den Konstellationen zu tun hatten. In der Akte heißt es aber weiter - ich zitiere -:

Eine bundesweite Auswertung erfolgte durch das Bundeskriminalamt und liegt diesem Spurensicherungs- und Auswertungsbericht bei.

Das findet sich in MAT A NW-6 a, Seite 29. Nun fehlt uns leider dieser Bericht in der Akte. Können Sie sich an dieses Ergebnis dieser bundesweiten Abfrage erinnern? Wissen Sie, nach welchen Kriterien das BKA hier abgefragt hat?

Zeuge Edgar Mittler: Nein, ich kann mich da nicht dran erinnern.

Petra Pau (DIE LINKE): Dann eine letzte Frage von mir. In MAT A NW-6 g, Seite 237^{*} findet sich der Eintrag:

Zum Tatkomplex Köln, Propsteigasse, wurde seitens des Bundeskriminalamts auf sechs Fälle hingewiesen, bei denen Gasflaschen des Fabrikats „Eurotre“ verwendet wurden. In keinem dieser sechs Fälle gab es Bezüge nach Thüringen.

Für mich heißt das erst mal: Man wäre sicherlich auf das Trio bei diesen Abfragen gekommen, wenn sich diese Geschichte in der Sprengstoffdatei des BKA befunden hätte. Nun ist die Frage an Ihre Erfahrung als Sprengstoffermittler: Ist es so, dass Täter, wenn sie einmal unterwegs sind mit Sprengstoff, aus welcher Motivation auch immer, und mehrere Taten begehen, immer wieder auf die bewährte Mischung, den bewährten Sprengstoff zurückkommen oder ist es nicht durchaus gelegentlich so, dass sie auch ex-

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die korrekte Fundstelle lautet: MAT A NW-6 g, Blatt 243.

perimentieren und die Sprengstoffkonstellation wechseln?

Zeuge Edgar Mittler: Ja und nein. Für den Täter ist es am einfachsten, wenn er sich eine Methode angewöhnt hat, mit dieser Methode weiter fortzufahren, weil er immer mehr Sicherheit erlangt. Aber es kann natürlich durchaus passieren, dass er seine Methode verfeinert. Es gibt immer wieder neue Techniken. Während wir vor zwanzig Jahren überhaupt noch keine Funkauslösung gekannt haben, ist das heute durchaus auch schon für den Laien möglich, zu bauen. Insofern gibt es da auch Veränderungen.

Petra Pau (DIE LINKE): Danke. - Der Herr Kollege Petermann hätte da noch eine Frage.

Jens Petermann (DIE LINKE): Ich würde weiterfragen, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bitte.

Jens Petermann (DIE LINKE): Herr Mittler, ich möchte noch mal nachhaken zu dem Erfahrungsaustausch, den die Sprengstoffermittler, wie Sie schilderten, regelmäßig durchgeführt haben. Einmal jährlich - - war wohl die Rede davon, dass Sie solche Treffen machen oder möglicherweise auch öfter.

Zeuge Edgar Mittler: Einmal jährlich.

Jens Petermann (DIE LINKE): Mich wundert es, dass es da kein Thema war, dass in Thüringen drei Neonazis - ja, Neonaziterroristen muss man sagen - abgetaucht sind, dort eine Bombenbastlerwerkstatt betrieben haben und doch auch recht spektakulär geflüchtet waren, dass sie per Haftbefehl bundesweit gesucht werden. Dass das kein Thema ist, das wundert mich schon, weil: Wenn die Experten zusammensitzen und solche doch sehr signifikanten Ereignisse stattgefunden haben, sollte das doch eigentlich Thema sein. Würde Sie das - wenn Sie mal einen Perspektivwechsel wagen würden - aus meiner Sicht auch wundern, dass das bei Ihnen kein Thema war?

Zeuge Edgar Mittler: Ich kann Ihnen leider nicht sagen, ob das kein Thema war. Die Sitzungen oder diese Treffen finden jedes Jahr statt. In der Behörde wie in Köln haben

wir allein sechs, sieben Sprengstoffermittler, und jeder will mal teilnehmen, das heißt, man kommt höchstens alle sechs Jahre dran, weil auch die Behörde Köln kann es sich nur erlauben, immer einen hinzuschicken, aus Personal- und wahrscheinlich auch aus finanziellen Gründen. Ich weiß also gar nicht, ob dieses Thema irgendwann mal vorgebracht worden ist. Ich war vielleicht das letzte Mal vor 15 Jahren konkret auf einer Ermittlertagung.

Jens Petermann (DIE LINKE): Das klingt vorhin ein bisschen anders. Das klingt eher so, dass Sie da regelmäßig dabei sind.

Zeuge Edgar Mittler: Nein, nein, nein, nein, dann bin ich falsch verstanden worden. Nein.

Jens Petermann (DIE LINKE): Gut, aber das ist dann offensichtlich zumindest bei Ihnen auch nicht angekommen, selbst wenn es Thema gewesen sein sollte.

Zeuge Edgar Mittler: Richtig, man muss natürlich dazu sagen: Wenn so eine Ermittlertagung ist, dann fahren auf jeden Fall immer die Vertreter des Landeskriminalamtes hin. Die Vertreter des Landeskriminalamtes fragen auf jeden Fall vorher in den Behörden, welche Fälle sie vortragen sollen und ob irgendjemand was Interessantes hat, was man dort vortragen könnte. Das muss man so jetzt verstehen.

Jens Petermann (DIE LINKE): Sollte sich ein solcher Fall wie das Abtauchen dieses Trios in Thüringen nicht eigentlich rumsprechen?

Zeuge Edgar Mittler: Das hätte sich rumsprechen müssen. Ich hätte auf jeden Fall davon wissen müssen.

Jens Petermann (DIE LINKE): Warum ist das aus Ihrer Einschätzung heraus nicht passiert?

Zeuge Edgar Mittler: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich habe nie etwas davon gehört. Ich war selbst überrascht, als ich das jetzt dann wahrgenommen habe.

Jens Petermann (DIE LINKE): Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank. - Das Fragerecht wechselt zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Mittler, ich will da gleich mal weiterfragen. Verständlich, dass Sie da nicht immer zu sechst hinfahren, aber ich stelle mir vor, dass der Kollege, der da war, dann möglicherweise berichtet, was dort besprochen wurde.

Zeuge Edgar Mittler: Ja.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie sich schon überlegt, ob denn ein Kollege von Ihnen da mal gesagt hat: Übrigens, da hat man in Thüringen eine Werkstatt ausgehoben, oder: Da sind welche schwer am Basteln gewesen, und die sucht man jetzt?

Zeuge Edgar Mittler: Nein, das hätten wir auf jeden Fall auch erfahren müssen, das hätten wir auch aus dem Fernschreibverkehr, aus dem allgemeinen Nachrichtenaustausch erfahren müssen. Wir - - ich habe es nicht erfahren.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich frage ja, wie systematisch das gemacht wird. Wird über diese Treffen der Sprengstoffermittler - - führt da das BKA Protokoll und stellt es dann zur Verfügung oder wie ist das?

Zeuge Edgar Mittler: Ja, es wird ein großes, umfangreiches Protokoll erstellt mit Fotos, mit allem, also von den einzelnen Fällen, die dort vorgestellt werden, und die werden allen Behörden zur Verfügung gestellt, und jeder Sprengstoffermittler ist angehalten, die nachzulesen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Jetzt nochmal eine andere Frage zu diesem Sprengsatz selber. Wenn Sie ihn vergleichen mit der späteren Nagelbombe in der Keupstraße, kann man dann sagen, die Keupstraße ist eine Weiterentwicklung? Denn, ich meine, wir gehen ja jetzt davon aus - Sie waren da so ein bisschen fragend -, dass es dieselben Täter sind, Probsteigasse und Keupstraße. Keupstraße war ja in dem Sinne eine richtige Bombe mit

allem Drum und Dran, während diese Stollendose, wenn ich Sie richtig verstanden habe, so ein Zwischending zwischen Brand- und Sprengsatz gewesen ist.

Zeuge Edgar Mittler: Das ist richtig. Die Keupstraße war ein hochinteressanter Sprengsatz, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, der eventuell sogar durch Funk gezündet wurde. Das kann ich aber jetzt heute nicht mehr hundertprozentig sagen, weil ich dann eben, wie gesagt, nicht mehr involviert war. Aber von der Intention, von dem ganzen Drum und Dran, war es eigentlich keine Weiterentwicklung, sondern eigentlich ein anderer Typ von Bombe, schon allein von der Gefährlichkeit. Mit Nägeln usw. zu arbeiten, ist ganz etwas anderes als das, was bei uns in der Probsteigasse mehr oder weniger als Sprengsatz im Kleinen war. Es kann sich bei uns in der Probsteigasse nur um Grammbereiche gehandelt haben, die als Sprengstoff benutzt wurden, während es in der Keupstraße sicherlich schon wesentlich mehr war.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Täter hat ja nach der Schilderung eine Menge Gegenstände berührt in diesem Laden; wir hatten schon die Whiskyflasche und andere Dinge. Gab es denn eigentlich brauchbare daktyloskopische Spuren?

Zeuge Edgar Mittler: Nein, es gab keine brauchbaren daktyloskopischen Spuren, warum auch immer.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie soll ich das verstehen?

Zeuge Edgar Mittler: Der Geschädigte konnte es uns nicht sagen. Wir hatten schon fast die Vermutung, dass der Täter einen Handschuh getragen hat, aber - - was natürlich zu der Jahreszeit durchaus möglich gewesen wäre. Im Dezember kann es durchaus sehr kalt sein und es würde gar nicht so auffallen, wenn man Handschuhe trägt. Aber der Geschädigte konnte uns das nicht sagen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, das ist ja auch nicht so sehr Sache - - Der Geschädigte konnte Ihnen nicht sagen, ob Handschuhe oder nicht, aber waren denn noch Gegenstände da, die nicht

durch diese Verpuffung beschädigt waren, die an sich Spurenträger gewesen sind?

Zeuge Edgar Mittler: Waren noch Gegenstände da? - Also, grundsätzlich kann ich nur sagen, dass alle Gegenstände, die irgendwie mit dem Geschenkkorb zu tun hatten, äußerst akribisch auf Spuren untersucht wurden, und zwar meines Erachtens sogar von den besten Leuten des LKA, die auch jahrelange Erfahrung gerade nur mit dem daktyloskopischen Suchen von Sprengstoffspuren hatten, also von Spuren auf Sprengstoffträgern. Es wurde einfach nichts gefunden, was uns natürlich gewundert hat, ja.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, es waren keine drauf, auch nicht von dem Ladeninhaber oder sonst was? Oder heißt das: Wir konnten alle Spuren irgendwie zuordnen, es waren keine unbekanntenen Spuren drauf?

Zeuge Edgar Mittler: Es waren keine Spuren drauf, die wir nicht zuordnen konnten.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war meine Frage. - Noch eine Frage, bei der es sozusagen noch mal um die Frage der Motivation geht. Sie sagten, bei Ihnen kam der Gedanke auf: iranischer Geheimdienst. Das will ich gar nicht von der Hand weisen. Wir hatten in Berlin das Mykonos-Attentat, da hat er tatsächlich gemordet - die Täter wurden rechtskräftig verurteilt - und an anderen Stellen auch. Was nicht so ganz dazu passt, ist, dass diese Familie ja nun politisch nicht sonderlich aktiv gewesen ist und dass nach allen Aussagen, insbesondere des Vaters, es ja nun ein normal hochdeutsch sprechender Täter gewesen sein soll. Bisher gab es das Bild: Der Iran mordet durch eigene Landsleute oder durch Hilfskräfte aus dem Bereich schiitische Hisbollah oder, oder, oder. Aber dass sie nun einen Deutschen aussenden zum Töten, das kannte ich jedenfalls nicht und kenne es bis heute nicht. Warum dennoch - ich meine, da insistieren wir jetzt so ein bisschen - diese Spur, die ich nicht a priori von der Hand weisen will? Aber diese allgemeine Spur, nach dem, was wir mit Köln, Entschuldigung, mit Mölln und Solingen usw. alles erlebt haben - - Die allgemeine Spur, wenn Migranten Opfer sind, kann es auch immer rechtsex-

trem sein, wurde doch relativ gedämpft oder gar nicht verfolgt.

Zeuge Edgar Mittler: Es hat sich für uns kein Hinweis darauf ergeben.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, das glaube ich gerne. Das ist die Frage, die wir eigentlich an jedem Tatort haben: Kann ich nur dann oder muss ich nur dann in diese Richtung marschieren, wenn ich ein Bekenner schreiben, wenn ich ein Hakenkreuz oder anderes habe, und sind nicht gerade rechtsterroristische Taten dadurch charakterisiert, dass das fehlt? Oktoberfestanschlag, oder, oder, oder, oder.

Zeuge Edgar Mittler: Richtig, aber man brauchte wenigstens irgendein kleinstes Indiz, das diesen Ansatz weiterverfolgen ließ. Nehmen wir einmal an, wir hätten uns auf die rechte Szene konzentriert. Wir hätten gar nicht gewusst, wo wir da ermitteln sollen, -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Edgar Mittler: - weil es gab keinerlei Hinweise oder Unterlagen oder Grundsätzliches. Wir hätten es nicht gewusst, muss ich Ihnen ganz klar sagen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Keine weiteren Fragen. - Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann darf ich fragen, ob es Bedarf gibt für eine zweite Berliner Runde? - Bei der Union ist das nicht der Fall. Hat die SPD noch Fragen an den Zeugen? - Das ist nicht der Fall. Die FDP? - Die Linksfraktion?

Petra Pau (DIE LINKE): Keine Frage, nur eine Bitte, gar nicht an Sie, Herr Mittler, sondern an die Vertretung von Nordrhein-Westfalen. Ich habe vorhin zitiert und festgestellt, dass uns der Bericht zur bundesweiten Auswertung durch das Bundeskriminalamt zum Spurensicherungs- und Auswertungsbericht fehlt - MAT A NW-6 a, Seite 29 -, obwohl im Material steht: Dieser Bericht liegt bei. Vielleicht könnte uns das gelegentlich aufgeklärt werden, also was Inhalt des Berichtes war?

In dem Zusammenhang: Wenn ich schon das Wort habe, möchte ich mich übrigens gleich bei Hamburg bedanken, die schnell

und präzise auf Fragen, die beim letzten Mal hier offen geblieben sind, geantwortet haben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay, das wird geklärt, nehme ich mal an, oder können Sie es direkt beantworten?

Frank Matthias (Nordrhein-Westfalen): Nein, ich kann es leider nicht direkt beantworten. Ich habe Sie jetzt richtig verstanden, dass der von Ihnen zitierte Bericht Ihnen nicht vorliegt, aber eigentlich hätte übersandt sein sollen? Ist das richtig?

Petra Pau (DIE LINKE): So verstehe ich das, weil uns hier mitgeteilt wird, dass in dieser Anlage eben der Bericht liegt, aber er ist nicht da. Ich gebe Ihnen die Angaben dann gern noch mal.

Frank Matthias (Nordrhein-Westfalen): Okay, dann kläre ich das auf.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. - Haben die Grünen noch Fragen an den Zeugen? - Herr Mittler, dann sind Sie hiermit für heute als Zeuge entlassen. Vielen Dank, dass Sie uns zur Verfügung gestanden haben. Wie gesagt, das vorläufige Protokoll wird Ihnen übermittelt, wenn es fertiggestellt ist, und dann haben Sie Gelegenheit, innerhalb von zwei Wochen Änderungen dort geltend zu machen.

Ich darf jetzt fragen, ob wir direkt übergehen zum zweiten Zeugen und dann möglicherweise nach einer ersten Berliner Runde in die Mittagspause eintreten oder ob wir die jetzt einlegen wollen? - Das ist jetzt kein klares Stimmungsbild, wenn ich das - - wobei ich einige einleitende Fragen habe, das sage ich gleich vorweg.

(Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):
Was weg ist, ist weg!)

- Gut, wir sind fleißig heute, das sowieso, und offenkundig ist es noch zu früh für eine Mittagspause. Dann noch einmal herzlichen Dank, Herr Mittler. - Dann darf ich darum bitten, dass Herr Weber den Weg in den Raum findet. Wir setzen die Sitzung in fünf Minuten fort.

(Unterbrechung von
12.23 bis 12.42 Uhr)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte Sie, soweit noch nicht geschehen, Platz zu nehmen.

Wir setzen die Beweisaufnahmesitzung fort. Als zweiten Zeugen des heutigen Tages begrüße ich Herrn Kriminalhauptkommissar Markus Weber als ehemaligen Leiter der Ermittlungskommission zum Anschlag in der Keupstraße in Köln.

Vernehmung des Zeugen Markus Weber

Herr Weber, ich darf Sie, wie alle anderen Zeugen auch, darauf hinweisen, dass von Ihrer Vernehmung eine Tonbandaufnahme seitens des Ausschussesekretariates gefertigt wird. Diese Aufzeichnung gilt allerdings nur dem Zweck, das Erstellen des Stenografischen Protokolls zu erleichtern. Das heißt, wenn das Protokoll gefertigt ist, wird die Aufnahme gelöscht.

Die vorläufige Fassung des Protokolls wird Ihnen nach Fertigstellung übermittelt. Sie haben dann, falls Sie das wünschen, die Möglichkeit, innerhalb einer Frist von 14 Tagen Korrekturwünsche und eventuelle Ergänzungen geltend zu machen.

Ich stelle fest, dass Sie ordnungsgemäß geladen sind. Die Ladung haben Sie am 25. Juni 2012 erhalten. Es liegt eine Aussagegenehmigung bezüglich Ihrer Vernehmung heute vor, erstellt durch das Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen. Sie ist uns, glaube ich, heute zugegangen, wie für Herrn Mittler, den ersten Zeugen auch.

Vor Beginn Ihrer Befragung habe ich Sie zunächst formal zu belehren: Sie sind als Zeuge geladen worden. Sie sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie auf mögliche strafrechtliche Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Derjenige, der vor einem Untersuchungsausschuss des Bundestages uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden. Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes des Bundes können Sie die

Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, aber auch einem dienstlichen Ordnungsverfahren ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuftem Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann.

Haben Sie zu dem von mir bisher Vorgetragenen Fragen?

Zeuge Markus Weber: Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann darf ich Sie nach den notwendigen Vorbemerkungen durch mich nunmehr bitten, sich zu Beginn Ihrer Ausführungen bzw. der Vernehmung dem Ausschuss mit vollständigem Namen, Alter und Beruf vorzustellen und uns kurz mitzuteilen, ob die für Ihre Ladung verwendete Anschrift nach wie vor aktuell ist.

Zeuge Markus Weber: Mein Name ist Markus Weber, 50 Jahre alt. Ich bin Polizeibeamter in Köln, und die ladungsfähige Anschrift ist nach wie vor gültig, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Weber, Sie haben, falls Sie es wünschen, nach dem Untersuchungsausschussgesetz Gelegenheit, sich vor Ihrer Vernehmung im Zusammenhang zu äußern. Ich habe Sie vorhin kurz gefragt, ob Sie das möchten, und Sie wollen von dieser Möglichkeit Gebrauch machen. - Sie haben das Wort.

Zeuge Markus Weber: Ich darf mich noch mal ganz kurz vorstellen. Ich bin jetzt seit 18 Jahren tätig im Bereich Tötungsdelikte/Todesermittlungen beim Polizeipräsidium Köln, seit 15 Jahren dort auch als Kommissionsleiter in Mordkommissionen eingesetzt.

Am 09.06.2004 hatte ich als diensthabender Mordkommissionsleiter Bereitschaftsdienst, als es dann am späten Nachmittag zu einer Explosion in der Keupstraße kam. Man war zunächst, in der ersten Stunde, sage ich

jetzt mal, davon ausgegangen, dass es möglicherweise eine Gasexplosion gegeben hatte, hatte dann aber ziemlich schnell doch festgestellt, aufgrund der Lage vor Ort, dass es sich hier um eine Sprengstoffexplosion gehandelt hat. Als dann feststand, dass es hier um eine Sprengstoffexplosion gegangen ist, hat man seitens der Behörde zunächst eine Besondere Aufbauorganisation, wie üblich in diesen Erstangriffen, aufgebaut, und wir als Mordkommission wären zunächst mal rein für den Tatort zuständig gewesen. Da allerdings LKA und BKA für den Sprengstofffall halt Spezialisten zur Tatortaufnahme entsandt hatten, waren wir zunächst nicht eingesetzt.

Am Morgen des 10.06. habe ich dann mit einer Kommission die Ermittlungen komplett übernommen. Wir haben dann zunächst quasi mit einer Mordkommission gearbeitet und das Ganze später in eine Ermittlungsgruppe umstrukturiert.

In der Anfangsphase ging es um die üblichen Dinge - von uns initiiert -: Hausbefragungen, Zeugenermittlungen und Ähnliches. Natürlich kommen in einem solchen Fall am Anfang auch verstärkt Hinweise rein, die dann zunächst geprüft werden. In einem Fall, wie geschehen, kam es dann auch zu einer vorläufigen Festnahme, weil zwei Anrufe massiv jemanden beschuldigten. Wir konnten aber ziemlich schnell abklären, dass diese Beschuldigungen haltlos waren, und die Person wurde nach Abklärung entlassen.

Im weiteren Verlauf konnten wir dann eine Überwachungskamera einer in der Nähe gelegenen Firma ziemlich schnell feststellen. Wir haben die Bilder dieser Überwachungskamera ausgewertet. Im Laufe der Auswertungen bekamen wir dann Hinweise darauf, dass die Täter offensichtlich durch den Bereich dieser Kamera gelaufen waren. Wir hatten ja seitens der Sprengstoffgruppe, die den Tatort aufgenommen hatte, auch ziemlich bald Hinweise bekommen, dass es sich hier um ein Fahrrad handelt, welches offensichtlich im Rahmen dieses Sprengsatzes mit eine Rolle spielte. Wir konnten dann auf diesen Videoaufnahmen feststellen, dass ein Mann ein solches Fahrrad, wie es zu dieser Aussage der Sprengstoffgruppe passen würde, Richtung Tatort geschoben hat.

In der weiteren Auswertung, die sich sicherlich über einige Tage hinzog, konnte man dann feststellen, dass offensichtlich im Zusammenspiel mit dieser einen Person eine weitere Person auf den Aufnahmen erkenn-

bar war, die zunächst zwei Mountainbikes in Richtung des Tatorts geschoben hat und anschließend quasi zurückgegangen ist, um denjenigen, der den Sprengsatz schiebt, abzuholen, sodass wir anhand dieser Videoaufnahmen eindeutig oder recht klar feststellen konnten, dass wir von zwei Tätern sprechen, die im Zusammenspiel agierten.

Natürlich sind wir mit diesen Aufnahmen dann auch massiv in die Öffentlichkeit gegangen und waren der Meinung, wir könnten das Delikt schnell klären. Aufgrund der Öffentlichkeit bekamen wir auch Hinweise. Allerdings hielten sich die Hinweise in Grenzen, und keiner dieser Hinweise führte zunächst irgendwie weiter.

Wir haben dann unsere Fallanalytiker ziemlich schnell mit eingebunden. Es wurden Fallanalysen erstellt, zunächst eine von unserem Landeskriminalamt in Nordrhein-Westfalen, später eine weitere Analyse durch das Bundeskriminalamt. Um eben Maßnahmen abzusichern, die aus der Analyse resultierten, die recht aufwendig waren - nämlich einleitend eine Rasterfahndung, eine Überprüfung von letztendlich 1 200 bis 1 500 Personen -, wurde diese zweite Analyse noch mal veranlasst, die im Wesentlichen tatsächlich zu einem ähnlichen Ergebnis kam, so dass wir neben den Hinweisen, Spuren, die immer wieder eingingen, uns dann entschlossen haben, diese Rasterfahndung durchzuführen.

Sicherlich vorrangig aufgrund der Tatsache, dass die Täter hier mit Fahrrädern agierten, war ein wesentlicher Bestandteil der Analyse, dass wir von Tätern ausgingen, die im näheren Umfeld des Tatortes zumindest einen sogenannten Ankerpunkt haben mussten, also, dass sie möglicherweise oder sogar wahrscheinlich Kontakte in eine Werkstatt irgendwo im Bereich haben mussten, um letztlich den Sprengsatz herzustellen. Aus diesem Grund wurde die Fahndung dann eben speziell in diesem Bereich massiv verstärkt.

Es ist aber auch überörtlich durch übliche Maßnahmen wie *Aktenzeichen XY* weitergefahndet worden. All diese Maßnahmen führten, wie wir heute wissen, dann zu keinem Erfolg. Wir haben nach circa zwei Jahren dann die Ermittlungen so weit, vorläufig sicherlich, eingestellt. Die Ermittlungskommission hat ihre Arbeit dann beendet. Es sind aber im Weiteren immer noch vereinzelt Hinweise eingegangen, die bei mir gelandet

sind und die entsprechend immer wieder abgearbeitet, überprüft wurden.

So weit zum Ablauf der Dinge, die Ermittlungskommission betreffend.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank für die einleitenden Bemerkungen. Herr Weber, ich mache mal den Auftakt mit der Befragung. Mich interessieren zwei bis drei Bereiche, der erste Bereich insbesondere deshalb, weil sich aus der Aktenlage für mich klar ein nicht ganz stringentes Bild ergibt, und zwar ist das die Fragestellung der Einordnung dieses Anschlaggeschehens.

Wir finden - das ist MAT A BMI-4/75 e, das sind die Seiten 57 und 58, sowie MAT A BMI-4/75 e, Blatt 59 - zwei E-Mails, die vom Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen aus Düsseldorf abgesetzt worden sind, bezogen auf den Anschlag. Also, der Anschlag war ja am 9. Juni, kurz vor 16 Uhr. Was mich da etwas verwundert, ist, dass das Landeskriminalamt an einen breiten Verteiler, inklusive Bundesinnenministerium, eine E-Mail um 17.04 Uhr versendet, also eine Stunde nach dem Anschlag. Und in dieser E-Mail von 17.04 Uhr heißt es in der Betreffzeile:

terroristische gewaltkriminalitaet*

Also: 16 Uhr: Anschlag; 17 Uhr LKA schriftlich: terroristische Gewaltkriminalität. Bereits um 17.45 Uhr, das heißt eine Stunde und 45 Minuten nach dem Anschlag und eine Dreiviertelstunde nach der schriftlichen Einschätzung „terroristische Gewaltkriminalität“, heißt es dann aber in einer E-Mail:

die im bezug genannte lageerst-meldung wird korrigiert. bisher liegen keine hinweise auf terroristische gewaltkriminalitaet vor.

Haben Sie dafür eine Erklärung, dass da innerhalb von 45 Minuten, und zwar innerhalb von ein bis zwei Stunden nach dem Anschlag, erst die Einschätzung „Terrorismus“ abgegeben wird und dann die Einschätzung „kein Terrorismus“ abgegeben wird?

Zeuge Markus Weber: Nein, da kann ich Ihnen keine Erklärung für liefern. Wie ich eben ausführte, waren wir, war ich selbst am ersten Tag - speziell zu dieser Zeit schon mal

gar nicht - nicht mit dem Fall befasst. Ich bin dann später, um 18 Uhr rum, damit befasst gewesen, zu prüfen, ob wir eine Tatortaufnahme übernehmen, als Mordkommission, als Bereitschaftsbeamte. Wie es zu dieser Einschätzung am Anfang gekommen ist, dazu kann ich keine Aussage machen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die Frage der Bewertung und der Einordnung dieses Anschlags hat ja auch in der politischen Diskussion eine gewisse Rolle gespielt. Der Bundesinnenminister hat ja eingeräumt, er hätte sich möglicherweise am 10.06. zu frühzeitig festgelegt, wobei man ja wahrscheinlich nach Aktenlage sehen muss, dass das LKA am 09.06. in der Tat auch die Einschätzung hatte, zumindest in ihrer zweiten Version, dass es da keinen terroristischen Hintergrund gibt. Hat denn diese Diskussion eine Rolle gespielt in Ihrer Arbeit?

Zeuge Markus Weber: Die Diskussion war auf jeden Fall da. Es ist natürlich überprüft worden; oder: Es sind Dinge veranlasst worden, um zu sagen: Gibt es jetzt hier einen politischen Hintergrund, einen fremdenfeindlichen? Es gibt aber auch, speziell im Bereich Keupstraße, verschiedene Dinge, die andere Motive möglich erscheinen lassen, sodass diese Richtungen in jeglicher Art geprüft worden sind und diskutiert worden sind. Es konnte aber - - Es ist uns nicht gelungen, da eindeutig letztendlich eine Richtung festzulegen, wo wir tatsächlich jetzt sagen können: Da liegt das Motiv.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Können Sie ein bisschen im Zusammenhang darstellen, wie die Diskussion verlaufen ist? Ich frage das deshalb, weil wir nachher noch Herrn Wolf hören werden, der damals als Staatsanwalt mit der Materie beschäftigt gewesen ist, weil wir von Ihnen Einschätzungen in den Akten finden, die da nicht ganz deckungsgleich sind. Wie hat sich das denn nach Ihrer Erinnerung dargestellt? Warum ist bei einem Anschlag, bei dem fast 30 Personen durch eine Nagelbombe zum Teil schwer verletzt worden sind, so früh vom Landeskriminalamt die erste Einschätzung revidiert worden, es könnte sich um ein terroristisches Geschehen handeln?

Zeuge Markus Weber: Warum das Landeskriminalamt so was revidiert oder in eine bestimmte Richtung einschätzt, dazu kann

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle dieses Zitats sowie des folgenden Zitats lautet: MAT A BMI-4/57 e, Blatt 57 bis 59.

ich Ihnen definitiv jetzt keine Aussage hier machen. Ich weiß, dass wir diskutiert haben, dass natürlich viele Überlegungen eine Rolle gespielt haben, ohne jetzt - - Ich könnte Ihnen im Detail jetzt nicht mehr sagen, wie diese Diskussion tatsächlich abgelaufen ist. Aber ich kann sehr wohl sagen, dass die verschiedenen Richtungen geprüft worden sind, überlegt worden sind.

Ein Thema war immer: Wenn wir von einem terroristischen - im klassischen Sinne, sage ich jetzt mal - Anschlag reden würden, dann wäre man davon ausgegangen, dass es in irgendeiner Art und Weise ein Bekenner schreiben oder Ähnliches gibt, was es zum damaligen Zeitpunkt nicht gegeben hat. Aber die Einschätzung des LKA kann ich hier nicht kommentieren. Da kann ich keine Aussage zu machen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann will ich Sie vielleicht nach Ihrer persönlichen Einschätzung fragen. Sie haben ja unter anderem vorhin in Ihren einleitenden Bewertungen auf eine Sendung hingewiesen - das wird im ZDF gewesen sein, im November 2004 -, *Aktenzeichen XY ... ungelöst*. In dieser Sendung sind Sie nach den Unterlagen, die wir haben, auch selber zu Wort gekommen. Ist das richtig?

Zeuge Markus Weber: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Können Sie sich erinnern, wie Sie sich dort geäußert haben?

Zeuge Markus Weber: Im Detail könnte ich das jetzt im Moment nicht. Aber zu dem Zeitpunkt, meine ich, dass wir möglicherweise die erste - - Oder: Da hatten wir die erste Fallanalyse - vermutlich - hinter uns. Und für mich war durchaus nachvollziehbar, was man im Rahmen dieser Analyse dann letztlich als Ergebnis auch festgestellt hat: dass wir hier von zwei Personen ausgehen, die gemeinsam, sicherlich durchaus gezielt gegen Fremde oder gegen Türken, wenn wir hier jetzt die Keupstraße nehmen, agiert haben, aber durchaus mit einem vielleicht eher persönlich gearteten Motiv, weil sie irgendwann mal ein Problem hatten, welcher Art auch immer. Das konnte wir ja leider nie - - Oder: Das ließ sich in dieser Analyse natürlich so genau nicht feststellen.

Wir haben ja dann später, in der Öffentlichkeitsfahndung, sowohl in Mülheim spe-

ziell, lokal, als auch in der XY-Sendung sicherlich versucht, die Leute zu sensibilisieren, dass wir zwei Personen suchen, die möglicherweise als klassische Straftäter oder böse Männer nicht zu erkennen sind.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann will ich vielleicht noch mal einen Vorhalt machen, weil Sie selber die Fallanalyse ansprechen: Die Sendung *Aktenzeichen XY* war im November 2004. Im Juli 2004 wurde vom Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen eine Operative Fallanalyse vorgelegt. Das ist in unseren Unterlagen zu finden: MAT A NW-6 c, Blätter 99 ff. Auf der zweiten von vier Seiten dieser Fallanalyse heißt es - Zitat -:

Am wahrscheinlichsten: Persönliches Motiv mit örtlichem Bezug in Kombination der Faktoren „Politisch motiviert (unorganisiert/fremden- bzw. türkenfeindlich)“ und „Machtausübung/Machtmotiv“;

Auf Seite 3 heißt es:

Zwei Täter männlichen Geschlechts, die sich „einig im Geiste sind“ ...

Täter haben eine Affinität zu Waffen/Sprengstoff (evtl. sind sie schon früher damit aufgefallen) ...

Täter sind wahrscheinlich schon polizeilich in Erscheinung getreten, u. a. evtl. wegen fremdenfeindlicher Straftaten

Also im Juli haben Sie diese Fallanalyse: „Am wahrscheinlichsten: Persönliches Motiv mit örtlichem Bezug in Kombination der Faktoren“ fremden- bzw. türkenfeindlich. Dann wundert es mich, dass ich über die Sendung *Aktenzeichen XY* lese - das ist *Kölnische Rundschau* vom 06.11. -:

Das Motiv für den Nagelbomben-Anschlag im Juni auf der Keupstraße könnte private Gründe haben. Diese Meinung vertrat der Leiter der Mordkommission in der ZDF-Sendung „Aktzeichen XY ungelöst“. Im Moment könne man einen terroristischen oder politischen Hintergrund für das Attentat ausschließen. Eine persönliche Fehde sei wesentlich wahrscheinlicher, betonte Markus Weber im

Gespräch mit Moderator Rudi Cerne.

Würden Sie sagen, dass eine fremdenfeindlich motivierte Straftat nicht in den Bereich der politischen Straftaten fällt?

Zeuge Markus Weber: Das wäre eine Frage der Einordnung, wenn ich sage: Ich bin persönlich betroffen, weil ich jetzt persönlich ein Problem mit einer bestimmten Gruppe Ausländer habe. Ob man das jetzt fremdenfeindlich oder politisch - - Das ist doch letztendlich eine Frage der Formulierung.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Na ja, das ist aber was anderes als eine Fehde.

Haben Sie die Operative Fallanalyse, die ich auszugsweise zitiert habe - „Täter sind wahrscheinlich schon polizeilich in Erscheinung getreten, u. a. evtl. wegen fremdenfeindlicher Straftaten“ -, so interpretiert, dass das nahegelegt hat, es wäre so eine Art Nachbarschaftsstreitigkeit gewesen?

Zeuge Markus Weber: Es ist nicht von Nachbarschaftsstreitigkeiten die Rede gewesen. Also, wenn wir das jetzt verniedlichen in Form einer Nachbarschaftsstreitigkeit, wird das sicherlich dem nicht gerecht, was in der Analyse gesagt wird.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Was ist denn nach Ihrer Definition eine „Fehde“?

Zeuge Markus Weber: Ich möchte mich jetzt hier nicht auf einzelne Worte festlegen, ob das eine Fehde ist. Also, wie gesagt, ich denke: In der Analyse wird recht deutlich, was die Analyse zutage gefördert hat. Und dementsprechend haben wir versucht, diese Leute letztlich ausfindig zu machen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, ich habe die Analyse so verstanden, dass sie sehr wohl nahelegt, dass es sich um eine politisch motivierte Straftat handeln könnte. Das ist die Position, die Herr Wolf an anderer Stelle auch noch mal deutlich zum Ausdruck bringt. Da heißt es zum Beispiel am 12./13. Juni im *Kölner Stadt-Anzeiger*:

Entgegen der Meinung von Bundes- und Landesinnenministerium will

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A GBA-9, Blatt 103.

Wolf neben einem kriminellen oder persönlichen Motiv auch einen politischen oder gar fremdenfeindlichen Hintergrund des Anschlags nicht ausschließen. Die Bombe sei wahrscheinlich nicht konkret gegen eine Zielperson, sondern „wahllos“ gegen Menschen gerichtet gewesen.

Haben Sie sich eigentlich mit Herrn Wolf regelmäßig ausgetauscht über die Bewertung?

Zeuge Markus Weber: Ja, das haben wir.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gab es da unterschiedliche Ansichten?

Zeuge Markus Weber: Nein, im Wesentlichen gab es keine. Nein, gab es nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich will zu einem zweiten Punkt kommen. Es fällt auf, wenn man sich die Akten anschaut, dass es ganz offenkundig gewisse Differenzen gegeben hat über Zuständigkeiten im Polizeibereich. Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Markus Weber: Also, ich kann Ihnen nur sagen, dass ich ab dem 10.06. die Ermittlungen übernommen habe, dass wir zwischenzeitlich bei uns intern in Köln, sage ich vielleicht mal, verschiedene Organisationsformen hatten, die aber letztlich an unserer Arbeit als solches nichts geändert haben. Ob die jetzt Mordkommission oder Ermittlungsgruppe hießen oder zwischenzeitlich das Ganze in Form einer BAO lief, weil es eine Spur betreffend bestimmte verdeckte Maßnahmen gegeben hat, das war letztlich eine rein organisatorische Frage, die an den Ermittlungen als solches nichts geändert hat.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich will Ihnen mal einen Vorhalt machen, der aus einem Gedächtnisprotokoll besteht, das, meine ich, ein Kollege von Ihnen angefertigt hat. Kennen Sie einen Kriminaldirektor Hoover?

Zeuge Markus Weber: Hoover, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wer ist das, oder wer war das?

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A GBA-9, Blatt 55.

Zeuge Markus Weber: Der Herr Hoever ist mittlerweile meines Wissens beim Landeskriminalamt. Er war bei uns zum damaligen Zeitpunkt, ich meine, Kriminalinspektionsleiter 2, zuständig für organisierte Kriminalität, wenn ich das jetzt - - Ich meine, zu dem Zeitpunkt wäre er das gewesen. Das müsste man in den Akten noch mal nachgucken.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Hoever hatte im November 2006 zu einem Gespräch eingeladen. Es gibt ein Gedächtnisprotokoll dazu von einem Herrn Thomas Schulz, Erster Kriminalhauptkommissar. Ist Ihnen Herr Schulz bekannt?

Zeuge Markus Weber: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Welche Funktion hatte oder hat Herr Schulz?

Zeuge Markus Weber: Er ist Leiter des Kriminalkommissariats 21, die ebenfalls für organisierte Kriminalität zuständig sind.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die Teilnehmerliste der Besprechung ist VS-Vertraulich eingestuft. Deswegen kann ich sie Ihnen hier in öffentlicher Sitzung nicht vorhalten. Können Sie sich erinnern, dass Sie im November, am 29.11.2006, an einer Besprechung mit verschiedenen Behördenvertretern teilgenommen haben?

Zeuge Markus Weber: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann will ich Ihnen folgenden Vorhalt machen - der ist nämlich nicht VS-Vertraulich eingestuft -: Gedächtnisprotokoll von Herrn Schulz, MAT A NW-4/3, Tgb. Nr. 17/12. Das ist übrigens ein Gedächtnisprotokoll, datiert vom 21. März 2012, also vier Monate später erstellt, und da heißt es interessanterweise:

Ende Herbst 2005 stellte die EG Sprengstoff

- das ist ja die von Ihnen geleitete Kommission gewesen -

fest, dass offensichtlich mehrere Dienststellen des PP Köln, aber auch andere Behörden unabhängig voneinander Ermittlungen auf der Keupstraße führen und hier verdeckte Maßnahmen betreiben.

War das so?

Zeuge Markus Weber: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das klingt jetzt aber nicht nach besonders guter Koordination.

Zeuge Markus Weber: Es ist natürlich - - Wenn wir in der Keupstraße - - Wir hießen ja EG „Sprengstoff“. Wir haben diesen Sprengstoffanschlag zu ermitteln. Natürlich gibt es andere Dienststellen, die wegen anderer Delikte in dem Bereich ermittelt haben und, wenn sie denn verdeckte Maßnahmen führen, die nicht unbedingt offenlegen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Na ja, also, nach diesem Gedächtnisprotokoll sieht es ja so aus, dass eine Reihe von verdeckten Ermittlungsmaßnahmen stattgefunden hat - im Kontext mit dem Nagelbombenanschlag.

Zeuge Markus Weber: Nein, das ist so nicht richtig. Da geht es um verschiedene Ermittlungsverfahren, die einfach örtlich, sage ich jetzt mal, einen gemeinsamen Bezug hatten.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das heißt, Sie gehen davon aus, dass die weiteren Behörden explizit nicht befasst waren mit dem Thema Nagelbombenanschlag?

Zeuge Markus Weber: Meines Wissens waren nur wir, war nur meine Ermittlungsgruppe mit diesem Anschlag beschäftigt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wo bestand dann der Konflikt?

Zeuge Markus Weber: Man kann sich natürlich, wenn man verschiedene verdeckte Maßnahmen an der örtlich gleichen Stelle führt, ins Gehege kommen, um es jetzt mal so zu formulieren, und der eine den anderen mit diesen Maßnahmen dann auch behindern bzw. ein Ermittlungsverfahren gefährden. Darin bestand der Konflikt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wie ist denn die Aussage von Herrn Schulz zu verstehen - ich zitiere -: „Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Zusammenarbeit nicht sonderlich klappte und von Miss-

trauen geprägt war“, wenn das völlig verschiedene Sachverhalte waren?

Zeuge Markus Weber: Da müssten Sie den Herrn Schulz fragen. Da kann ich nichts - - Das ist sein Eindruck, offensichtlich.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Hatten Sie einen anderen Eindruck von der Besprechung?

Zeuge Markus Weber: Die besagte Besprechung hatte ja auch - - Da waren ja noch ganz andere Leute als die Polizei beteiligt. Da ist einfach versucht worden, Informationen auszutauschen, um eben genau das zu vermeiden, dass man sich da ins Gehege kommt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Unter anderem waren Vertreter des Verfassungsschutzes dabei, ja?

Zeuge Markus Weber: Auch die waren dabei, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich zitiere mal Herrn Schulz weiter:

Es wurde nach meinem Wissen vereinbart, kein Protokoll zu führen.

Zeuge Markus Weber: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy:

Ich erinnere mich, dass durch die anwesenden Ermittlungsdienststellen das vorgetragen wurde, was aktuell an Verfahren und Verfahrensinhalten in Bezug zur Keupstraße vorlag.

Das schließt in der Tat nicht aus, dass es da um unterschiedliche Sachverhalte ging. Das stimmt. Was aber auffällt, ist Folgendes - ich zitiere -:

Ebenso ist mir deutlich in Erinnerung geblieben, weil in dieser Form noch nicht erlebt, dass seitens der anwesenden Herren sowohl des Landes- als auch des Bundesamtes für Verfassungsschutz keinerlei Beitrag geleistet wurde und alle Fragen in punkto Erkenntnisse oder möglichen Einsatzes von Vertrauensleuten nicht beantwortet wurden.

Abschließend kann festgehalten werden, dass die Besprechung im Hinblick auf eine Sachaufklärung als auch einer besseren Zusammenarbeit wenig hilfreich war.

Können Sie uns vielleicht schildern, als Teilnehmer, ob Herr Schulz da eine völlige Fehlwahrnehmung zu Protokoll gegeben hat, in seinem Gedächtnisprotokoll?

Zeuge Markus Weber: Nein, das ist sicherlich so. Also, Fakt ist mal, dass für uns speziell, wenn ich jetzt die EG „Sprengstoff“ nehme, diese Besprechung keinerlei neue Erkenntnisse oder Ermittlungsansätze geliefert hat.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Haben Sie denn im Zusammenhang mit Ihren Versuchen, die Hintergründe des Nagelbombenanschlags zu klären, regelmäßig Kontakt zu Verfassungsschutzbehörden gehabt?

Zeuge Markus Weber: Wir haben von Anfang an über unseren Staatsschutz, die Dienststelle, die ja normalerweise die Kontakte zum Verfassungsschutz hat, diese Kontakte immer wieder gehabt und nachgefragt, ob es seitens des Verfassungsschutz Erkenntnisse gibt bzw. auch die Möglichkeit, mit irgendwelchen Vertrauensleuten Erkenntnisse zu erlangen. Wir haben aber nie irgendwelche konkreten Ermittlungsansätze oder Spuren, die uns weitergebracht hätten, bekommen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aus Ihrer Sicht: War das eine gute Zusammenarbeit mit den Verfassungsschutzbehörden?

Zeuge Markus Weber: Zusammenarbeit würde ich das - - Es waren einfach Anfragen an den Verfassungsschutz, die uns nicht weitergebracht haben. Insofern: Zusammenarbeit? Das war jetzt keine Zusammenarbeit in dem Sinne. Es sind Anfragen gestellt worden, die negativ beschieden wurden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Es sind Fragen gestellt worden, die negativ beschieden wurden?

Zeuge Markus Weber: Anfragen, ja: Gibt es beim Verfassungsschutz Erkenntnisse? Die Fragen sind von uns immer wieder gestellt worden. Es sind auch Verfassungs-

schützer ein-, zweimal bei uns gewesen und haben sich informiert.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Welche Fragen haben Sie denn bezüglich möglicher Erkenntnisse an den Verfassungsschutz gestellt?

Zeuge Markus Weber: Wir haben keine konkreten -- Wir konnten keine konkreten Fragen stellen, bis auf das, was natürlich die Videos -- was uns bekannt war, klar. Aber ansonsten, da wir nicht wussten, was wirklich hinter der Tat steckt, was die Motivation der Täter gewesen ist, wer die Täter sind, konnten wir keine konkreten Fragen stellen. Wir haben allgemein die Frage gestellt: Gibt es Erkenntnisse bei Ihnen, die uns im Bereich Keupstraße, speziell unsere Ermittlungen die Täter betreffend, weiterhelfen können, weiterbringen können?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich will da noch mal konkreter nachfragen, Herr Weber. Wenn Sie sagen, es sind Anfragen negativ beschieden worden, dann wird das ja nicht so gewesen sein, dass Sie über Jahre hinweg alle vier Wochen die Frage gestellt haben: „Habt ihr irgendwie Erkenntnisse, wer dahinterstecken könnte?“, sondern dann liegt es ja relativ nahe, dass Sie wahrscheinlich auch gesagt haben: Haben Sie zu dieser oder jener Person Unterlagen? Oder wie muss ich mir das vorstellen?

Zeuge Markus Weber: Es ist in einzelnen Spuren -- Wir haben natürlich im Laufe der Zeit unter den, ich glaube, circa 300 Hauptspuren, die wir hatten, mit entsprechenden Unterspuren -- Wir reden von ungefähr 3 000 Spuren, Spurenakten. In einzelnen Spurenakten, insbesondere, wenn wir Hinweise auf Personen aus dem rechten Milieu bekamen, die wir natürlich bekommen haben und auch abgearbeitet haben, sind dann natürlich sehr wohl konkret diese personenbezogenen Fragen gestellt worden; das ist richtig.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Können Sie sich erinnern, dass das Bundeskriminalamt mal angeboten hat, sich vertieft in die Untersuchung des Falles einzuschalten?

Zeuge Markus Weber: Ich kann mich an Anfragen des Bundeskriminalamts erinnern

bezüglich des Sachverhaltes und auch, dass ich dem Bundeskriminalamt angeboten habe, vorbeizukommen in Person von -- Es waren zwei Beamte damals, die auch am Anfang dann da waren, um sich zu informieren, weil ich nicht in der Lage war, in den ersten zwei, drei Wochen ständig Informationen weiterzugeben. Deswegen habe ich gesagt, sie können vorbeikommen. Sie sind auch vorbeigekommen und haben sich über den Sachverhalt informiert. Es war aber meines Wissens nicht davon die Rede, dass sie in irgendeiner Form jetzt Ermittlungen übernehmen oder Ähnliches.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann habe ich zwei Nachfragen. -- Das eine ist: Wir hatten am 26. Juni ein Schreiben von Herrn Falk bekommen. Der war kurz zuvor als Zeuge hier im Ausschuss, und er hat darin noch mal zum Ausdruck gebracht, dass zwar zwei Sprengstoffermittler aus dem BKA die Tatmitteluntersuchung vor Ort unterstützt haben, dass das BKA aber zugleich auch Experten für den Bereich Staatsschutz und Allgemeine und Organisierte Kriminalität entsenden wollte, die aber keinen Zutritt zum Tatort erhalten hätten; so Herr Falk.

Zeuge Markus Weber: Dann müsste ich jetzt zurückfragen, wann das gewesen sein soll. Wenn das am 09.06. der Fall war, war ich nicht verantwortlich betraut mit den Dingen und kann dazu keine Aussage machen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, es gibt hier einen Ablaufkalender auch vom LKA. Da heißt es dann um 19.25 Uhr am 09.06.:

... BKA ist mit Blaulicht von Wiesbaden nach Köln unterwegs. Wurden sie angefordert? Nicht durch uns.

Zeuge Markus Weber: Wie gesagt: Kann ich keine Aussage zu machen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann eine letzte Frage von mir: Was auffällt -- das hatten wir auch schon, als wir uns mit der BAO „Bosporus“ beschäftigt haben; ich denke, nachher werden auch andere Kollegen noch was zum Thema „Abgleich Er-

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A NW-7 f, Blatt 10.

kenntnisse Nagelbombenanschlag und Mordserie“ fragen, das wird sicherlich noch kommen - - Aber was aufgefallen ist, auch bei der BAO „Bosporus“, ist, dass das Stichwort Ankerpunkt immer eine besonders große Rolle zu spielen scheint. Also da war es dann so am Ende: neun Morde an Kleinunternehmern mit Migrationshintergrund, fünf Bundesländer betroffen, Schwerpunkt in Bayern, fünf Morde in Bayern von den neun, drei in Nürnberg, und die Schlussfolgerung - für mich nicht ganz plausibel - : Da muss wohl der Täter in der Nähe von Nürnberg zu suchen sein.

Bei einem relativ schweren Sprengstoffanschlag: Was hat denn dagegen gesprochen, über den Bereich Großraum Köln, über den Bereich Nordrhein-Westfalen hinaus nach möglichen Tätern Ausschau zu halten und mal zu gucken: Wo gibt es möglicherweise untergetauchte Straftäter mit einer Vorgeschichte, die was mit Sprengstoffdelikten zu tun haben?

Zeuge Markus Weber: Grundsätzlich spricht zunächst mal nichts gegen diese Vorgehensweise. Wir haben, wie ich anfangs auch sagte, sicherlich überörtlich die Fahndung auch durch Mithilfe von den Maßnahmen, die zur Verfügung stehen - zum einen Sendungen wie XY- neben der lokalen Fahndung, vorangetrieben. Wir haben natürlich auch über Meldedienste - speziell auch über die Sprengstoffschiene - - Über das Landeskriminalamt und das Bundeskriminalamt sind diese Dinge abgeprüft worden, soweit für uns in dem Fall zunächst machbar und plausibel erscheinend.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, das kann ich Ihnen dann aber auch zum wirklichen Abschluss nicht ersparen, Herr Weber:

Mit Datum vom 18. Juni 2004 hat sich das Polizeipräsidium Köln an das LKA Nordrhein-Westfalen gewandt. Das ist MAT A NW-7 f, Blätter 39 und 40. Ich zitiere mal, was die Anforderung oder die Bitte des Polizeipräsidiums Köln gegenüber dem LKA mit Blick auf den Nagelbombenanschlag war:

Zur Ermittlung des oder der Täter dürfte eine Auflistung von Tatverdächtigen sachdienlich sein, die in der Vergangenheit vor dem 09.06.2004 wegen Verstöße gegen das Sprengstoffgesetz oder wegen Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion in der ... PKS

- das heißt in der Polizeilichen Kriminalstatistik -

erfasst worden sind. In dem Zusammenhang dürften die Tatverdächtigen von besonderer Bedeutung sein, die unter Angabe der Postleitzahl ihrer Wohnorte in der PKS (ADV 2) erfasst ... sind.

Das heißt: eine auf den Bereich Nordrhein-Westfalen, wie uns auch der Ermittlungsbeauftragte vor einigen Wochen bestätigt hat, eingegrenzte Anfrage.

Wäre es nicht sinnvoll gewesen, sich mit der Frage zu beschäftigen, ob es nicht denkbar hätte sein können, dass die Täter von Köln nicht unbedingt in Nordrhein-Westfalen gewohnt haben müssen?

Zeuge Markus Weber: Für mich war zu diesem Zeitpunkt diese Auswertung, wie entsprechend angefordert, zunächst die plausibelste und naheliegendste, und deswegen ist sie so gestellt worden. Natürlich konnte ich, kann ich nicht ausschließen, dass die Täter auch von weiter weg kommen. Das kann ich nicht definitiv tun.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die Zusammenarbeit mit dem LKA war aber gut?

Zeuge Markus Weber: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ist Ihnen bekannt, dass das LKA noch im Jahre 2007 Interviews mitwohnern und Geschäfttreibenden auf der Keupstraße geführt hat, die einen Zusammenhang gesehen haben zwischen dem Nagelbombenanschlag und der, wie wir heute wissen, NSU-Mordserie?

Zeuge Markus Weber: Ist mir so im Moment nicht bekannt, nein. Müsste ich - - Also sagt mir nichts.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. - Wir kommen zur Befragung durch die Fraktionen. Das Wort hat für die Unionsfraktion der Herr Kollege Binninger.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Weber, ich will dort noch mal weitermachen, wo Kollege Edathy aufgehört hat. Ich hatte das auch schon vorher Ihren Ermittlungskollegen gefragt, der die Tat in der Probsteigasse bearbeitet hat, 2001. Es will uns nicht

so richtig einleuchten, warum man eben über diesen Tatmittelmeldedienst nicht die Anfrage so gemacht hat, dass man möglicherweise etwas bessere Treffer erhalten hätte. Ich will auch noch mal kurz das Fallbeispiel nennen, wo es geglückt ist, nämlich beim Anschlag auf die Wehrmachtsausstellung 1999 in Saarbrücken und zwei darauf folgenden Briefbombenattrappen hat man diese Anfrage gemacht. Man hat sie damals nicht auf das Saarland bezogen oder auf Frankfurt, weil da der Täter sein könnte, sondern man hat offensichtlich einfach mal bundesweit abgefragt, und man hat dann als Ergebnis im November 2000 bekommen: Für solche Delikte könnte ein Trio aus Thüringen verantwortlich sein: Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe. Das heißt, hätten Sie oder das LKA das damals nicht eingegrenzt, wäre, glaube ich, die Chance nicht ganz schlecht gewesen, zu sagen: Dieses Trio - natürlich fremdenfeindliche Motivation offensichtlich - könnte dafür infrage kommen.

Ich weiß auch, dass man sehr stark an Ähnlichkeiten der Sprengvorrichtungen arbeitet; aber mir ist aufgefallen, dass bei der Anfrage, die Sie gestellt haben, mit Bezug Köln, die Antwort dann gelautet hat: Wir haben eigentlich nichts, was passt, aber drei, vier Fälle, wo mal Bombenattrappen eingesetzt wurden, bei einem Bankraub, bei etwas anderem, die haben wir. - Deshalb: Haben Sie sich jemals noch mal damit befasst und gesagt: Warum grenzen wir ein? Wenn man doch nicht weiterkommt, wäre ja auch ein Weg, zu sagen: Wir machen noch eine zweite Anfrage, wir filtern mal nicht ortsbezogen, sondern machen es bundesweit und sehen dann, wie viele Treffer wir bekommen. - War das mal eine Überlegung?

Zeuge Markus Weber: Wenn es um Tatmittelabgleich geht, ist der meines Wissens von unserer Tatortgruppe - „von unserer Tatortgruppe“: damit meine ich das Landeskriminalamt, die ja die Fachleute für diese Sprengstofftatorte sind - über den Tatmittelmeldedienst und damit über das Bundeskriminalamt und damit auch bundesweit abgeglichen worden.

So! Diese andere Anfrage, PKS betreffend, die wir gestellt haben, meine ich eher im Zusammenhang - ich kann das im Moment nicht mehr ganz genau sagen - mit der Fallanalyse zu sehen, wo man gesagt hat - zumindest in der ersten Analyse -, dass diese Leute möglicherweise schon mal im

Hantieren mit Sprengstoff und Ähnlichem aufgefallen sind. Wir hatten bei dieser Fallanalyse ja bezogen auf wahrscheinlich eher örtliche Täter ein Ergebnis und haben somit dann auch diese Dinge später zunächst mal darauf eingegrenzt. Aber ein Tatmittelabgleich müsste bundesweit - Landeskriminalamt, Bundeskriminalamt: auf dieser Schiene - ganz am Anfang erfolgt sein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sie liegen nicht ganz falsch. Ich will es nur präzise haben.

Es gab zwei Rechercheanfragen im quasi Verbrechensbestand der Straftatendatei der deutschen Polizei. Eine erfolgte über die Kriminalstatistik. Die haben Sie aber eingegrenzt auf Täter im Großraum Köln, was dann zu einem Nichtergebnis geführt hat oder nur wenig Hinweise gab. Dann gab es eine zweite Rechercheanfrage über diesen Tatmittelmeldedienst. Die haben Sie bundesweit gemacht, und es gab trotzdem keinen Hinweis auf Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe.

Zeuge Markus Weber: Das Tatmittel, was wir hatten, was den Sprengsatz vorrangig jetzt betrifft, war bei uns Schwarzpulver. Die Aussage seitens der Experten das Schwarzpulver betreffend war, dass man aufgrund der Tatsache, dass es komplett umgesetzt hatte, also praktisch nicht mehr vorhanden war, keine genaue Aussage bezüglich des Schwarzpulvers treffen könnte, um weitere Analysen, Vergleiche anzustellen zu können. Man konnte wohl sagen, dass es definitiv nicht aus Feuerwerkskörpern - sprich: Silvesterkrachern oder Ähnlichem - delaboriert, also entnommen worden war. Das war aber die einzige Aussage, die speziell zu unserem Schwarzpulver, was jetzt das Sprengmittel betrifft, möglich war.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Also Sie haben sie ja nicht gemacht. Ich will Sie da jetzt auch nicht über Gebühr festlegen, aber wir haben noch mal in den Akten gesucht und haben da auch den Schriftverkehr zwischen BKA und LKA Nordrhein-Westfalen gefunden.

Sprengstoffanschlag in Köln/Mühlheim, MAT A BKA-2/39, und dann steht hier eben:

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BKA-2/39, Blatt 111.

Eine Auswertung in der Zentralen Datei „Tatmittelmeldedienst für Spreng- und Brandvorrichtungen“

- es wurde bundesweit gemacht, da haben Sie recht; aber jetzt kommt der verhängnisvolle Fehler -

erbrachte für den Zeitraum von 01.01.1999 bis heute bundesweit keine konkreten Übereinstimmungen.

Ich frage mich manchmal, warum - - Wen bewegt etwas, zu sagen: Ich grenze es auf fünf Jahre ein? Das ist doch weder kriminalistisch noch wissenschaftlich noch sonst irgendwie belegt. Das ist doch eher Willkür, zu sagen: Ich nehme fünf Jahre, weil es irgendwie eine gängige Zahl ist. - Oder ist das Verfahrensökonomie? Hätte man hier ein Jahr davor datiert oder zwei oder bis 1996 oder es mal offengelassen, dann wären die drei wieder rausgekommen. Jetzt macht man eine Abfrage bis 01.01.99. Da waren die ja schon ein Jahr untergetaucht. Da taucht dann weder das Sprengstoffdelikt in der Garage auf noch die Bombenattrappen von 96, die die also auch schon begangen haben. Haben Sie eine Erklärung dafür, warum?

Wir rätseln ja auch. Diese Sehnsucht nach einem regionalen Ankerpunkt, die Ermittler bei Abfragen machen - in Bayern war es Nürnberg, hier war es Köln -: Dass eine solche Abfrage natürlich ihre Aussagekraft schon sehr reduziert, auch die Treffer reduziert, das leuchtet mir schon ein. Und hier erfolgt eine Begrenzung auf fünf Jahre und damit genau ein Jahr am entscheidenden Datum vorbei. Wenn man damit nicht weiterkommt, wäre es dann nicht naheliegend, zu sagen - man macht ja so viel bei Ermittlungen -: „Jetzt machen wir eine neue Anfrage und nehmen zehn Jahre“? Warum diese fünf?

Zeuge Markus Weber: Ich kann Ihnen jetzt nicht mehr sagen, warum in diesem Fall genau die fünf Jahre genommen wurden. Das kann ich im Moment so nicht beantworten. Wenn wir zehn Jahre nehmen und genau der entscheidende Treffer im elften Jahr gewesen wäre, liegen wir genauso daneben. Also man muss natürlich irgendwo immer eine Grenze bei Abfragen machen. Man kann nicht einfach immer komplett alles abfragen. Das funktioniert ermittlungstechnisch dann in der Regel nicht.

Deswegen muss man für Abfragen - vor allen Dingen dann auch mit einem handelbaren Ergebnis anschließend - bestimmte Grenzen setzen. Die muss man. Dazu ist man sicherlich im Verfahren in verschiedenen Momenten und Entscheidungszeitpunkten dann gezwungen, und die werden dann gesetzt. Ich kann Ihnen im Moment jetzt nicht genau sagen, warum da jetzt 99 war. Das weiß ich nicht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber wir reduzieren natürlich die Aussagekraft solcher Datensammlungen und ihre Nutzungsmöglichkeiten gewaltig, wenn wir immer nur diese fünf Jahre anlegen. Also im Saarland hat es gerade noch gereicht. Da war eben die Tat 99. 2001, in der Probsteigasse, hätte es eigentlich auch noch gereicht. Da hat man es wohl gar nicht gemacht; das konnte uns der Kollege heute Morgen nicht sagen. Und hier war es eben diese Datierung.

Der BKA-Präsident hat uns gesagt: Na ja, man hatte aber sonst nichts. Also man hatte keine DNA. Selbst wenn man irgendwelche Hinweise auf Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe gehabt hätte, konnte man da nicht abgleichen. Aber man hatte ja Videoaufnahmen.

Zeuge Markus Weber: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich möchte jetzt einfach, damit wir uns das alle mal auch gemeinsam ansehen und auch einen Eindruck davon bekommen, was vielleicht möglich gewesen wäre, dass wir uns zwei der Überwachungsvideos der VIVA-Kamera eben auch noch mal anschauen. Vielleicht müssen wir es hier ein bisschen dunkler machen - wir haben noch Licht an -, damit man das ein bisschen besser sieht.

Wenn Sie so freundlich wären, weil Sie der Experte sind, uns auch ein bisschen zu beschreiben, was man sieht. Also wo sind also Unbeteiligte? Und ich habe dann danach noch ein paar Fragen an Sie, was jetzt die Einstellung ist, sobald das Licht aus ist. - Dunkler geht es im Sommer um 13.15 Uhr natürlich nicht.

Also Sie beschreiben das, was Sie dann sehen, um uns da auch helfen zu können.

(Es werden Aufnahmen von einer Überwachungskamera gezeigt)

Zeuge Markus Weber: Man erkennt jetzt hier quasi den weiteren Verlauf - - Vorne sind Personen, die einfach diese VIVA Media AG, diese Firma da, über diese Treppe betreten. Die spielen hier keine Rolle. Im Weiteren kommt dann einer der beiden Männer in den Bereich der Kameras reingelaufen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Von hinten her.

Zeuge Markus Weber: Und wenn er wieder rausgeht - - Also er geht quasi auf den Tatortbereich zu jetzt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sie sehen jetzt in sein Gesicht. - Sie beschreiben es bitte. Da kommt er - -

Zeuge Markus Weber: Also man sieht jetzt - - Auf den ersten Blick dachte ich, es wäre die erste Person, es ist aber die zweite Person, mit der Mütze, die jetzt die beiden Fahrräder, nämlich offensichtlich Fluchtfahrer - - Das konnten wir sagen, weil zum Schluss in dem Video später einer mit dem Fahrrad vom Tatort wegfährt. Aber er schiebt offensichtlich diese beiden Fahrräder. Das war, ich glaube, eine Stunde vor der letzten Tatzeit oder Ausführung der Tat. Da schiebt er diese beiden Fahrräder in Richtung Tatort.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und wurden dort irgendwo platziert und hinterher dann zur Flucht verwandt. Oder?

Zeuge Markus Weber: Eines der Fahrräder - - Also der Mann, der später das Bombenfahrrad, so nenne ich es jetzt mal, zum Tatort geschoben hat, der ist wieder durch die Kamera - - durch den Bereich der Kamera geflüchtet und hat offensichtlich eines dieser beiden Fahrräder zur Flucht benutzt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ist es Ihnen denn gelungen, den Mann da auf der Treppe als Zeugen zu finden? Weil der hätte ihn ja eventuell auch gut beobachten können.

Zeuge Markus Weber: Ja, wir haben natürlich versucht, diese Zeugen, die da erkennbar sind auf dem Video, durch Veröffentlichung zu finden. Es ist uns im Großteil - - Ich könnte jetzt im Moment nicht sa-

gen, ob wir wirklich alle, aber wir haben fast alle der Leute, die auf der Treppe oder im Bereich der Kamera zusätzlich zu sehen sind, ermitteln können, befragen können.

Es ist erstaunlicherweise so, dass keiner dieser Leute sich überhaupt daran erinnern kann, Fahrradfahrer - - Oder auch speziell: Der Bombenfahrradfahrer bzw. Bombenfahrradschieber hatte vermutlich Handschuhe an, wie man zum Beispiel erkennen kann. Es war sehr heiß an dem Tag. Das ist also schon etwas, was unter Umständen auffällt. Es ist keinem dieser Personen irgendwas in der Art erinnerlich gewesen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Es ist Ihnen doch auch gelungen, habe ich in den Akten gesehen, dass eine Frau, ich meine, mit Hypnose, noch relativ - - Das noch mal beschreiben: Wo war die in dem Fall?

Zeuge Markus Weber: Das ist - - Die spielt weiter oben, sage ich jetzt mal, eine Rolle, also weiter zurück, vor dem Kamerabereich, weiter weg vom Tatort. Die war in einem Sportstudio zum Training und ist dann weggegangen vom - - Also das Sportstudio liegt jetzt quasi am oberen Ende, noch weiter weg, außerhalb fast des Kamerabereiches schon, und sie ist dann nach Hause gegangen. Dazu geht sie dann noch wieder vom Tatort weg in die andere Richtung, wo es einen Weg gibt, der auch zu einer Bahnlinie zum Beispiel führt, zu einer Straßenbahnhaltestelle.

In diesem Weg ist ihr dann sehr wohl dieser Mensch aufgefallen, der in einer sehr vorsichtigen Art und Weise, wie sie sagte - - Sie hat das beschrieben: Sie hatte den Eindruck, dass er möglicherweise einen Platten hatte, weil er das Fahrrad in merkwürdiger Art und Weise geschoben hat. Der ist ihr da aufgefallen, allerdings keine weitere Person. Also offensichtlich ist ihr nur dieser eine Täter aufgefallen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Was sehen wir jetzt? Immer noch die Treppe, dieser Eingangsbereich?

Zeuge Markus Weber: Ja, ja, also die Kamera ist ja immer im Bereich dieser Treppe. Jetzt kommt oben, soweit man das erkennt, der Mann, der vorher die Fahrräder zum Tatort oder Richtung Tatort geschoben hat. Der kommt; in einer anderen Einstellung geht er auch wieder zurück. Das konnte man

auch erkennen. Der kommt jetzt wieder aus der gleichen Richtung, wo er vorher mit den Fahrrädern herkam, trägt in einer Hand einen Beutel. Wir hatten immer - - Es hieß immer, dass möglicherweise ein Fladenbrot, warum auch immer, in der einen Hand - - In der anderen Hand hat er einen weißen Jutebeutel, eine Einkaufstasche oder Ähnliches, mit irgendeinem Gegenstand drin.

Jetzt, wenn er im Bereich der Treppe ist, wirklich vorne bei der Treppe, kann man am oberen Bildrand erkennen, dass der Mann mit dem eigentlichen Sprengsatz ihm folgt. Auch jetzt sind wieder einige Leute da auf der Treppe, aber keiner konnte sich an diese Personen erinnern.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Es stand irgendwo in den Akten, die seien mal zu zweit mit den Rädern hintereinander hergelaufen und hätten einen gewissen Mindestabstand halten müssen, um die Zündvorrichtung nicht zu früh oder zu spät auszulösen. Ist das hier aber nicht der Fall?

Zeuge Markus Weber: Also das ist die Situation, die gemeint war mit „zusammen hintereinander herlaufen“, und Experten haben uns erklärt, dass man, weil auch zwei Servos, also zwei Frequenzen, letztendlich da waren, die Fernbedienung oder Fernzündung dann betreffend - - Wenn die eingeschaltet sind und man einen bestimmten Abstand hält, dann kann niemand von außen mit einer anderen Fernbedienung unbeabsichtigt dazwischenfunken. Deshalb müsste man halt einen bestimmten Abstand einhalten im Zusammenspiel, um genau das zu vermeiden, dass aus Versehen der Sprengsatz dann von außen irgendwie gezündet wird.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Wie weit hatte denn der noch zu gehen bis zum Abstellen des Fahrrades? Wo war denn der eigentliche Stellplatz der Bombe?

Zeuge Markus Weber: Ja, er musste bis zum Ende der Straße, dann links um die Ecke, und dann, sagen wir mal, von um die Ecke in die Keupstraße rein waren es 50 bis 100 Meter vielleicht. Der Abstand von der Treppe bis zur Keupstraße dürfte 300 Meter vielleicht sein. Also es ist schon ein engerer Bereich da, nicht weit weg vom Tatort.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Aber eine relativ lange Strecke, um quasi eine Bombe auf dem Fahrrad zu schieben, oder?

Zeuge Markus Weber: Klar, das ist schon durchaus - - Wenn man bedenkt, dass man sich auch so noch absichern muss, um dieses Risiko einer Fehlzündung oder Zündung durch jemand anderes zu vermeiden, ist es schon eine recht lange Strecke, und offensichtlich hat man ja auch von dieser Tatausführung abgesehen, noch mal Abstand genommen, weil die Tatausführung - - Einige Zeit nach diesen Aufnahmen ist das Ding ja auch erst explodiert. Es hat ja eine ganze Weile gedauert.

Wir vermuten ja auch, dass sie abgesetzt haben von der eigentlichen Tatausführung, weil man später auf einer Sequenz erkennen kann, dass sie sich offensichtlich noch mal vom Tatort wegbewegt haben, um an einem Bereich, der - - Wenn man jetzt von dieser Treppe aus in Richtung Tatort blickt: Auf der anderen Straßenseite gibt es einen Fahrradständer, der zu einer Firma gehört, an dem sie sich vermutlich noch mal aufgehalten haben müssen. Es hatte da, wie wir ermitteln konnten, in der Keupstraße um die Zeit, die das erste Annähern an das Friseurgeschäft betrifft, eine Verkehrsstörung mit Ordnungsamt und Stau gegeben, sodass das möglicherweise ein Grund war, um zunächst mal sich zurückzuziehen und abzuwarten, bis diese Lage da erledigt war, und man dann anschließend noch mal neu angesetzt hat.

Das ist jetzt einfach - - Also es gab zwei Kameras an dieser Treppe - auf beiden Seiten -, die beide auf die Treppe gerichtet waren. Von daher konnte man eben einmal das von vorne beobachten, die Täter, bzw. jetzt, mit der anderen Blickrichtung, geht der Blick quasi in Richtung Tatort.

Aufgrund dieser Führung des Fahrrades, des Bombenfahrrades, war auch die Erkenntnis nahe liegend, dass wir möglicherweise hier einen Linkshänder suchen, weil man normalerweise das Fahrrad sonst einfach auf der anderen Seite schieben würde.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Welchen Behörden, Dienststellen - bundesweit - wurden dieses Videos denn so mal gezeigt, außer den Ausschnitten, die wir von der Öffentlichkeitsfahndung her kennen?

Zeuge Markus Weber: Also wir hatten Anfragen, Sachstandsfragen, vom BKA,

wir haben von verschiedenen Landeskriminalämtern zwischendurch Anfragen bekommen. Wir haben diese Videos - - Die sind eingestellt worden auch auf unserer Internet-homepage, und es ist dann den verschiedenen Behörden, auch dem Verfassungsschutz sicherlich, gesagt worden: Da gibt es die Bilder. Sie sollen sich das bitte angucken. Das war ähnlich der Anfragen: Habt ihr Erkenntnisse? Diesmal war halt der Hinweis: Hier sind die Videoaufnahmen, guckt euch das bitte an. Könnt ihr uns irgendwelche konkreten Hinweise liefern? - Das war auf die Personen bezogen natürlich. Wobei die Qualität der Bilder, um jetzt Gesichter darauf zu erkennen, wenn man die Personen nicht wirklich kennt, sicherlich schwierig ist, denke ich.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Stammt von Ihnen die Bewertung - das habe ich irgendwo in einem Bericht gelesen -, dass die Personen zwar schwierig zu erkennen sind, weil die Gesichter durch die Baseballmütze etc. verdeckt sind, dass aber, wie irgendeiner der Ermittler gesagt hat, einer, der diese Personen kennt, sie hier auf dem Video einfach wiedererkennen würde?

Zeuge Markus Weber: Das war meine Einschätzung, ja.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Das war Ihre Einschätzung.

Zeuge Markus Weber: Ja. - Auch meine Einschätzung.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Ja, ja, deshalb sind Sie ja heute bei uns, um uns Ihre Einschätzung mitzuteilen.

Zeuge Markus Weber: Ja, ja, also es war nicht nur meine Einschätzung, -

Clemens Binniger (CDU/CSU): Ach so.

Zeuge Markus Weber: - aber ich habe diese Einschätzung durchaus geteilt. Also wir waren uns da auch mit Herrn Wolf zum Beispiel schon einig, dass wenn man die beiden Personen tatsächlich kennt, nicht nur flüchtig, sondern wirklich kennt, dann würde man sie erkennen, obwohl halt die Bilder nicht so gut waren, dass man auch nicht mithilfe BKA - der Versuch ist unternommen worden - eben

die Bilder so aufarbeiten kann, dass man wirklich jetzt da auch eine Identifizierung - - Wenn man jetzt tatsächlich Bilder existenter Personen danebenlegt, wäre es sicherlich schwierig geworden, nur mit diesen Aufnahmen eine Identifizierung hinzubekommen.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Aber Nachrichtendiensten oder der Polizei, die sich vielleicht intensiv mit dem „Thüringer Heimatschutz“ oder mit den Jenaer Bombenbauern befasst haben, denen wäre es, wenn man sie gezeigt hätte, durchaus möglich gewesen, zu sagen: Die kommen mir so bekannt vor wie die? Ein Merkmal, die Kopfform mit den abstehenden Ohren, hatten wir ja gesehen - sogar unter der Mütze. Das war Ihre Einschätzung - jetzt nicht auf Dienststellen bezogen -: Wer die kennt, erkennt sie wieder.

Zeuge Markus Weber: Wer sie kennt! Aber dann eben auch nicht nur flüchtig kennt, sondern ich denke, man musste sie dann schon wirklich kennen, die Personen.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Eine Frage zum Schluss. Die können Sie mir vielleicht nicht beantworten, aber mir fiel es einfach als kleine Merkwürdigkeit auf.

MAT A NW-6 I: Das ist die Lagedokumentation im Lagezentrum der Polizei in Düsseldorf, also das landesweite Lagezentrum, nehme ich mal an, mit Sitz in Düsseldorf. Oder?

Zeuge Markus Weber: Ja.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Da wird dann von Beginn der Explosion an - „Mittwoch, 09.06.2004, 16.25 Uhr“ - eine Dokumentation geführt über „Benachrichtigungen/Veranlassungen/Maßnahmen“.

Es gibt Meldungen, dann wird von einem Anschlag gesprochen, dann werden verschiedene Leute informiert, auch der Minister, um 17.25 Uhr, dann der Inspekteur der Polizei, dann der Staatssekretär, dann um 17.34 Uhr der Leiter der Verfassungsschutzabteilung, Dr. Möller, den wir hier auch noch als Zeugen haben werden, dann gibt es das, was, glaube ich, vorhin schon angesprochen wurde - 17.36 Uhr -:

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A NW-6 I, Blatt 1 bis 3.

Lagezentrum an LKA

- Bitte um Streichung des Begriffes
„terroristischer Anschlag“ aus dem
momentanen Schriftverkehr

Und dann fiel mir auf, dass um 19.05 Uhr eine Abteilung 6 sich meldet beim Lagezentrum - da sind ein paar Dinge nicht zu sehen - und um 19.53 Uhr sich das Bundesamt für Verfassungsschutz beim Lagezentrum meldet und um Kontaktherstellung bittet. Können Sie sich das irgendwie erklären? Also, jetzt haben wir heute schon viel über Verfassungsschutzbehörden gelernt, und in den letzten Wochen und Monaten auch, dass die manchmal Dinge machen, die sie nicht tun sollen, aber dass das BfV zweieinhalb Stunden nach einem Anschlag in Köln - gut, da sitzen die auch; das ist mir schon klar -

(Petra Pau (DIE LINKE): Die haben die Druckwelle gespürt!)

sich direkt an das Lagezentrum der Polizei wendet - -

(Zurufe)

- Ob sie was gehört haben, meint ihr? Ob etwas passiert sei? In solchen Fällen ruft man die Polizei an über 110. - Nein, ganz ernsthaft: 19.53 Uhr BfV an Lagezentrum und bittet darum, einen Kontakt herzustellen mit jemandem von der Abteilung 6; das ist meines Wissens in Nordrhein-Westfalen der Verfassungsschutz. Haben Sie eine Erklärung?

Zeuge Markus Weber: Eine Erklärung? Nein, kann ich Ihnen nicht erklären, weiß ich nicht.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Aber ist jetzt, ich meine - - Ich bringe das Beispiel selten, aber ich kann mich an so einen Fall jetzt in meiner nicht ganz kurzen Dienstzeit - - Ich könnte mich nicht erinnern, dass aus heiterem Himmel eine Bundesbehörde im Lagezentrum anruft und sagt: Was ist denn bei euch passiert? Stellt mal einen Kontakt her zum Landesnachrichtendienst, zum Landesamt für Verfassungsschutz. - Ungewöhnlich, oder?

Zeuge Markus Weber: Also, ich kann Ihnen nicht sagen, wie oft das Bundesamt für Verfassungsschutz bei unserem Innenministerium nachfragt oder Abteilung 6. Habe ich keine Erkenntnisse drüber, weil ich nor-

malerweise mit diesen Behörden eher wenig zu tun habe, und, wie gesagt, an diesem Abend war ich noch nicht mit den Dingen befasst.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Also, es scheint dann aber geklappt zu haben. Wie schnell die sein können, ist dann schon auch wieder beachtlich. Drei Minuten später meldet sich diese Abteilung 6, also der Verfassungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen, beim Lagezentrum und bittet um „Bestätigung des Grundsachverhaltes“ und teilt auch mit, er „wird mit den Staatsschutzdienststellen LKA und PP Köln Kontakt aufnehmen“.

Ich meine, den umgekehrten Weg kenne ich ja. Erst kommt die örtliche Polizei, Sie, die Ermittler. Dann hat man eine Vermutung, es könnte fremdenfeindlich oder Staatsschutz hintergrund sein. Dann informieren Sie Ihren Staatsschutz in der Polizei, im Präsidium in Köln, und wenn der sagt: „Das ist brisant“, oder: „Ich brauche mehr Infos“, informiert der das Landesamt für Verfassungsschutz, und die wiederum dann sagen: Kann sein, wir brauchen noch mehr, wir gehen ans BfV. - Aber hier ist die Reihenfolge genau umgekehrt. Das BfV meldet sich zuerst, will jemanden vom LfV, die melden sich dann im Lagezentrum und sagen: Wir nehmen von uns aus Kontakt auf mit dem Staatsschutz. Können Sie sich nicht erklären, oder?

Zeuge Markus Weber: Habe ich keine Erklärung für, nein.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Okay. - Dann die letzte Frage von mir und die letzte etwas seltsam einzuordnende Protokollierung hier: Also, 19.53 Uhr kommt das BfV aus heiterem Himmel und will den Kontakt zum LfV. Drei Minuten später meldet sich das LfV und sagt: Was ist denn da los? Wir reden selber mit dem Staatsschutz, der Polizei bei LKA und PP Köln. Und eine Stunde später kommt der Minister beim Lagezentrum und hat nur eine Frage: „Warum ist der Verfassungsschutz in die Ermittlungen eingeschaltet? Bitte um Vermittlung eines Gesprächspartners“. Sie sind in dem Punkt weiter weg, Sie sind nicht am Tatort, Sie sind nicht im Lagezentrum, aber man spricht ja mal mit den Kollegen im Lagezentrum darüber. War nie irgendwie bekannt diese Reihenfolge?

Zeuge Markus Weber: Nein. Also der Kontakt zum Lagezentrum ist da auch nicht so eng von uns jetzt, dass wir mit denen grundsätzlich - - Wenn es bestimmte Dinge gibt, wird es den kurz geben, aber ansonsten gibt es von der Ermittlungskommission zum Lagezentrum da keine weiteren Kontakte, Gespräche auf anderer Ebene, des Ministers oder so, dann schon mal gar nicht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Okay. - Ich habe keine Fragen mehr.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann hat jetzt die SPD Gelegenheit, Fragen zu stellen. Frau Dr. Högl, bitte.

Dr. Eva Högl (SPD): Herzlichen Dank. - Ja, guten Tag, Herr Weber. Ich möchte mich vor allen Dingen darauf konzentrieren, Stichwort rechtsextremer Hintergrund, und dazu noch ein paar Fragen stellen. Wir wissen, dass Sie engagiert ermittelt haben vor Ort; aber wir sitzen hier zusammen, um herauszufinden, woran hat es gelegen, dass es eben nicht in die richtige Richtung geht. Deswegen stelle ich Ihnen die Frage, die ich fast allen Zeugen stelle, als erste: Was haben Sie gedacht, als Sie gehört haben, dass der Nagelbombenanschlag, den Sie zu untersuchen hatten, wo Sie erfolglos ermittelt hatten, leider erfolglos ermittelt, von der Zwickauer Terrorzelle verübt worden war, als das im November 2011 herauskam?

Zeuge Markus Weber: Letztendlich habe ich gedacht, dass diese Fallanalyse gar nicht so weit weg von den Tätern war, von der Täterbeschreibung als solche. So gesehen war ich nicht sonderlich überrascht. Vielleicht ist die Dimension sicherlich eine andere, als wir sie - wenn wir jetzt mit „wir“ die Fallanalytiker mit zum Team nehmen - erwartet hatten, aber letztendlich die Sache eben doch nicht so weit weg war, wie sie durchaus da aufgrund dieser Analysen auch im Fokus stand, nur halt die Komponente dummerweise, die lokale Komponente auch da zu hoch angesetzt worden ist. Aber das sind Wahrscheinlichkeiten, mit denen man in solchen Fällen arbeitet und die dann auch mal falsch liegen können.

Dr. Eva Högl (SPD): Das heißt, Sie haben sieben Jahre später unmittelbar an die Fallanalysen gedacht. Es gab ja eine von

Nordrhein-Westfalen und eine, die das BKA erstellt hat, die beide ja fremdenfeindlichen Hintergrund als durchaus wahrscheinlich erachtet haben. Da haben Sie sofort dran gedacht; das war Ihnen also sehr präsent.

Ich will noch mal nachhaken. Herr Edathy hat Sie vorhin gefragt nach der Darstellung aus der Sendung *Aktenzeichen XY*. Wir haben das aus dem Artikel der *Kölnische Rundschau* vom 6. November 2004 in den Unterlagen. Ich möchte Sie einfach fragen, ob Sie da richtig wiedergegeben worden sind in dem Artikel, weil das jetzt auch wichtig ist, wenn ich das zitiere. Da werden Sie zitiert: „Im Moment könne man einen terroristischen oder politischen Hintergrund für das Attentat ausschließen.“^{*} Nun ist das ja eine sehr deutliche Positionierung. Können Sie sich daran erinnern, dass Sie das mit dieser Vehemenz in der Sendung *Aktenzeichen XY* vertreten haben?

Zeuge Markus Weber: Kann ich mich nicht dran erinnern. Da müssten wir uns dann tatsächlich die Aufnahme anschauen -

Dr. Eva Högl (SPD): Hat mein Kollege eben schon gesagt, ob wir uns das nicht mal angucken wollen.

Zeuge Markus Weber: - und dann gegen das Zitat legen. Dann könnte man das genau überprüfen.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja. Aber Sie können sich daran erinnern, dass Sie einen politischen Hintergrund, einen terroristischen Hintergrund ausgeschlossen haben zu dem Zeitpunkt im November?

Zeuge Markus Weber: Diesen politisch-terroristischen Hintergrund in dem Sinne, wie er vielleicht dann doch zutage getreten ist, haben wir - oder auch ich - sicherlich damals eher nicht in diesem Maße für möglich gehalten, obwohl das Motiv Fremdenfeindlichkeit in dem Sinne sehr wohl für möglich gehalten wurde. Wir waren andererseits natürlich bestrebt, auch den Leuten klarzumachen, dass wir nicht die unter Umständen - - zumindest für einen Normalbürger erkennbar der Terrorist jetzt sein muss, den man sich dann vielleicht als Normalbürger in einer bestimmten Art und Weise vorstellt,

^{*} Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A GBA-9, Blatt 103.

sondern dass es auch der nicht erkennbare Normalbürger sein kann, der Nachbar von mir aus, der durchaus diese Taten verübt hat.

Dr. Eva Högl (SPD): Das ist natürlich eine Trennung, die Sie jetzt vornehmen, zwischen persönlich, politisch, fremdenfeindlich, terroristisch und so, die so nicht unmittelbar nachzuvollziehen ist, also wie Sie zu dieser Trennung kommen. Wie kamen Sie denn dazu, das so kategorisch auszuschließen? Also, wir wollen es einfach nur verstehen, was Sie bewogen hat, dass Sie gleich zu diesem Zeitpunkt gesagt haben: Das scheidet aus.

Zeuge Markus Weber: Wie gesagt, ob ich es so eindeutig gesagt habe, weiß ich nicht, könnte ich jetzt gar nicht - -

Dr. Eva Högl (SPD): Na ja, aber Sie waren sich jedenfalls vergleichsweise sicher, dass ein politischer Hintergrund nicht in Betracht kommt.

Zeuge Markus Weber: Wir waren - - oder, ich sage mal, ich war sicherlich der Meinung, dass wir nicht die riesen politisch organisierte Truppe suchen, die hinter dieser Tat steht, sondern eher zwei mehr oder weniger für sich agierende Leute. Deswegen diese Aussage dann.

Dr. Eva Högl (SPD): Bleiben wir da noch mal einen Moment. Sie sind ja ein erfahrener Kriminalbeamter. Hatten Sie häufiger mit Rechtsextremismus zu tun oder mit fremdenfeindlichen Motiven von Tätern, mit Übergriffen auf Personen mit Migrationshintergrund?

Zeuge Markus Weber: Nein, habe ich jetzt häufiger nicht zu tun gehabt.

Dr. Eva Högl (SPD): Gab es das aber in Köln während Ihrer Dienstzeit?

Zeuge Markus Weber: Es gab diese Dinge während meiner Dienstzeit schon, aber persönlich jetzt in meinem Ermittlungsfeld oder in meinen Ermittlungen spielte das eher keine Rolle.

Dr. Eva Högl (SPD): Also Sie hatten da keine Erfahrung in diese Richtung?

Zeuge Markus Weber: Nein.

Dr. Eva Högl (SPD): Dann frage ich noch mal nach den Fallanalysen. Das ist ja sehr interessant, dass Sie die auch so präsent haben. Jetzt würde mich mal interessieren, welche Auswirkungen die für Ihre Arbeit hatten. Also, wir haben ja die Fallanalyse des Bundeskriminalamts vom Februar 2005, und da wird insbesondere ausgeführt, dass die Taten menschenverachtend seien, dass ganz deutlich ist, dass die Täter Türkenhass haben. Können Sie uns mal sagen, was das für eine Auswirkung für Ihre Ermittlungsarbeit hatte, als Sie das gelesen haben? Sie haben ja sicherlich mit den Analytikern auch gesprochen. Vielleicht lassen Sie uns da ein bisschen dran teilhaben.

Zeuge Markus Weber: Zunächst mal war für uns aufgrund der Fallanalysen dann eben die Rasterfahndung das Kriterium, da eben zu versuchen, aus dem engeren Umfeld eben die Leute rauszufiltern, die vorrangig - natürlich gestützt auf das Video - erst mal die Kriterien erfüllen, überhaupt als Täter infrage zu kommen, und im Weiteren kann man dann natürlich, wenn man solche Leute feststellt, die infrage kommen - - Wir haben ja gesehen, dass man anhand des Videos sicherlich nicht eindeutig sagen konnte dann: Der ist es. - Man konnte sicherlich Leute ausschließen, die halt völlig anders aussahen. Im Weiteren kann man dann mit Aussagen aus der Fallanalyse natürlich versuchen, zu operieren, um rauszufinden, was sind das für Leute, die jetzt noch da bleiben, die infrage kommen, und gibt es bei diesen Leuten eben Vorkommnisse, die jetzt diesen Türkenhass von mir aus ausgeprägt hätten oder ähnliches.

Dr. Eva Högl (SPD): Herr Weber, können Sie uns mal sagen, was da konkret veranlasst wurde? Also, es gibt diese Fallanalyse, Türkenhass, menschenverachtende Taten. Was wurde denn konkret gerastert? Also, was wurde denn tatsächlich gemacht in Richtung fremdenfeindlicher Hintergrund?

Zeuge Markus Weber: In Richtung fremdenfeindlicher Hintergrund zunächst mal nichts. Wir haben zunächst uns ja darauf gestützt, auf einen örtlichen Bereich - -

Dr. Eva Högl (SPD): Herr Weber, ich muss das noch mal nachfragen. Das ist hier unsere Aufgabe, dass ich das noch mal genau nachfrage. Zunächst mal nichts, also gar nichts. Sie kriegen die Fallanalyse auf den Tisch, da steht drin fremdenfeindlicher Hintergrund, Türkenhass steht da drin, Menschenverachtung, und das hat keine Auswirkungen in der Polizeiarbeit erst mal, und dann?

Zeuge Markus Weber: Dann, im weiteren Verlauf, wenn ich an einem Punkt bin, diese Dinge in meine Ermittlungen, in meine Überprüfung der Personen mit einzubeziehen, dann wird das passieren, dann wird man diese Leute daraufhin überprüfen: Gibt es bei diesen Leuten Ansatzpunkte für fremdenfeindliche Hintergründe oder Ähnliches?

Dr. Eva Högl (SPD): Wann war der Punkt? Wen haben Sie überprüft? Zu welchem Zeitpunkt wurde - -

Zeuge Markus Weber: Wir haben einzelne Hinweise bekommen sicherlich auf bestimmte Personen mit entsprechenden Hintergründen. Da wurden aber von vornherein schon - - oder wurde schon darauf hingewiesen, das ist jemand, der möglicherweise rechte Gesinnung oder ähnliches hat, oder eben, indem man bestimmte Personen feststellt, die in das Raster passen, die eben die Größe haben der Personen, die wir suchen, und Ähnliches, und die man dann weiter überprüft: Sind da solche Ansatzpunkte in der Person vorhanden?

Dr. Eva Högl (SPD): Wer hat diese Hinweise gegeben auf Personen?

Zeuge Markus Weber: Alle Möglichen. Das waren Hinweisgeber, Zeugen, die gesagt haben: Hier ist jemand.

Dr. Eva Högl (SPD): Die sich explizit zum Thema fremdenfeindlicher Hintergrund bei Ihnen gemeldet haben und gesagt haben: „Ich habe da Rechtsextremisten im Blick, überprüfen Sie die bitte mal“?

Zeuge Markus Weber: Es gibt vereinzelt solche Spuren, die auch reingekommen sind, ja.

Dr. Eva Högl (SPD): Und wie ist das dann systematisch weiterverfolgt worden? Also, Sie bekommen diese Hinweise, Stichwort rechtsextremer Hintergrund. Was ist dann systematisch bei der Polizeiarbeit gemacht worden? Wie wurde das weiterverfolgt?

Zeuge Markus Weber: Dann sind diese Personen im Einzelnen überprüft worden, zunächst natürlich wiederum im Hinblick auf das Video: Passen die auf unsere Täter? Sehen die aus wie unsere Täter? Haben die ein Alibi? Haben die schon mal mit Sprengstoff hantiert und Dinge gemacht? Alles, was man um die Person herum abprüfen kann, um zum Ergebnis zu kommen: Wir können ihn als Täter ausschließen, oder er bleibt weiterhin im Fokus.

Dr. Eva Högl (SPD): Haben Sie das systematisch mal abgeprüft - das ist ja meine Frage -, oder haben Sie nur diese einzelnen Hinweise - -

Zeuge Markus Weber: Muss ich Sie fragen, was Sie unter systematisch in dem Zusammenhang verstehen.

Dr. Eva Högl (SPD): Im größeren Zusammenhang beispielsweise, also dass man sagt: Man guckt mal in die rechtsextreme Szene in Köln oder sogar darüber hinaus. Das ist ja etwas, was uns hier auch interessiert.

Zeuge Markus Weber: Es ist über Anfragen beim Staatsschutz ganz am Anfang natürlich auch in die rechtsextreme Szene geguckt worden. Wir haben den Staatsschutz natürlich mit einbezogen und gesagt: Hört mal, habt ihr Leute, die ihr uns - in Anführungszeichen - liefern könnt als potenzielle Tatverdächtige?

Dr. Eva Högl (SPD): Haben die was geliefert?

Zeuge Markus Weber: Müsste ich - - Ob vom Staatsschutz konkret oder ob das nur Zeugen waren, die uns Personen geliefert haben, aber uns ist jetzt keine ganze Liste vom Staatsschutz geliefert worden, wo wir sagen: Diese Leute müsst ihr alle jetzt mal nachgucken. Es ist mindestens ein Hinweis, glaube ich, aber auch von einem Kollegen

gekommen, der im Staatsschutz in irgendeinem Einsatz war und nun sich erinnert hat: Da gab es mal jemanden, der vielleicht auch interessant ist. Ja.

Dr. Eva Högl (SPD): Haben Sie auch vom Verfassungsschutz Hinweise auf konkrete Personen bekommen?

Zeuge Markus Weber: Definitiv, also wirklich vom Verfassungsschutz - - Kann ich so nicht beantworten, wie weit - - Wer hinter einzelnen Quellen steckt, wenn es Quellenvernehmungen gegeben hat, entzieht sich meiner Kenntnis natürlich.

Dr. Eva Högl (SPD): Herr Weber, ich will Sie noch mal auf etwas anderes ansprechen, und zwar wir haben ein Flugblatt in den Akten. Das ist MAT A GBA-4/8 c, Seite 319 ff. Das ist vom 28. November 2004, das wurde in der Straßenbahn gefunden. Sagt Ihnen das was, oder soll ich Ihnen das noch mal zeigen lassen dieses Flugblatt? Kennen Sie grob den Vorgang?

Zeuge Markus Weber: Nein. Grob habe ich das in Erinnerung, im Detail jetzt sicherlich nicht.

Dr. Eva Högl (SPD): Ich will mal eins verstehen hier und vielleicht die Kolleginnen und Kollegen ja auch. In dem Flugblatt steht - ich zitiere das mal -:

Wie Sie vielleicht wissen ist die Keupstraße bewohnt von sehr vielen Ausländern und das gefällt sehr vielen Deutschen nicht. Wenn Sie mich fragen war das erst der Anfang, es könnte noch schlimmer werden.

Dann fett gedruckt und größer:

Deutsche wehrt euch!!!!

Für mich, wenn ich das lese, ist das eindeutig verständlich. In einem handschriftlichen Vermerk finde ich dann vom März 2005, dass das Flugblatt so gedeutet wird, dass es einen Widerstand gegen Ausländerfeindlichkeit beinhaltet. Waren Sie damit befasst, mit der Deutung dieses Flugblatts, oder haben Sie sich mit Kollegen mal darüber unterhalten, weil, ehrlich gesagt, ich finde das Flugblatt nicht missverständlich, und es wird genau in die andere Richtung gedeutet.

Zeuge Markus Weber: Das Flugblatt ist bei uns als Spur sicherlich mit in den Akten drin. Soweit waren wir, war auch ich sicherlich damit befasst, da ich letztendlich auch für die Endkontrolle der Spuren verantwortlich bin. Ich kann Ihnen im Moment jetzt nicht mehr sagen, wie die Diskussionen, die es sicherlich gab - - also dass wir in der Kommission mit den beteiligten Kollegen darüber gesprochen haben, was mit diesem Flugblatt, wie das zu deuten, zu werten ist. Aus meiner Sicht lässt es sicherlich beide Richtungen auf, sowohl jemand, der sagt: „Wehrt euch“, im Sinne geht gegen Ausländer vor, oder: „Wehrt euch“, geht gegen ausländerfeindliche Leute vor. Lässt für meine Begriffe beide Dinge auf. Letztlich ist es ein Flugblatt, was in der Bahn gefunden wurde, spuren-technisch auch untersucht wurde und uns keine weiteren konkreten Anhaltspunkte lieferte, um irgendwas ermittlungstechnisch damit - - also weiter voranzukommen. Von daher ist es dann - -

Dr. Eva Högl (SPD): Herr Weber, ich will mal eines aufgreifen. Also, wir haben eine Fallanalyse, die sagt, die Täter zeichnen sich aus möglicherweise, aber das wird stark vermutet, durch Türkenhass. Das sind menschenverachtende Taten, das heißt, es kommt nicht auf die einzelnen Opfer an, sondern mit diesem schlimmen Nagelbombenanschlag werden viele Personen schlimm verletzt und getroffen. Dann wird immer gesagt: Ja, wir haben nicht in Richtung Rechts-extremismus ermittelt, denn wir hatten ja kein Bekennerschreiben. Nun will ich das Flugblatt auch nicht überbewerten, aber ich will es auch nicht völlig vernachlässigen, wie es offensichtlich bei Ihnen, wenn ich das mal so deutlich sagen darf, der Fall war. Denn es wird nicht nur in sein Gegenteil verdreht, sondern es wird dann auch einfach abgeheftet.

Wenn man erfolglos ermittelt - ich will es einfach verstehen, Herr Weber -, wieso greift man dann so etwas nicht auf und sagt: Mensch noch mal, fremdenfeindlicher Hintergrund, Fallanalyse, Flugblatt, eine Straße, in der viele Türkinnen und Türken leben, das könnte doch ein Motiv der Täter gewesen sein? Kommt man da gar nicht drauf? Ist das so abseitig?

Zeuge Markus Weber: Es ist ein Aspekt gewesen, der in den Ermittlungen auch Be-

rücksichtigung fand, ein Aspekt unter vielen zu diesem Zeitpunkt damals.

Dr. Eva Högl (SPD): Also, ich gebe ganz offen zu: Ich habe heute nicht erkannt, wie genau das in den Ermittlungen Berücksichtigung gefunden hat; denn ich habe das nicht gesehen. Wir haben das auch nicht in den Akten, dass wirklich systematisch, gezielt, konzentriert in Richtung fremdenfeindlicher Hintergrund ermittelt wurde. Das muss ich wirklich sagen.

Dann habe ich noch eine abschließende Frage an Sie - dann ist meine Zeit auch um -: Wenn Sie jetzt mit dem Blick von heute - - Wir versuchen ja, uns in Ihre Lage reinzusetzen, wir wollen hier auch nicht klugscheißen oder sonst was - verzeihen Sie bitte diesen Ausdruck -, sondern wir wollen uns in Ihre Lage reinsetzen. Aber was würden Sie denn von heute, wenn Sie heute hier sitzen, heute draufschauen, was würden Sie denn sagen, was ist schiefgelaufen damals bei der Ermittlungsarbeit? Woran hat es gelegen, dass Sie den Tätern nie auf die Spur gekommen sind, trotz dieser guten Bilder, trotz der Hinweise?

Zeuge Markus Weber: Es ist schwierig. Im Nachhinein jetzt zu sagen, woran es gelegen hat, ist schwierig. Ich finde auch den Ansatzpunkt so nicht, wo ich ganz klar sagen muss: Hier ist etwas wirklich falsch gelaufen. Wir haben die Ermittlungen so weit geführt, wie sie zum damaligen Zeitpunkt zu führen waren, und sind dummerweise letztlich am Ende der Ermittlungen eigentlich keinen Schritt weiter gewesen als einen Tag nach der Tat. Das ist durchaus richtig. Aber aus meiner Sicht damals sind die Ermittlungen so geführt worden, wie sie zu führen waren.

Dr. Eva Högl (SPD): Eine allerletzte Bemerkung von mir wirklich, die muss ich jetzt machen. Es ist nur so, wissen Sie: 14 Jahre taucht ein Trio unter, zehn Morde werden begangen. Es muss etwas schiefgelaufen sein, und wir wollen hier herausfinden, was schiefgelaufen ist, damit sich dann auch etwas ändert an der Ermittlungsarbeit. Wir wollen alle nicht hoffen, dass das noch mal wieder vorkommt, aber es kann einfach nicht sein, dass alles gut gelaufen ist. - Aber ich habe keine weiteren Fragen. Herzlichen Dank.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur FDP-Fraktion. Herr Kollege Tören.

Serkan Tören (FDP): Ja, die meisten Fragen der Kollegen gingen ja in Richtung: Warum wurde hier ein fremdenfeindliches Motiv ausgeschlossen? Vielleicht möchte ich da noch mal ein bisschen nachhaken. So richtig verstehen können wir es wahrscheinlich alle hier nicht im Raum, weil da so viele Anhaltspunkte lagen. Dass man da nicht irgendwie drauf kommt, das ist für mich irgendwie sehr schwer verständlich.

Ich möchte kurz auf eine Pressekonferenz eingehen - ich weiß nicht, ob die Ihnen bekannt ist -, das ist hier aus den Akten ersichtlich, MAT A GBA-4/13, Blatt 5. Dort heißt es dann:

Abschließend kann ich daher feststellen, dass es bisher keine, und ich betone: keine Erkenntnisse gibt, die auf einen terroristischen oder fremdenfeindlichen Hintergrund hinweisen.

Das ist ja später auch noch mal von der Staatsanwaltschaft so weitergegeben worden an das Innenministerium NRW. Nochmals: Warum nach einem Tag? Warum macht man so eine Pressekonferenz, und warum schließt man sofort etwas aus?

Zeuge Markus Weber: Wer hat das so in der Pressekonferenz gesagt? Können Sie das - -

Serkan Tören (FDP): Unter anderem - - Da muss ich gucken, das ist eine Zusammenfassung auf Seite 5; ich kann die teilnehmenden Personen hier noch mal aufzählen.

Zeuge Markus Weber: Na gut, auf jeden Fall war ich in dieser Pressekonferenz nicht zugegen.

Serkan Tören (FDP): Nein, Sie waren nicht dabei. Deshalb frage ich ja, ob Sie davon Kenntnis hatten und warum das dann sofort ausgeschlossen wurde.

Zeuge Markus Weber: Die Frage kann ich Ihnen so nicht beantworten, warum man das dann direkt so ausgeschlossen hat.

Serkan Tören (FDP): Der Innenminister Schily hat einen Tag später sich ja auch geäußert über die Medien. Ist Ihnen das denn bekannt?

Zeuge Markus Weber: Dass er sich so geäußert hat, ist mir bekannt, ja.

Serkan Tören (FDP): Das ist Ihnen bekannt. Und der hat sich dann genauso auch geäußert wie auf dieser besagten Pressekonferenz von Staatsanwaltschaft usw. Der hat auch sofort ein fremdenfeindliches Motiv ausgeschlossen; dürfte Ihnen auch bekannt sein. Inwiefern hat denn das Einfluss auf die Ermittlungen gehabt?

Zeuge Markus Weber: Also, es hat jetzt keine - -

Serkan Tören (FDP): Auch übrigens der Innenminister aus NRW hat dann ebenfalls auch noch mal ausgeschlossen. Also, alle schließen es aus nach einem Tag. Etwas ganz Merkwürdiges, da würde ich mir jetzt, wenn ich jetzt in Ihrer Situation stecken würde und ermitteln würde als Beamter, doch Gedanken machen und sagen: Mensch, da ist ja einmal der Bundesinnenminister, der sich so äußert, mein eigener Minister als Vorgesetzter äußert sich so, dann würde ich doch in eine bestimmte Richtung nicht ermitteln.

Zeuge Markus Weber: Nein, wir als Ermittlungskommission hatten zum einen den Auftrag und waren zum anderen bestrebt, die Täter für diesen Anschlag zu finden, und haben uns jetzt sicherlich nicht konkret von diesen Äußerungen leiten lassen. Wir haben unsere Ermittlungsansätze, die sich für uns zu diesem Zeitpunkt oder zum jeweiligen Zeitpunkt boten, weiterverfolgt und weiter unsere Arbeit gemacht.

Serkan Tören (FDP): Ja, die Kollegen haben es ja vorher auch schon alles abgefragt. Also nochmals: Wir haben uns hier vorhin ja ein Video angeguckt mit Anhaltspunkten. Es ist die Rede gewesen auch von einem Flugblatt mit eindeutigen Hinweisen, alles in den Akten ja ersichtlich, und es wird trotzdem nicht ermittelt. Deswegen - - alle Fragen hier von Kollegen drehen sich immer um diesen Kreis.

Zeuge Markus Weber: Diese Dinge, die Sie - -

Serkan Tören (FDP): Und es gibt auch Fallanalysen zu diesem Bereich, die auch abgefragt worden sind. Deswegen möchte ich all diese ganzen Fragen, die vorher von den Kollegen gestellt worden sind, nicht nochmals stellen. Aber nochmals: Wir verstehen es nicht. Ich versuche jetzt, zu verstehen, warum Sie möglicherweise in eine bestimmte Richtung nicht ermittelt haben. Nochmals: Die Aussagen der Vorgesetzten, in welcher Situation stecken Sie dann, und wie ermitteln Sie dann weiter?

Zeuge Markus Weber: Ich kann mich nur wiederholen: Wir haben weiter ermittelt. Diese Aussagen am ersten Tag haben auf die konkreten Ermittlungen in dem Moment keinen Einfluss gehabt.

Serkan Tören (FDP): Zu der Ankerpunktsetzung: Das schien ja bei den Ermittlungen anscheinend ganz von Bedeutung zu sein. Wann sind Sie denn zu dem Punkt gekommen, wo Sie gesagt haben, die Ankerpunktsetzung, da läuft irgendwas verkehrt? Oder sind Sie überhaupt mal zu diesem Punkt gekommen, wo Sie gesagt haben, da stimmt irgendwas nicht?

Zeuge Markus Weber: Wir haben uns im Laufe der Ermittlungen gefragt, warum niemand wirklich konkret mal anhand der Videos gesagt hat - oder so gut wie niemand; ganz vereinzelt gab es da tatsächlich auch Hinweise - - aber dass sehr wenig Hinweise auf die Personen als solche - - und letztlich sind die alle ins Leere gelaufen. Natürlich fragt man sich dann irgendwann: Jetzt haben wir fast auch alle 1 200 Personen, die in einem bestimmten Kreis vorhanden waren, überprüft und die Leute dann nicht gefunden, die auf diesem Video sind. Natürlich fragt man sich dann: Wo kommen sie her? Dann ist aber die Frage, die nächste Frage: Wie weit zieht man dann den Kreis, um weiter diese Leute zu finden?

Serkan Tören (FDP): Wenn wir mal die 30 Verletzten dort mal näher uns betrachten - das haben Sie ja sicherlich getan -, Herkunft, weiß ich nicht, persönliche, familiäre Verhältnisse, keine Ahnung, zu welchem Schluss sind Sie denn da gekommen?

Zeuge Markus Weber: Also, was die Opfer betrifft, stellte es sich für uns so dar, dass vermutlich wir von Zufallsopfern, die also nicht bewusst als solche - - wenn man mal den Friseursalon im Moment außen vor lässt, aber es gibt andere Leute, die also mehr oder weniger rein zufällig zu diesem Zeitpunkt auf der Straße anwesend waren, von denen man sagen musste: Die sind nicht gezielt ausgesucht worden als Opfer, weil das einfach nicht funktioniert hätte. Das konnte man nicht berechnen, dass sie genau zu diesem Zeitpunkt, als die Bombe da explodierte, zugegen waren. Den Friseursalon betreffend gab es natürlich verschiedene andere Dinge, die eine Rolle gespielt haben, weil Leute teilweise - - zwei, drei Leute aus dem kriminellen Milieu stammten und andere Hintergründe möglich gewesen wären.

Serkan Tören (FDP): Ich will auf folgende Fragestellung hinaus: Wenn jetzt vermutet wird in den Ermittlungen, da liegt wohl eine OK-Tat vor - das war ja der Schwerpunkt -, dann stellt sich ja für mich die Frage: Okay, OK-Tat, dann muss es doch irgendwie ein bestimmtes Opfer geben, eine bestimmte, ich sage mal, Volkszugehörigkeit oder was weiß ich, es muss ja irgendwie dann klar geregelt sein, klar bestimmbar sein, wer ist das Opfer. Nun stellt sich für Sie heraus: Das sind alles Zufallsopfer, das passt alles gar nicht.

Zeuge Markus Weber: Der Schwerpunkt bei unseren Ermittlungen war nicht eine OK-Tat. Das ist so nicht richtig. Das mag in Bosporus - - Das weiß ich nicht, kann ich nicht beurteilen.

Serkan Tören (FDP): Was war der Schwerpunkt?

Zeuge Markus Weber: Unser Schwerpunkt war nicht OK-Tat. Unser Schwerpunkt war letztlich, aufgrund der Fallanalyse zwei Leute zu finden, die ein persönliches Motiv haben, die Bombe in die Keupstraße zu legen - das war letztlich der Schwerpunkt -, dabei aber nicht andere mögliche Motive zum einen und auch das Rechtsextreme, das Fremdenfeindliche, wenn wir Hinweise bekamen auf rechte Leute, die da im Umfeld eine Rolle spielen - - diese Dinge nicht außer Acht zu lassen.

Serkan Tören (FDP): Kurz noch mal eine abschließende Frage: Sehe ich das richtig, dass ursprünglich eine Vergleichsanalyse geplant war, Nagelbombenattentat und Ceska-Morde?

Zeuge Markus Weber: Eine Vergleichsanalyse letztendlich von uns nicht wirklich. Es sind definitiv Austausch, Informationsaustausch, insbesondere nach der Tat in Nürnberg genau ein Jahr nach unserem Anschlag - - Als die Tat in Nürnberg passierte - natürlich mit Verzug, nicht an dem Tag selbst, sondern als wir dann die Infos bekamen, da haben auch Fahrräder eine Rolle gespielt und später auch aufgrund eines Phantombildes -, haben wir uns natürlich mit den Kollegen kurzgeschlossen in Nürnberg, einmal Informationsaustausch, später auch ein Datenaustausch und Datenabgleich, der dann seitens Nürnberg veranlasst wurde und aber auch keine weiteren Ermittlungsansätze geliefert hat.

Aber aufgrund bestimmter Umstände, wenn man eine solche Tat zwei Jahre lang bearbeitet, wird man natürlich hellhörig, wenn anderswo Sprengsätze explodieren. Auch diese Dinge gab es, dass andere Sprengstoffanschläge, kleinerer Art meistens, überprüft worden sind im Nachhinein, und natürlich auch wenn irgendwo Fahrräder eine Rolle spielen bei zumindest einer Tat, wo man sagen kann: Okay, hier geht es auch um ausländische Mitbürger; dann erst recht. Das ist überprüft worden.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Nur eine kurze Nachfrage noch. Sie sagten, Sie waren in der Motivlage sehr offen. Das heißt, Sie suchten ganz explizit zwei Personen, die hier etwas tun wollten, ohne OK, ohne irgendeine andere Bindung. Gleichzeitig sagen Sie auch, es war ein nicht so gutes Viertel, um es mal so auszudrücken, wir hatten eine ganze Reihe von weiteren Hinweisen, insbesondere die Opfer waren alle Migranten. Ehrlich gesagt: Mich würde schon interessieren: Welche Motivlage war denn für Sie da die nächstliegende? Was war denn da die Motivlage, wenn Sie sagen, Sie suchten nach zweien? Nach welchem Motiv haben Sie denn gesucht? Das habe ich noch nicht verstanden.

Zeuge Markus Weber: Was die zwei und die Analyse betrifft, ging es ganz klar um ein persönliches Problem, was die Täter haben

mit, ich sage mal, Türken oder speziell auch Bewohnern der Keupstraße; das war so nicht ersichtlich für uns.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Wie können Sie sich denn das Tatmittel erklären? Also, das Tatmittel, eine Bombe, soll ja nicht gezielt, wenn es da ein persönliches Problem gab, sondern eine Vielzahl von Personen - -

Zeuge Markus Weber: Ja, eine Vielzahl von Personen in der Keupstraße. Oder halt: Wenn ich in die Keupstraße gehe und da eine Bombe hinlege, dann muss ich im Hinterkopf haben: Dann treffe ich wahrscheinlich sehr viele Türken damit, weil die sich dort vorrangig aufhalten.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Das war es so weit.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht hat jetzt die Linksfraktion. Frau Kollegin Pau.

Petra Pau (DIE LINKE): Danke schön. - Die Kollegin Högl und andere haben Sie ja schon nach dem Flugblatt gefragt. Insofern will ich das jetzt gar nicht vertiefen, aber halte für uns hier fest: Wir haben jetzt schon mindestens drei Fälle, wo es nun nicht Bekennerschreiben gegeben hat, aber zumindest offensichtliche Sympathiebekundungen für diese Verbrechen. Und dem wurde im Allgemeinen nicht nachgegangen, ob es dort gegebenenfalls Bezüge gibt, ob in der Szene diese Dinge debattiert werden. Ich meine, wir wissen heute, dass selbst Lieder auf diese Mordserie und diese Anschläge gedichtet wurden.

Aber ich möchte zu einer anderen Sache kommen, die auch damit zusammenhängt, und zwar: Es hat ja sehr viele verdeckte Ermittler und V-Personen gegeben, die sich in der Keupstraße umhören sollten, umgehört haben. Ich habe mir den Schlussbericht zum verdeckten Ermittlereinsatz einfach angesehen; der findet sich unter MAT A GBA-4/13, Seite 78 ff. Ich gestehe: An einer Stelle war ich dann doch überrascht. Es kommen alle möglichen Gerüchte, die wir auch alle kennen - über die organisierte Kriminalität und was so alles da passieren kann -, und dann - ich zitiere -:

Die Mutmaßungen der Türken und Kurden dazu waren vielfältig. Einige

spekulierten über einen fremdenfeindlichen Hintergrund, andere sehen wiederum einen Zusammenhang zu den Serienmorden an türkischen Geschäftsleuten in Deutschland, die von der EK Bosphorus in Nürnberg zentral bearbeitet werden.

MAT A GBA-4/13, Seite 86. - Sind Ihnen diese Erkenntnisse der verdeckten Ermittler und V-Personen damals zeitnah mitgeteilt worden, und sind diese Spuren verfolgt worden?

Zeuge Markus Weber: Diese Erkenntnisse oder diese Spekulationen der Bewohner der Keupstraße sind uns selbst bzw. meinen Mitarbeitern, die in der Keupstraße dann ermittelt, Zeugen befragt haben usw., immer wieder kundgetan worden. Es wollte allerdings keiner dieser Zeugen diese Dinge auch letztlich in einer Zeugenvernehmung konkretisieren oder so belegen, dass wir damit arbeiten können.

Petra Pau (DIE LINKE): Na ja, das konnten sie ja wahrscheinlich auch nicht, da sie die Täter nicht kennen.

Zeuge Markus Weber: Natürlich; das ist klar. Aber es wollte uns keiner - - Es ist immer wieder gesagt worden: Zum einen können wir uns vorstellen: fremdenfeindlich. Es ist aber auch aus der Keupstraße selbst gesagt worden, man könnte sich vorstellen, dass es irgendwas mit BtM-Kriminalität zu tun hat oder auch mit OK, mit Türsteherkriminalität. Auch das ist geäußert worden; aber nie so weit - - Wenn es denn konkret darum ging: „Dann sagt uns doch mal konkret: Wo können wir denn ansetzen? Wen können wir uns angucken?“, kam dann nichts weiter. Auch diese Dinge konnten mit verdeckten Maßnahmen nicht weiter konkretisiert werden.

Petra Pau (DIE LINKE): Das ist ja völlig klar, da wir ja nun heute wissen, dass offensichtlich die Anwohner der Keupstraße nicht die Täter waren. Mir geht es eigentlich um einen anderen Aspekt. Wir hatten eine erhebliche Unruhe unter türkischstämmigen Menschen, die in der Bundesrepublik lebten, aufgrund der Anschläge, aufgrund der Morde. Und dass sie dann in Gesprächen das auch in diese Verbindung bringen, halte ich erst mal für richtig. Deswegen stellt sich

jetzt für mich nicht die Frage: „Was können die Ihnen dazu sagen?“, sondern eher die Frage, inwieweit die ermittelnden Behörden eine Parallele eben zu diesen Anschlügen ziehen. - Aber das erst mal nur zur Erklärung meiner Frage.

Ich komme zu einem ganz anderen Bereich. Der Kollege Binninger hat Sie ja schon zu dem doch sehr zeitnahen Reagieren des Bundesamtes für Verfassungsschutz gefragt. Und da in diesen Tagen ja nicht sehr oft sehr viel Gutes über diese Einrichtung gesagt wird, möchte ich ausdrücklich mal mit einer Überraschung, die ich in den Akten hier gefunden habe, Sie konfrontieren. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hatte schon am 8. Juli 2004 ein Dossier zum Sprengstoffanschlag in Köln-Mülheim am 9. Juni 2004 verfasst; das finden wir in MAT A BfV-4 und BfV-5, Anlage 01, Seite 35 ff.

In diesem Papier wird darauf hingewiesen, dass vor allem Nagelbomben von der englischen neonazistischen Organisation „Combat 18“ benutzt wurden und dass von dieser Organisation auch Anleitungen zum Bau solcher Bomben publiziert wurden. Da das Bundesamt für Verfassungsschutz einen rechtsextremen Hintergrund für die Tat in der Keupstraße nicht ausschließen konnte und der Bombenanschlag in der Keupstraße eben an das Vorgehen von „Combat 18“ erinnerte, suchte man auch nach Hinweisen auf Sympathisanten dieser Organisation in der DabeI und fand tatsächlich 13 Nutzer der Homepage von „Combat 18“ im Großraum Köln. Das BfV durchsuchte dann noch die NADIS-Datei, gleichfalls für den Großraum Köln, nach Personen, die durch militante Aktivitäten wie Körperverletzung, Brandanschläge, Bombenbau oder Ähnliches aufgefallen waren. Können Sie sich erinnern, von diesen Informationen jemals etwas erhalten zu haben, und, wenn ja, wie sind Sie mit diesen Informationen umgegangen? Was wurde dort veranlasst?

Zeuge Markus Weber: Nein, kann ich mich - - Diese Informationen so zu bekommen - - Daran kann ich mich nicht erinnern, dass wir die so bekommen haben.

Petra Pau (DIE LINKE): Weil damit wären wir ja sehr nahe dran gewesen. Wir wissen heute, dass die drei genau in den strategischen Debatten zu dieser Art von Terrorismus sozialisiert wurden und sich genau auch an diese Rezepte des führerlosen Wider-

standes ohne Bekenntnis usw. gehalten haben.

Dann komme ich zu einer letzten Frage, und zwar entnehme ich den Akten, und zwar den bayerischen Akten, unter MAT A BY-6/1, Seite 53, dass Sie am 2. Februar 2012 von der BAO „Trio“ des BKA angerufen und befragt worden sind, ob Sie im Zusammenhang mit dem Nagelbombenanschlag in der Keupstraße Kontakt mit dem Landesamt für Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen aufgenommen hatten. In der Akte heißt es - ich zitiere -:

Heute wurde durch Unterz. nochmals telefonisch Kontakt mit Koll. WEBER, ... dem damaligen Sachbearbeiter des Falles beim PP Köln, aufgenommen. Er äußerte, dass in diesem Fall beim NRW-LfV angefragt worden war, worauf jedoch keine Erkenntnisse mitgeteilt wurden. Außerdem wurde der Fall bei einem Treffen vorgestellt, an dem u.a. das BKA, das LfV NRW und das BfV teilnahmen.

Ende des Zitates. - Hatten Sie beim Landesamt in Nordrhein-Westfalen mündlich oder schriftlich angefragt? Also, ich habe dazu bisher keinen Hinweis in den Akten gefunden. Zweitens. Hat denn diese Beratung stattgefunden, und kennen Sie die Ergebnisse der Beratung von Bundes- und Landesbehörden?

Zeuge Markus Weber: Anfragen haben wir, wie ich sagte anfangs, natürlich über unseren Staatsschutz gestellt. Die sind allgemeiner Art gewesen, indem angefragt wurde: Gibt es Erkenntnisse? Wenn, teilt uns das bitte mit. - Wir haben daraufhin keine verwertbaren Dinge bekommen. Die eben genannte Besprechung ist vorhin thematisiert worden. Das war ein Gespräch. Im November 2006 war es, glaube ich; da müsste ich auf das Protokoll verweisen bzw. auf die Teilnehmerliste. Das ist diese Geschichte, wo kein Protokoll geführt wurde, wo insgesamt Informationsaustausch stattfinden sollte - alles, was die Keupstraße betrifft.

Petra Pau (DIE LINKE): Hat der Rechtsextremismus eine Rolle gespielt?

Zeuge Markus Weber: Bitte?

Petra Pau (DIE LINKE): Hat das Thema Rechtsextremismus da eine Rolle gespielt?

Ich meine, wenn das Bundesamt solche handfesten Hinweise hat?

Zeuge Markus Weber: Es hat insofern keine Rolle gespielt, als da keine Informationen bezüglich Rechtsextremisten geliefert wurden oder thematisiert wurden, die zu weiteren Ermittlungen geführt hätten; nein.

Petra Pau (DIE LINKE): Der Kollege Petermann hätte noch eine Frage.

Jens Petermann (DIE LINKE): Herr Weber - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Brauchen wir eigentlich noch eine zweite Runde?

(Zurufe von der CDU/CSU: Glaube ich nicht! - Nur Scheindebatten! -
Jens Petermann (DIE LINKE): Nur ein paar einzelne Fragen noch!)

- Ein paar einzelne Fragen; okay, gut. - Weil dann würde ich vorschlagen, dass wir das in der zweiten Runde machen, weil Sie ja schon zwei Minuten über der Zeit sind.

Dann hat das Fragerecht jetzt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Zeuge, Sie sind nun der einzige Polizeibeamte - da haben Sie sozusagen Pech -, den wir zur Keupstraße hier voraussichtlich hören werden. Deswegen prasselt nun alles auf Sie nieder; aber Sie halten es aus mit Ihren breiten Schultern.

Ich möchte dennoch noch mal nachfragen, weil ich es nicht verstehe, zu diesem Flugblatt. Wissen Sie, aus dem Geschichtsunterricht oder woher auch immer, was in der Zeit des Nationalsozialismus beim Boykott jüdischer Läden an die Fensterscheiben geschrieben wurde mit Farbe?

Zeuge Markus Weber: Das könnte ich Ihnen im Detail jetzt nicht wiedergeben.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In der Regel stand da: „Deutsche! Wehrt euch! Kauft nicht bei Juden!“ hundertfach in unserem Land. Deswegen verstehe ich es wirklich nicht, wie man ein Flugblatt - ohne nun zu behaupten, da ist Täterwissen drin oder es ist von den Tätern -, das ausdrücklich den Bombenanschlag als ein Zeichen von Protest und eine Warnung bezeichnet und dann noch sagt: „Die

Keupstraße ist von sehr vielen Ausländern bewohnt, und das gefällt sehr vielen Deutschen nicht“, mit dem Ende „Deutsche wehrt euch!!!!“, quasi als neutral - es könnte für oder gegen die in Anführungsstrichen „vielen“ Ausländer in der Keupstraße sein; es könnte für oder gegen den Anschlag sein - werten kann.

Die Staatsanwaltschaft fasst es in einem zusammenfassenden Bericht so zusammen: Es wurde als Aufforderung des Verfassers an die Öffentlichkeit, sich gegen solche Vorkommnisse, Anschläge und gegen den Fremdenhass zu wehren, gewertet, schreibt uns Beginn dieses Jahres die Staatsanwaltschaft. Ich verstehe es, ehrlich gesagt, nicht. Sie müssen doch auch - - Sie kennen doch sicher tatsächlich auch Verlautbarungen aus der Antifaszene, Verlautbarungen, die sich gegen Rassismus wenden. Stünde da je drunter: „Deutsche wehrt euch!!!!“? Das ist meine Frage.

Zeuge Markus Weber: Kann ich Ihnen nicht sagen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn ich für ein Zusammenleben von Deutschen und Ausländern in meiner Stadt bin, schreibe ich dann nicht: „Gemeinsam gegen solche Anschläge! Gemeinsam gegen solchen Terror!“?

Zeuge Markus Weber: Mag sein, dass das die bessere Formulierung wäre in dem Fall, ja.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja. Also, manchmal muss man einfach sagen: Man kann auch den Wald vor lauter Bäumen nicht sehen. Offenbar ist man davor nicht gefeit.

Andere Frage. Die erste Fallanalyse des Landeskriminalamtes - - Wenn ich das den Akten richtig entnommen habe, waren Sie ja an der Erstellung dieser Analyse nicht direkt beteiligt.

Zeuge Markus Weber: Das ist richtig, ja.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie haben sie dann zur Kenntnis bekommen -

Zeuge Markus Weber: Ja.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und haben auch dieses, wie es da hieß - am wahrscheinlichsten: persönliches Motiv mit örtlichem Bezug in Kombination der Faktoren politisch motiviert (unorganisiert), fremden- bzw. türkenfeindlich und Machtausübung/Machtmotiv -, gelesen. Gab es eine Aufforderung, diesen Umstand nicht nach außen zu kehren, beispielsweise den Medien gegenüber? Ist Ihnen da so was bekannt geworden? Ist das über Ihren Schreibtisch mal gegangen?

Zeuge Markus Weber: Dass ich aufgefordert werde, das nicht nach außen zu tragen?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder Ihre Kollegen oder ganz allgemein, dass man das lieber nicht nach außen trägt.

Zeuge Markus Weber: Nein.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Denn das will ich Ihnen auch vorhalten: Wir haben in den Akten ein Schreiben im Vorfeld der Präsentation dieses OFA-Ergebnisses im Rahmen einer Pressekonferenz am 30. Juli 2004. Das ist ein Schreiben der Bezirksregierung Köln an das Innenministerium NRW, und dort heißt es: Das Polizeipräsidium Köln wird den Aspekt einer laut OFA-Ergebnissen möglicherweise vorliegenden fremdenfeindlichen Motivation im Rahmen des Pressetermins am 30.07.2004 nicht thematisieren. - Wie wollte denn das Polizeipräsidium Köln diese Zusage einhalten, wenn man Sie gar nicht informiert?

Zeuge Markus Weber: Kann ich Ihnen nicht sagen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn so was gekommen wäre - und sei es mündlich -: „Wir halten diesen Teil zurück; den tragen wir nicht an die Medien“, könnten Sie sich daran noch erinnern, oder kann es sein, dass da Ihre Erinnerung einfach verblasst ist?

Zeuge Markus Weber: Ich gehe davon aus, dass ich mich daran erinnern könnte. Aber ich kann mich jetzt, nach acht Jahren,

auch nicht an jedes Detail in den zwei Jahren erinnern.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja. Der Vorsitzende hatte es Ihnen ja schon im Grunde vorgehalten, dass Sie sich im Ergebnis dann so verhalten haben, wie es hier steht, und nicht nach außen zu sagen: Ein fremdenfeindlicher Hintergrund ist für uns sehr wahrscheinlich. - Hier in dieser Fallanalyse heißt es sogar: am wahrscheinlichsten.

Zeuge Markus Weber: Die Frage in dem Zusammenhang?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Frage: Haben Sie das von sich aus so gemacht und da keine Vorgabe gehabt und keine Aufforderung, kein - -

Zeuge Markus Weber: Ich kann mich definitiv nicht an eine Aufforderung erinnern, bestimmte Dinge nicht zu äußern.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es hinterher mal Reaktionen, dass man beispielsweise gesagt hat: dass das jetzt doch drinstand - Überschrift *Rheinische Post*: „Polizei sucht Türkenhaser“ -, das finden wir ja nun nicht so gut im Innenministerium. - Haben Sie so was nach Presseterminen mal gehört?

Zeuge Markus Weber: Nein.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann hat der Kollege Ströbele noch Fragen an Sie.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vorläufig eine. Sie haben noch zehn Sekunden. Nur eine, bitte.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja! Die hätten wir aber auch gerne!)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Weber, auch ich wundere mich.

(Clemens Binninger (CDU/CSU): Zeit vorbei! - Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Andere haben nach Minuten Zeit, wir haben nach Sekunden Zeit! - Gegenruf des Abg. Clemens

Binner (CDU/CSU): Ach! Wir sind doch so großzügig mit euch! -
Gegenruf des Abg. Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Insbesondere der Vorsitzende!

- Genau. - Auch ich frage mich immer wieder, ob das denn stimmt, dass keine Anhaltspunkte für eine Täterschaft aus der rechts-extremen, rassistischen Szene bestanden. Eigentlich bei jedem Komplex, den wir hier behandelt haben, haben wir dann doch Anhaltspunkte gefunden. Deshalb will ich jetzt an Sie auch eine Frage stellen - noch mal im Anschluss an das, was die Parlamentspräsidentin Sie schon gefragt hat -: Herr Weber, haben Sie wirklich nicht zum Bundesamt für Verfassungsschutz Kontakt aufgenommen und denen sogar Unterlagen hingeschickt, nämlich am 2. Juli 2004, also vier Wochen, knapp vier Wochen nach dem Geschehen?

Zeuge Markus Weber: Ich will nicht ausschließen - - Also, ich kann Ihnen nicht genau sagen, wann wir Kontakt mit dem Bundesamt hatten. Es gab Kontakte zum Verfassungsschutz; die hat es gegeben. Das habe ich von Anfang an gesagt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Haben Sie denn mit denen telefoniert?

Zeuge Markus Weber: Ich - - Es kann auch sein - - In den ersten zwei Wochen einer solchen Kommission bin ich speziell damit beschäftigt, zu telefonieren, von morgens um 6 bis abends um 10, sage ich jetzt mal, ohne Ende. Ständig, von jeder Stelle gibt es eine Anfrage. Es hat Anfragen gegeben vom BKA. Es hat Anfragen von verschiedenen Landeskriminalämtern gegeben, meines Wissens sogar vom BMI. Es hat auch vom Verfassungsschutz Anfragen gegeben. Ich habe mit Sicherheit mit denen telefoniert; das wird ziemlich sicher der Fall sein. Es mag auch sein, dass ich einen Sachstandsbericht irgendjemandem habe zukommen lassen, weil die danach gefragt haben und wir speziell einen Sachstandsbericht, den wir auf Anfragen sofort rausgeben konnten, entwickelt hatten, ohne jetzt groß zu prüfen. Wenn jemand anruft, muss ich erst mal sicher sein, dass derjenige auch vom Bundesamt oder von wem auch immer ist, ehe ich Dinge rausgebe. Von daher - - Aber diese Telefonate hat es auf jeden Fall

gegeben, und es wird auch möglicherweise ein Sachstandsbericht von mir dorthin gegangen sein; das will ich nicht ausschließen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das war eine lediglich einseitige Information? Sie geben was hin, und das Bundesamt für Verfassungsschutz gibt Ihnen dann nicht das, was das Bundesamt für Verfassungsschutz getan hat, und das Ergebnis seiner Bemühungen?

Zeuge Markus Weber: Nein, nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich sage mal als Stichwort „C 18“, „Combat 18“, diese englische Gruppe, die den neuen Rassenkrieg anfangen will, usw. Ist Ihnen davon nichts gesagt worden und von den Ermittlungen, die das BfV dann dazu durchgeführt hat?

Zeuge Markus Weber: Nein, dazu - - Also, das entzieht sich meiner Kenntnis.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Quellenbefragung?

(Clemens Binner (CDU/CSU):
Herr Kollege!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sie machen jetzt aber keine Vorhalte aus eingestuftem Akten, oder, Herr Ströbele?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die sind, glaube ich, herabgestuft.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Auf was herabgestuft?

(Zuruf: Auf NfD!)

- Angeblich auf NfD. Wir klären das aber gleich während der nächsten Berliner Runde, weil nämlich das Fragezeitkontingent der Grünen auch erschöpft ist.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei uns steht drüber: „Herabgestufter Auszug“!)

Ich habe jetzt gehört, wir brauchen keine voll ausgeschöpfte neue Berliner Runde. Oder ist das falsch? Ich frage wegen der Pause, also wegen der ursprünglichen Mittagspause, ob wir sie sozusagen jetzt einlegen und dann eine letzte Berliner Runde

machen mit dem Zeugen oder jetzt die letzte Berliner Runde machen und dann eine Pause einlegen.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Wir können ja oben nachfragen!
Das Publikum will auch eine
Pause! - Heiterkeit)

Also, ich muss selber auch sagen: Es wäre vielleicht ganz gut, mal eine Stunde etwas anderes zu machen.

(Dr. Eva Högl (SPD): Ja! Machen wir doch erst eine Pause und dann noch eine Berliner Runde!)

- Ja, okay. Also, hier gibt es einen Grundkonsens, Herr Zeuge. Ich müsste Sie bitten, dann noch mal in einer Stunde uns wieder zur Verfügung zu stehen. Dann geht es hier weiter. Um 15.30 Uhr ist die Fortsetzung.

(Unterbrechung des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, Öffentlich:
14.36 Uhr - Folgen Unterbrechung
und Beratungssitzung)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, Öffentlich:
16.00 Uhr)

Fortsetzung der Vernehmung des Zeugen Markus Weber

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir setzen Ihre Vernehmung jetzt fort. - Wir sind am Beginn einer neuen Berliner Runde. Das Fragerecht hat die Unionsfraktion. Das Wort hat Herr Kollege Schuster.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Grüß Gott, Herr Weber! Ich möchte noch mal mit wenigen Fragen auf die Operativen Fallanalysen zurückkommen; das ist der Teil 2. Teil 1: Mich würde da mal interessieren, wie Sie davon erfahren haben, dass der Herr Mittler, KHK Mittler, die Einschätzung hatte, dass der Anschlag in der Keupstraße und der Probsteigasse seiner Meinung nach deutliche Übereinstimmungen aufweist, und wie das dann bei Ihnen behandelt wurde.

Zeuge Markus Weber: Die Probsteigasse ist bei uns verspurt worden, sprich: Jemand hat die Akte „Probsteigasse“ gelesen und wesentliche Dinge daraus gezogen. Auch ein Mitarbeiter von dem Kommissariat 13, was für diese Fälle, sprich: Sprengstofffälle, die unter der Überschrift „Herbei-

führung einer Sprengstoffexplosion“ bearbeitet werden - - Der zuständige Kommissariatsmitarbeiter, der zu meiner Ermittlungsgruppe gehörte, hat sich das angesehen, hat vergleichend gegenübergestellt, auch in einer Tabelle zum Abschluss, wo es Übereinstimmungen gibt, dass beide Male Schwarzpulver verwandt wurde von mir aus, ähnliche Dinge, und wo es auch Unterschiede gibt.

Dann haben wir uns das angesehen und geguckt. Zum einen gab es Argumente: Okay, es sind Übereinstimmungen da. Andere Dinge stimmten nicht überein. Aber unabhängig davon gab es in der Akte „Probsteigasse“ keine Ansatzpunkte, mit denen wir jetzt, bezogen auf unsere Ermittlungen, konkret die Täter betreffend, weitergekommen wären mit der Auswertung dieser Akten.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Das heißt also, diese Synopse, von der Sie gerade sprachen, kennen Sie auch selber?

Zeuge Markus Weber: Ja, ja, die kenne ich.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Weil mich das wundert. Diese Übereinstimmungen sind viel deutlicher für mich als - - Gut, jetzt nachträglich, klar, aber fast in jeder Zeile, wo die Dinge verglichen werden, gibt es Ähnlichkeiten. Dieser Herr Jaletzky, der KHK Jaletzky, der dann letztendlich den Abschlussvermerk geschrieben hat: „Keine weiteren Ermittlungsansätze aufgrund dieser Gegenüberstellung“, das war ein Mitarbeiter von Ihnen?

Zeuge Markus Weber: Ja, ja, der hat auch zu dem Kommissariat 13, das sich die Jahre vorher auch dann mit dem Anschlag „Probsteigasse“ befasst hat, gehört.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay. - War diese Einschätzung der Grund, warum man dem BfV gegenüber auf dessen Anfrage telefonisch die Auskunft erteilt hat, es gäbe keine Zusammenhänge zwischen diesen beiden Taten?

Zeuge Markus Weber: Ich weiß jetzt nicht, von welcher telefonischen Auskunft gegenüber dem BfV Sie sprechen.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Also, das BfV hat einen möglichen Zusammenhang erwogen und von der Kölner Polizei telefonisch die Auskunft erhalten, diesen Zusammenhang gäbe es nicht. Das ist MAT A BfV-4 Blatt 49. Ich habe jetzt leider nur einen Vermerk liegen von: „Hallo Sebastian“ und „Gruß Jörg“, wo das aber klar zum Ausdruck kommt: Es gibt keinen Zusammenhang. - Das ist eine Auskunft der Kölner Polizei an das BfV, die scheinbar schon wieder auf der richtigen Spur waren, irgendwie. Deswegen hat mich das interessiert. Aber den Vorgang kennen Sie nicht?

Zeuge Markus Weber: Ich will nicht ausschließen, dass ich mit dem BfV telefoniert habe und auch, dass ich die Aussage getroffen habe, dass wir hier keinen direkten Zusammenhang erkennen können bzw. nachweisen können, was ja wesentlich gewesen wäre, und daraus dann eben auch keine weiteren Ermittlungsansätze ziehen können im Moment für unser Verfahren.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ihr Name steht nicht hier drin.

Zeuge Markus Weber: Ich will aber nicht ausschließen, dass ich das gesagt habe.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Nicht einmal die Vornamen stimmen überein; aber jedenfalls gibt es zwei, die dafür gesorgt haben, dass das BfV davon ausgehen musste: kein Zusammenhang.

Dann gehen wir mal auf den Kontakt zu Bayern ein. Der ist insofern sehr interessant, weil: Wenn man drei Fallanalysen nebeneinander nimmt und sogar noch die Einschätzung des BfV, die von Ihnen hätte auch noch kommen können, dann haben wir eine OFA von Ihnen aus dem LKA, eine vom BKA und - ich sage mal - die Fallanalyse Horn II aus Bayern. Alle drei weisen irgendwie in die richtige Richtung. Nun kamen sie zusammen. Das ist jetzt natürlich ein sehr interessanter Aspekt, weil: Da hätten Sie alle zusammen ja auf diese Idee kommen können.

Das Erste, was mich interessiert: Wie kamen Sie überhaupt dazu, die Kontaktaufnahme zu machen mit Nürnberg? Nach dem, was ich weiß, haben wahrscheinlich sogar Sie am 21.06.2005 von sich aus wegen der Tatumstände „Fahrradfahrer“ mit Nürnberg Kontakt aufgenommen. Können Sie uns das mal erläutern, wie Sie darauf kamen?

Zeuge Markus Weber: Es ist so, dass, wie ich eingangs auch sagte, ich schon lange Jahre im Bereich Mordkommission arbeite und natürlich auch die Ereignisse um die „Bosporus“-Geschichte verfolgt habe, auch schon vor dem Anschlag Keupstraße. Wenn dann solche Dinge auftreten, dass man erfährt - ich kann jetzt nicht sagen, ob ich es aus der Presse erfahren habe oder ob es vielleicht eine interne Meldung war, also polizeilich intern -, dass Fahrräder da eine Rolle gespielt haben, dann macht mich das zumindest zunächst mal stutzig insoweit, als dass ich sage: Okay, da gibt es was, wo man zumindest nachfragen muss.

Deswegen haben wir dann mit Nürnberg Kontakt aufgenommen und grundsätzlich ein paar Dinge festgestellt, die durchaus übereinstimmungswürdig waren oder auf Übereinstimmungen, möglicherweise einen Zusammenhang hingewiesen haben, andererseits aber auch Dinge - wenn man halt Einzelopfer, gezieltes Opfer und die Vielzahl der Opfer und andere Vorgehensweisen nimmt -, sodass wir zwar den Gedanken hatten, ihn aber nicht wirklich belegen konnten.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Der Herr Vögeler schreibt in einem Aktenvermerk, 22. Juni 2005 im Zusammenhang mit Ihrem Kontakt - das ist MAT A GBA-4/7 a -, letzter Satz:

Im weiteren verwies der Kollege WEBER darauf, dass die Presse in Köln bereits wild über einen Tatzusammenhang mit dem hier vorliegenden Tötungsdelikt spekulieren würde.

Zeuge Markus Weber: Ja, auch die Medien machen, sage ich mal, ihren Job. Die hatten auch Wind davon bekommen, dass es - ich weiß nicht mehr, ob es um die Fahrräder oder Phantombilder ging - und haben das Thema dann auch aufgegriffen.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): So. Jetzt würde mich die Auffassung der Nürnberger Polizei interessieren, also der BAO „Bosporus“. Wie gesagt, es kommt vieles zusammen: der BAO-Leiter, der selber sehr stark die Spur rechtsextremistischer Täter verfolgte, also Herr Geier, die Horn-II-Analyse, das BKA- und LKA-Gutachten. Können Sie heute noch mal erklären, wie es angesichts dieser Umstände dazu kam, dass Sie trotzdem das Thema „rechtsextreme

Spur“ dann doch nicht so vehement weiterverfolgt haben, wie wir es uns heute gewünscht hätten, Sie wahrscheinlich auch?

Zeuge Markus Weber: Ja, für uns ging es darum, belegbare Hinweise zu finden, mit denen wir weiter arbeiten können. Wenn wir mit der „Bosporus“ uns ausgetauscht haben, ging es für uns dann darum, einen Zusammenhang nachzuweisen, demzufolge Daten abzugleichen. Das ist ja passiert. So weit ist es dann ja schon gegangen, dass per Beschluss seitens der „Bosporus“ Daten aus der Keupstraße abgeglichen worden sind, um eben Übereinstimmungen, Tatzusammenhänge möglicherweise nachweisen zu können, was ja leider nicht gelungen ist.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Irgendjemand muss ja in dieser Besprechung zu der Idee gekommen sein - das könnten Sie auch gewesen sein -, dass man noch mal eine vergleichende OFA macht: Sprengstoffanschläge und Mordserie. Wieder eine interessante Idee, die nicht weiter verfolgt wurde. Da fällt sogar der Satz: Wir dürfen hier nicht Äpfel mit Birnen vergleichen.

Zeuge Markus Weber: Wer den Satz gesagt hat, weiß ich nicht. Das ist thematisiert worden, das weiß ich. Wessen Idee es war oder auf wessen Veranlassung das thematisiert wurde, kann ich Ihnen so nicht sagen. Dann sind aber, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, seitens „Bosporus“ letztlich die Dinge in die Hand genommen worden und ist diese Analyse dann nicht gemacht worden.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Letzte Frage: Wieso war zwischen Ihrem Anruf und Ihrer Fahrt nach Nürnberg ein Jahr vergangen?

Zeuge Markus Weber: Wir waren zweimal in Nürnberg. Von daher mag das anders rüberkommen. Wir sind einmal kurz nach meinem ersten Anruf in Nürnberg gewesen. Ich kann es nicht mehr genau sagen, auf jeden Fall 2005. Ich meine sogar noch, im Juni 2005, mag auch - - Ich weiß es nicht, ich müsste darauf verweisen. Das muss irgendwo dokumentiert sein. Wir sind ein Jahr später, 2006, da gewesen. Das ist vorbereitet worden über einen längeren Zeitraum, dieser Datenabgleich. Deswegen sind wir das zweite Mal dann da gewesen. Aber der erste

Informationsaustausch vor Ort in Nürnberg war bereits 2005, relativ kurz nach meinem Anruf.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay. - Danke schön.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Keine weiteren Fragen vorerst bei der Unionsfraktion. - Dann die SPD-Fraktion. Frau Dr. Högl.

Dr. Eva Högl (SPD): Herr Weber, ich möchte noch mal etwas fragen zu dem Vergleich mit „Combat 18“, den das Bundesamt für Verfassungsschutz angestellt hat. Wir haben das in den Unterlagen vom 8. Juli 2004. Wir haben eben schon darüber gesprochen.

Ich will noch mal fragen. Sie hatten gesagt, Sie würden das gar nicht kennen. Ist das so, dass Sie das gar nicht kennen, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz ein kleines Gutachten dazu erstellt hat, inwieweit der Sprengstoff vergleichbar ist mit dem, was bei der Anschlagserie in London verwandt wurde, die im April 1999 stattgefunden hat?

Zeuge Markus Weber: Es ist so, dass ich im Zusammenhang mit dieser „Combat“ - ich kann den Namen sogar nicht genau erinnern - auf jeden Fall nicht ein Gutachten oder dass das vom Bundesamt für Verfassungsschutz gekommen wäre - - da kann ich mich definitiv nicht daran erinnern. Ich will das nicht ausschließen. Ich habe diese dreitausend soundso viel Spuren nicht alle im Kopf. Ich meine, dass irgendeine Geschichte mit einem Anschlag in England, dass das einmal Thema war, dass da ein Abgleich mal Thema war. Aber auch das kann ich jetzt im Detail nicht wiedergeben, was wir abgeglichen haben; allerdings mit negativem Ergebnis, würde ich jetzt sagen, weil wir sonst weitere Ermittlungen angestrengt hätten.

Dr. Eva Högl (SPD): Also, die Anfrage ist vom Polizeipräsidium Köln damals gestellt worden an das Bundesamt für Verfassungsschutz. Dann wird gesagt in dem Gutachten vom Bundesamt für Verfassungsschutz:

Der Anschlag in Köln erinnert wegen der Verwendung einer Nagel-

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle dieses Zitats sowie des folgenden Zitats lautet: MAT A BfV-4, Blatt 37 bis 41.

bombe und des Tatortes in einem vorwiegend von Ausländern bewohnten Stadtteil an diese Anschlagsserie.

Also, insofern gibt es eine Parallellität. Dann aber, was die konkrete Zusammensetzung der Bombe angeht, ergab lediglich unwesentliche Übereinstimmungen.

Aber was ich dann noch sehr interessant finde, ist, dass diese Erkenntnisse auf jeden Fall, so sagt dieser Vermerk vom Bundesamt für Verfassungsschutz - ich zitiere noch einmal -:

Laut telefonischer Rückfrage mit dem PP Köln wird dieser Hinweis in die laufenden Ermittlungen einbezogen.

Also, da geht um Hinweise zu konkreten Personen. Sie waren Ermittlungsführer. Also, insofern müssten die Quintessenzen dieser Prüfung auch in Ihre Ermittlungsarbeit eingeflossen sein. Können Sie sich noch mal vielleicht versuchen, zu erinnern, ob das eine Rolle gespielt hat?

Zeuge Markus Weber: Ich habe das eben schon mal versucht, noch mal Revue passieren zu lassen. An dem Punkt muss ich im Moment passen. Das kriege ich so nicht. Ich will aber, wie gesagt, nicht ausschließen, dass es eine entsprechende Spur im Verfahren gegeben hat.

Dr. Eva Högl (SPD): Ich will noch mal eine andere Sache sagen, und zwar wurde in diesem Vermerk darauf verwiesen, dass dieses Forum, was die englische Gruppe genutzt hat - - dass es da auch Nutzer gab, die in Köln und Umgebung ansässig waren. Auch das wurde schon vom Bundesamt für Verfassungsschutz überprüft. Jetzt habe ich dazu nichts gefunden, wie das damit weitergegangen ist. Ich habe in den Akten auch nichts dazu gefunden. Können Sie sich erinnern, dass da mal Nutzer von rechtsextremen Foren überprüft wurden im Lauf Ihrer Ermittlungsarbeit?

Zeuge Markus Weber: Ich weiß, dass wir in einzelnen Spuren auch mal - - rechtsextreme Foren aufgetreten sind, wo es Hinweise auf bestimmte Personen gab. Jetzt im Zusammenhang mit dieser England-Geschichte und Bundesamt kann ich mich da so nicht dran erinnern.

Dr. Eva Högl (SPD): Jetzt noch mal so allgemein zur Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz: Gab es von Ihrer Richtung aus in Richtung Bundesamt für Verfassungsschutz oder in Richtung Ihres Landesamtes für Verfassungsschutz Kontaktaufnahme, konkrete Bitten um Unterstützung hinsichtlich der Frage, ob es ein politisches Motiv gibt?

Zeuge Markus Weber: Es gab die Anfragen von Anfang an und auch sicherlich immer wieder, also jetzt nicht jede Woche, sondern im Laufe der zwei Jahre sicherlich auch dann noch mal wie zum wiederholten Male, ob es bei dem Landes- oder Bundesamt - diese Dinge sind dann über unseren Staatsschutz in der Regel gesteuert worden - entsprechende Informationen gibt, die uns bei der Aufklärung weiterhelfen können. Die gab es, aber ohne - -

Dr. Eva Högl (SPD): Herr Weber, können Sie sich an irgendwas konkret erinnern, also an eine Frage, die Sie sich im Laufe Ihrer Ermittlungsarbeit konkret gestellt haben und wo Sie der Auffassung waren, jetzt über Staatsschutz hinaus, da könnte auch der Verfassungsschutz helfen?

Zeuge Markus Weber: Nein. An eine konkrete Frage, die jetzt formuliert worden wäre, kann ich mich so nicht erinnern. Es sind ... (akustisch unverständlich) Informationsanfragen gewesen.

Dr. Eva Högl (SPD): Ist das für Sie grundsätzlich als Ermittler naheliegend, wenn Sie der Frage nachgehen, ob es ein politisches Motiv sein könnte, dass Sie auch an den Verfassungsschutz denken, oder denken Sie aus Polizeisicht zunächst nur an den Staatsschutz?

Zeuge Markus Weber: Nein. Dann wäre der Verfassungsschutz schon auch ein Ansprechpartner. Ich würde erwarten, vom Verfassungsschutz in speziell so einem Fall auch Hinweise zu bekommen, wenn sie denn da sind, ohne dass ich gezielt nachfrage.

Dr. Eva Högl (SPD): Aber Sie haben keine konkreten Fragen gestellt?

Zeuge Markus Weber: Nein. Außerdem, wie gesagt, gibt es Informationen.

Dr. Eva Högl (SPD): Ganz allgemeine?

Zeuge Markus Weber: Wenn ich konkret frage, dann grenze ich unter Umständen Dinge aus, die ich dann nicht in der Antwort erhalte. Insofern macht es aus meiner Sicht Sinn, am Anfang diese Fragen allgemein zu halten: Gibt es Informationen, die uns bezogen auf den Fall, der bekannt war, der auch mitgeteilt worden ist, weiterhelfen?

Dr. Eva Högl (SPD): Aber nichts Konkretes? Weil wir haben hier schon des Öfteren die Thematik gehabt: Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutz. Das ist ja etwas, was uns sehr beschäftigt, und wir haben auch festgestellt, dass es auf die Formulierung der Anfragen beim Verfassungsschutz durchaus ankommt. Wir haben sogar schon mal feststellen müssen, dass die Frage, ob es unter Punkt 2 oder Punkt 3 steht, relevant war für eine Anfrage.

Also, Sie haben ganz allgemein sich an den Verfassungsschutz gewandt und haben gesagt: Kollegen, könnt ihr uns irgendwelche Informationen geben? - Ist das üblich, dass man das so allgemein macht?

Zeuge Markus Weber: Aus meiner Sicht, soweit ich das beurteilen kann in den zwei, drei Verfahren, in denen ich solche Anfragen gestellt habe, ist es so üblich, und dann, wie ich eingangs oder eben auch noch mal erwähnte, über unseren Staatsschutz eben mit dem Hintergrund, dass dort die Kontakte vorhanden sind, man sich kennt und durchaus des Öfteren Informationen austauscht.

Dr. Eva Högl (SPD): Dann habe ich noch eine Frage. Auch das bewegt uns hier im Ausschuss, wie sehr politisch Verantwortliche für die konkrete Ermittlungsarbeit auch relevant sind, also was es für einen Einfluss hat, wenn beispielsweise der Innenminister sich äußert oder leitende Personen in den Behörden. Hat es für Sie - ich meine, wir haben ja jetzt festgestellt, Sie haben rechts-extremen Hintergrund nicht verfolgt; Sie haben das auch bei *Aktenzeichen XY* ziemlich klar ausgeschlossen - irgendwelche Hinweise gegeben? Gab es irgendwelche politischen Äußerungen, die Sie dazu veranlasst haben, das zu den Akten zu legen oder nicht so engagiert zu verfolgen, wie das vielleicht aus Ihrer persönlichen Auffassung notwendig gewesen wäre?

Zeuge Markus Weber: Es gab keine Aussagen seitens der Politiker, die mich in diesem konkreten Fall in meinen Ermittlungsmaßnahmen beeinflusst hätten.

Dr. Eva Högl (SPD): Das heißt, Sie haben das zwar verfolgt, aber Sie haben trotzdem so ermittelt, wie Sie das aus fachlicher Sicht aus Ihrer Perspektive für richtig gehalten haben.

(Stephan Stracke (CDU/CSU): Wie in Bayern auch!)

- Genau. Aber es ist doch gut, dass wir es noch mal klarstellen, Herr Kollege.

Ich habe keine weiteren Fragen. Vielen Dank.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann wechselt das Fragerecht zur FDP-Fraktion. - Keine weiteren Fragen. - Die Linksfraktion. Herr Petermann.

Jens Petermann (DIE LINKE): Ja, noch eine Nachfrage. Ich möchte noch mal aus der Operativen Fallanalyse des BKA zitieren. Dort heißt es:

Ein „politisches“ Motiv wird hier u. a. deswegen für unwahrscheinlich gehalten, da in solchen Fällen nach den bisherigen Erfahrungen mit einer Bekennung zu rechnen gewesen wäre.

Herr Weber, würden Sie auch in Kenntnis dieser Aussagen den Eindruck bestätigen, dass die Zuständigen den möglichen fremdenfeindlichen Hintergrund der Tat immer weiter in den Bereich des Unwahrscheinlichen verschoben haben, möglicherweise auch bewusst verschoben haben?

Zeuge Markus Weber: Ich kann mir nicht vorstellen, dass jemand bewusst diese Dinge in den Hintergrund verschoben hat. Wenn es in der Analyse -- sind bestimmte Fakten aneinandergereiht worden, anhand derer man zu bestimmten Schlüssen gekommen ist.

Jens Petermann (DIE LINKE): Können Sie zumindest nachvollziehen, dass bei den hier seit gut zwei Stunden Sie Befragenden

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A GBA-4/7 a, Blatt 94.

so ein bisschen Verzweiflung eintritt ob der Antworten, die wir hier bekommen?

Zeuge Markus Weber: Ich kann keine anderen Antworten geben auf bestimmte Fragen. Ich kann nur wiederholen: Unsere Ermittlungen sind damals in der Art und Weise geführt worden, wie sie zu führen waren. Dass sich das heute unter Umständen für den einen oder anderen etwas anders darstellt, mag sein, lässt sich aber der damaligen Sicht der Dinge und den damaligen Maßnahmen - - nicht anders führen.

Jens Petermann (DIE LINKE): Würden Sie wieder so handeln wie damals?

Zeuge Markus Weber: Die Frage kann ich so nicht beantworten, weil der Fall nicht so noch mal auftreten wird. Von daher - -

Jens Petermann (DIE LINKE): Ja, das wird die Zukunft zeigen. - Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen noch Fragen?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe überhaupt erst angefangen, Luft zu holen vorhin.

Also, Herr Weber, ich war dabei und hole jetzt noch ein bisschen weiter aus. Das ist Ihnen ja mehrfach hier schon vorgehalten worden, dass in keinem Fall eigentlich von denen, mit denen wir uns jetzt hier befassen, so viele Anhaltspunkte, Aktivitäten hin zu einer möglichen rechtsextremistischen Täterschaft festzustellen sind wie hier in dem Fall der Nagelbomben Köln. Das war ja nicht der letzte Fall. Trotzdem gab es hier eine ganze Reihe von Anhaltspunkten, die wir auch gehabt haben: eigene Analyse, Analyse Horn, andere Hinweise.

Und ich war jetzt auf der Spur, dass Sie mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz Kontakt aufgenommen haben, oder das Bundesamt, jedenfalls Kontakt gehabt haben, mit denen telefoniert haben und denen dann Unterlagen geschickt haben, und darauf haben die erhebliche Aktivitäten entwickelt, unter anderem, indem sie diese Vergleiche mit den Anschlägen von C 18 in London 1999 angestellt haben und festgestellt haben, was Ihnen schon vorgehalten worden ist. Und die haben dann, nachdem sie das

festgestellt haben, natürlich auch gedacht: „Gibt es dann vielleicht in Deutschland einen Ableger davon?“, und sind auch auf einen Ableger gestoßen, haben auch vier Personen dann benannt, um die sie sich bemüht haben. Und dann spielt dann das Veröffentlichungsorgan *Stormer* eine Rolle.

Ich frage Sie: Ist Ihnen dazu nichts gesagt worden, dass Sie jetzt auch mal eine Rückmeldung bekommen haben vom Bundesamt für Verfassungsschutz, wo die dann gesagt haben: "Wir haben jetzt die und die Überlegungen, die und die Rechercheergebnisse", und Ihnen das einfach mal mitgeteilt haben, um auch der Polizei dann Gelegenheit zu geben, da vielleicht jetzt bei ihrer Strafverfolgung weiterzukommen?

Zeuge Markus Weber: Wenn Dinge mitgeteilt worden sind, die konkret waren, mit Personen, oder diese Dinge benannt worden sind, ist das in einer Spur in der Akte aufgegangen. Wenn diese Spur nicht da ist - wie gesagt, ich kann im Moment nicht mich erinnern wirklich, ob wir eine solche Spur haben oder nicht -, dann sind diese Dinge so in dieser Form nicht mitgeteilt worden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. Also, die haben dann zum Beispiel in ihrem Bericht geschrieben von einer Veröffentlichung von diesem *Stormer*-Ableger, so ein Zitat:

„Der Vorteil wäre auch, das [sic!] niemand darum heulen würde, wenn es ab und an mal einen Zuhälterkanaken oder Dealer treffen würde. Auch der Verfolgungsdruck durch ZOG wäre nicht so groß.“

Also, die rufen fast schon dazu auf, so was zu machen, und stellen dann vier Personen fest. Einer hat den Namen „R“. Zu dem haben sie dann Erkenntnisse, dass der auf seiner Homepage den „arischen Ansturm“ propagiert.

Dann findet sich so ein Vermerk in den Unterlagen. Deshalb komme ich immer wieder darauf zurück, dass die Polizei eigentlich informiert sein müsste. Da steht dann:

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle dieses Zitats sowie der folgenden Zitate lautet: MAT A BfV-4, Blatt 39 bis 49.

Aufgrund der vorliegenden einschlägigen Erkenntnisse zu R[...] wurde das PP Köln über die Projekteinheit ... entsprechend informiert. Laut telefonischer Rücksprache mit dem PP Köln wird dieser Hinweis in die laufenden Ermittlungen einbezogen.

Haben Sie da was einbezogen? Also, haben Sie da eine Person überprüft, Ermittlungen angestellt?

Zeuge Markus Weber: Sie haben jetzt gerade einen Namen angedeutet. Allerdings haben Sie den nur angedeutet, sodass ich das nicht einwandfrei beantworten kann. Es gibt eine Spur bezogen auf eine rechtsextremistische Person. Ich meine sogar, der fängt mit R an. Das weiß ich nicht genau; müsste ich auf die Akten verweisen bzw. nachgucken. Der Ursprung dieser Spur allerdings ist ein Hinweisgeber, ein Polizeibeamter meines Erachtens. Mehr kann ich dazu im Moment jetzt nicht sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da helfe ich Ihnen noch mal mit einem Zitat aus den Akten. Da steht - -

(Stephan Stracke (CDU/CSU): Herr Kollege, Sie könnten es ihm auch einfach vorhalten, das Aktenstück, oder aus ihm zitieren!)

- Bitte?

(Stephan Stracke (CDU/CSU): Sie können ihm das ja auch einfach vorhalten und geben!)

- Das tue ich ja. Ich lese es ja vor.

(Zuruf: Vorlegen!)

- Nein. Das sind nicht Ihre Akten, sondern das sind Akten des Verfassungsschutzes, wo Sie aber - also nicht Sie jetzt persönlich; Sie kommen auch vor - - aber wo das Polizeipräsidium in Köln immer wieder angesprochen wird. Ich lese Ihnen da noch einen weiteren Hinweis vor. Das sind alles Hinweise, dass die Polizei eigentlich informiert gewesen sein muss. Da steht:

Ob dies auch der tatsächliche Aufenthaltsort R[...]s ist [sic!] dem PP

- also Polizeipräsidium -

derzeit nicht bekannt. Dem Hinweis zu R[...] wird jedoch durch Polizei

noch nachgegangen werden (dessen Akte lag beim zuständigen Sachbearbeiter ... bereits auf dem Tisch.

Also, ich lese das alles so, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz davon ausgehen musste, dass Sie sich mit dieser rechtsextremen, ich sage mal, Spur ist vielleicht übertrieben, aber mit diesem rechtsextremen Anhaltspunkt befasst haben.

Zeuge Markus Weber: So, wie Sie das vorlesen, bin ich mit Ihnen einer Meinung, dass wir das bei uns in der Spurenakte wiederfinden müssten, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, Ihnen war bewusst aus den verschiedenen Anhaltspunkten, dass die Täter möglicherweise im rechtsextremen gewaltbereiten oder gewalttätigen Bereich zu suchen sind. Haben Sie denn nicht mal jetzt voll Ihre gesamten Ermittlungen oder den Großteil Ihrer Ermittlungen konzentriert auf Rechtsradikale in Nordrhein-Westfalen, im ganzen Bundesgebiet, in anderen Bundesländern? Also wenn da schon so viel darauf hindeutet. Weil, wir haben ja welche gehabt, die haben gesagt: Wir sind gar nicht auf die Idee gekommen; wir dachten immer irgendwie Mafia oder Drogen oder so. - Aber bei Ihnen werden dauernd solche Aufmerksamkeiten erregt. Warum haben Sie das nicht gemacht?

Zeuge Markus Weber: Diese einzelnen Dinge haben wir jeweils überprüft, so wie sie bei uns gelandet sind, eingegangen sind, wie sie bei uns angekommen sind.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie denn mal verdeckte Ermittler eingesetzt?

Zeuge Markus Weber: Zur Frage der verdeckten Ermittler werde ich hier keine Äußerungen machen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Keine verdeckten Ermittler. Haben Sie nicht mal verdeckte Ermittler aber in einem ganz anderen Bereich, nämlich - -

Zeuge Markus Weber: Ich sagte doch: Ich möchte zum Einsatz verdeckter Ermittler

in diesem Rahmen hier keine Angaben machen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum denn nicht?

Zeuge Markus Weber: Weil das auch meine Aussagegenehmigung unter Umständen problematisch sieht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, also - -

Zeuge Markus Weber: Es ist davon - - ohne Öffentlichkeit durchaus - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ohne Öffentlichkeit würden Sie das sagen?

Zeuge Markus Weber: Es gibt bestimmte Dinge, die den Einsatz betreffen - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da sollen jahrelang welche unterwegs gewesen sein ... (akustisch unverständlich). Ich will jetzt gar nicht wissen, wer das war und ... (akustisch unverständlich).

Zeuge Markus Weber: Das würde ich schon mal gar nicht sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich frage: Warum haben Sie solche intensiven Mittel nicht eingesetzt in diesem rechtsextremen Bereich? Also, dass Sie dann eine Person überprüfen, ist ja eine Sache. Aber Sie haben ja auch hinsichtlich anderer Verdachtsüberlegungen sehr viel mehr getan als mal eine Person überprüft, sondern ganze Szenen.

Zeuge Markus Weber: Wir haben mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln auch den rechtsextremen Bereich, soweit er denn überprüfbar war, für uns überprüft und haben Anfragen bei entsprechenden Behörden gestellt. Das waren Dinge, die damals aus meiner Sicht für dieses Ermittlungsverfahren soweit ausreichend waren.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also Ihren eigenen Bestand an möglichen Akten über Rechtsextreme haben Sie auch nicht überprüft?

Zeuge Markus Weber: Natürlich haben wir mit unserem Staatsschutz auch über Rechtsextreme gesprochen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, mal gesprochen. Verstehen Sie, wir haben aus Bayern zum Beispiel gehört, dass über das Verschwinden dieses Trios 1998 - die wurden dann gesucht bis 2003; also kurz bevor das passierte, wurden die gesucht, und danach waren sie immer noch weg - auch andere Landespolizeibehörden informiert worden sind mit der Bitte: Guckt mal, ob die bei euch sind. - Also, da sollen Fotos, Fahndungsfotos usw., verteilt worden sein. Haben Sie da mal nachgesehen, ob so was da ist aus jüngerer Vergangenheit?

Zeuge Markus Weber: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum eigentlich nicht? Weil, ich will Ihnen sagen: Bei diesen Überlegungen, die das Bundesamt für Verfassungsschutz angestrengt hat, haben die auch gesagt: „Wir müssten uns jetzt mal mit einer Szene und mit Personen befassen, die eine Affinität zu Sprengstoff und Bombenbauen haben“, und haben danach dann vier Personen ausgesucht. Einen, zu dem habe ich Ihnen das bereits gesagt: Das war der R.

Also, wenn man das von heute aus sieht: Das ist genau die Spur, der Sie hätten nachgehen müssen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat das so bezeichnet: Affinität, also im rechtsextremen Bereich, zum Bombenbauen und zu Sprengstoff. Das Trio war genau aus diesem Grunde im Untergrund und wurde gesucht, bis ein Jahr vorher.

Zeuge Markus Weber: Das ist mir jetzt im Nachhinein durchaus bekannt, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und da sind Sie nie darauf gekommen, mal auch nach Affinität im rechten Bereich jetzt vielleicht über den Großraum Köln hinaus nachzufragen oder Ihre eigenen Akten durchzusehen?

Zeuge Markus Weber: Ich kann das noch mal wiederholen, dass wir durchaus in unserem Bereich mit dem Staatsschutz zusammen auch das Thema Rechts erörtert

haben und entsprechende Personen, die uns genannt wurden, überprüft haben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber haben Sie mal Ihre Akten systematisch durchgesehen? - Haben Sie auch nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Haben Sie noch weitere Fragen, Herr Ströbele?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann darf ich mal kurz fragen - weil ich Ihnen schon fünf Minuten Zuschlag zum eigentlichen Fragenkontingent der Grünen gegeben habe -, ob es noch von anderen Fraktionen Fragen gibt. Union? - Nein. SPD? - FDP? - Linke? - Dann dürfen Sie weiterfragen. Bitte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Das ist auch nur eine abschließende Frage. Die knüpft an das an, was ich vorhin schon gefragt habe. Herr Weber, haben Sie 22 Monate lang gegen eine Opferfamilie verdeckte Ermittler eingesetzt?

Zeuge Markus Weber: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Deren Familie?

Zeuge Markus Weber: Die Frage war: Haben Sie 22 Monate lang gegen eine Opferfamilie verdeckte Ermittler eingesetzt? - Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vom 07.06.2005 bis 12.02.2007? Sagen Sie Nein?

Zeuge Markus Weber: Die Frage war: Haben Sie gegen eine Opferfamilie einen verdeckten Ermittler eingesetzt? - Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wissen Sie genau?

Zeuge Markus Weber: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sagen Sie mal den Vorhalt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will ja nicht konkreter werden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir haben auch jederzeit die Möglichkeit, auf nichtöffentlich umzuschalten. Wir sind ja sowieso am Ende der Befragung des Zeugen. Möchten Sie das, Herr Ströbele?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Werden Sie dann bereit sein, dazu zu antworten, Herr Weber?

Zeuge Markus Weber: Die Frage habe ich beantwortet. Wenn die Frage anders gestellt wird ... (akustisch unverständlich).

Vorsitzender Sebastian Edathy: Hier geht es wahrscheinlich doch um einzelne verdeckte Ermittlungsmaßnahmen, die wir Ihnen aus den eingestuftten Akten vorhalten würden.

Zeuge Markus Weber: Wie gesagt, es gibt bestimmte Dinge, die werde ich dazu gar nicht beantworten. Das betrifft meine Aussagegenehmigung. Die haben Sie vorliegen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir haben die Möglichkeit, nichtöffentlich zu tagen. Wir haben die Möglichkeit, eingestuft zu tagen. Wir haben nicht die Möglichkeit, dass Sie sich zu Sachen, die wir hier in den Akten gefunden haben, gar nicht äußern.

Zeuge Markus Weber: Ja, aber es gibt eine Aussagegenehmigung, und die Aussagegenehmigung beinhaltet: Bestimmte Dinge sind nicht von dieser Aussagegenehmigung gedeckt. Die haben Sie vorliegen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Welche Passage Ihrer Aussagegenehmigung deckt Ihre Beantwortung dieser Fragen nicht?

Zeuge Markus Weber: Das müssten wir dann im Einzelnen jeweils frageabhängig überprüfen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja. Kann der Vertreter des Landes Nordrhein-Westfalen vielleicht etwas dazu sagen?

Frank Matthias (Nordrhein-Westfalen): Die Aussagegenehmigung liegt Ihnen ja auch vor. Ich habe sie hier auch noch mal.

Von der Aussagegenehmigung ausgenommen sind Angaben über

- die Identität von verdeckt eingesetzten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten ...

- ich denke, das meint der Zeuge wahrscheinlich -

- den zeitlichen und sachlichen Umfang der Tätigkeit der o. g. Personen
- personenbezogene Informationen, deren Bekanntwerden die o. g. Personen einer Gefahr für Leib oder Leben aussetzen könnten

- das kann ich im Einzelfall nicht beurteilen, ob das darunter zu subsumieren ist -

- Informationen streng persönlichen Charakters, deren Weitergabe für den Zeugen unzumutbar ist.

Okay, das ist wohl nicht der Fall.

In nichtöffentlicher Sitzung können Angaben gemacht werden, die Verschlussachen betreffen oder entsprechend eingestuft sind - das ist klar - und eben Informationen über polizeiliche Einsatzgrundsätze und Einsatztaktiken, innerdienstliche Angelegenheiten, Umstände aus dem persönlichen Lebensbereich. Das sind die Sachen, die eben nichtöffentlich kundgetan werden können. Jetzt müsste eben beurteilt werden, ob das, was hier der Abgeordnete Ströbele erfragen möchte, von der Aussagegenehmigung komplett ausgenommen ist, also eben den zeitlichen und sachlichen Umfang der V-Leute betrifft. Das kann ich nicht beurteilen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht darf ich dazu einmal eine Erklärung abgeben. Wir sind uns ja unter den Abgeordneten einig, dass wir möglichst nicht Opferfamilien noch einmal nachträglich irgendwie schädigen wollen oder ihnen Unannehmlichkeiten bereiten. Deshalb scheue ich mich etwas, den Namen zu nennen. Ich habe hier einen Beschluss des Amtsgerichts Köln - den haben die anderen Kollegen auch -, wonach verdeckte Ermittlungsmaßnahmen eingeleitet worden sind und verlängert worden sind. Da stehen auch

die Namen drauf. Ich will die hier nur nicht so nennen. Deshalb frage ich Sie noch mal: Haben Sie verdeckte Ermittler über 22 Monate eingesetzt im Zusammenhang mit einer Opferfamilie? Vielleicht hilft Ihnen diese Formulierung eher als das Wort „gegen“. Gegen einen Familienangehörigen oder zwei Angehörige einer Familie?

Zeuge Markus Weber: Noch mal: Auf die Frage „Haben Sie 22 Monate lang verdeckte Maßnahmen gegen eine Opferfamilie geführt oder eingeleitet?“ sage ich Nein. Es sind verdeckte Maßnahmen gelaufen. Die sind nicht gezielt und schon gar nicht über diesen Zeitraum so gelaufen, wie Sie es hier gerade darstellen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann müssen wir doch noch mal fragen. Der Zeuge hat ja die Frage grundsätzlich beantwortet. Ich will ihm nur Gelegenheit geben, dass er das noch mal, wenn ich ihm dann Namen nenne - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wenn Sie einen Vorhalt machen möchten und dabei Namen nennen möchten, können wir das in nichtöffentlicher Sitzung machen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das würde ich ungern in öffentlicher Sitzung machen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Legen Sie Wert darauf, dass wir nichtöffentlich tagen?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, auch im Interesse des Zeugen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir sind ja sowieso, glaube ich, am Ende der Befragung des Zeugen. Das heißt, wir werden, was Herrn Weber betrifft, die Öffentlichkeit nicht wieder herstellen müssen, sondern würden dann, wenn wir die Befragung von Herrn Weber in nichtöffentlicher Sitzung beendet haben, zum nächsten Zeugen übergehen können.

Dann darf ich jetzt alle nichtberechtigten Vertreter der Öffentlichkeit bitten, den Raum zu verlassen.

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A Z-20.

(Unterbrechung der Zeugenvernehmung, Öffentlich: 16.37 Uhr - Folgt Zeugenvernehmung, Nicht-öffentlich)

(Wiederbeginn der Zeugenvernehmung, Öffentlich: 16.52 Uhr)

Fortsetzung der Vernehmung des Zeugen Markus Weber

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir setzen jetzt die Befragung von Herrn Weber in öffentlicher Sitzung fort.

Wir beginnen mit einer neuen Berliner Runde. Für die Union hat das Fragerecht Frau Winkelmeier-Becker.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Vielen Dank. - Ich würde gerne noch mal eine Frage an Sie richten, weil Sie die Verbindung zwischen den Nürnberger Fällen und den Kölner Fällen auch gesehen haben. Sie sind im August oder im Sommer 2005 und dann eben ein Jahr später noch mal dort gewesen. Es hat dann da ja auch die Übereinstimmung gegeben bei den Zeugenaussagen von Frau Baukhoff(?) und der Zeugin Keller(?), die meinten, denselben gesehen zu haben, und dann hier noch einmal die Zeugin Albine Riepon(?). Die hat auch gesagt, dass sie nach dem Bewegungsablauf der Täter oder eines Täters auf dem Video einen der Täter wiedererkannt haben mag, den sie in Nürnberg beobachtet hatte. Da gab es doch tatsächlich greifbare Anhaltspunkte dafür, dass da eine Verbindung, eine Personenidentität bestand. Eine Frage ist: Welche Konsequenzen sind daraus gezogen worden? Hat das noch mal einen Ermittlungsansatz gegeben? Für mich hätte das gerade noch mal die Hypothese gestärkt, dass es im rechtsextremistischen Bereich seine Ursache hat, weil ich mir sonst nur schwer eine Verbindung zwischen den verschiedenen Taten vorstellen kann, wenn nicht halt ein rein fremdenfeindlicher, rechtsextremistischer Hintergrund gegeben ist. Was war denn Ihre Hypothese, als Sie festgestellt haben: Da gibt es tatsächlich Übereinstimmungen? Welche Fallhypothese hatten Sie da?

Zeuge Markus Weber: Um auf Ihre erste Frage zurückzukommen: Die Konsequenz war, dass wir Daten nach Nürnberg geschafft haben, die mit den dortigen Daten abgeglichen wurden, um eben genau diese Möglich-

keit, die die Zeugen aufgetan hatten mit ihren Aussagen, zu überprüfen und belegbar zu machen. Mit dieser Aussage alleine hätten wir nicht sagen können: Es gibt definitiv einen Tatzusammenhang. - Durchaus kann man sagen: Dadurch verstärkt sich dieses fremdenfeindliche Motiv durchaus, wobei wir, wenn man die andere These berücksichtigt, von diesen Einzeltätern sprechen, die eben nicht völlig verankert sind im rechten Milieu, sondern unter Umständen auch für sich alleine, zwar sehr wohl fremdenfeindlich - darüber brauchen wir nicht zu diskutieren - motiviert, aber eben für sich diese Taten, diese Aktionen begehen. So haben wir einfach versucht, weiterhin Anhaltspunkt zu finden, um diese Leute zu identifizieren.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Es gab ja die Fallanalysen für die bayerischen Taten. Da war ein begrenztes Merkmal dieser Ankerpunkt in Nürnberg, der vermutet wurde. Dieser Zusammenhang mit der Kölner Tat hätte ja nun auch ein Hinweis darauf sein können, dass dieser Ankerpunkt Nürnberg geografisch zu eng gefasst war, dass man gerade jetzt mit dieser Verbindung den entscheidenden Schritt hätte tun können, zu sagen: Nein, das ist zu eng gefasst; wir müssen das Ganze auch geografisch weiter fassen. - Das hätte dann mit den anderen, richtigen Anhaltspunkten, die man hatte, doch noch mehr auf die Spur führen können, dass man eben verstärkt im rechtsradikalen Bereich suchen muss. Hat man das nicht noch irgendwie mal aufgegriffen und diskutiert, welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind, wenn man tatsächlich von identischen Personen auszugehen hat?

Zeuge Markus Weber: Zu der Analyse, die „Bosporus“ betreffend, kann ich im Detail nicht wirklich etwas sagen, weil ich die im Detail auch nicht kenne. Ich weiß wohl, dass diese analysiert worden sind und dass verschiedene Thesen aufgestellt wurden. Zum anderen gab es vor Köln oder außer Köln noch Hamburg, Rostock und andere Dinge, weshalb man Köln jetzt noch dazunimmt. Insgesamt muss man aber vielleicht sagen: Nur weil Köln da ist und Nürnberg trotzdem noch drei, vier Dinge sind, muss man das deswegen ja nicht anders werten, weil es Hamburg, Rostock und die anderen Orte auch schon gab. Es ist immer wieder Nürnberg unten aufgetreten. Das wir für die Fallanalytiker der Grund gewesen sein, das ent-

sprechend zu fixieren. Das kann ich aber nur vermuten, weil ich die Analyse nicht gemacht habe.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Keine Fragen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die SPD hat das Fragerecht. Frau Dr. Högl.

Dr. Eva Högl (SPD): Ich würde gerne eine Sache noch mal nachfragen, Herr Weber, und zwar will ich das in zeitlichen Zusammenhang stellen, auch in Ergänzung zu den Fragen, die Herr Ströbele gestellt hat. Der Anschlag war am 09.06.2004. Die Fallanalyse war Ende Februar 2005.

Zeuge Markus Weber: Die zweite Fallanalyse.

Dr. Eva Högl (SPD): Genau. - Jetzt will ich noch einmal aus der Fallanalyse des BKA vorlesen, weil das wirklich an Deutlichkeit nicht zu überbieten ist. Es ist auch die deutlichste Fallanalyse, die wir in diesem ganzen Komplex in den Akten haben, die keinen Interpretationsspielraum zulässt.

Es sollten so viele türkische Personen wie möglich getroffen werden. Ob diese Personen dabei verletzt oder getötet werden bzw. um welche Personen es sich dabei im Einzelnen handelte, war den Tätern gleichgültig. Die Wirkungsweise des Tatmittels drückt eine hohe Menschenverachtung aus. Die Keupstraße ist ein herausragendes Beispiel türkischer Kultur und Lebensart. So lässt dies einen ausgeprägten Hass auf die zum Zeitpunkt der Tat im Frisörsalon und auf der Straße aufhältigen Personen vermuten. (?)

Ich schliesse mit dem letzten Satz - auch Zitat aus der Fallanalyse des BKA -:

Das „Kosten-Nutzen-Verhältnis“ der Tat ist aus Sicht der Täter aufgegangen. Das von den Tätern angestrebte Ziel wurde erreicht. (?)

Diese Fallanalyse bekommen Sie im Februar.

Zeuge Markus Weber: Ich war dabei bei der Fallanalyse. Bei dieser Analyse war ich anwesend, beim BKA.

Dr. Eva Högl (SPD): Genau, das habe ich auch gesehen. - Die bekommen Sie als Hinweis für Ihre Ermittlungsarbeit; das wollte ich sagen. Sie bekommen sie nicht auf den Tisch. Sie haben ja auch daran teilgenommen und mitgewirkt. Das ist jetzt also ein neuer Hinweis für Ihre Ermittlungsarbeit.

Dann lese ich in den Akten, dass Sie am 20. Mai 2005, also drei Monate später, einen Bericht schreiben; das ist MAT A GBA-4/8 c, Seiten 281 f. Das ist EG „Sprengstoff“. Das ist unterschrieben von LKD Sommer. Aber daran haben Sie sicherlich auch mitgewirkt. Weil es da nämlich darum geht, zu begründen, warum verdeckte Ermittlungsmaßnahmen eingeleitet werden sollen.

Also, drei Monate später - Fallanalyse im Februar -, im Mai, wird festgehalten:

Auch zur Motivlage der Täter oder den Hintergründen der Tat kann bislang keine eindeutige Aussage gemacht werden.

Es ist in diesem ganzen sechsseitigen Bericht nicht ein einziges Mal die Rede von Rechtsextremismus, Türkenhass, Fremdenfeindlichkeit oder Sonstigem, sondern das einzige Mal, dass überhaupt etwas erwähnt wird, ist - in Klammern -:

... (zwei Einzeltäter mit einem persönlichen Motiv) ...

Ansonsten taucht in diesem ganzen Bericht „Rechtsextremismus“ überhaupt nicht auf.

Das wird dann genommen, um zu begründen, dass nun erstmalig verdeckte Ermittlungsmaßnahmen eingeleitet werden sollen, die dann ja im Juni 2005, also unmittelbar danach, eingeleitet wurden in Richtung der Familie aus dem Friseursalon.

Herr Weber, ich frage Sie einfach: Wenn ich das so kontrastiere, was hat denn von Februar - Fallanalyse - bis Mai stattgefunden, dass Sie schon drei Monate danach zu diesem ganz eindeutigen Ergebnis kommen: Rechtsextremer Hintergrund, so wie er in einer Dramatik in der Fallanalyse beschrieben wird, können wir ausschließen nach zwölf Wochen intensiver Ermittlungsarbeit. Wir müssen uns jetzt komplett in die andere Richtung bewegen. Wir müssen jetzt in Richtung der Familie gehen. Wir müssen Rotlicht und sonstige - hier steht „in gewissen Kreisen“ - - Und nach anderen Hintergründen müsse gesucht werden. Was hat Sie denn bei Ihrer Ermittlungsarbeit bewogen, diesen

Schwenk zu machen? Das interessiert mich wirklich sehr, zumal das ja ein enger zeitlicher Zusammenhang ist.

Zeuge Markus Weber: Aus meiner Sicht war das kein Schwenk, weil wir die andere Ermittlungsrichtung nicht aufgegeben haben. Wir haben die anderen Ermittlungen auch weitergeführt. Es war einfach die Zeit, zu sagen: So, wir kommen hier nicht wirklich weiter. Wir haben immer noch nicht in verschiedensten Richtungen irgendetwas Greifbares, womit wir arbeiten können. Also müssen wir weiter versuchen. - Und bestimmte verdeckte Maßnahmen sind nun einmal sogenannte Ultima Ratio, sage ich jetzt mal, also muss man sie irgendwann, aber eben nicht am Anfang einsetzen. Und da war es dann einfach so weit, dass wir gesagt haben: Wir müssen versuchen, neben den Maßnahmen, die schon angeleiert sind - Rasterfahndung aufgrund der Fallanalyse -, eben weitere Dinge anzuleiern, um irgendwie weitzukommen.

Dr. Eva Högl (SPD): Haben Sie darüber nachgedacht, aufgrund der Fallanalyse auch verdeckte Maßnahmen in Richtung der rechten Szene zu ergreifen?

Zeuge Markus Weber: Das habe ich so nicht, wobei ich möglicherweise in meiner diesbezüglichen laienhaften Vorstellung davon ausgehe, gegangen bin, dass es in dem Bereich verdeckte Maßnahmen gibt zwecks Informationsgewinnung.

Dr. Eva Högl (SPD): Aus der Sie aber keine Information für Ihre Ermittlungsarbeit konkret gewonnen haben?

Zeuge Markus Weber: Sagen wir mal so: Man hat mir keine Infos geliefert. Also bin ich davon ausgegangen: Es gibt in diesem Bereich keine Informationen, die für uns relevant sind.

Dr. Eva Högl (SPD): Hätten Sie sich gewünscht, dass Sie da auch verdeckte Maßnahmen machen können? Also, haben Sie das überlegt?

Zeuge Markus Weber: Ich glaube einfach, dass dafür andere besser geeignet sind.

Dr. Eva Högl (SPD): Okay. Ich habe keine weiteren Fragen. Danke, Herr Weber.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Hat die FDP-Fraktion noch Fragen? - Die Linksfraktion? - Die Grünen-Fraktion? - Auch nicht, außer Herrn Wieland. Bitte.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich hatte sie schon angekündigt. Herr Zeuge, gab es auch Hilfe aus dem Jenseits für Ihre Ermittlungen?

Zeuge Markus Weber: Es gab eine Hellseherin, die sich gemeldet hat und uns einen Hinweis gegeben hat, sagen wir mal so, zunächst mal wie jeder andere auch.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Ist es denn richtig, oder stimmen Pressemitteilungen, dass Sie selber da nach München gefahren sind?

Zeuge Markus Weber: Ich selbst nicht, aber Mitarbeiter von mir. Man hat diese Information - - Sie hat gesagt, es wäre auch wieder - - Da ginge es eher in kriminelle Kreise. Und vor allen Dingen hatte sie auch gesagt, dass ein erneuter Anschlag bevorstehen würde. Das wurde irgendwann so dominant, dass ich gesagt habe: Gut, dann werden wir natürlich diese Frau dann auch umgehend vernehmen. - Weil auch das kann ich mir nicht leisten, so was einfach vom Tisch zu wischen und zu sagen: Damit befassen wir uns nicht.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erwarten Sie denn von einer Hellseherin tatsächlich Erleuchtung, also, frage ich einfach mal, im Staat der Aufklärung?

Zeuge Markus Weber: Grundsätzlich mal: Nein.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber hier ist alles anders oder wie? Ein gewisser Herr Clauer, der wohl einer Ihrer Vorgesetzten gewesen ist, hat laut Presse gesagt: Obwohl es teuer war, selbst wenn es teuer war, haben wir zwei Ermittler zu der Frau geschickt. - Können Sie uns Details sagen, wie die Vernehmung dieser Frau abgelaufen ist?

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): In welcher
Sprache?)

- Nein, ob sie direkte Verbindung dann zum
Jenseits aufgenommen hat während der
Vernehmung.

Zeuge Markus Weber: Nach dem, was
man mir berichtet hat, hat die Dame ein Me-
dium - ich meine, in der Form eines Kasset-
tenrekorders; wie auch immer, kann ich jetzt
im Detail - - müsste ich auf die Spur, auf die
Aktenlage verweisen - benutzt, um irgend-
welche Dinge aus dem Jenseits zu transpor-
tieren, mitzuteilen. Aber das sind natürlich
Dinge, die erfahre ich erst, wenn ich der
Dame gegenüber sitze, und nicht, wenn ich
aus Köln beurteile, was die Dame mir mitzu-
teilen hat.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN):** Also, Ihre Kollegen haben dann
die Stimmen aus dem Jenseits nicht gehört,
oder haben sie sie gehört?

Zeuge Markus Weber: Da müssten Sie
meine Kollegen fragen.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN):** Es hätte ja sein können - Sie
waren nun immerhin doch Chef dieser EK -,
dass die Ihnen das gesagt haben oder dass
das im Vernehmungsprotokoll - -

Zeuge Markus Weber: Wir haben natür-
lich über die Angelegenheit gesprochen. Da
ist auch möglicherweise in anderer Weise
darüber gesprochen worden. Allerdings gibt
es auch ein Vernehmungsprotokoll innerhalb
dieser Spur oder einen Bericht zu dem Ein-
druck, den die Kollegen hatten. Im Detail
müsste ich auf die Aktenlage verweisen
und - -

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN):** Also, laut Presse soll es so ge-
wesen sein, dass dieses Medium eine Pause
machte. Und dann heißt es:

Wenn dann beim Abspielen des
Bandes nur Rauschen zu hören
war, hielt sie den Kassettenrekorder
zu meinen Kollegen hin und sagte:
Jetzt sagen mir die Verstorbenen
etwas. Hören Sie es? (?)

Wenn ich Ihnen das vorlese, kommt dann
die Erinnerung wieder? Haben die Ihnen das
so geschildert?

Zeuge Markus Weber: Wenn Sie sagen:
„laut Presse“, kann ich mich jetzt nicht erin-
nern, was die Presse dazu geschrieben hat.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN):** Ja, ich habe es Ihnen ja - -

Zeuge Markus Weber: Es mag in dieser
Art und Weise ähnlich irgendwas abgelaufen
sein, also, ist mit Sicherheit, wie ich vorhin
sagte. Sie hat einen Kassettenrekorder be-
nutzt, um irgendwelche Dinge vorzuspielen,
die aber nicht weiter verwertbar, hörbar, wie
auch immer, waren.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN):** Würden Sie in einem vergleich-
baren Fall so was noch einmal tun?

Zeuge Markus Weber: Ja.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN):** Ja?

Zeuge Markus Weber: Ja.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN):** Im Zweifel hilft dann das Jen-
seits, wenn man gar nicht mehr weiter weiß?

Zeuge Markus Weber: Nein, im Zweifel
geht es darum, die Möglichkeiten so weit
auszuschöpfen und Spuren abzuklären.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN):** Ich habe keine weiteren Fragen,
Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Jetzt
haben Union, SPD und Linksfraktion noch
Fragen. - Deswegen hat jetzt der Kollege
Stracke das Wort.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Ich will
noch mal ganz kurz auf das eingehen, was
der Kollege Wieland angesprochen hat. Herr
Weber, ist es denn eigentlich so abseitig -
auch wenn man sich darüber lustig machen
will im konkreten Fall, was man denn darüber
gemacht hat - und weit abliegend, dass sich
ein Zeuge unter Umständen bewusst oder
unbewusst nur so in dieser Art mitteilen will,

ja, dass das auch ein Grund sein kann, dass er eben nur in begrenztem Maße dann aus-sagefähig sein will, wenn er solche Formen der Mitteilungen wählt oder so was? Ist das aus Ihrer kriminalistischen Erfahrung heraus denn etwas, was man da mit bedenken kann, oder ist das weiterhin abseitig? Weil Sie ja gesagt haben, Sie würden es wieder machen.

Zeuge Markus Weber: Also, Zeugen sind vielfältige Erscheinungen. Zeugen haben unterschiedliche Wahrnehmungen, werden über den gleichen Sachverhalt verschiedene Dinge berichten und werden auch unterschiedliche Methoden wahrnehmen, um sich zu äußern oder Dinge zu erzählen. Letztendlich kann ich so was erst dann beurteilen, wenn ich dieser Person gegenüber sitze.

Deswegen sind wir letztendlich nach München gefahren. Dann kann man sicherlich zu dem Ergebnis kommen: Okay, es ist Unsinn. - Aber das müsste man halt so weit erst mal überprüfen, und deswegen würden wir das in einem vergleichbaren Fall sicherlich wieder tun, solange es keine anderen Dinge gibt, die da irgendwo schon die Richtung ganz klar vorgeben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die SPD-Fraktion hat das Fragerecht. Herr Rix.

Sönke Rix (SPD): Nur eine ganz kurze Anmerkung und die Frage, ob Sie das vielleicht nachvollziehen können, dass wir da jetzt auch hellhörig werden. Ich will gar nicht sagen, dass ich das verkehrt finde, wenn Sie einen Hinweis bekommen, da würde jemand entweder als Hellseher - - Wir hatten ja auch schon Kontakt zu Toten aufgenommen. Sie müssen dem ja auch nachgehen, um zu gucken, ob da vielleicht etwas anderes dran ist. Finde ich auch in Ordnung, kann man vielleicht auch machen.

Aber was mich jetzt so stört daran, ist, dass Sie das sehr ernst nehmen oder Ihre Kommission das sehr ernst genommen hat. Sie sind dahin gefahren und haben da Gespräche geführt. Aber wenn es andere Hinweise gibt, wie ein Flugblatt in einer Bahn, dann wird das quasi zu den Akten gelegt und als neutral gewertet, und da wird nicht intensiver nachgeforscht. Das ist das, glaube ich, was uns alle hier am Tisch mit so viel Fragezeichen versetzt.

Können Sie das im Nachhinein zumindest nachvollziehen, dass wir da sagen: Nun wer-

den wir aber nervös, dass der einen Schiene sehr intensiv nachgegangen wird, der anderen natürlich auch. - Sie sagen immer: Wir hatten keine Anzeichen und so etwas. - Aber wir sehen da ein Ungleichgewicht. Können Sie das zumindest im Nachhinein nachvollziehen?

Zeuge Markus Weber: Die Geschichte mit der Hellseherin ist nicht intensiv verfolgt worden, sie ist überprüft worden. So.

Sönke Rix (SPD): Sie sind hingefahren mit zwei Beamten.

Zeuge Markus Weber: Und die Geschichte mit dem Merkblatt, mit diesem Hinweisblatt in der Straßenbahn - das war ein Ding, das auf einem Sitz in der Straßenbahn gelegen hat -, ist auch überprüft worden, verfolgt worden, insofern als dass wir versucht haben, aus diesem Papier irgendwelche Infos, Spuren zu ziehen, die uns zum Täter führen. Das ist uns nicht gelungen. Dann ist das Ding, wie Sie sagen, letztendlich mit abgeheftet worden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Özoğuz.

Aydan Özoğuz (SPD): Eine abschließende Frage habe ich dann doch noch dazu. Wir hatten das ja eben schon mit den Rechtsradikalen, die da irgendwo auch in der Umgebung gewesen sein könnten. Ich habe eine direkte Frage an Sie: Halten Sie es für möglich, dass man sich einfach zu sicher war, die rechte Szene im Griff gehabt zu haben, dass man zu sehr das Gefühl hatte: „Wir wissen schon, was bei denen los ist, wir haben da genügend Kontakte“? Kann es sein, dass sozusagen am Ende die einfach klüger waren?

Zeuge Markus Weber: Das wäre jetzt Spekulation meinerseits, wenn ich dazu was sagen würde. Kann ich nicht beantworten, ob sich irgendwer sicher war, die rechte Szene im Griff zu haben.

Aydan Özoğuz (SPD): Ich frage das, weil ja so vielen Dingen an der Stelle dann letztendlich - zumindest wirkt es heute so - nicht sehr intensiv nachgegangen wurde aus heutiger Sicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Pau.

Petra Pau (DIE LINKE): Ich gestehe: In jeder Sitzung lernt man was dazu, aber ich werde auch immer ratloser. Das betrifft sowohl das, was der Kollege Rix eben schon nachgefragt hat - - Aber nachdem wir nun schon aus Hamburg etwas über Metaphysik gehört haben, habe ich mich dann noch mal ein wenig kundig gemacht, gegoogelt, nachgelesen, habe gelernt, dass in manchen Ländern durchaus der Kontakt zu Medien und Metaphysikern zum normalen Instrumentarium bei Ermittlungen in bestimmten Fällen gehört.

Deswegen nur eine einzige Frage: Hatten Sie, bevor dieser Fall stattgefunden hat und bevor Sie sich auch zu dieser - vielleicht verzweifelten - Maßnahme entschlossen haben, sich schon mal dieses Mittels bedient oder nach diesem Fall auf solche Dinge zurückgegriffen, sodass ich sagen kann: „Gut, das ist etwas, was man nicht unversucht lässt, aber es ordnet sich ein“, oder war das eine Ausnahme?

Zeuge Markus Weber: Zum einen war ich damals nicht verzweifelt - wir waren noch relativ am Anfang der Ermittlungen -, zum anderen glaube ich nicht, dass wir jetzt die Ermittlungen ins Lächerliche ziehen müssen.

Petra Pau (DIE LINKE): Sie sehen mich hier ausgesprochen ernsthaft, weil ratlos.

Zeuge Markus Weber: Es ist eine Spur gewesen, die da war und die wir abschließen mussten. Ich habe ansonsten keinen Kontakt zu Wahrsagern, Hellsehern oder anderen Personen, auch nicht in anderen Ermittlungsverfahren, gehabt.

Petra Pau (DIE LINKE): Das heißt, Sie haben dieses Mittel vorher nicht eingesetzt und nachher nicht.

Zeuge Markus Weber: Es war kein besonderes Mittel. Es war die Befragung, Vernehmung eines Zeugen, Punkt.

Petra Pau (DIE LINKE): Gut.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Naja, wobei: Ich meine, es ist schon interessant, weil es gibt da ja - wir haben das gerade mal

recherchiert; ich habe das gar nicht ausgedruckt gesehen - seitenlange Vermerke über die Befragung. Und wenn es dann heißt:

Frau ... arbeitete während der gesamten Vernehmung mittels eines Cassettenrekorders, auf welchen sie die Fragen sprach. Sie rief die Geister an und bat ihren verstorbenen Vater um Hilfe.

Zeuge Markus Weber: Ja, aber wenn ich genau das feststelle, kann ich zum Schluss kommen: Das ist Unsinn. Die Frau erzählt Blödsinn. - Und ich kann es abschließen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, aber offenkundig ist ja dann das Gespräch noch länger weitergegangen nach den Unterlagen.

Gut, oder auch nicht so schön. - Herr Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer ist denn ein Zeuge? Ein Zeuge ist doch ein Mensch, der Tatsachen zu einem Geschehnis sagen kann. Wenn sich bei Ihnen jetzt jemand meldet bei dem nächsten Fall, den Sie bearbeiten, aus Haiti oder sonst woher und sagt: „Mir ist nachts der Täter erschienen; ich bin der berühmteste Hellseher hier weit und breit“, fliegen Sie dann am nächsten Tag nach Haiti? Also, das muss ich mal fragen. Da ist ja ein Zeuge, der offenbar was weiß. Also, seit wann wissen Hellseher Fakten? Das muss ich wirklich mal fragen.

Zeuge Markus Weber: Ich weiß nicht, ob Hellseher Fakten wissen. Kann ich Ihnen nicht beantworten.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Per Definition tun sie es nicht.

Zeuge Markus Weber: Glauben Sie mir, in der Kommission ist auch über diesen Fall gelacht worden, durchaus, aber noch mal: Sie können das gerne noch weiter ins Lächerliche ziehen. Es ist durchaus, wie gesagt, auch bei uns darüber gelacht worden.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, eben.

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A GBA-4/14 a, Blatt 14.

Zeuge Markus Weber: Aber eine bestimmte Verhältnismäßigkeit gebietet, dass ich einfach Hinweise zunächst mal kurz mir angucke und entscheide: Ist es was, ist es nichts? So.

Ich bitte, dafür Sorge zu tragen, dass Herr Wolf den Saal betreten kann.

Zeuge Markus Weber: Auf Wiedersehen!

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Herr Zeuge, ich ziehe gar nichts ins Lächerliche. Das hat der Herr Clauer lang und breit der Zeitung so erzählt. Und wenn Sie selber das herausstellen, dass Sie es getan haben und wie es abgelaufen ist, dann müssen wir fragen. Dass ich es für unreal halte, so zu ermitteln, da kann ich nun kein Hehl daraus machen. Aber eine lächerliche Angelegenheit ist es für mich nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich zitiere noch mal aus dem Protokoll der Vernehmungsbeamten. Offenkundig ist das mit den Geisterstimmen gemeint:

Das bespielte Recorderband wurde mit Einverständnis von Frau ... sichergestellt.*

Es wurde wahrscheinlich später zu den Asservaten gegeben.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wir werden es uns nicht anhören!)

- Nein. - Da steht auch drin, die Beamten hätten die Stimmen nicht gehört aufgrund fehlender Ausbildung. Steht auch im Protokoll drin. Ich weiß nicht, ob das sozusagen Selbstironie gewesen ist oder was man damit anfangen soll.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht kann Herr Stracke es besser! Er sagt doch, es ist ein bewährtes Mittel!)

Gibt es denn jetzt noch Fragen an den Zeugen zur eigentlichen Substanz? - Das ist nicht der Fall.

Herr Weber, herzlichen Dank, dass Sie uns zur Verfügung gestanden haben. Sie sind damit als Zeuge vorerst entlassen. Wie gesagt, nach Erstellung des vorläufigen Stenografischen Protokolls bekommen Sie dieses zum Gegenlesen. Sie haben innerhalb von zwei Wochen die Möglichkeit, Korrekturen geltend zu machen. Damit sind Sie für heute verabschiedet. Ich wünsche Ihnen noch einen angenehmen Resttag.

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A GBA-4/14 a, Blatt 15.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir setzen die Beweisaufnahmesitzung fort.

**Vernehmung des Zeugen
Josef Rainer Wolf**

Ich begrüße als dritten Zeugen des heutigen Tages Herrn Oberstaatsanwalt a. D. Josef Rainer Wolf.

Herr Wolf, ich darf zunächst darauf hinweisen, dass von der heutigen Sitzung und Ihrer entsprechenden Vernehmung eine Tonbandaufnahme gefertigt wird durch das Sekretariat des Ausschusses. Diese Aufnahme dient ausschließlich dafür, die Erstellung des Stenografischen Protokolls der heutigen Sitzung zu erleichtern. Sie wird dann, wenn der Zweck erfüllt ist, zu einem späteren Zeitpunkt gelöscht. Das vorläufige Protokoll wird Ihnen nach Erstellung übermittelt. Sie haben, falls Sie das wünschen, dann eine Frist von zwei Wochen, innerhalb derer Sie Korrekturen und Ergänzungen reklamieren können.

Ich stelle fest, dass Sie ordnungsgemäß geladen sind. Die Ladung haben Sie am 21. Juni 2012 erhalten. Bei uns ist für Ihre heutige Vernehmung als Zeuge eine Aussagegenehmigung eingetroffen, und zwar ausgefertigt durch die Generalstaatsanwaltschaft in Köln. Diese datiert vom 26. Juni 2012.

Einleitend habe ich Sie zunächst formal zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Sie sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie auf etwaige strafrechtliche Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Derjenige, der vor einem Untersuchungsausschuss des Bundestages unehrlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden. Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungs-

widrigkeit, aber auch einem dienstlichen Ordnungsverfahren ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann. Haben Sie zu dem, was ich bisher vorgetragen habe, Fragen?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Nein, habe ich nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Sie zunächst bitten, sich dem Ausschuss mit vollständigem Namen, Alter und Beruf vorzustellen und uns zu bestätigen oder nicht zu bestätigen, ob die verwendete Adresse für die Ladung nach wie vor aktuell ist.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Mein Vorname, also mein Rufname lautet Rainer, und der Familienname ist Wolf. In vollen Jahren bin ich 65 Jahre alt. Ich war bis zum 30. November 2011 Leiter der politischen Abteilung bei der Staatsanwaltschaft in Köln.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die Ladungsanschrift ist nach wie vor gültig?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Die ist richtig, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wolf, Sie haben, wenn Sie es wünschen, die Möglichkeit, sich vor Ihrer Befragung im Zusammenhang zum Gegenstand der Vernehmung zu äußern. Ich habe sie vorab kurz gefragt, ob Sie von dieser Möglichkeit Gebrauch machen wollen.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Ja, ich möchte mich kurzfassen, weil ich ja nicht weiß, was der Herr Weber von der Polizei aus Köln hier heute ausgeführt hat.

Also, wir von der Staatsanwaltschaft aus haben unmittelbar an dem Tag, als ich zum Beispiel von den Ereignissen in der Keupstraße in meinem Pkw gehört habe, uns telefonisch ausgetauscht, ich mit meinem Behördenleiter und mit dem Kollegen, der die Kapitalabteilung damals und auch heute noch leitet, und sind zu der Auffassung ge-

kommen, was die Frage der Zuständigkeit angeht, dass das entsprechend einzuleitende Ujs-Verfahren in der von mir geleiteten politischen Abteilung angesiedelt werden soll, weil wir davon ausgegangen sind, dass gewisse Momente dafür sprechen könnten, dass diese Tat allein im Zusammenhang mit dem Begriff Keupstraße einen möglichen politischen Hintergrund haben könnte. Das hat eben dazu geführt, dass dieses Verfahren bei mir geführt worden ist.

Ich habe das Verfahren dann mir in der Abteilung eintragen lassen. Ich bin selber in der Sache als Abteilungsleiter tätig gewesen und habe auch die Aufgaben des Abteilungsleiters wahrgenommen. Der Sachbearbeiter und Dezernent zum damaligen Zeitpunkt ist der Kollege Boden gewesen, der zum jetzigen Zeitpunkt Oberstaatsanwalt bei der Generalstaatsanwaltschaft Köln ist. Zur allerletzten Phase des Verfahrens war das der Staatsanwaltschaft als Gruppenleiter Oehme, als der Herr Boden nicht mehr bei uns in der Abteilung war.

Wir haben ziemlich vom Beginn an den ständigen Kontakt gesucht und auch aufrechterhalten mit den Beamten des Polizeipräsidenten in Köln. Unser ständiger - wenn ich „unser“ sage, meine ich mich, meine Person, und den Kollegen Boden - - war ständig der Herr Weber vom Polizeipräsidenten in Köln. Wir haben den Kontakt weitestgehend immer so geführt, dass ich als Abteilungsleiter, wenn es sich irgendwie zeitlich einrichten ließ, bei allen wichtigen Erörterungsgesprächen mit Herrn Weber zugegen war und auch an Besprechungen im Polizeipräsidium teilgenommen habe, selbstverständlich auch der Kollege Boden. So ist das Verfahren also bei der Staatsanwaltschaft in Köln in Gang gekommen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das heißt, Ihre Einbeziehung war insbesondere dem Umstand geschuldet, dass ein möglicher politischer Hintergrund des Nagelbombenanschlags nicht ausgeschlossen werden konnte?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Ja. Ich kann das auch noch näher erläutern.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, bitte. Das wäre hilfreich.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Weil wir natürlich, wenn das Stichwort „Keupstraße“ fällt,

an das eine oder andere Verfahren denken, was bei der Staatsanwaltschaft Köln geführt worden ist, was also aus dem Bereich etwa der organisierten Kriminalität stammt, aber auch - und da waren wir natürlich gefragt - - Ach so! Ich hatte vergessen, zu erwähnen, dass ich dieser Abteilung als Dezernent und später als Abteilungsleiter seit 1980 angehört habe - - und bei dem Begriff „Keupstraße“ uns natürlich auch halt eben mögliche Auseinandersetzungen mit politischem Hintergrund durch den Kopf gegangen sind, weniger vielleicht jetzt so sehr - - da haben wir im ersten Moment nicht dran gedacht, aber jedenfalls konnten wir es hinterher auch nicht ausschließen, weil wir ja eine ganze Reihe von teilweise doch recht gravierenden Auseinandersetzungen zwischen national eingestellten Türken und Kurden im Gebiet der Keupstraße hatten und auch zurzeit noch haben, sodass wir also auch diese Facette mit einbezogen haben in den Bereich unserer Überlegungen und natürlich auch nicht ausschließen konnten, dass hier ein - ja, ich will es mal so sagen - ausländerfeindlich begründeter Anlass gegeben war für das Einschreiten der Täter.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich will noch mal nachfragen. Die Fälle, mit denen Sie in den Vorjahren zu tun hatten, das waren also überwiegend Fälle aus dem Bereich der organisierten Kriminalität, oder wie habe ich das zu verstehen?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Nein, nein. Nein, nein. Wir hatten nur halt eben in dem Moment, wenn wir uns über das Spektrum Keupstraße unterhalten, natürlich im Blick, auch im Gespräch mit meinem Behördenleiter, dass in der Keupstraße halt eben auch Verfahren mit OK-Hintergrund gelaufen sind. „Wir“, das heißt, wenn ich „wir“ sage, meine ich die Abteilung, die politische Abteilung, der ich vorgestanden habe. Dann hatten wir in der Keupstraße zu tun, bedingt halt eben auch durch die Ansiedlung des kurdischen Zentrums. In dem Bereich Köln-Mülheim hatten wir mit körperlichen Auseinandersetzungen heftigster Art zu tun zwischen, ja, mehr dem rechten politischen Spektrum zuzuordnenden Türken und halt eben der wohl zur PKK gehörenden oder zumindest mit der PKK sympathisierenden Bevölkerungsgruppe, die aus dem Bereich der Kurden stammt. Da hatten wir also einiges an Verfahren in den Jahren seit 1980 angesammelt,

sodass für uns halt eben eine breite Facette von Möglichkeiten bestanden hat, warum es da zu diesem Bombenanschlag gekommen ist, weil wir uns von Anfang an halt eben alle eventuell in Betracht kommenden Möglichkeiten eines Hintergrundes offenhalten wollten.

Vorsitzender Sebastian Edathy: „Alle möglichen“ ist eine der Fragen, die uns hier im Ausschuss ja besonders interessieren. - Am 9. Juni 2004 - das war ja der Nagelbombenanschlag - sind 22 Personen verletzt worden, 18 davon leicht, 4 davon schwer. Wenn Sie jetzt sagen, beim Stichwort „Keupstraße“, als Sie dann von dem Ereignis gehört haben, ist Ihnen gleich in Erinnerung gekommen, dass es da Verfahren gegeben habe wegen, ich sage mal, ausländerextremistischer Auseinandersetzungen, wenn man das so formulieren will - -

Zeuge Josef Rainer Wolf: Das war der Fall, und halt eben mir war bekannt, durch Kontakt mit meinem Kollegen, der die OK-Abteilung leitet, dass teilweise auch noch parallel mit uns damals Verfahren geführt worden sind, die halt eben diesen OK-Hintergrund hatten.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, nur, Herr Wolf, was mich interessieren würde: Hat es denn da im Vorfeld eine vergleichbar gravierende Tat gegeben wie diesen Anschlag vom 09.06.2004 mit - -

Zeuge Josef Rainer Wolf: Einen solchen Anschlag hat es da noch nie gegeben. Das waren also Delikte im Bereich der Körperverletzung, des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz, wegen Widerstands und solche Sachen. Allerdings in der Größenordnung und auch von der Schwere her, wie es sich da am 9. Juni ereignet hat, hatten wir weder in der Keupstraße noch sonst wo in Köln jemals so etwas zu verzeichnen gehabt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber warum war denn dann gleich die Assoziation, dass das gewissermaßen einen ähnlichen Hintergrund haben könnte, dieser Anschlag vom 09.06.2004, wie die Fälle aus der Vergangenheit, auf die Sie sich hier eben bezogen haben?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Weil wir damals auch abteilungsintern bei Gesprächen halt eben nicht ausgeschlossen haben, dass da möglicherweise ein Streit halt eben so eskaliert ist, dass er bis hin zu einem solchen Anschlag mit der Nagelbombe da geführt hat. Wir konnten ja auch nicht ausschließen - haben das auch nicht ausgeschlossen -, dass möglicherweise - das hatte ich ja eben schon mal angedeutet - auch ein ganz anderer Aspekt eine Rolle spielte, dass möglicherweise hier Druck ausgeübt werden sollte, weil wir damals davon ausgegangen sind, dass die Platzierung dieses Tatfahrrads vor diesem Laden möglicherweise - möglicherweise! - gezielt auch gerichtet war auf die Kundschaft oder den Ladenbesitzer, der möglicherweise davon getroffen werden sollte, um ihn zu beeindrucken, einzuschüchtern, was auch immer.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Oberstaatsanwalt a. D., nun haben wir gerade als Zeugen den Kriminalhauptkommissar Weber gehört, der Ihnen ja persönlich bekannt ist, -

Zeuge Josef Rainer Wolf: Ja, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: - weil er ja ebenfalls auch für den Fall zuständig war. Herr Weber hat hier unter anderem bestätigt, dass aufgrund der Art der Gestaltung dieses Anschlags mit einer Vielzahl von Nägeln, in einem Sprengsatz verborgen, mit einer Länge von 10 Zentimetern, für den Täter ja gar nicht abschätzbar war, wer da alles in Mitleidenschaft gezogen werden könnte im Falle der Explosion. Was spricht denn dann dafür, zu sagen, wie Sie es vorhin gesagt haben: „Das könnte ein Bestandteil gewesen sein einer Auseinandersetzung, zum Beispiel zwischen nationalistischen Türken und kurdischen Bürgern“?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Weil wir - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, kein nationalistischer Türke und kein kurdischer Bürger hätte doch bei einem Anschlag dieser Art sichergehen können, nicht möglicherweise auch, in Führungsstrichen, die eigenen Leute zu verletzen.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Nun bin ich da im Moment, wie gesagt, nicht mehr so ganz

technisch auf Ballhöhe; aber ich meine mich zu erinnern, dass mir erklärt worden ist anhand dieses Behälters, der ja auf dem Fahrrad montiert war, dass es eine metallene Vorrichtung oder wie ich das bezeichnen soll - ich bin nun wirklich technisch in der Hinsicht nicht besonders firm - - aber jedenfalls dass die so angebracht war, dass die Nägel halt eben nicht praktisch wahllos in der Gegend rumfliegen sollten, sondern halt eben durch eine Metallplatte, die sich also auch in diesem Koffer befunden hat - - so, dass sie also von der Straße weg in Richtung dieses Geschäfts fliegen sollten. So habe ich das in Erinnerung. Ob das hinterher technisch verifiziert worden ist, kann ich nicht sagen. Aber das war jedenfalls mal Gegenstand auch der Erörterungen, die mir von der Polizei so dargestellt worden sind.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wolf, ich will das nur mal in Erinnerung rufen: Also, es gab 22 Verletzte, darunter 4 Schwerverletzte. Es zersplitterten 30 Fensterscheiben an Wohn- und Geschäftsgebäuden. Es wurden 15 Pkw zum Teil erheblich beschädigt. Würden Sie sagen, dass bei 15 in der Keupstraße beschädigten Pkw alles dafür spricht, dass der Radius der Sprengwirkung keineswegs etwa eingeschränkt gewesen ist offenkundig auf das Geschäft, diesen Friseurladen, vor dem das Fahrrad mit der Bombe abgestellt worden ist?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Das mag so sein. Ich kann ja auch jetzt nicht mehr die Richtigkeit dieser Darstellung überprüfen, aber ich kann mich nur daran erinnern, dass genau dieses angebliche Metallstück, was in dem Plastikbehälter drin war, mir so präsentiert worden ist, als wenn man damit, wie auch immer, eine bestimmte Zielrichtung dieser fliegenden Nägel hervorrufen wollte. Ob sich das später so bewahrheitet hat, kann ich natürlich nicht wissen. Aber das war jedenfalls zu Anfang mal durchaus Gegenstand von Erörterungen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gegenstand von Erörterungen war ja sicherlich dann auch die mögliche Motivlage der unbekanntenen Täter.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Ja, genau.

Vorsitzender Sebastian Edathy: War das eigentlich Konsens, wenn Sie sagen, als Staatsanwalt, da seien Ihnen gleich sozusagen örtliche Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen in den Sinn gekommen?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Als mögliche Ursache.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ist das so geteilt worden als mögliche Ursache?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Also, bei mir in der Abteilung ja. Ob das andere so geteilt haben, weiß ich ja nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bei der Polizei auch? Ich meine, wenn Sie jetzt mit Herrn Weber darüber gesprochen haben, hat der das auch so gesehen?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Also, was ich in Erinnerung habe - - hat Herr Weber nie ausschließen können, dass es also möglicherweise einen irgendwie gearteten politischen oder fremdenfeindlichen Hintergrund geben konnte. Wir haben ja auch zum Beispiel deshalb Beamte des polizeilichen Staatsschutzes gehabt, die mit Herrn Weber zusammengearbeitet haben, um alle möglichen denkbaren Verbindungen oder Hintergründe da stetig mit im Auge zu haben. Ob jetzt die Polizei, gerade in Person von Herrn Weber, mehr der einen Möglichkeit den Vorrang gegeben hat oder der anderen, das weiß ich nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Es sind ja gerade in der Hinsicht - sozusagen in Anführungsstrichen - „milieuinterne Auseinandersetzungen“, wenn man es so nennen will, sehr viele Ermittlungsmaßnahmen auf den Weg gebracht worden. Wenn Sie sagen, das war eine Ihnen möglich erscheinende Idee, was den Hintergrund des Anschlags betrifft, heißt denn „möglich“ „wahrscheinlich“, oder heißt „möglich“ „gleichrangig unter vier, fünf anderen“?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Gleichrangig.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gleichrangig.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Ich würde die nicht als schwerwiegender als die anderen Möglichkeiten bewerten.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ist Ihnen denn erinnerlich - - Also, wir wissen ja heute - natürlich ist das auch mit einer Einschränkung verbunden -, aber heute wissen wir ja, dass mutmaßlich oder mit sehr großer Wahrscheinlichkeit der NSU, der sogenannte Nationalsozialistische Untergrund, verantwortlich war für diesen Anschlag. Was ist denn veranlasst worden, um der Idee nachzugehen - und da für Aufklärung zu sorgen -, es könnte sich um ein schweres Delikt mit einem rechtsextremistischen Motivhintergrund handeln?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Also, ich weiß nur, dass von uns die an der Kommission beteiligten Staatsschutzbeamten versucht haben, zusammen mit den anderen Polizeibeamten abzuklären: Gibt es Personen, die möglicherweise im Verdacht gestanden haben könnten, daran beteiligt zu sein, und die einen entsprechenden politisch motivierten Hintergrund hätten haben können? Das hat durch die ständige Beteiligung der da zuständigen Polizeibeamten aus dem Staatsschutzbereich dafür gesorgt, dass eben auch mögliche solche Personen in die Überlegungen mit einbezogen worden sind.

Nur hatten wir jedenfalls vonseiten der Staatsanwaltschaft nie übermittelt bekommen, dass jetzt eine oder mehrere bestimmte konkrete Personen aus diesem Spektrum als Tatverdächtige in Betracht hätten kommen können.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Was ist Ihnen denn noch in Erinnerung, in welcher Form zum Beispiel der Staatsschutz oder auch der Verfassungsschutz da tätig geworden ist mit Recherche?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Also, ich persönlich habe, soweit ich mich erinnere, mal an einem Gespräch teilgenommen, nach meiner Erinnerung in den Räumen des Polizeipräsidenten in Köln, wo auch Vertreter des Verfassungsschutzes teilgenommen haben. Aber von mir ansonsten hat da keine Kontaktaufnahme stattgefunden oder irgendein Austausch auf Gesprächsebene.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das war die Besprechung November 2006. Kann das sein?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Ich meine ja. Also, die Tat war 2004. Ja, könnte hinkommen; ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die Besprechung ist ja nach unseren Unterlagen festgehalten worden durch ein Gedächtnisprotokoll eines Polizeibeamten, der seinen Eindruck so festgehalten hat, das sei ein eher unerfreuliches Gespräch gewesen, weil dort die verschiedenen Behörden einander Misstrauen gegenüber an den Tag gelegt hätten. Wir hatten das vorhin auch schon im Gespräch mit Herrn Weber erörtert. Können Sie sich da - - Wie ist denn das Gespräch Ihrer Erinnerung nach abgelaufen?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Nach meiner Erinnerung - - Also, ich kann mich an dieses Gespräch erinnern. Ich bin danach, ja, sehr frustriert gewesen. Ich habe mich gefragt: Warum hat man sich da zusammengesetzt? Es war also nach meiner Erinnerung so, dass überhaupt kein Stück Bewegung in die Sache reingekommen ist. Das war ein Termin; den hat man wahrgenommen; aber nach meiner Einschätzung hat das Verfahren dadurch in keinster Weise irgendeine Förderung erfahren.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Könnten Sie das ein bisschen näher erläutern? Was hat Sie da so frustriert?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Ja, was mich frustriert hat, war: Die Zusammenkunft sollte ja dazu dienen, vielleicht mal die Köpfe zusammenzustecken und zu überlegen, was man noch sinnvollerweise an Ermittlungsschritten aufbauen könnte. In der Richtung war die Zusammenkunft für mich ohne Ergebnis geblieben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich habe noch mal nachgesehen. Das muss am 29. November 2006 gewesen sein -

Zeuge Josef Rainer Wolf: Ich habe das Datum nicht mehr so genau in Erinnerung.

Vorsitzender Sebastian Edathy: - ja - im Polizeipräsidium Köln.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Ja, genau.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sie tauchen auch auf der Teilnehmerliste auf, wenn ich das sagen darf.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Ja, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Haben Sie ja gerade auch bestätigt, dass Sie dabei waren.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Ja, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Jetzt frage ich mal ganz direkt: Gegenstand der Besprechung war, was man an Maßnahmen ergreifen könnte, um doch noch den Tätern und den Urhebern des Sprengstoffanschlags von 2004 auf die Spur zu kommen?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Das war meines Erachtens das Ziel dieser Besprechung.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das war das Ziel. Also es ging nicht um das Thema „Was wird so alles rund um die Keupstraße an Aktivitäten behördlicherseits entfaltet?“?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Ich habe das so in Erinnerung, dass es darum ging, jedenfalls uns in unserem Verfahren, Wege aufzutun, wie wir weiterkommen könnten.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, Herr Schulz, der dieses Gedächtnisprotokoll abgefasst hat - also MAT A NW-4/3, Tgb. Nr. 17/12 -, schreibt nämlich auch als Betreffzeile: Gedächtnisprotokoll zu einer Besprechung am 29.11.2006 im Zusammenhang mit der EG Sprengstoff.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Ja, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das war ja die Kommission, die Herr Weber geleitet hat, die eingesetzt worden ist zur Aufklärung des Nagelbombenanschlags.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Ja, genau.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich frage deshalb nach, weil uns Herr Weber nämlich hier erzählt hat, das wäre so eine allgemeine Besprechungsrunde gewesen -

Keupstraße als Brennpunkt -, und da hätte man sich mal ausgetauscht zwischen Verfassungsschutz und den verschiedenen Polizeibehörden, was denn so alles im Zusammenhang mit der Keupstraße unternommen würde, um verschiedene Deliktbereiche oder Sachverhalte aufzuklären. Ihrer Erinnerung nach ging es also im Kern um Maßnahmen zur Aufklärung des Anschlags vom 09.06.2004.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Also, das war meine Idee, die ich hatte, als ich da hinfuhr - und meine Kollegen und damit natürlich auch die Polizei -, dass wir mal einen Ansatz hätten in die Hand bekommen können, um in dem Verfahren weiterzukommen; denn das - das darf ich vielleicht an der Stelle auch mal sagen - ist mir in dieser Form, so, selten passiert, dass wir also praktisch so auf der Stelle getreten haben. Es wurden ja unzählige Spurenakten angelegt. Aber mein Eindruck war so: Je mehr Zeit ins Land ging, es kam nicht so der Durchbruch. Es kam nichts Substanzielles an der Sache rum, wo man hätte sagen können: Jetzt haben wir mal eine Ermittlung, eine Ermittlungsebene erreicht, wo wir sagen können: Wir kriegen wenigstens die Dinge mal in den Griff. - Das ging im Grunde ja bis zum Schluss so.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Schulz schreibt - ich zitiere mal -:

Ende Herbst 2005 stellte die EG Sprengstoff fest, dass offensichtlich mehrere Dienststellen des PP

- Polizeipräsidiums -

Köln, aber auch andere Behörden unabhängig voneinander Ermittlungen auf der Keupstraße führen und hier verdeckte Ermittlungen betreiben ...

War das - -

Zeuge Josef Rainer Wolf: Das habe ich auch erfahren, dass da auch zu dem Zeitpunkt, als jetzt in Richtung Sprengstoffdelikt ermittelt wurde, zeitversetzt oder parallel auch Ermittlungen gelaufen sind, die einen entsprechend anderen Hintergrund hatten. Das habe ich aber auch von einem Kollegen erfahren, der zum damaligen Zeitpunkt halt

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A NW-4/3, Blatt 3-6.

eben in der OK-Dienststelle tätig war. Das ist richtig, dass - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Worum ging es denn da Ihrer Erinnerung nach?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Das kann ich nicht mehr mit Gewissheit sagen. Aber jedenfalls muss es ja schon von einiger Bedeutung gewesen sein, weil das ansonsten ja nicht zur Übernahme in der Abteilung 10, also in der OK-Abteilung, geführt wurde.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das hatte aber dann nichts mit dem Sprengstoffanschlag zu tun?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Nein. Nein, nein; das waren andere Dinge, die dort - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Warum führt man dann ein Gespräch über die Weiterentwicklung der Aufklärungsmaßnahmen für den Anschlag von 2004 mit Vertretern, die sich gerade um das Thema organisierte Kriminalität kümmern?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Weil das ja Sinn gibt. Wenn ich also beispielsweise in der Keupstraße ermittle mit einer Zielsetzung, sagen wir mal, ein OK-Delikt aufzuklären, wäre es ja durchaus denkbar oder nicht von der Hand zu weisen, dass dabei auch Erkenntnisse anfallen, die nützlich sein könnten zur Aufklärung des Sprengstoffanschlags.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wenn man davon ausgeht, dass die Hintergründe des Sprengstoffanschlags in der Keupstraße selber zu finden sind.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Nicht zwingend. Ich denke, dass die Vernetzung auch der Menschen, die in diesem Stadtteil leben, so groß ist, dass durchaus auch die Idee am Platze sein konnte, dass dann, wenn jemand also sich informiert und Dinge versucht aufzuklären, wie jetzt im Bereich der OK-Kriminalität - - dass ihm möglicherweise dabei auch Dinge zufallen, die einen weiterführen könnten, was die Aufklärung des Bombenanschlags angeht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber wenn Herr Schulz schreibt, man hätte fest-

gestellt seitens der EG Sprengstoff, dass - Zitat - „unabhängig voneinander Ermittlungen auf der Keupstraße“ geführt werden, dann heißt das doch, dass die EG Sprengstoff Ermittlungen auf der Keupstraße geführt hat und andere Behörden auch, wenn auch nicht im Zusammenhang mit dem Sprengstoffanschlag, Ermittlungen auf der Keupstraße geführt haben.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Also, ich weiß nichts von anderen Behörden. Ich weiß nur, dass die Staatsanwaltschaft Köln und auch der Polizeipräsident in Köln durchaus im Gebiet Keupstraße, Köln-Mülheim - - dass da nicht nur ein Verfahren anhängig war wegen des Bombenanschlags, sondern noch andere. Von anderen Behörden jetzt außerhalb von Köln, da weiß ich nichts von.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich meine nur, wenn man der Spur Rechtsextremismus 2006 noch nachgegangen wäre, dann wäre es ja sehr unwahrscheinlich, nach den Tätern in der Keupstraße selber zu suchen.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Das, was uns damals an Möglichkeiten der Verifizierung zur Verfügung gestanden hat, war halt eben der Bereich Köln und der Szene, auch der rechten Szene, im Bereich Köln/Umgebung. Ich erinnere daran, dass ja auch vonseiten der Polizei uns erläutert worden ist, dass die Täter halt eben im Nahbereich von Köln-Mülheim, rechtsrheinisches Köln, maximal bis Bergisch Gladbach, Bensberg und im Leverkusener Raum zu suchen sein sollten. Aus dieser Überlegung heraus waren wir ja nicht auf die Idee gekommen, zu sagen, dass diese möglichen Täter, welchen Hintergrund sie auch immer haben, aus Nord-, Süd- deutschland oder Ostdeutschland gekommen sind, sondern wir sind immer davon ausgegangen, dass diese Täter sich im Nahbereich von Köln und speziell im rechtsrheinischen Nahbereich von Köln aufgehalten haben müssen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Würden Sie sagen, dass das ein schwerer Sprengstoffanschlag war?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Anhand dessen, was an Verletzungen aufgetreten ist, mit Sicherheit. Denn ich muss sagen: Meine

erste Überlegung war ja - das habe ich auch zu Hause gesagt -, wie ich dann mir das alles mal so allmählich, auch nachrichtenmäßig, habe durch den Kopf gehen lassen - - dass wir sagten: Wir haben ja großes Glück gehabt, dass nicht irgendwie jemand zu Tode gekommen ist. Es war ja nicht das Verdienst der Täter, dass da keiner zu Tode gekommen ist, sondern das sind glückliche Umstände. Ich weiß aus Kontakten mit einer Nebenklagevertreterin - das ist eine Rechtsanwältin, die bei mir auch ausgebildet worden ist -, wie erheblich diese Verletzungen im Einzelfall waren.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, es war ein schwerer Anschlag.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Ja, auf jeden Fall.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Warum fanden Sie es denn plausibel, zu sagen: „Jenseits von Leverkusen brauchen wir nach den Tätern gar nicht erst zu suchen“?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Weil mir nahegebracht worden ist, dass man nicht davon ausging, dass der Transport dieses Tatfahrzeuges mit der darauf montierten Vorrichtung, mit diesem Gepäckstück, wo ja auch dieser Koffer - - halt die Vorrichtung war, wo das Sprengmittel drin war - - dass das über längere Strecken durch die Bundesrepublik hätte transportiert werden können. So war das bei mir hängen geblieben, dass man davon ausging, dass das im Nahbereich von Köln, vielleicht sogar in diesem Industriegebiet hinter der Keupstraße montiert worden ist.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber dass auch ein Täter, der in Bayern wohnt, nach Köln reisen könnte, um vor Ort einen solchen Sprengsatz zu montieren, ist ja nun auch nicht ausgeschlossen?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Ist nicht ausgeschlossen. Aber da habe ich mich gefragt - jetzt einmal außerhalb meines fachlichen Bereiches -: Warum soll jemand, der aus einem ganz anderen Bundesland kommt, ausgesprochen deshalb nach Köln kommen, um gerade in der Keupstraße eine Bombe zu legen? Ich sage als Beispiel einmal: Wenn er

aus Schleswig-Holstein oder aus Bayern stammt - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Weil offenkundig die Behörden in Nordrhein-Westfalen ihn in Schleswig-Holstein nicht suchen würden.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Tja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Einmal ganz ab von diesem konkreten Fall: Nachdem diese Terrorzelle aufgefliegen ist, haben wir ja festgestellt, die haben anders, als die BAO „Bosporus“ dachte, nicht im Großraum München gewohnt, und anders, als Sie dachten, haben die auch nicht in Leverkusen, auch nicht in Köln gewohnt.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Richtig.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sie haben jahrelang in Zwickau gelebt, in einem Bundesland, in dem sie zwar Banküberfälle verübt haben, aber weder einen Mord noch einen Anschlag. Würden Sie im Nachhinein sagen, das war ein zu kurz gegriffener Ansatz, nur regional begrenzt nach möglichen Tätern zu suchen?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Ja, sicher. Durch die Erfahrungen, die wir jetzt seit November - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das finde ich schon einmal ganz gut, dass das eingeräumt wird.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich sage das ohne Ironie, Herr Wolf, -

Zeuge Josef Rainer Wolf: Nein, nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: - weil das mitnichten für alle unsere Zeugen hier gilt, dass sie dazu bereit sind, hier auch einmal einzuräumen, dass diese Ankerpunkttheorie definitiv wohl falsch war, im Nachhinein betrachtet. Das finde ich gut, dass Sie das hier so klarstellen.

Eine letzte Frage von mir: Es war ja so, dass bereits kurz nach dem Anschlag selbst sich der damalige Bundesinnenminister Herr Schily und auch der damalige nordrhein-

westfälische Innenminister Herr Behrens öffentlich geäußert haben, es gebe keine Hinweise auf eine terroristische Straftat. Haben Sie sich da in Ihrer Freiheit, zu untersuchen, was die Ermittlungen in alle Richtungen betrifft, eingeschränkt gefühlt?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Gute Frage, klare Antwort: zu keinem Zeitpunkt. Ich bin noch nie von jemandem vonseiten der Politik angerufen, geschweige denn angesprochen worden. Das hätte ich mir auch verboten.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Haben Sie das denn verstehen können, dass sich diese beiden Politiker da so frühzeitig festgelegt haben, während Sie als zuständiger Staatsanwalt noch gesagt haben und nach unseren Akten auch noch Monate später gesagt haben, dass ein solcher Hintergrund durchaus möglich ist?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Ich wusste es damals nicht und weiß es auch heute nicht, woher jemand, der solche Äußerungen macht, seine Gewissheit haben kann, um zu diesem Zeitpunkt schon so eine klare, definitive Aussage zu machen. Ich hätte mir die etwas vorsichtiger gewünscht, also zu sagen: Wir haben keine konkreten Anhaltspunkte dafür. - Die hatten wir ja auch tatsächlich nicht aus unserer damaligen Sicht. Aber definitiv zu sagen: „Das gab es nicht“, oder: „Das war so nicht“ - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank. - Wir starten mit der ersten Berliner Runde. Das Fragerecht hat die Unionsfraktion. Frau Winkelmeier-Becker fragt.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Herr Wolf, ich hätte noch einige Fragen an Sie. Ich würde zunächst einmal gerne ein paar Auskünfte haben zu Ihrer Abteilung, zu der Arbeit, zu der Art von Fällen, die Sie dort bearbeiten. Das vorliegende Verfahren hat das Aktenkennzeichen 160/04, also der 160. Fall aus 04.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Davor, vor dem „UJs“ ist das wichtige Kennzeichen, was meine Abteilung hat.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): 121.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Ja, genau, das bin ich.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Also der 121. Fall?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Nein, andersherum.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Ihre Abteilung ist die 121?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Das ist der 160. UJs-Fall aus 2004, aber sozusagen die Werkstatt, wo das Verfahren bearbeitet wird, wird beschrieben durch die ersten Ziffern. Mein Dezernat umfasst - -

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Okay, also in Ihrer Abteilung jetzt der 160. des Jahres mit der 04 hinten dran.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Der 160. UJs-Fall aus dem Jahr 2004 in Abteilung 120/121/122.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): 121?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Drei haben wir. Das war ja auch Ihre Frage. Wir decken Staatsschutzsachen ab.

Wir decken unter anderem etwas ganz anderes ab: Ich habe in meiner Abteilung seit Jahren auch die Verfahren wegen Kinderpornografie, entsprechend in den Printmedien oder auch im Internet. Das ist 122.

121 sind die politischen Sachen, Pressestrafsachen, versammlungsrechtliche Dinge, Demonstrationsdelikte und, und, und.

Dann, was ein ganz großer Bereich ist, in dem ich selber auch noch, im Grunde seit 1980, tätig bin: Bei uns im Bereich liegen zwei Austragungsorte der Fußballbundesliga: das ist Leverkusen und Köln. Köln ja zurzeit nicht mehr, sondern mehr so im Zweitligabereich, aber nur vorübergehend. Da fallen natürlich auch jede Menge Verfahren wegen Gruppengewaltdelikten im Zusammenhang mit Fußballgroßveranstaltungen an. Die sind auch bei uns angesiedelt gewesen.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Wenn die Düsseldorfer nach Köln kommen, ist immer noch Gefahr angesagt, würde ich sagen.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Ja, ja.

schließender fremdenfeindlicher
Motivation verübt wurde.*

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Vielen Dank für den Überblick. - Jetzt haben Sie dieses Verfahren der politischen Abteilung zugeordnet. Was waren da noch einmal so die maßgeblichen Aspekte? Unter welcher Hypothese haben Sie dieses Verfahren in einem politischen Zusammenhang gesehen?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Die Diskussion bei uns am Telefon mit dem Behördenleiter und mit dem Chef der Abteilung 9 war ja: Soll das Verfahren in die Sprengstoff-/Kapitalabteilung - das wäre 9 - oder zu uns, politischer Hintergrund. Insofern kann ich nur das sagen, was ich eben sagte: Die denkbare Möglichkeit, dass es aus verschiedenen Aspekten heraus einen politischen Hintergrund gab oder hätte geben können, war für mich Anlass, dieses Verfahren zu übernehmen. Ich musste da jetzt auch nicht sonderlich von meinem Chef genötigt werden, sondern sinnvollerweise war es so. Dann habe ich gesagt: Okay, dann wird das Verfahren eben bei uns geführt.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): War jetzt der politische Hintergrund wegen einer vermuteten rechtsextremistischen Motivation oder links?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Rechts oder links oder türkenmäßig, kurdisch - es sind ja verschiedene Dinge denkbar gewesen für mich damals.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Das war für Sie dann aber auch noch offen?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Ja.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Völlig offen, okay. - Ich habe jetzt hier Ihren Abschlussvermerk, Ihre Abschlussverfügung vorliegen. Wenn ich mir die anschau: Da kommt der Aspekt der politischen Motivation nur noch sehr verschwindend vor. Unter IV. wird noch einmal gesagt,

dass der Sprengstoffanschlag von Einzeltätern aus persönlicher und möglicherweise auch nicht auszu-

Zeuge Josef Rainer Wolf: Ja, das ist, wie sich jetzt herausgestellt hat, natürlich falsch. Das weiß ich auch seit November 2011, dass wir da - das sagte ja eben auch schon der Vorsitzende - natürlich in die falsche Richtung gesucht haben.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Aber einen anderen politischen Hintergrund hatten Sie bis zu diesem Zeitpunkt da jetzt auch nicht mehr für wahrscheinlich gehalten?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Nein, da haben auch unsere Erkenntnisse staatschutzintern nichts mehr für ergeben. Danach wieder, da gab es wieder jede Menge Reibereien, aber nicht mehr im Zusammenhang mit diesem - -

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Hat es denn im Laufe der Ermittlungen mal konkrete Ansätze gegeben, zu sagen: „Diesen rechtsextremistischen Hintergrund könnte es haben, und da ermitteln wir auch mal im rechten Milieu, was es ja auch in Köln durchaus gibt“?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Ich weiß, dass es da sogar einmal eine Überlappung gegeben haben muss zu dem, was ich eben sagte. Ich mache ja auch die Geschichte mit Ultras und Fußballhooligans. Ich meine sogar, dass da mal irgendetwas war - Thüringen war es nicht, aber jedenfalls irgendwo aus dem Osten -, dass da jemand, der also auch rechts charakterisiert worden ist, möglicherweise mit der Tat in Zusammenhang gebracht worden könnte. Aber soweit ich damals Herrn Weber verstanden habe, ist er den Dingen ja auch nachgegangen, aber da haben sich keine Schätze heben lassen.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Und von Ihnen kam jetzt auch nicht einmal die Anregung, zu sagen, man müsste vielleicht unter diesem Aspekt oder jenem Aspekt im Zusammenhang mit anderen rechtsradikalen Taten, die ja möglicherweise auch in Ihrem Dezernat behandelt worden sind, den Zusammenhang herstellen?

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A GBA-4/7 a, Blatt 106.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Diese Kategorie von Taten rechtsmotivierter Art, die hatten wir jedenfalls bei uns in Köln - insofern ist tatsächlich dieser Bombenanschlag ein einmaliges grässliches Ereignis gewesen - noch nie gehabt und haben es auch danach nicht mehr gehabt, sodass irgendwie auch unsere normalen Täter, die Propagandadelikte begehen, und, und, und bis hin zu Körperverletzungen und dergleichen mehr, niemals in eine solche Kategorie vorgestoßen waren wie das, was sich da in der Keupstraße zugetragen hat.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Es war also schon auch einzigartig, auch von den Verletzungen und Weitergehendem?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Ja, von den Tatfolgen her, von der Art der Verletzungen her habe ich so etwas, auch in meiner ganzen Laufbahn vorher, im Bereich der Staatsanwaltschaft Köln noch nie erlebt.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Wenn ich jetzt noch einmal auf die Verfügung hier zurückkomme, zunächst einmal die Frage: Haben Sie den Vermerk selber geschrieben, oder muss ich das so verstehen, dass das Ihnen vorgelegt worden ist?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Nein, der ist mir vorgelegt worden.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Ja, okay. - Aber Sie haben ihn ja dann gezeichnet, also sich dann auch mit dem Inhalt einverstanden erklärt. Mir fällt jetzt auf, dass einige Punkte, die in den Akten oder in den Ermittlungen nach Aktenlage anscheinend eine Rolle gespielt haben und die auch Herr Weber hier ausgeführt hat, über die wir mit ihm gesprochen haben, in dem Vermerk gar nicht vorkommen, zum Beispiel der Kontakt zu den Ermittlern in Nürnberg. Der Herr Weber hatte ja ein Jahr nach der Tat -

Zeuge Josef Rainer Wolf: Ja, ja, ich weiß.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): - und dann ein Jahr drauf doch auch mit der Nürnberger Sonderkommission Kontakt aufgenommen, war auch dort, und es hat da auch durchaus Ansätze gegeben, dass

Zeugenaussagen kompatibel waren, auf dieselben Täter hinwiesen, dass es da also doch auch Anzeichen für Identität gab.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Das war auch dem Dezernenten und mir natürlich bewusst, dass der Herr Weber da in Nürnberg war. Nur, wie gesagt, geläutert aus der jetzigen Sicht, wäre es natürlich allemal wert gewesen, auch Nürnberg zu erwähnen. Nur aus unserer damaligen Sicht waren Nürnberg und die anderen Mordanschläge für uns nicht originär im Zusammenhang mit dem, was bei uns eine Rolle gespielt hat in der Keupstraße, sodass wir das halt eben nicht mehr von der Gewichtung her eigens in den Vermerk aufgenommen haben. Das war eine der Spuren, die alle nicht zum Erfolg geführt haben. So war unsere damalige Sicht.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Ja, gut, ich meine, der ganze Vermerk ist voller Spuren, die nicht zum Erfolg geführt haben, wenn ich das so sagen darf. Da sind also Dinge, die ich jetzt für weniger zielführend halte, die natürlich der Vollständigkeit halber erwähnt werden - das ist richtig - und auch, um zu zeigen, was man alles getan hat. Aber wieso man jetzt zum Beispiel das Ausstellen der Asservate im Schaufenster nennt oder die Funkzellenauswertung nennt oder *Aktenzeichen XY* nennt - alles kreative Ansätze, alle haben ihre Berechtigung; das kann ich durchaus verstehen -, aber wieso man jetzt diesen anderen Ansatz, der ja sogar zu einem weiteren Ermittlungsansatz geführt hat, den ich im Übrigen aber auch nicht mehr weiterverfolgt sehe, nicht aufgenommen hat in den Vermerk, erschließt sich mir jetzt so auf Anhieb nicht.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Weil der aus unserer damaligen Betrachtung, die ja nicht geprägt ist von dem, was wir jetzt wissen aktuell, was sich wirklich zugetragen hat, für uns eine Spur unter „ferner liefern“ war, die wir deshalb nicht mehr eigens in den Bericht aufgenommen haben. - Was sich als falsch erwiesen hat, klar.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Ein weiterer Punkt, der mir fehlt, ist, dass es ein Flugblatt gab, das in der Bahn gefunden wurde, das einen Text hat - der Herr Ströbele liest es einmal vor; er hat nämlich den Text des Flugblattes -, der zum Widerstand aufruft und endet mit: „Deutsche

wehrt Euch!!!!“. Hätte das nicht auch noch mehr Anlass geben müssen, die Hypothese „Es ist ein rechtsmotivierter Anschlag gewesen“ zu vertiefen? Wieso ist das zum Beispiel auch überhaupt nicht in dem Abschlussvermerk?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Dazu kann ich dasselbe sagen wie eben: Wir haben diesem Pamphlet natürlich überhaupt keine oder jedenfalls keine besondere Bedeutung beigemessen, und zwar deshalb nicht - was die Sache nicht entschuldigen soll; aber Sie hatten ja eben nach der Arbeit gefragt -: Pamphlete wie „Deutsche wehrt Euch!!!!“ und dergleichen mehr fallen bei uns als Propagandadelikt Gott weiß wie oft auf.

(Zuruf der Abg. Petra Pau (DIE LINKE))

Das sind also Verfahren, wo Zettel und Sachen an Laternenmasten geklebt werden mit solchem oder ähnlichem Inhalt, was jetzt nicht in irgendeiner Weise besonders signifikant ist. Das sind leider, beklagenswerterweise, Alltagsereignisse, die wir jetzt nicht in Zusammenhang gebracht haben mit dem Anschlag in der Keupstraße.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Ich würde es zwar anders bewerten, aber ich lasse es jetzt einmal stehen, weil es jetzt nicht unser Thema ist, das auszudiskutieren, sondern ich frage Sie ja und möchte gerne Ihre Einschätzung dazu hören.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Nein, nein, ich wollte Ihnen nur sagen, dass aus Sicht des Praktikers diese „Zettel“ so selten nicht sind, leider Gottes, beklagenswerterweise kommt das sehr häufig vor.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Okay, das nahm jetzt schon sehr konkret Bezug auf diesen schweren Fall mit einem sehr markigen Schluss auch. Von daher hätte ich es anders eingeschätzt. Aber Sie müssen ja Ihre Sicht der Dinge hier darstellen.

Es fehlen dann auch die Operativen Fallanalysen des Landeskriminalamtes und des BKA, die im Juli 2004 und dann im Februar 2005 gemacht worden sind und die ja auch schon weitgehende Hinweise in Richtung Rechtsradikalenhintergrund geben. Die werden einmal kurz als solche erwähnt, aber es wird nicht ausgeführt, was sich daraus ergab

und weshalb man die Ansätze aufgegriffen oder eben auch verworfen hat. Waren auch die für Sie nicht relevant?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Als Denkmotive ja, aber wir haben keine konkreten Spuren, keine konkreten Hinweise gefunden und uns ist auch nichts zugetragen worden, was uns in irgendeiner Weise instand gesetzt hätte, in diese Richtung weiterzumarschieren.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Okay, ich nehme das einmal so entgegen.

Ich würde gerne mit Ihnen noch einmal über die ersten Stunden der Ermittlungen nach der Tatbegehung sprechen. Es war am 9. Juni, 16.25 Uhr. Sie sagen, Sie haben es im Radio gehört?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Ja, auf dem Nachhauseweg.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Auf dem Nachhauseweg?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Aber später, ich meine, ich bin noch lange im Büro gewesen. Im Büro habe ich es nicht erfahren. Ich meine so, dass es die Nachrichtensendung um 18 Uhr im Deutschlandfunk war, weil ich die immer höre.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Ah ja, also Sie waren - -

Zeuge Josef Rainer Wolf: Es muss so um den Dreh gewesen sein, weil ich nämlich um halb sieben mit meiner Frau verabredet war. Dazwischen muss das irgendwo gelegen haben.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): So lässt sich das rekonstruieren. Das ist ja richtig.

Nun ist in den ersten Stunden schon einiges geschehen. Halten Sie es auch für ungewöhnlich, dass praktisch zwei Stunden nach der Tatbegehung offenbar schon der Innenminister des Landes NRW von der Sache erfahren hatte und sich auch aus eigener Initiative sogar schon gemeldet hat?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Das mag so sein, dass der auf der Innenschiene unter-

richtet worden ist, von uns nicht; denn ich habe da noch nicht auf meiner Ebene ans Justizministerium berichtet. Aber wer da wie schnell war und wer dann halt eben seinen Innenminister informiert hat, entzieht sich meiner Kenntnis.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Hat es jemals noch danach Kontakt gegeben zwischen Ihnen, zwischen der Staatsanwaltschaft und dem Büro des Innenministers -

Zeuge Josef Rainer Wolf: Nein.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): - oder sogar dem Innenminister selber?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Nein.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Irgendwelchen Informationsaustausch?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Nein.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Oder in der anderen Richtung irgendeine Anregung, mal in die eine oder andere Richtung zu ermitteln?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Nein.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Gar nicht. Nur danach. Okay. - Dann wurden die Ermittlungen nach § 170 Abs. 2 StPO eingestellt nach vier Jahren. Ist das üblich bei einer Tat dieses Ausmaßes, dass man dann eben nach vier Jahren die Sache - -

Zeuge Josef Rainer Wolf: Wenn die Ermittlungsmöglichkeiten aus unserer subjektiven Sicht, aus der damals subjektiven Sicht erschöpft sind oder als erschöpft beurteilt werden, dann stellt man das Verfahren ein, was ja nicht bedeutet, dass deshalb die Tat nicht weiter verfolgt werden kann, wenn denn neue Hinweise eintreffen. Nur wir müssen natürlich formell auch einmal ein Verfahren zu Ende bringen, weil wir ansonsten auch unseren vorgesetzten Behörden, etwa dem Justizministerium, bei einem nicht eingestellten Verfahren berichten müssen, was wir denn machen.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Das wäre jetzt genau meine Frage: Was hätten Sie denn - -

Zeuge Josef Rainer Wolf: Das wäre die logische Konsequenz. Wenn wir keine Möglichkeit mehr sehen, irgendetwas Nützliches zu tun, müssen wir dann sagen: Wir machen halt eben hier ein Stoppzeichen und stellen es ein.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Was war denn die letzte Aktivität in der Sache? Der Besuch von Herrn Weber in Nürnberg 2006? Oder ist danach noch irgendetwas gemacht worden?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Nein, der Herr Weber war auch noch mal in einer anderen JVA jemanden vernehmen. So lange ist das noch nicht her. Irgendwo in Rheinland-Pfalz, oder?

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Das weiß ich nicht.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Jedenfalls saß da jemand ein, der auch noch als Zeuge vernommen worden ist.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Gut. - Auch als sich die Mordserie noch einmal fortgesetzt hatte, noch ein weiterer Fall passierte, war das kein Anlass?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Ja, doch. Die Akten sind dann ja sofort wieder der Polizei zur Verfügung gestellt worden. Das führt ja auch dazu, dass dieses Verfahren natürlich wieder aus dem Stadium des nicht abgeschlossenen Verfahrens hervorgeholt wird, weil man jetzt natürlich guckte, wer auch immer es machte - das war ja auch in den ersten Tagen völlig unklar -: Wird das Verfahren in Karlsruhe bearbeitet? Wird das im Auftrag des Generalbundesanwaltes bei uns weiter bearbeitet?

Das Verfahren ist ja jedenfalls - mir fällt kein besserer Ausdruck ein - deshalb nicht tot. Wenn man ein UJs-Verfahren einstellt - „versuchter Mord“ verjährt ja nicht -, kann man das ja jederzeit wiederaufnehmen. Der Fall ist dann gegeben, nur halt eben nicht durch uns, sondern das Verfahren ist ja jetzt, soweit ich informiert bin, übernommen worden von der Generalbundesanwaltschaft,

sodass die Ermittlungen da wiederaufgenommen worden sind, weitergeführt werden. Da können wir ja in Köln nichts Eigenes mehr machen.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Okay, also eigene Ermittlungen waren dann auch ausgereizt.

Ich gebe jetzt noch einmal weiter an den Kollegen Schipanski. - Danke schön.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Herr Wolf, noch eine ganz kleine Frage zum Abschluss: Auf dieser Einstellungsverfügung befindet sich eine handschriftliche Notiz. Da steht „Eilt!“. Das hat mich persönlich jetzt verwundert. War das so eilig, dass man das einstellt, oder womit kann das zusammenhängen?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Nein, das muss ein Auftrag an das Schreibzimmer gewesen sein, dass diese Sachen nicht auf die große Vorlage kommen, nicht auf den Tisch, wo dann in ein bis zwei Wochen etwas geschrieben wird, sondern das soll heißen, das soll dann in Reinschrift auch möglichst bald gemacht werden, möglichst innerhalb von drei Tagen. Deshalb gab es bei uns auch die roten und die gelben Deckel, bevor aus Kostengründen diese Praxis eingestellt worden ist, die für jeden, allein schon für denjenigen, der die Akten transportiert, signalisiert, dass das etwas ist, was man sofort machen soll. Das Eilbedürftigste ist eben der gelbe Deckel. Da steht „Sofort“ drauf. „Eilt“ ist der rote Deckel, das soll möglichst in kürzester Zeit, innerhalb weniger Tage gemacht werden. Das „Eilt!“ war also nicht so zu verstehen, dass diese Einstellung jetzt - Achtung, fertig, los! - getroffen werden muss, sondern das sollte nur verfügungstechnisch umgesetzt werden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt dann zur SPD-Fraktion. Frau Dr. Högl.

Dr. Eva Högl (SPD): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Wolf, schönen guten Abend! Das kann man jetzt ja schon sagen. Vielen Dank für Ihre Ausführungen bis hierhin.

Ich habe eine Frage, die ich fast allen Zeugen stelle; die interessiert mich jetzt auch bei Ihnen sehr, und zwar: Als Ihnen bekannt

wurde im November 2011, dass auch der Nagelbombenanschlag, den Sie bearbeitet haben, von der Zwickauer Terrorzelle verübt wurde, was war da Ihre erste Reaktion? Was haben Sie gedacht? Konnten Sie sich das vorstellen? Oder wie haben Sie reagiert?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Ich war - das zu sagen ist eigentlich noch zu kurz gegriffen - entsetzt. Mir ist es wirklich kalt den Rücken rauf- und runtergelaufen. Ich weiß nicht, ob Sie das verstehen: -

Dr. Eva Högl (SPD): Doch, ich kann das verstehen.

Zeuge Josef Rainer Wolf: - Jahrelang machen Sie ein Verfahren, gehen da einen Weg und nichts tut sich, und dann kriegen Sie auf einmal in dieser brutalen massiven Weise sozusagen die Enthüllung, was da gewesen ist. Deshalb sind „schrecklich“ und „brutal“ viel zu kurz gegriffene Ausdrücke.

Ein Gedanke, der mir da spontan wieder durch den Kopf ging, nachdem ich wusste, wie viele Menschen die Täter umgebracht haben, war, welch hervorragendes Glück wir im Grunde hatten, dass in der Keupstraße, wie ich eben schon einmal sagte, „nur“ Schwerverletzte da waren. Das kann man erst seit November richtig einschätzen aufgrund der Brutalität, dass diese Leute es kaltschnäuzig hingenommen haben, Leute umzubringen. Das fand ich - - Wissen Sie, ich bin seit 1975 Staatsanwalt gewesen. Es gibt schon Dinge, die sind zum Routinebegriff geworden, aber das Verfahren und der Ausgang vor allen Dingen sind ein Unikat, wirklich.

Ich fand es auch ganz schlimm vor allen Dingen - Sie können das sicher auch nachvollziehen -, dass man so das Gefühl ohnmächtiger Wut hat: Jahrelang praktisch in einem Fall marschiert zu sein und dann zu sehen, wer das war, welche Kapazität von Kriminalität dahintersteckte, das war schon ein böses Erwachen.

Dr. Eva Högl (SPD): Herr Wolf, das kann ich gut nachvollziehen. Uns geht es ja hier im Untersuchungsausschuss darum, herauszufinden, wo die Fehler lagen. Wir konzentrieren uns jetzt natürlich auf die Fehler, auch wenn da viel gute Arbeit geleistet worden ist.

Ich will noch einmal ein paar Dinge ansprechen, die auch schon Gegenstand der Befragung waren, aber die uns alle sehr inte-

ressieren, und zwar will ich gerne noch einmal aus dieser Fallanalyse vom Bundeskriminalamt zitieren. Ist Ihnen diese auch einmal zu Gesicht gekommen? Haben Sie darüber auch einmal gesprochen, mit Herrn Weber beispielsweise?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Das war Gegenstand zumindest mündlicher Erörterungen, auch mit Herrn Weber.

Dr. Eva Högl (SPD): Ich will noch einmal drei Sätze daraus zitieren, weil das - ich habe das eben schon bei Herrn Weber gesagt; ich sage es jetzt auch noch einmal bei Ihnen - eine Fallanalyse ist, die sehr deutlich ist. Das haben wir in den Akten - wir haben mehrere Fallanalysen - nicht überall so deutlich. Da wird ausgeführt - ich zitiere* -:

Es sollten so viele türkische Personen wie möglich getroffen werden, ob diese Personen dabei verletzt oder getötet werden, bzw. um welche Personen es sich dabei im Einzelnen handelt, war den Tätern gleichgültig.

Das wird von den Fallanalytikern festgestellt.

Die Wirkungsweise des Tatmittels drückt eine hohe Menschenverachtung aus.

Dann wird darauf verwiesen, dass die Keupstraße ein „herausragendes Beispiel türkischer Kultur“ sei. Dann wird ausgeführt:

Das „Kosten-Nutzen-Verhältnis“ der Tat ist aus Sicht der Täter aufgegangen. Das von den Tätern angestrebte Ziel wurde erreicht.

Die Täter hatten also einen Hass auf Türkinen und Türken, und es wird dementsprechend ein rechtsextremes, fremdenfeindliches Motiv bei den Tätern vermutet.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Was sich ja auch bis auf Punkt und Komma bestätigt hat.

Dr. Eva Högl (SPD): Das hat sich bis auf Punkt und Komma bestätigt. Das ist sehr erschreckend, wenn wir das so lesen, weil wir da im Grunde genommen die Beschreibung der Täter lesen. Wir haben auch eine

ähnliche, nicht so scharf formulierte Fallanalyse aus Bayern bezüglich der neun Morde.

Jetzt möchte ich Sie gerne fragen: Hat das bei Ihrer Erörterung auch mit Herrn Weber und anderen eine Rolle gespielt? Sie haben die Ermittlungsarbeit ja auch intensiv begleitet.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Ich kann nur sagen: Für mich hat es auf jeden Fall eine Rolle gespielt. Ich wäre natürlich auch dankbar gewesen, wenn wir dann auch, um jetzt dieses Profil zu untermauern, weiterführende Informationen bekommen hätten. Das kann ich nachvollziehen. Das ist ja auch, wie sich im Nachhinein bestätigt hat, die Lösung des Falles gewesen. Aber, wie gesagt, um da jetzt Fleisch in die Suppe zu kriegen, hatten wir keine Ansätze, um zu sagen: „Wer könnte in dieses Raster passen?“.

Dr. Eva Högl (SPD): Haben Sie verfolgt, was genau die Polizei gemacht hat in Richtung rechtsextremer Hintergrund der Täter? Oder haben Sie selber etwas angeregt bei der Ermittlungsarbeit, was Sie für sinnvoll erachtet hätten?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Was bei der Überprüfung natürlich im Vordergrund gestanden hat, wiederum fehlgeleitet durch diese falsche, sagen wir einmal, Einengung auf den Kölner Raum, war, dass wir in unserem Spektrum Leute gesucht haben.

Der Einzige, den ich so spontan da eingeordnet hätte - ich weiß nicht, ob der Ihnen etwas sagt -, der saß zum damaligen Zeitpunkt schon in Haft. Das ist dieser Rechtsextreme, der dieses Anwaltsehepaar in der Nähe von Köln umgebracht hat. Das war jemand von der Kategorie her, wo ich sagen würde: So ein Täter, wenn wir so jemanden noch auf freiem Fuß gehabt hätten, wäre sicherlich etwas gewesen, wo wir gesagt hätten, da müssen wir einmal besonders hingucken.

Dr. Eva Högl (SPD): Aber der kam nicht in Betracht.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Nein, der war ja schon - -

Dr. Eva Högl (SPD): Der war in Haft. Okay. - Aber Sie wissen nicht, was die Polizei da konkret veranlasst hat?

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle dieses Zitats und der folgenden Zitate lautet: MAT A GBA-4/7 a, Blatt 93.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Was konkret, weiß ich nicht. Ich weiß nur, dass wir noch einen Beamten dabei hatten, der bei uns - mit „bei uns“ meine ich immer staatschutzmäßig - gerade speziell im Tätergebiet rechts - - Wir haben ja da auch in unserem politischen Dezernat, entsprechend bei der Polizei, links motivierte Taten und rechtsmotivierte Taten. Da waren also in der Kommission auch Leute tätig und eingesetzt, die aus dem Bereich „Aufklärung rechts“ kamen.

Dr. Eva Högl (SPD): Herr Wolf, mich wundert jetzt zweierlei: Sie sind ja engagiert und haben das Thema Fremdenfeindlichkeit auch präsent gehabt. Auch die Fallanalyse war Ihnen bekannt. Jetzt haben wir in unseren Akten einen Artikel von der *Kölnischen Rundschau* vom 6. November 2004 gefunden. Da wird darüber berichtet, dass der Fall Keupstraße bei *Aktenzeichen XY* vorgestellt wurde. Da lässt sich Herr Weber dahin gehend ein, dass er sagt, ein terroristischer oder politischer Hintergrund für das Attentat sei auszuschließen. Das ist ja sehr deutlich; das lässt keine Fragen offen. Man hätte ja auch anders formulieren können. Sind Sie da nicht - -

Zeuge Josef Rainer Wolf: Ich habe die Sendung selber nicht gesehen.

Dr. Eva Högl (SPD): Haben Sie nicht gesehen?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Nein.

Dr. Eva Högl (SPD): Ich will nur sagen: Wenn Sie das jetzt hören, wenn ich Ihnen das so sage, dass er das so deutlich ausgeschlossen hat: Ist das dann nicht etwas, was Sie sehr wundert, oder haben Sie das mitbekommen, dass vonseiten der Polizei - -

Zeuge Josef Rainer Wolf: Ich hätte das so nicht gesagt. Ich hätte gesagt: Uns fehlen zurzeit, um das näher zu begründen, ausreichende Anhaltspunkte. Aber ausgeschlossen, weiß ich nicht. Das ging mehr so in die Richtung, wie ich eben gefragt worden bin, wieso von Ministerseite so etwas geäußert wird. Das weiß ich nicht. Diese Gewissheit - -

Dr. Eva Högl (SPD): Aber haben Sie das denn verfolgt, dass die Polizei ganz offensichtlich doch diesen Hintergrund nicht weiter

verfolgt und ihn sogar ausschließt ganz ausdrücklich?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Es ist sicherlich richtig von der Gewichtung her, dass die Überlegungen dann, sagen wir mal, vorherrschend wurden, zu gucken, ob nicht da möglicherweise irgendwie etwas läuft in Richtung Aufklärung dubioser Geschäfte, möglicherweise Schutzgelderpressung oder so etwas. Das habe ich schon verzeichnet, dass da zumindest in der Endphase das polizeiliche Schwergewicht hin tendierte.

Dr. Eva Högl (SPD): Das ist jetzt mein zweiter Punkt. Da möchte ich gern auch noch mal darauf zu sprechen kommen. Also: Wir haben die Fallanalyse; die ist vom Februar 2005. Dann haben wir einen Bericht vom Mai 2005, mit dem dann begründet wird, dass verdeckte Ermittlungen eingeleitet werden sollen. Mir ist das aufgefallen: In diesem Bericht von der Polizei ist kein Wort über fremdenfeindlichen Hintergrund. Aber es wird dann der Schwenk schon drei Monate nach der Fallanalyse eingeleitet in Richtung dessen, was Sie jetzt berichtet haben: Schutzgelderpressung, Rotlichtmilieu und sonst was. Sie waren ja auch involviert bei der Frage „verdeckte Ermittlungsmaßnahmen“ durch die Polizei.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Die laufen in der Abteilung alle über mich.

Dr. Eva Högl (SPD): Ganz genau. Deswegen frage ich Sie das auch. Wie haben Sie denn das eingeschätzt, dass jetzt plötzlich sehr intensiv - insgesamt 22 Monate dauerte das - im Bereich der Familien der Opfer verdeckt ermittelt wurde, während dem anderen Ansatz „rechter Hintergrund“ gar nicht mehr nachgegangen wurde?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Jedenfalls nicht mehr in dieser Intensität wie in diese andere Richtung. Das ist sicherlich zutreffend. Aber - -

Dr. Eva Högl (SPD): Wurde Ihnen gegenüber das begründet? Denn die verdeckten Ermittlungsmaßnahmen mussten ja begründet werden.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Jetzt kommen wir da auf ein Gebiet, da müsste ich nach-

denken, was meine Aussagegenehmigung angeht.

Dr. Eva Högl (SPD): Nein, wir haben das alles in den Akten. Es wurde gesagt, die anderen Ermittlungsansätze haben zu keinem Ergebnis geführt. Das wurde dann in die ganz andere Richtung gelenkt, weg von dem, was sich aus der Fallanalyse ergibt. Also kein Problem mit Ihrer Aussagegenehmigung. Das haben wir alles in den Akten. - Hat Sie das gewundert?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Mich hat es insofern nicht zufriedengestellt, weil - - Wissen Sie: Wenn Sie Leiter einer politischen Abteilung sind, kommt ja irgendwann auch der Zeitpunkt, wo man sagt: Das kann ja dann auch in einer anderen Abteilung bearbeitet werden. Nur dann war für mich natürlich der Gesichtspunkt zu dem Zeitpunkt, wo jetzt so viel Ermittlungsarbeit schon stattgefunden hat - - Jedenfalls würde das meinem, sagen wir mal, beruflichen Ehrgefühl widersprechen, wenn man dann sagen würde: Oh, jetzt entdecken wir aber einen anderen Oberstaatsanwalt; dann präsentieren wir dem mal das Verfahren. - Das wäre nicht in Betracht gekommen.

Dr. Eva Högl (SPD): Aber es ist Ihnen auf jeden Fall aufgefallen, dass es in die andere Richtung - -

Zeuge Josef Rainer Wolf: Ja, ja.

Dr. Eva Högl (SPD): Haben Sie das auch mal kritisiert gegenüber der Polizei?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Ich habe immer wieder nachgefragt, wie gesagt, vor allen Dingen auch auf direktem Wege dann meine Staatsschützer. Aber mir wurde immer gesagt: Da haben wir keine Schätze gehoben; da ist nichts mehr. - Ich wollte aber auch nicht aussteigen aus der Fallbearbeitung mit meinen Dezernenten.

Dr. Eva Högl (SPD): Herr Wolf, darf ich Sie noch einmal was fragen? Meine Kollegin Frau Winkelmeier-Becker hat das Flugblatt schon erwähnt. Ich will da noch mal eines sagen, was uns sehr gewundert hat. Da steht

also - ich zitiere das noch einmal wörtlich, wie das auf dem Flugblatt steht* -:

Wie Sie vielleicht wissen, ist die Keupstraße bewohnt von sehr vielen Ausländern und das gefällt sehr vielen Deutschen nicht. Wenn Sie mich fragen, war das erst der Anfang, es könnte noch schlimmer werden. Deutsche, wehrt euch!!!!

Sie haben ja schon gesagt, Sie haben das auch anders verstanden. Die Polizei hat das so verstanden, dass das ein Aufruf zum Widerstand gegen Ausländerfeindlichkeit ist. Ist das aus Ihrer Sicht nicht absurd, dieses Flugblatt so falsch zu verstehen?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Ich interpretiere so ein Flugblatt, dass jemand - der Drucker oder der Verfasser X - damit sozusagen seine innere Sympathie mit diesen Vorkommnissen in der Keupstraße zum Ausdruck bringen will.

Dr. Eva Högl (SPD): Genau.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Das ist das, was ich auch eben versucht - - Es ist wahrscheinlich nur nicht so deutlich rübergekommen. Also, diese Sachen sind beklagenswerterweise leider keine Seltenheit, -

Dr. Eva Högl (SPD): Ja, das ist richtig.

Zeuge Josef Rainer Wolf: - dass solche Dinge dann sozusagen beklatscht werden, auch drucktechnisch.

Dr. Eva Högl (SPD): Herr Wolf, das ist richtig. Wir thematisieren das auch nur so ausführlich, weil uns immer gesagt wird: Es konnte kein rechtsextremer Hintergrund der Taten erkannt werden von den Ermittlungsbehörden, da es kein Bekenner schreiben gegeben hat. - Nun ist das kein Bekenner schreiben, aber es ist zumindest - - Und es ist nicht der einzige Fall, den wir haben.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Das ist eine Zustimmung.

Dr. Eva Högl (SPD): Es ist Zuspruch, und es ist etwas schriftlich Fixiertes, was Sympathie bekundet, was ja zumindest auch -

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A GBA-4/8 c, Blatt 321.

das will ich gerne herausarbeiten mit Ihrer Hilfe - dazu hätte dienen können, dass man die Ermittlungsarbeit auch in diese Richtung lenkt.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Ich kenne das aus anderen Bereichen, zum Beispiel weil wir ja auch Internetkriminalität bei uns in der Abteilung machen. Wenn man da entsprechende Seiten aufruft, welche Leute sich da lobend über irgendwelche Dinge äußern: Das ist vergleichbar damit.

Dr. Eva Högl (SPD): Ganz genau.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Die einen setzen das in irgendeine Seite, und andere, die etwas älter sind und die das sehr wahrscheinlich mit dem PC nicht können, die machen dann so Zettel.

Dr. Eva Högl (SPD): Ich darf mich mit Ihrer Zustimmung wundern, dass das Flugblatt so völlig falsch interpretiert wurde und dann zu den Akten genommen wurde. Es hätte zumindest mal eine etwas größere Bedeutung - -

Zeuge Josef Rainer Wolf: Es wäre dann schon eher, wenn man jetzt mal juristisch nachdenkt, ein Verfahren gegen unbekannt wegen Billigung und Belohnung einer Straftat - § 140 StGB - vielleicht denkbar gewesen.

Dr. Eva Högl (SPD): Ganz genau. - Ich habe eine allerletzte Frage. Ich sagte schon zu Beginn meiner Fragen, dass es uns hier darum geht, zu verstehen: Wo haben die Fehler gelegen? Was ist falsch gelaufen? Dürfen wir Sie vielleicht auch fragen: Was ist da aus Ihrer Sicht falsch gelaufen? Der Blick von heute und nicht von damals; zu damals habe ich schon gefragt. Wenn Sie mit Ihrem Blick von heute draufschauen: Was war der größte Fehler, oder was müsste man in Zukunft auf jeden Fall anders machen?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Da habe ich viel darüber nachgedacht. Ich habe irgendwo natürlich auch mit der Frage gerechnet. Aber jetzt aus der Sicht von heute hätte ich mir damals gewünscht, einfach mehr Informationen zu kriegen.

Dr. Eva Högl (SPD): Von wem?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Denn das weiß ich auch alles nur aus der Presse. Dass zum Beispiel da schon einmal mit Bombenattrappen operiert worden ist von der Tätergruppe, wäre möglicherweise schon ein nicht zu unterschätzender Hinweis gewesen, wenn man den halt eben dann - auf welcher Schiene auch immer - in unser Verfahren hineingestreuert hätte.

Dr. Eva Högl (SPD): Das ist leider gar nicht abgefragt worden.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Das ist die Frage, wer da eine Hol- und wer eine Bringschuld hat. Ich meine mal so, wenn wir jetzt - - Beispiel. Sie brachten das ja eben mit dieser Sendung da im Fernsehen.

Dr. Eva Högl (SPD): *Aktenzeichen XY.*

Zeuge Josef Rainer Wolf: *Aktenzeichen XY ungelöst.* Ich denke mir so - jetzt bin ich mal kein Ex-Oberstaatsanwalt, sondern naiv -: Wenn ich jetzt da jemand bin, der in der Richtung gearbeitet hat in Thüringen oder so, dann muss es doch eher bei denen Klick im Kopf machen, zu sagen: Dann wende ich mich jetzt mal an die in Nordrhein-Westfalen, die das Verfahren bearbeiten. - Wir jetzt umgekehrt die Fangarme ausstrecken und Informationen abfragen „Wohin denn? Aus welchen Motiven?“.

(Sönke Rix (SPD): Aber ausschließen darf man es ja auch nicht!)

- Wie?

(Sönke Rix (SPD): Aber ausschließen darf man es ja auch nicht!)

- Ausschließen darf man es nicht. Aber es hätte nach meiner Einschätzung näher gelegen, das da, wo schon was geschehen ist, dann halt eben auch mal mitzuteilen.

Dr. Eva Högl (SPD): Danke schön, Herr Wolf.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur FDP-Fraktion. Das Wort hat Herr Tören.

Serkan Tören (FDP): Sie haben eben gerade gesagt, Sie hätten gerne mehr Informationen gehabt. Da möchte ich gleich mal ansetzen. Wie war eigentlich Ihr Einfluss im laufenden Verfahren, oder wie haben Sie

Einfluss auf das laufende Verfahren genommen?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Es gibt durchaus unterschiedliche Handhabungen bei der Staatsanwaltschaft, dass ich - ich habe das also in den verschiedensten Verfahren gemacht, auch in politischen Verfahren - Vernehmungen selbst durchführe, dass ich auch vor Ort erscheine. Aktiv war ich in dem Verfahren als Abteilungsleiter tätig und nicht als Dezernent, sodass ich also jedenfalls sagen muss: Einer von meinen Leuten ist da auch nicht selbst aktiv geworden in puncto Vernehmungen.

Was ich mal gemacht habe, ist, dass ich mich zum Beispiel mal - - Da war, glaube ich, auch der Herr Weber dabei; Stichwort Fahrrad. Da wollten wir im Nahbereich des Tatortes einfach mal die Bevölkerung ansprechen und das Gespräch suchen. Da haben wir uns mit dem Fahrrad auf dem Wochenmarkt aufgebaut; da war ich mit. Aber ansonsten war die Rolle des Staatsanwalts in diesem Verfahren nicht die, eigene Ermittlungen durchzuführen. Da gab es andere Verfahren. Aber in diesem Verfahren war das so nicht.

Serkan Tören (FDP): Wieso war das so?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Weil es im Grunde eher der Normalfall ist. Ich würde mal so sagen, dass eben der Staatsanwalt, der selber sich Zeugen lädt und rausfährt - das ist zwar in der StPO vorgesehen -, eher ein gewisses Mauerblümchendasein fristet. Wenn Sie sich mal alleine vorstellen, wissen Sie: In meinem Fußballbereich habe ich davon gelebt, mir viele Leute einzubestellen, weil ich die kenne, und habe mir auch die Mühe gemacht, die selber zu Vernehmungen einzubestellen. Da muss man also sehen, dass man einen Protokollführer kriegt und ein Zimmer, was einem dann auch wieder abgenommen wird, für Vernehmungen. Deshalb ist das eher, praktisch gesprochen, leider die Ausnahme.

Serkan Tören (FDP): Wie oft standen Sie denn so in Kontakt zu den direkt ermittelnden Beamten in der Woche?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Jetzt in dem - -

Serkan Tören (FDP): In dem Verfahren.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Also, anfangs war das mehrfach wöchentlich. Das hat natürlich im Laufe der Zeit abgenommen, immer nur dann, wenn wirklich wieder eine neue Spur oder irgendwas angefallen war. Anfangs war das so mehrfach die Woche.

Serkan Tören (FDP): Und das hat später dann abgenommen, sagen Sie.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Ja.

Serkan Tören (FDP): Wie viele Fälle hatten Sie sonst noch nebenbei laufen zu diesem Verfahren?

Zeuge Josef Rainer Wolf: In diesem Verfahren?

Serkan Tören (FDP): Ja, parallel laufen zu diesem Verfahren. Ich frage deshalb, weil ich halt wissen möchte, erst mal welchen Stellenwert das Verfahren im Vergleich zu anderen hatte und ob Sie vielleicht den Ermittlungsbehörden sozusagen - -

Zeuge Josef Rainer Wolf: Wir haben also damals in 2004 - - Da müsste ich jetzt gucken. Ich kann das vielleicht als Mittel sagen, dass wir damals so zwischen 600 und 700 Internetpornografie-Verfahren hatten, dass wir an die 300 Verfahren hatten aus dem Bereich Gewaltkriminalität im Sport, dass wir damals in 2004, glaube ich, knapp 1 900 allgemeine politische Verfahren hatten. Staatsschutzmäßig waren es im Sinne des GVG-Status so an die 110, 120 Verfahren, die alle parallel zu bearbeiten sind. Ich vermute, dass Ihre Frage darauf abzielt.

Die Bearbeitung, die der Herr Boden und ich, ihn dann unterstützend, in der Keupstraße vorgenommen haben, musste halt eben geleistet werden, während auch die anderen Verfahren ebenso gefördert werden mussten. Da hat also, um es deutlich zu sagen, nicht etwa eine Entlastung stattgefunden. Das war damals bei der auf Kante genähten Personalsituation auch so nicht möglich.

Serkan Tören (FDP): Okay. - In einem Interview mit dem *Tagesspiegel* vom 30.09.2004 vermutete man schon einen

fremdenfeindlichen Hintergrund. Da werden Sie zitiert mit dem Satz:

Etwas anderes, zum Beispiel Schutzgelderpressung, ist unwahrscheinlich ...

Können Sie sich daran erinnern, und wie sind Sie darauf gekommen?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Kann ich mich nicht dran erinnern. Wissen Sie: Ich habe vom damaligen Zeitpunkt her, weil ich auch Pressesprecher war und in politischen Dingen - - Aber an ein solches Gespräch mit dem *Tagesspiegel* kann ich mich nicht erinnern.

Serkan Tören (FDP): Hatten Sie mal Kontakt zum Justizministerium Ihres Bundeslandes NRW?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Ja, auf dem Berichtsweg nur.

Serkan Tören (FDP): In diesem Fall jetzt hier konkret. Gab es mal Gespräche über diesen Fall?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Mit dem Justizministerium?

Serkan Tören (FDP): Ja.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Also mit mir nicht.

Serkan Tören (FDP): Die Zurückhaltung in Sachen Fremdenfeindlichkeit, hat die irgendetwas damit zu tun gehabt, dass Sie vielleicht auch davon ausgegangen sind, dass der GBA vielleicht übernehmen könnte, oder war das für Sie nicht so ein Grund?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Habe ich das richtig verstanden: Wenn wir die Fremdenfeindlichkeit stärker betont hätten, dann hätte das eher der GBA übernommen?

Serkan Tören (FDP): Ja, wenn eher ein politischer Hintergrund - -

Zeuge Josef Rainer Wolf: Wir hatten damals nicht die Voraussetzungen dafür gesehen - es ist etwas unschicklich, das so zu sagen; aber das ist der gängige Fachterminus -, das Verfahren dem GBA anzudie-

nen, weil die gesetzlichen Voraussetzungen für uns, die ja nun doch eng im Gesetz aufgezählt sind, aus der damaligen Sicht jedenfalls nicht gegeben waren, insbesondere keine §-129-a-Grundlage. Das wäre ja die Möglichkeit gewesen für uns, damals zu sagen: Das Verfahren geht seinen Weg an die Generalbundesanwaltschaft.

Serkan Tören (FDP): Haben Sie irgendwann mal erwogen, ganz konkret Daten von Rechtsradikalen beim Landesamt für Verfassungsschutz oder beim Staatsschutz irgendwie anzufordern?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Wir von der Staatsanwaltschaft?

Serkan Tören (FDP): Ja.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Nein.

Serkan Tören (FDP): Ich habe erst mal keine Fragen.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Dürfte ich von mir aus eine Bitte äußern?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, klar.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Ich hätte die Chance, noch um 19.48 Uhr den letzten Zug nicht nach Buffalo, sondern nach Köln zu kriegen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das kann ich Ihnen nicht versprechen. Das hängt davon ab, wie groß der Fragebedarf hier ist. Aber ich kann Ihnen zusagen: Falls die Chance nicht besteht, werden wir für eine Übernachtungsmöglichkeit für Sie sorgen, und zwar in einem ordentlichen Hotel und nicht auf dem Sofa von Frau Pau.

(Petra Pau (DIE LINKE): Wie kommen Sie auf solche Ideen, Herr Vorsitzender? - Heiterkeit)

Wir sorgen für den Transfer natürlich auch. Ich kann es Ihnen nicht versprechen. Wir klären gleich am Ende der ersten Runde, wenn alle Fraktionen gefragt haben, wie groß der Fragebedarf noch ist. Ihr Zug geht also um Viertel vor?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Um 19.48.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, ich kenne den. - Dann hat jetzt die Linksfraktion das Fragerecht. Frau Pau.

Petra Pau (DIE LINKE): Ja, Herr Wolf, ich habe eine Frage, und zwar: Auf welche konkreten Informationen und kriminalistischen Erkenntnisse stützen Sie einen Tag nach dem Sprengstoffanschlag Ihre Einschätzung, es gebe keine Hinweise für eine terroristische Lage?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Da hätten wir ja für Terrorismus - - Sie meinen jetzt § 129 a? - Das sollte das heißen. Das wäre ja das, was ich eben versucht habe, zu schildern.

Petra Pau (DIE LINKE): Ja eben, deswegen komme ich ja darauf.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Das wäre ja da für uns die Gelegenheit gewesen, dann zu sagen: Wir versuchen, das Verfahren an den Generalbundesanwalt abzugeben. - Aber nach der Einschätzung, die wir damals hatten, nach dem Erkenntnisstand wäre das ohne Fundament gewesen, zu sagen: Da ist von einer terroristischen Vereinigung auszugehen und deshalb ist unsere Zuständigkeit nicht mehr gegeben. - Die Basis hatten wir nicht.

Petra Pau (DIE LINKE): Zu diesem Fundament hat der Kollege Petermann Fragen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bitte.

Jens Petermann (DIE LINKE): Herr Wolf, Sie ermittelten ja unter anderem wegen Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion gemäß § 308 Strafgesetzbuch. Der Tatbestand gehört also zum 28. Abschnitt des StGB, der sich mit gemeingefährlichen Straftaten befasst. In der einschlägigen Kommentierung - das ist hier die 51. Auflage des Praxiskommentars Dreher-Tröndle zum Strafgesetzbuch aus dem Jahr 2003 - heißt es zu diesen Straftaten einleitend, die in diesem Abschnitt erfassten Straftaten seien als gemeingefährliche Straftaten zusammengefasst - ich zitiere -, weil der Täter Kräfte in Bewegung setze, deren Auswirkung auf eine unbestimmte Vielzahl von Menschen und Sachwerten er nicht in der Hand habe.

Im Hinblick darauf lautet der § 129 a Abs. 1 StGB, welcher bekanntermaßen die Strafbarkeit der Bildung einer terroristischen Vereinigung regelt:

Wer eine Vereinigung begründet, deren Zwecke oder deren Tätigkeit darauf gerichtet sind,

gemeingefährliche Straftaten in den Fällen des § 308 Abs. 1 bis 4 zu begehen, wird mit Freiheitsstrafe usw. bestraft.

Daraus ergibt sich jetzt eine Frage. Wie würden Sie einen Prüfling in der juristischen Staatsprüfung bewerten, der bei einem Sachverhalt wie dem in der Keupstraße auf die Frage, wegen welcher Delikte sich die Täter strafbar gemacht haben könnten, den § 129 a StGB nicht zumindest in Erwägung zieht, also anprüft, weil er trotz Verwendung eines gemeingefährlichen Tatmittels für ein Bombenattentat in einem fast ausschließlich von Migranten bewohnten Viertel keine Anhaltspunkte für eine terroristische Tat oder für einen terroristischen Hintergrund zu sehen vermag?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Ich war lange Zeit auch Prüfer. Ich gebe die Frage zurück: Der Prüfer und der Kandidat müssten natürlich dann zu dem Ergebnis kommen, dass mindestens die notwendige Anzahl von Tatverdächtigen vorhanden ist, um zu einer solchen Vereinigung zu kommen. Die Art des Deliktes ist es ja nicht alleine, sondern halt eben die kriminelle Vereinigung. Sie müssen das Tatbestandsmerkmal der Vereinigung haben. Dafür hatten wir eben damals keine Basis. Es wäre denkbar gewesen, vor allen Dingen nach dem, was wir jetzt wissen. Aber zum damaligen Zeitpunkt - -

Jens Petermann (DIE LINKE): Es gibt natürlich mehrere Tatbestandsmerkmale, die erfüllt sein müssen. Das ist klar. Aber kann man denn tatsächlich ausschließen, dass es mehr als zwei gewesen sind, selbst wenn man jetzt noch keine konkreten Erkenntnisse hatte?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Aber das genügt doch nicht.

Jens Petermann (DIE LINKE): Halten Sie diese Position für fachlich vertretbar zu einem so frühen Zeitpunkt?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Wir haben ja auch hinterher Bestätigung bekommen dadurch, dass wir über den Film - der ist, glaube ich, von der Hauskamera von VIVA in Köln-Mülheim; oder was war das damals? - - Da waren zwei Leute zu sehen. Es nützt uns ja nichts - - Es ist ja nicht ausreichend dafür, jetzt von einer kriminellen Vereinigung auszugehen.

Jens Petermann (DIE LINKE): Dass die sich nicht gleich bei Ihnen persönlich gemeldet haben, ist ja klar. Aber man kann doch nicht ausschließen, dass es möglicherweise mehr als zwei gewesen sind, vielleicht drei oder sogar vier.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Es ist aber meines Erachtens keine ausreichende Verdachtslage, dass man was nicht ausschließen kann.

Jens Petermann (DIE LINKE): Frau Pau befragt dann weiter.

Petra Pau (DIE LINKE): Ich muss einmal kurz blättern. Ich ahnte nicht, dass es so schnell geht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sonst können auch erst einmal die Grünen weitermachen, und dann machen Sie in der nächsten Runde weiter.

Petra Pau (DIE LINKE): Nein, nein, alles wird gut.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay.

Petra Pau (DIE LINKE): Herr Wolf, ist Ihnen in diesem Zusammenhang bekannt, dass es unmittelbar nach dem Anschlag am 09.06.2004 zunächst eine Tickermeldung des LKA Düsseldorf gab, die an alle LKAs, an das Düsseldorfer Innenministerium, an den GBA, das BKA, das Bundesamt für Verfassungsschutz, den Bundesgrenzschutz West usw. ging, in welcher der Anschlag als terroristische Gewaltkriminalität bezeichnet wurde?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Ich habe das Fernschreiben nicht gesehen; es ist mir auch nicht zugeleitet worden. Es wird so gewesen sein. Nur ist das nicht Gegenstand des Kontaktes polizeilicher Art zu uns gewesen.

Petra Pau (DIE LINKE): Das ist schon klar. Ist Ihnen denn etwas bekannt geworden darüber, warum genau 41 Minuten nach Versand dieser Meldung mit der Einschätzung, wie gesagt: „Terroristische Gewaltkriminalität liegt vor“, ebendiese Einschätzung korrigiert wurde? Ich zitiere aus MAT A NW-6 c, Blatt 11 ff.:

Die im Bezug genannte Lageermeldung wird korrigiert. Bisher liegen keine Hinweise auf terroristische Gewaltkriminalität vor.

Da muss es ja irgendetwas gegeben haben, was dort passiert ist.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Da ich weder an der Formulierung noch an der Korrektur in irgendeiner Weise beteiligt war, weiß ich das nicht.

Petra Pau (DIE LINKE): Eine weitere Frage: War Ihnen die Präsenz des Bundeskriminalamtes noch am Tag in Köln bekannt? Und wenn ja: Wissen Sie, worauf sie beruhte? Wurde das mit Ihnen irgendwie abgestimmt, was gegebenenfalls auch die Zuständigkeit des BKA betrifft?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Ist mit mir nicht abgestimmt worden.

Petra Pau (DIE LINKE): War Ihnen das bekannt, dass das BKA sofort herbeieilte?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Jedenfalls aus meiner jetzigen Erinnerung ist mir das etwas völlig Neues.

Petra Pau (DIE LINKE): Das heißt, Sie wissen auch nichts über die Aktivitäten der dazugekommenen BKA-Beamten -

Zeuge Josef Rainer Wolf: Nein.

Petra Pau (DIE LINKE): - und gegebenenfalls über Kompetenzstreitigkeiten, inwieweit das BKA überhaupt Zuständigkeiten hat oder so?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Nein.

Petra Pau (DIE LINKE): Nicht.

Zeuge Josef Rainer Wolf: An diesen Streitigkeiten waren wir nicht beteiligt.

Petra Pau (DIE LINKE): Dann würde ich gern doch noch mal zum Komplex Rechtsextremismus und dazu, warum überall die ganze Zeit das Thema Rechtsextremismus nicht erkannt oder verfolgt wurde, kommen, und zwar jetzt mal nicht am Beispiel des Flugblattes, welches hier schon mehrfach zitiert wurde. Ihnen ist sicherlich bekannt - Sie haben es ja selbst beantragt -, dass es zum Einsatz verdeckter Ermittler gekommen ist in der Keupstraße. Wir finden in MAT A GBA-4/13, Blatt 78 ff., die Einschätzung oder die Mitteilung - ich zitiere -:

Die Mutmaßungen der Türken und Kurden dazu

- gemeint war das Tatmotiv -

waren vielfältig. Einige spekulierten über einen fremdenfeindlichen Hintergrund, andere sahen wiederum einen Zusammenhang zu den Serienmorden an türkischen Geschäftsleuten in Deutschland, die von der EK „Bosporus“ in Nürnberg zentral bearbeitet werden.

Ist Ihnen dieser Ertrag der verdeckten Ermittlung - es war ja offensichtlich so ziemlich das Einzige - bekannt geworden, und sind Sie diesen Dingen weiter nachgegangen oder wurde dem nachgegangen?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Da darf ich verweisen auf die mir erteilte eingeschränkte Aussagegenehmigung. Zu der Art und Weise dessen, was da vom sachlichen Umfang her berichtet worden ist, da müsste ich dann halt eben darum ersuchen - -

Petra Pau (DIE LINKE): Können Sie mir erklären, unter welcher Einschränkung Sie das jetzt subsumieren?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Es ist meines Erachtens der sachliche Inhalt der Tätigkeit der V-Leute.

Petra Pau (DIE LINKE): Nun gut, dieses Zitat, das wir in den nicht irgendwie eingestuft Akten hier haben, habe ich nun heute hier schon zweimal vorgetragen. Wenn Sie also jetzt nicht aus Ihren Akten zitieren können: Wie würden Sie dann eine solche Mitteilung, dass in der Keupstraße ein großer Teil der Bevölkerung eine solche Einschät-

zung hatte, dass es um Fremdenfeindlichkeit geht bzw. um einen Zusammenhang - -

Zeuge Josef Rainer Wolf: Also, ich kenne diese Einschätzung aus Kontakten. Ich habe eine Reihe von persönlichen türkischen Freunden in Köln. Von daher ist mir das also geläufig. Dafür brauche ich jetzt keine V-Leute.

Petra Pau (DIE LINKE): Ja, na gut, dann - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Pau, ich bitte, ein bisschen auf die Zeit zu achten, weil die Grünen schon unruhig werden.

Petra Pau (DIE LINKE): Ist in Ordnung. - Dann stelle ich nur schlicht die Frage - oder ich stelle mir überhaupt die Frage -, warum genau diesem Verdacht und dieser großen Unruhe ja nicht nur in Köln, sondern überhaupt in der türkischen Community dort nicht entsprechend nachgegangen wurde. Aber meine Zeit ist zumindest für jetzt abgelaufen. Insofern lasse ich die Frage im Raum stehen. Ich nehme an, der Kollege Wieland - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von uns gibt es keine Prüfungsfragen, Herr Wolf, und auch keine Fragen zu Verdecktem, nur eine kleine Presseschau und auch nur Kölner Zeitungen. Wir kommen Ihnen ganz weit entgegen.

Sie werden zitiert in der *Kölnischen Rundschau* vom 31.07.2004 mit folgendem Zitat. Zunächst einmal ist es kein Zitat, sondern Text:

Oberstaatsanwalt Wolf schloss sowohl einen terroristischen Hintergrund als auch Hintermänner aus der organisierten Kriminalität aus.

Und jetzt fängt das Zitat an:

Das war keine Expertenarbeit. Wegen der zur Zündung der Bombe benutzten Fernsteuerung könnte es jemand gewesen sein, der sich gut mit Modellflugzeugen auskennt. Es fehlt ein Bekenner schreiben, wie dies bei Terroristen üblich ist.

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die korrekte Fundstelle lautet: MAT A GBA-4/13, Blatt 95.

War Ihnen nicht bekannt aus Ihrer langjährigen Erfahrung nicht nur in Köln, sondern insgesamt mit Straftaten, dass es gerade rechtsterroristische Taten gab in unserem Land, wo auch Bekennerschreiben fehlten, wo man lange überlegt hat „Wer könnten die Täter sein?“ - Stichwort Mölln, Haus angezündet; Stichwort Oktoberfest-Attentat und anderes? War denn dieser Schluss logisch „kein Bekennerschreiben, deswegen kein terroristischer Hintergrund“?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Ich würde mal so sagen aus heutiger Sicht: Wenn die Tat so, wie sie begangen worden ist, an sich schon aussagekräftig genug vom Programmsatz her ist, bedarf es sicherlich keines Bekennerschreibens. Aber wir wissen inzwischen durch den Film, der jetzt auch Gegenstand der Veröffentlichungen im November war - „Paulchen Panther“ -, dass diese Täter ganz spät im Zusammenhang mit ihrem Ableben schon ihre Mission und ihr Bekennen zu dieser Tat in die Allgemeinheit, in die Öffentlichkeit reingebracht haben. Das war vielleicht zu einem späten Zeitpunkt, aber es kam ihnen jedenfalls auch darauf an, dass man die Tat ihnen und ihrer Gruppierung zurechnet.

Es ist sicherlich nicht so, dass zwangsläufig immer ein Bekennerschreiben da sein muss. Wenn ich aber will, dass diese Botschaft unzweifelhaft rüberkommt - so habe ich es jedenfalls in vergleichbaren Fällen in unserem Kölner Bereich mitbekommen -, dass dann irgendwann die Leute auch sagen durch einen Anruf oder was auch immer - die Allgemeinheit soll jedenfalls die Idee haben -: Da stecken wir dahinter.

Gerade weil diese unsichere Lage da war - man wusste ja nicht, wer das war in der Keupstraße - hätte ich aus damaliger Einschätzung gesagt: Irgendwie eine Art der Bekennung hätte ich schon erwartet, um klarzustellen: Da ist nichts anderes dahinter, sondern wir wollten eindeutig was gegen die Türken in der Keupstraße unternehmen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, Sie haben ja an anderer Stelle richtig gesagt: Zunächst mal habe ich gar nichts ausgeschlossen, sondern immer gesagt: Wir haben keine Hinweise, keine ausreichenden. - An der Stelle schließen Sie dann aus mit einer Begründung - - Das muss ich Ihnen nun vorhalten. Paulchen-Panther-Video hat ja sozusagen gerade die Über-

schrift „Taten statt Worte“, also nur durch die Tat agieren. Das Bekennerschreiben kam sozusagen post mortem dann erst.

Nun gut, zwei Jahre später - und das hat mich nun überrascht - werden Sie in gleich drei Kölner Zeitungen - *Kölnische Rundschau*, *Kölner Stadt-Anzeiger* und *Express* - zitiert. Die beziehen sich jeweils auf das Nachrichtenmagazin *Focus* und sagen dann - Oberstaatsanwalt Rainer Wolf -: „Der Anschlag war wohl eine Warnung“, wird Wolf in dem Nachrichtenmagazin *Focus* zitiert. Und sinngemäß: Hier sei es eben doch um Auseinandersetzungen im Milieu gegangen. - Wie kam es denn nun dazu?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Das ist sicher - - *Focus*, das ist der Spilcker, der damals vom *Express* dann schon zum *Focus* gegangen ist. Der hat eine Reihe von Gesprächen mit mir geführt, in denen ich allerdings - glaube jedenfalls, mich zu erinnern - immer gesagt habe zu dem Zeitpunkt: Das hat schon ein Stück Wahrscheinlichkeit, dass es auch hier sozusagen ein Ausrufungszeichen war, ein Hinweis, wir könnten auch anders. - Aber ich habe zu keinem Zeitpunkt, auch dem Herrn Spilcker gegenüber, gesagt: Alles andere ist Mumpitz, nur diese eine Version ist denkbar. Das ist - aus welchen Gründen auch immer - dann unter der Rubrik „pressemäßige Verkürzung“ zu sehen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, also, das Zitat ist:

Der Anschlag war wohl eine Warnung. Nach den bisher gesammelten Hinweisen ist dies die denkbarste Konstellation.

So werden Sie im *Focus* zitiert, und das übernehmen die Zeitungen alle und sagen: Staatsanwaltschaft nunmehr: Spur ins Bandenmilieu, Machtkampf rivalisierender Schutzgelderpresser. - Das mag ja deren zusätzliche Fantasie gewesen sein.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Ja, ja. Das habe ich ja auch eben gesagt, dass wir schon zu dem Zeitpunkt -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber die Kernaussage haben Sie doch offenbar gemacht?

Zeuge Josef Rainer Wolf: - natürlich auch - - Das Gewicht der Ermittlungen war

allmählich rübergewandert zu diesem möglichen OK-Hintergrund; das ist ja richtig. Das habe ich ja auch eben dargestellt.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur, es waren zwei Jahre ohne Ergebnis auch der Ermittlungen im OK-Milieu vergangen. Sie standen im Grunde mit leeren Händen da in jede Richtung. Das ist kein Vorwurf, aber so war es.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Es ist ja auch bedauerlicherweise zutreffend, was Sie sagen. Wir haben ja bis eben letztes Jahr ... (akustisch unverständlich)

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber dann geben Sie Ihre anfängliche Zurückhaltung auf - das verwundert mich -, wenn es denn stimmt. Und ich denke mal - - Es ist auch kein Dementi zu lesen. Das ist so transportiert worden, richtig, über *Focus*.

Zeuge Josef Rainer Wolf: Das wird so gewesen sein, dass ich gesagt habe: Zu dem Zeitpunkt ist für mich die wahrscheinlichere Möglichkeit das eine, halt eben, dass da halt eben irgendwie gesagt werden sollte: Seht euch vor, wir können noch mal wiederkommen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe keine weitere Frage. Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir kämen zu einer weiteren Berliner Runde. Unionsfraktion? - Keine Fragen. Die SPD-Fraktion hat keine Fragen. Die FDP? - Nein. Die Linksfraktion hat keine Fragen. Die Grünen? - Haben auch keine Fragen.

Herzlichen Dank, Herr Wolf. Damit ist dann Ihre Zeugenbefragung beendet. Sie erreichen ohne zeitliche Probleme den Zug. Ich darf Sie dann aus dieser Runde verabschieden. Ich wünsche noch einen guten Abend bei der Rückreise nach Köln. Wie angekündigt erhalten Sie das vorläufige Protokoll mit der Möglichkeit, innerhalb von 14 Tagen gegebenenfalls Änderungen zu reklamieren.

Ich darf, nachdem jetzt die Zeugenbefragung von Herrn Wolf abgeschlossen ist, nur kurz hier bekannt geben, falls es noch Anwesende gibt, die es nicht wissen: Es gibt in-

zwischen einen weiteren Verfassungsschutzpräsidenten, der in den einstweiligen Ruhestand versetzt wird, und das ist Herr Sippel aus Thüringen, seit heute Abend.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann treten Sie zurück, Herr Vorsitzender?)

- Das müssen Sie die Hessische Landesregierung fragen. Die ist da schon dran. Es ist aber noch keine Post eingetroffen. Mal sehen.

Dann bitte ich jetzt darum, dass wir die Möglichkeit haben, Herrn Gricksch hier im Saal zu sehen.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen die Beweisaufnahmesitzung fort:

**Vernehmung des Zeugen
Bert Gricksch**

Ich begrüße Herrn Kriminaloberrat Bert Gricksch. Herzlich willkommen bei uns!

Herr Gricksch, ich darf Sie darauf hinweisen, dass das Sekretariat des Ausschusses während Ihrer Vernehmung eine Tonbandaufnahme fertigt, die ausschließlich dem Zweck dient, das spätere Stenografische Protokoll vorzubereiten. Das heißt, wenn das Protokoll dann erstellt ist, wird die Aufnahme gelöscht.

Das vorläufige Stenografische Protokoll wird Ihnen zugestellt. Sie haben dann die Möglichkeit, innerhalb von 14 Tagen Änderungs- oder Ergänzungswünsche geltend zu machen, die Sie dann bitte dem Ausschusssekretariat übermitteln.

Bezüglich Ihrer Ladung stelle ich fest, dass diese ordnungsgemäß erfolgt ist und von Ihnen die Ladung am 25. Juni 2012 entgegengenommen wurde. Uns liegt eine Aussagegenehmigung des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen vor.

Vor Ihrer Aussage habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Sie sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie auf die strafrechtlichen Folgen eines möglichen Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Derjenige nämlich, der vor einem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages unehrlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes des Bundes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, aber auch einem dienstlichen Ordnungsverfahren ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann.

Haben Sie zu dem von mir bisher Vorgelegten Fragen?

Zeuge Bert Gricksch: Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann darf ich Sie bitten, sich zu Beginn dem Ausschuss mit vollständigem Namen, Alter, Beruf vorzustellen und uns mitzuteilen, ob die verwendete Ladungsanschrift nach wie vor aktuell ist.

Zeuge Bert Gricksch: Mein Name ist Bert Gricksch. Ich bin 55 Jahre alt, bin von Beruf Polizeibeamter, zurzeit im Dienstgrad eines Polizeidirektors. Die ladungsfähige Anschrift „Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste“ ist nach wie vor richtig.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank. - Herr Gricksch, Sie haben die Möglichkeit, wenn Sie es wünschen, vor Ihrer Befragung sich im Zusammenhang zum Gegenstand der Vernehmung zu äußern. Möchten Sie das tun? Wir hatten kurz darüber gesprochen.

Zeuge Bert Gricksch: Das möchte ich tun, mit einer kurzen Stellungnahme.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bitte.

Zeuge Bert Gricksch: Ich muss mich allerdings gleich für meine teilweise fehlende Stimme entschuldigen. Die Klimaanlage im Hotel hat sie mir geraubt heute Nacht. Ich werde mich aber bemühen, mich halbwegs hier zu artikulieren.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, obwohl es selbstverständlich ist, möchte ich den Opfern und ihren Angehörigen mein tief empfundenes Mitgefühl aussprechen. Ich habe vollstes Verständnis dafür, dass sie wenig oder kein Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der Sicherheitsbehörden unseres Rechtsstaates haben. Ich bedauere zutiefst und es tut mir aufrichtig leid, dass es uns - und damit spreche ich die mit diesem Fall betrauten krimi-

nalpolizeilichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an - mit den zur Verfügung stehenden Mitteln und Informationen nicht gelungen ist, die Täter zu fassen bzw. von der Begehung weiterer Straftaten abzuhalten. Ich kann Ihnen aber versichern, dass es sich bei diesen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern um leistungsstarke und leistungswillige gehandelt hat. Wir waren uns der Verantwortung bewusst, die wir dem Staat, aber auch ihnen gegenüber hatten und haben. Wir haben es uns über Wochen, Monate und Jahre weiß Gott nicht leicht gemacht; denn auch wir konnten und wollten nicht glauben, dass uns eine Tatklärung verwehrt sein könnte. Wir alle hatten das Ziel, die Täter - aus welcher Motivation heraus auch immer sie gehandelt haben mochten - ihrer gerechten Strafe zuzuführen.

Nachdem sich dann herausstellte, dass dieses Ziel nicht zeitnah zu erreichen war, hatte zumindest ich die Hoffnung, durch unsere Ermittlungen die Täter von weiteren Handlungen abgehalten zu haben. Aber auch diese Hoffnung erfüllte sich nicht, wie wir heute wissen.

Vielmehr kam ein weiteres Tötungsdelikt zum Nachteil der Kollegin aus Heilbronn hinzu, und wer weiß, was neben der versuchten Tötung des Kollegen und der vielen Raubüberfälle noch alles zutage gefördert wird.

Ob und inwieweit persönliches oder kollektives Fehlverhalten ursächlich war, wird durch diesen Untersuchungsausschuss zu klären sein. Diejenigen, die es betrifft, müssen damit leben und weiterleben, vor allem in dem Bewusstsein, dass es den Opfern nicht mehr hilft. Mein Leben hat die Mitarbeit in dieser Kommission bereits verändert. - Danke sehr.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Gricksch, vielen Dank für Ihr Statement und Respekt auch dafür, dass Sie zu der überschaubaren Zahl von Zeugen gehören, die bisher einleitend in ihren Stellungnahmen ausdrücklich ihr Bedauern zum Ausdruck gebracht haben, dass die Ermittlungen im Zusammenhang insbesondere mit der damaligen Mordserie nicht zur Identifikation der Täter geführt haben.

Ich habe nur eine Frage an Sie. Das ist auch keine zentrale Frage, aber eine, die mich schon interessiert, bevor dann die Vertreter der Fraktionen Fragen an Sie richten werden: Ist Ihnen bekannt ein Papier des

Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen, das datiert vom 1. August 2006? Das ist zu finden - für das Protokoll - im Ordner NW-7, LKA-NRW Ordner Nr. 4, in dem unter dem Rubrum „Bundesweite Mordserie zum Nachteil ausländischer Gewerbetreibender seit 2000“ Ausführungen gemacht werden.

Zeuge Bert Gricksch: Also, spontan würde ich sagen: nein. Oder nicht „würde ich sagen“, sondern sage ich: nein.

Herr Vorsitzender, vielleicht sollte ich kurz erklären, wie ich mich auf diese Sitzung vorbereitet habe.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, das wäre nett.

Zeuge Bert Gricksch: Der Anruf erteilte mich unmittelbar vor meinem Urlaub. Ich habe mich dann mit dem Polizeipräsidium Dortmund, bei dem ich eben nicht mehr Dienst verrichte - und das seit September 2009 nicht mehr -, in Verbindung gesetzt bzw. habe vorher mit dem Ministerium gesprochen. Ich hatte dort eine Andeutung gemacht, dass ich mich beabsichtige mit meinen Kollegen aus der Lenkungsgruppe in Verbindung zu setzen, um mich auf diese Sitzung hier vorzubereiten. Diesen Versuch habe ich dann auch am nächsten Tag unternommen. Ich habe einen Kollegen angerufen, der allerdings sich mit mir über das Wetter unterhalten wollte und nicht über diesen Untersuchungsausschuss. Ich habe das natürlich akzeptiert. Einen Tag später habe ich dann den Hinweis aus dem Ministerium bekommen, ich möge bitte davon Abstand nehmen, was ich dann auch getan habe.

Ich bin dann nach Dortmund gefahren in der vorigen Woche, weil ich erst abwarten wollte, bis der zuständige Leiter der Ermittlungen des PP Dortmund, mein engster Mitarbeiter seinerzeit, wieder aus dem Urlaub da ist. Ich habe dann mir die Protokolle der Lenkungsgruppensitzungen angesehen, also meine Aufzeichnungen dazu und die Sachstandsprotokolle.

Bei diesen Unterlagen kann sich das nicht befinden haben, dieses Schreiben, von dem Sie gerade gesprochen haben. Ich will allerdings nicht ausschließen, dass ich das irgendwann vorher einmal gelesen habe, also unmittelbar nachdem wir in die Tataufklärung versucht haben einzusteigen. Von daher müsste ich vielleicht das eine oder andere

zum Inhalt hören, um bestätigen zu können, ob er mir bekannt ist.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Es geht in dem Vermerk im Kern darum, wie man gegenüber der Öffentlichkeit mit den verschiedenen Theorien umgehen sollte, was mögliche Hintergründe für die Mordserie und auch für den Mord in Dortmund betrifft. Was ist Ihnen in Erinnerung?

Zeuge Bert Gricksch: Entschuldigung, sagen Sie mir noch mal eben das Datum?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, das ist ein Vermerk aus dem Jahr 2006, vom 1. August stammt der.

Zeuge Bert Gricksch: Sagt mir nichts.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann will ich Ihnen den Vorhalt kurz machen. Das ist auf der Seite 8, also, wie gesagt, ein Papier des Landeskriminalamtes:

Wirkungen in der Öffentlichkeit, insb. auf ausländische Gäste, wurden durch die Verantwortlichen auch schon im Mai/Juni im Hinblick auf die bevorstehende bzw. laufende FIFA WM 2006 bewertet. Das IM NRW ist über Herrn Gricksch über die Einzeltäterhypothese informiert.

Die Einzeltäterhypothese bestand ja darin, dass es sich möglicherweise bei den Mordtaten um eine fremdenfeindlich motivierte Serie gehandelt haben könnte. Oder haben Sie das anders in Erinnerung?

Zeuge Bert Gricksch: Also, es ist vom Datum her nach der Vorstellung der, ich glaube, zweiten Operativen Fallanalyse der Kollegen aus Bayern gewesen, die unterstützt wurden von Kräften aus Nordrhein-Westfalen und noch irgendeinem Fallanalytiker, der mit dem Fall nicht gearbeitet hat. Bis zu diesem Zeitpunkt waren die ersten sieben Fälle - - In Dortmund war ja der achte Fall, und unmittelbar danach, zwei Tage später, kam der neunte in Kassel. Bis zu diesem Augenblick - diese Fallanalyse kenne ich allerdings nicht; nur vom Ergebnis her weiß ich es - ist man von einer Theorie ausgegangen, die als Hintergrund eine Organisation sieht. Erst durch die beiden Fälle 8 und 9, also Dortmund und Kassel unmittelbar

hintereinander, hat man diese Fallanalyse noch mal genauer untersucht und ist genau zu einem umgekehrten Ergebnis gekommen.

Also, die Kollegen aus Bayern, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern, die bis dahin in die Richtung „Organisationstheorie“ gearbeitet hatten, sind also ziemlich überrascht worden von dem Ergebnis dieser Operativen Fallanalyse. Ich habe - wenn das da steht, wird es so gewesen sein - das Ministerium natürlich darüber informiert, kann mich dennoch nicht an dieses Schreiben erinnern, das dann wohl Folge meiner Unterrichtung gewesen ist.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wenn sich der Mord Kassel, wie wir ja wissen, im April 2006 ereignet hat und die zweite Fallanalyse von Herrn Horn ja im Sommer erstellt worden ist, dass dann das LKA festhält: Wirkungen in der Öffentlichkeit, insbesondere auf ausländische Gäste, wurden durch die Verantwortlichen auch schon im Mai und Juni im Hinblick auf die bevorstehende WM bewertet.

Zeuge Bert Gricksch: Nein, sagt mir nichts. Kann ich mir nicht erklären. - Möglicherweise werfe ich die Daten durcheinander, glaube ich aber nicht. Man hat natürlich irgendwann einmal über eine Außenwirkung gesprochen; aber im Zusammenhang mit der Weltmeisterschaft ist das nicht in Erinnerung.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Wort geht für Fragen an die Unionsfraktion. Herr Binninger, bitte.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Gricksch, wir haben jetzt etwa 23 Minuten zusammen. Das ist die Fragezeit der Union. Die Fragezeit bemisst sich hier immer nach der Anzahl der Mitglieder. Könnten Sie uns einen kurzen Abriss über Ihre Funktionen geben - ich sage jetzt einmal - von 2000 bis 2006? Sie waren ja nicht unmittelbar der Leiter der Ermittlungen, sondern Sie haben ja die zuständige Inspektion, glaube ich, geleitet und haben im Prinzip Dortmund in der BAO, in der Steuerungsgruppe vertreten.

Zeuge Bert Gricksch: Richtig. Also, ich bin - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wenn Sie das Mikrofon etwas näher heranziehen,

dann hilft das auch Ihrer geschwächten Stimme.

Zeuge Bert Gricksch: Ja, okay. Danke. - Ich bin im März 2005 zum Polizeipräsidium Dortmund versetzt worden und habe da die Funktion eines Kriminalinspektionsleiters übernommen, und zwar der Kriminalgruppe 1. In dieser Kriminalgruppe 1 sind drei Kommissariate vereinigt, die jeweils mit Kommissariatsleitern besetzt sind, und da werden verschiedenste Delikte bearbeitet, unter anderem eben Tötungsdelikte, Vermisstengeschichten, Sexualstraftaten, das gesamte Rotlichtmilieu, Erpressungen, Zuhälterei, Menschenhandel, also die schweren Straftaten. Und als die Straftat passierte, von der wir hier reden, also dieser Mord am 04.04.2006, war es selbstverständlich, dass ein Beamter des höheren Dienstes die Leitung dieser Kommission übernimmt, aber eben natürlich nur für diesen Fall. In dieser Funktion bin ich dann in die Lenkungsgruppe hineingekommen, die ja dann unmittelbar später - ich glaube, 14 Tage später - das erste Mal in Wiesbaden zusammengekommen ist, nachdem das Bundeskriminalamt uns dahin eingeladen hatte.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich konzentriere mich jetzt mit meinen Fragen ganz auf Dortmund, weniger auf Steuerungsgruppe und BAO und den sattem bekannten Streit über Hypothesen. Wie stark war die Kommission, die man in Dortmund eingerichtet hatte, die Sie geleitet haben? Wie viel Ermittler waren mit dabei?

Zeuge Bert Gricksch: Das war völlig unterschiedlich. Das war lageangepasst. Wir haben, wenn bei der Spurenabarbeitung weniger zu tun war - das ist bei uns relativ schnell der Fall gewesen -, natürlich die Gruppe ausgedünnt. Wenn zeitlicher Druck vorhanden war, haben wir sie verstärkt. Speziell bei der Erhebung der Massendaten sind wir mit einem starken personellen Ansatz herangegangen. Also, ich glaube, wir haben da sachgerecht operiert, weil aus Richtung BAO „Bosporus“ nie irgendwelche Klagen an uns herangetragen wurden, dass wir zu langsam gearbeitet hätten und schneller hätten arbeiten sollen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber können Sie irgendwie eine Größenordnung sagen, sozusagen: „Im Mittel waren in der

Anfangsphase April/Mai soundso viele Ermittler im Einsatz“? Oder kann man das im Nachhinein nicht mehr sagen?

Zeuge Bert Gricksch: Nein, kann ich Ihnen nicht mehr sagen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Mir fiel auf, dass zum Jahresende 2006 laut Ausweis der Akten nur noch zwei Beamte und ein Leiter vor Ort tätig waren. Ist das üblich, so früh so stark herunterzufahren?

Zeuge Bert Gricksch: Das ist üblich, wenn es keine weiteren Spuren mehr abzuarbeiten gilt; wir haben ein sehr dünnes Spurenaufkommen gehabt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das fiel mir auch auf: insgesamt nur 143 Spuren. Das ist ja außerordentlich wenig. Woran könnte es gelegen haben?

Zeuge Bert Gricksch: Ja, und auch: Wir haben keine direkten Zeugen gehabt. Es gab kaum Tatbeobachtungen, die im Zusammenhang mit der Tat standen. Wir haben ein katastrophales Spurenbild vorgefunden dergestalt, dass eben keine Spuren am Tatort waren - also jetzt einmal abgesehen von dieser einen Hülse und den Projektilen, die da gefunden wurden. Aber es gab überhaupt nichts, was auf die Täterschaft irgendeiner Person hingewiesen hat, mit Ausnahme natürlich dieser - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Der Waffe, die alles verbindet.

Zeuge Bert Gricksch: Nein, auch dieser herausragenden Spuren. Wir haben hier auch Massenspuren gehabt, also eine Person, die beobachtet haben will, wie sich ein Daimler Benz mit Bochumer Kennzeichen am Sonntag vor der Tatausführung vor dem Objekt aufgehalten haben soll. Das ist eine Spur, die hat uns länger beschäftigt. Wir haben eine Aussage einer Zeugin gehabt, die am Tattag eine Beobachtung gemacht hat, wir haben einen Selbstbekenner gehabt - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Darf ich kurz unterbrechen? - War das die Zeugin, wo es hinterher diese längere Debatte gab, die zum Teil auch in den Medien ihren Niederschlag gefunden hat: Junkies oder Nazis?

Zeuge Bert Gricksch: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Können Sie uns das einmal aufklären? Weil aus den Akten ist es auch nicht ganz klar. Sie sagt sehr früh: Ich habe Junkies gemeint; da haben Sie mich missverstanden. - Irgendwann später taucht wieder auf: Junkies oder Nazis. Dann beschreibt sie es aber wieder: Eher wie Junkies. - Können Sie versuchen, uns das aufzuklären, wie dieser Hinweis wirklich zu verstehen ist?

Zeuge Bert Gricksch: Ich hoffe, das zu können, muss allerdings dazusagen, dass ich diese Kenntnisse auch erst durch das Aktenstudium jetzt erworben habe. Das ist nämlich die einzige Spur, die ich mir, nachdem ich aus der Presse erfahren habe, dass sie von einer solchen Brisanz ist, nach Rücksprache mit dem Kommissionsleiter - so bezeichne ich ihn einmal; mit dem Leiter der Ermittlungen - in Dortmund angesehen habe. Die Spur als solche war mir in Erinnerung, auch ohne das Aktenstudium, allerdings nur ohne diesen Zusatz „Nazi“. Also, in meiner Erinnerung kenne ich die Spur nur, dass eine Hinweisgeberin einen Tag nach der Tat auf der Kriminalwache anruft, eine Beobachtung schildert und der am Telefon aufnehmende Beamte ein falsches Datum der Beobachtung und eine falsche Uhrzeit einträgt. Ob das jetzt sprachliche Probleme waren, weiß ich nicht. Ich habe mit der Zeugin nie gesprochen. Fakt ist: Er hat einen Vermerk geschrieben, aus dem hervorgeht, dass die Zeugin am 03.04., also einen Tag vor der Tat, und zwar um 0.50 Uhr, diese Beobachtung gemacht haben will. Tatsächlich hat sie sie aber am 04.04. gemacht, und zwar um 12.50 Uhr.

Dieser Eingangsvermerk war mir noch geläufig. In diesem Eingangsvermerk hat sie am Telefon gesagt, es seien betrunkene Junkies gewesen. Überhaupt kein Hinweis auf rechts. Am nächsten Tag ist dann ein Team dorthin entsandt worden und hat einen Eingangsvermerk gefertigt, auf dem zu lesen war, die Zeugin habe gesagt: Diese Menschen haben ausgesehen wie Rechte. - Also, wie Nazis. - Es kann sich keiner erklären, wie das da hineingekommen ist; denn als die Kollegen den Vermerk geschrieben haben, hatten sie ja mit der Zeugin noch gar nicht gesprochen. Das ist der Eingangsvermerk zu dem Besuch gewesen. Man hat sie dann versucht aufzusuchen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Also, das war ein Vermerk, der quasi die Auftragsübernahme vom Wachhabenden dokumentiert hat: Hier ging etwas ein; kümmert euch darum!

Zeuge Bert Gricksch: Richtig.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Bert Gricksch: Also, irgendwie - stille Post - kriegen die den Auftrag: Fahrt einmal bitte hinaus; Hinweise auf zwei Leute, die aussehen, wie Junkies oder Nazis. Im Vermerk steht „Junkies“. Und dann gibt es eben diesen besagten Eingangsvermerk. Man konfrontiert die Zeugin mit dieser Aussage, und sie sagt in ihrem Eingangsstatement den Kollegen gegenüber: Nichts Nazi; da bin ich falsch verstanden worden; Junkie.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Als sie also das erste Mal wirklich Auge in Auge von einem Ermittler zu ihrer Wahrnehmung befragt wurde, hat sie sofort gesagt: Junkies; mit allem anderen bin ich falsch verstanden worden?

Zeuge Bert Gricksch: Richtig. Sie ist expressis verbis angesprochen worden; das vermute ich aus dem Vermerk. Das ist also jetzt nicht Frage/Antwort, sondern sinngemäß steht da: Sie ist damit konfrontiert worden. Also, sie hat angeblich einen Hinweis gegeben auf Junkies oder Rechte, und daraufhin sagt sie: Nein, „rechts“, da bin ich falsch verstanden worden; das sind betrunkene Junkies gewesen.

Man hat sie dann einen Tag später vernommen, und in dieser Vernehmung, die dann eben in Frage und Antwort abläuft, ist keinerlei Aussage mehr getroffen worden über diesen vermeintlichen Hinweis Richtung Nazis, der ja aber gar nicht eingegangen war.

Auch in dieser Vernehmung sind falsche Zeiten wiedergegeben. Auch in dieser Vernehmung redet man vom 03.04. und von 0.50 Uhr, was dann - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Gibt es in Dortmund bei der Polizei einen anderen Kalender, oder wie erklären Sie es sich?

Zeuge Bert Gricksch: Ich kann es Ihnen nicht erklären. Wenn man es liest, kann man

es nicht verstehen, aber es ist passiert. Das sind keine Dummköpfe, die da hinausgefahren sind. - Ich kann es Ihnen nicht erklären. Ich habe auch mit den Kollegen nicht gesprochen.

Man hat das dann im Nachgang richtiggestellt, indem man noch einmal - - Es ist dann aufgefallen - ich vermute einmal, dem Leiter der Ermittlungen -, dass es da diesen Widerspruch gibt. Man ist dann noch einmal hinausgefahren, hat dann auch im Nachgang ein Montagefoto gefertigt, und in diesem Zusammenhang hat man eben klargestellt: Nein, ich bin da falsch verstanden worden; es ist so gewesen: 04.04., 12.30 Uhr, die erste Feststellung, 12.50 Uhr die zweite Feststellung. - Wir gehen alle davon aus, dass das richtig ist.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Jetzt war das ja die Zeugin, die zumindest zwei Männer gesehen hat, einen mit Fahrrad und auch einen, glaube ich, mit stechendem Blick. Wie wurde die Zeugin denn bewertet, was ihre Wahrnehmung angeht? War das für Sie die beste dieser wenigen Spuren?

Zeuge Bert Gricksch: Wenn Sie so wollen, die einzige. Wir hatten keine andere Person, die unmittelbar zur Tatzeit irgendwelche anderen Personen in diesem Umfeld gesehen hat. Und natürlich fragt man sich: Macht das Sinn, ein Montagefoto zu machen? Wir haben es gemacht. Es war uns ganz wichtig, die Eindrücke, die diese Zeugin gewonnen hatte, festzuhalten. Und wir sind ja auch mit diesem Montagefoto in die Öffentlichkeit gegangen. Im Nachgang - aber das auch nur, kann ich Ihnen sagen, durch meine Gespräche, die ich geführt habe - hat man dann diese Zeugin mit den Fotos konfrontiert, die in Köln gemacht worden waren, diesen Videoaufnahmen, und man hat mit ihr eine Wahllichtbildvorlage durchgeführt, in der die vermeintlichen Täter - Mundlos, Bönnhardt - auch aufgelistet waren, und sie hat bei dieser - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Also erst nach - -

Zeuge Bert Gricksch: Ja, natürlich. Im November letzten Jahres.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Nicht, dass wir hier auch noch mit den Daten durcheinanderkommen.

(Heiterkeit)

Deshalb habe ich noch einmal gefragt.

Zeuge Bert Gricksch: Nein, natürlich nicht. Das wäre äußerst fatal. - Also, anschließend hat man sie mit diesen Bildern von Mundlos und Bönnhardt konfrontiert, und sie hat sie ausgeschlossen als diejenigen, die sie damals in Tatzeitnähe dort gesehen hat.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wenn wir jetzt schon bei den kurzen Ermittlungen sind, die nach dem 04.11.2011 gemacht wurden: Waren Sie damit noch einmal irgendwie betraut, oder sind Sie eingebunden gewesen? Hat man Sie selber noch einmal befragt, weil Sie ja die alten Fakten kannten, oder hat man Sie auf dem Laufenden gehalten über den regionalen Ermittlungsabschnitt?

Zeuge Bert Gricksch: Nein, überhaupt nicht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wer hat Ihnen dann das mit der Wahllichtbildvorlage erzählt?

Zeuge Bert Gricksch: Der Kollege, der Leiter der Ermittlungen. Der hat mir das in dem Gespräch erzählt, als ich vorige Woche - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Einfach, um Kontakt zu kriegen?

Zeuge Bert Gricksch: Als ich vorige Woche dort war, weil mich das eben - - Das ist ja nun durch die Presse eine öffentlich bekannte Spur geworden. Ich habe es aber auch nur aus der Presse erfahren. Und ich darf hier vorwegnehmen: Er kann sich auch nicht erklären, wie dieser Hinweis vor allem nachher noch einmal in den Vermerk hineinkommt. Ich kann es mir auch nicht erklären. Also: Die Zeugin wird vernommen. Die sagt: Nein, das hat mit rechts nichts zu tun. - Und anschließend, also, Wochen später, schreibt jemand: Junkies oder Nazis. - Keiner kann es sich erklären, auch der Kollege nicht, der im

Übrigen selbst den Vermerk geschrieben hat. Er hat keine Erklärung dafür.

So, jetzt noch einmal zu Ihrer Frage zurück. Ich bin im September 2009 dann eben versetzt worden - auf eigenen Wunsch, wenn ich das an dieser Stelle so sagen darf. - Es hat heute schon die erste Anfrage der Presse gegeben. - Es hatte ausschließlich private Gründe. Ich wollte eine etwas geringere Entfernung zu meinem Wohnort haben. Dortmund und da, wo ich wohne, liegen 240 km auseinander. Das war mir ein bisschen viel arbeitstäglich, und nach viereinhalb Jahren habe ich dann im Ministerium darum gebeten, sich Gedanken über eine andere Verwendung zu machen. Das passte auch in das Personalverwendungskonzept des Landes Nordrhein-Westfalen, wo den Kollegen des höheren Dienstes nahegelegt wird, in einem Zeitraum, der um die fünf Jahre ist, sich um andere Funktionen zu bemühen, um eben ihre Verwendungsbreite herzustellen.

Ich habe danach keine Kontakte mehr gehabt, auch in dem Fall nicht. Der einzige Kontakt, den ich zu einem Kollegen aus der Lenkungsgruppe noch hatte, war der Kollege Hoffmann aus Kassel. Das ist aber mehr privater Natur gewesen. Wir haben uns sehr gut verstanden. Über den Fall als solchen haben wir nicht gesprochen. Allerdings, unmittelbar nach dem Bekanntwerden von Mundlos und Bönnhardt habe ich ihn angerufen - ich sage das hier ganz ehrlich - mit einer - -

(Ingo Kaiser (BMJ): Entschuldigung, wenn ich da einmal eingreifen muss; aber die laufenden Ermittlungen sind ja nicht - -)

Clemens Binninger (CDU/CSU): Er berichtet ja über Telefonate mit einem Kollegen. Haben Sie Sorge?

Zeuge Bert Gricksch: Ich kann zu den Ermitt- - Ich möchte erklären, wie mein Wissen zustande gekommen ist.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Kaiser, bitte.

Ingo Kaiser (BMJ): Das sind ja auch Sachen, die dann im Nachgang noch möglicherweise von Relevanz sein könnten, was nachhält.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Okay. Wir lassen alles, was nach dem 4. November war. Kein Problem.

Zeuge Bert Gricksch: Ich habe es deshalb erklären wollen, weil man mir eben gesagt hat: Bitte keine Kontakte mit den Kollegen. Und ich wollte eben erklären, wann ich einen Kontakt hatte und warum ich ihn hatte, damit ich - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Um Ihr Wissen aufzufrischen, letztendlich ja nur für den Fall - -

Zeuge Bert Gricksch: Das habe ich akustisch nicht verstanden, Entschuldigung.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Um Ihr Wissen aufzufrischen.

Zeuge Bert Gricksch: Es ist eine gewisse Neugierde und auch eine gewisse Befriedigung gewesen, zumindest im ersten Augenblick. Das hat sich dann aber schnell gelegt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Hatten Sie in Ihrer Kommission in Dortmund, die Sie ja geleitet haben, auch Mitglieder aus dem polizeilichen Staatsschutz dabei?

Zeuge Bert Gricksch: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Hat man mit denen einmal darüber gesprochen, ob es a) einen Ansatz gibt Richtung Fremdenfeindlichkeit oder b) - was ich jetzt nicht weiß - ob es eine gewaltbereite rechte Szene in Dortmund gibt, die da zumindest eine Rolle spielen könnte?

Zeuge Bert Gricksch: Also, es ist ein Hinweis gewesen vom Leiter der BAO. Damit meine ich den Kollegen aus Bayern, der, nachdem die zweite OFA da war mit dem Ergebnis: möglicherweise Einzeltätertheorie - ich muss das hier nicht erklären; Sie wissen alle, was damit gemeint ist - - dass man Kollegen aus Staatsschutzdienststellen beteiligen soll. Ob das jetzt der Grund war dafür, dass wir - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das haben die Bayern allen mitgeteilt: „Bitte, jetzt beteiligt Staatsschutzdienststellen“?

Zeuge Bert Gricksch: Also, es wurde den Dienststellen empfohlen, und wir haben diese Empfehlung angenommen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Mit welchem Ergebnis?

Zeuge Bert Gricksch: Der Vermerk, der von mir vorhin zitierte Vermerk ist übrigens von zwei Kollegen des Staatsschutzes gemacht worden, die also mit dieser Zeugin den Kontakt hatten.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Die die Uhrzeit und Namens- -

Zeuge Bert Gricksch: Den ersten persönlichen Kontakt. Der allerdings nicht in Vernehmungsform - - Das ist noch wichtig. Sie müssen sich das so vorstellen: Die fahren hinaus, versuchen, denjenigen oder diejenige zu kriegen, nehmen Kontakt auf, werfen eine Nachricht in den Briefkasten - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und machen darüber einen Vermerk?

Zeuge Bert Gricksch: Es ist so gewesen, dass sie sie dann getroffen haben, die Person. Man hat sich kurz mündlich ausgetauscht und hat dann für den nächsten Tag einen Termin gemacht zur Vernehmung, hat aber dieses Gespräch niedergelegt in Vermerkform. Das ist also ein Gespräch zwischen Tür und Angel gewesen. Das vermute ich zumindest.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Außer verschiedenen Datumswahrnehmungen und jetzt dieser Verwirrung, konnten denn die Kollegen aus dem Staatsschutz zumindest für die Bewertung möglicher Hypothesen irgendetwas beitragen, nach dem Motto: „Ja, unsere Szene in Dortmund sieht so und so aus“? Oder hat das überhaupt keine Rolle gespielt?

Zeuge Bert Gricksch: Nein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Gibt es in Dortmund eine gewaltbereite rechte Szene?

Zeuge Bert Gricksch: Es gibt eine gewaltbereite rechte Szene. Aber es gab überhaupt keine Hinweise in diese Spurenab-

arbeitung, dass irgendeine dieser Personen darin involviert sein könnte.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Hat man auch nicht die Wohnsitze überprüft? Sagen wir einmal so: Gibt es jemanden, der in Tatortnähe wohnt?

Zeuge Bert Gricksch: Nein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Nicht gemacht oder mit negativem Ergebnis?

Zeuge Bert Gricksch: Nicht gemacht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Okay. Ich habe jetzt für den Moment keine Fragen. War eh vorbei, oder?

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Haben wir noch eine Minute, ja? - Herr Gricksch, dann würde ich noch einmal kurz einsteigen, was die Operativen Fallanalysen betrifft. Sie haben ja auch gerade festgestellt: Einen Monat nach der Tat in Dortmund wurde ja von der OFA Bayern die zweite Operative Fallanalyse zur Mordserie CESKA erstellt, und da hatten wir ja diese sogenannte Einzeltätertheorie. Waren das jetzt die einzigen Auswirkungen, die Sie hier geschildert haben, dass Sie jemanden vom Staatsschutz dazugenommen haben, oder haben Sie aufgrund dieser Einzeltätertheorie, die ja anscheinend bekannt war, noch weitere Maßnahmen in Richtung rechter Ermittlungen ergriffen?

Zeuge Bert Gricksch: Nein, keine weiteren Maßnahmen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Die zweite Operative Fallanalyse war innerhalb der Steuerungsgruppe, bei der Sie ja dabei waren, durchaus umstritten gewesen, und es wurden Überlegungen angestellt - wie ich den Akten entnommen habe, auch von Ihnen -, eine dritte Fallanalyse zu erstellen. Was war denn Ihre Motivation, auf so eine dritte Fallanalyse zu drängen?

Zeuge Bert Gricksch: Die sich widersprechenden Ergebnisse dieser beiden Fallanalysen. Man muss sich das vorstellen: Da sind Kollegen seit 2000 an der Ermittlung von insgesamt fünf Mordfällen bis dahin; bzw. 2004 und 2005 sind ja noch zwei dazu-

gekommen, meine ich, also dieser sieben Fälle. Man holt sich Analytiker. Die kommen zu einem Ergebnis, und dieses Ergebnis legt die Richtung der Ermittlungen fest. Und jetzt müssen diese Kollegen nach fünfeinhalb-jähriger Ermittlung feststellen: Wir sind möglicherweise auf dem völlig falschen Weg, weil unsere beiden Opfer - damit meine ich jetzt das aus Kassel und aus Dortmund - zumindest auf den ersten Blick nicht in dieses Schema hineinpassten. Von daher habe ich dann die Anregung gemacht: Lasst uns bitte eine dritte Analyse machen, und zwar: Wir holen Leute dazu, die von der ersten und zweiten nichts wissen, die unvoreingenommen mit diesem Umstand umgehen, in der Hoffnung, eine Linie zu kriegen, mit der sich auch alle - ja, nicht einverstanden erklären konnten, aber die eben für die Einzelnen nachvollziehbar war. Die Kollegen haben natürlich nur ihre Fälle. Wenn ich jetzt den Kollegen in Hamburg oder Rostock sehe: Die sehen ihren Fall als erstes, genau wie wir unseren Dortmunder Fall auch, und dann kommt auf einmal ein Ergebnis der Operativen Fallanalyse, die deckt sich nicht. Da galt es eben, den Versuch zu unternehmen, einen Ausgleich zu schaffen. Deshalb habe ich diesen Vorschlag gemacht - dem man dann ja auch nachgekommen ist -, eine dritte Fallanalyse in Auftrag zu geben und durchzuführen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay, Sie waren nicht bezüglich der Einzeltätertheorie sehr skeptisch gewesen, sondern das war wirklich aufgrund der unterschiedlichen Ergebnisse der beiden Fallanalysen, die man bis dato hatte?

Zeuge Bert Gricksch: Wenn Sie mich nach meiner persönlichen Einschätzung fragen: Ich bin eigentlich Verfechter der Einzeltätertheorie gewesen. Das sage ich jetzt nicht, um hier recht zu haben. Ich habe das auch artikuliert. Trotzdem hat man natürlich nicht den Wissensstand, den die Kollegen haben, die sich seit fünf Jahren im Detail mit ihren Fällen beschäftigen und von einer anderen Hypothese ausgegangen sind, zumal es auch in unserem Fall vermeintliche Bedrohungssituationen gab - das war die Klammer -: Es hat Wesensveränderungen gegeben bei den Opfern, unmittelbar vor der Tat; oder es hat Ansprachen gegeben, und das hat sie dann eben zu Wesensveränderungen veranlasst und könnte möglicher-

weise ursächlich sein für diese Tötungen. - Das haben ja selbst wir bei unserem - ich sage einmal - unbescholtenem Opfer. Das war ja, wenn man das so sagen darf, ohne jetzt die Lebensläufe der anderen zu kennen, das unbescholtenste Opfer, das überhaupt da war, ein völlig makelloser Mensch, der sich nie etwas hat zuschulden kommen lassen, der rechtschaffen seiner Arbeit nachgegangen ist. Das passte im ersten Augenblick aus meiner Sicht überhaupt nicht da hinein. Von daher fühlte ich mich bestätigt, konnte allerdings natürlich nicht zu den anderen sagen: Mit eurer Organisationstheorie, da solltet ihr euch einmal anderes überlegen. - Man fühlt sich aber natürlich ein bisschen bestätigt.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Sie waren ja nun Vertreter in dieser Steuerungsgruppe, von der wir hier im Ausschuss schon einiges gehört haben. Wie beurteilen Sie denn die Stimmung in dieser Steuerungsgruppe, die Funktionalität dieser Gruppe und insbesondere die Zusammenarbeit mit den anderen Polizeidienststellen?

Zeuge Bert Gricksch: Die Zusammenarbeit war alles in allem gut. Jeder konnte sich einbringen, und keiner musste sich da irgendwelchen Mehrheitsvoten beugen. Wir haben öfter kontrovers diskutiert. Es gab aber - und das halte ich für normal - unterschiedliche Denkrichtungen, was die Täterlage anbetraf, und zwar eben aus der Sicht der eigenen Fälle heraus. Ich habe mich schwer damit getan, die Organisationstheorie zu glauben, und andere haben sich schwer damit getan, die Einzeltätertheorie zu glauben. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Nachdem wir - darauf wurde immer Wert gelegt - beide Richtungen gleichermaßen bedient haben, mit Daten, die wir erfasst haben, um die Täter zu kriegen, war es mir letztendlich gleichgültig. Ich wollte diese Täter bekommen.

Es ist also nie ein Streit gewesen. Es war tendenziell zu merken, dass das Bundeskriminalamt mehr in Richtung Organisationstheorie war, und es war eben auch ein bisschen zu merken, dass Kassel und auch ich etwas mehr in Richtung Einzeltäter tendierten. Aber wir haben unsere Arbeit gemacht, und wir haben beide Theorien spurenmäßig komplett abgearbeitet, weil jedem egal war, ob er recht hatte oder nicht. Wir wollten nur, dass dieses sinnlose Morden aufhört.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur SPD-Fraktion. Frau Dr. Högl.

Dr. Eva Högl (SPD): Vielen Dank. - Herr Gricksch, jetzt bin ich an der Reihe, und ich möchte zunächst einmal das sagen, was der Vorsitzende auch zum Ausdruck gebracht hat: dass ich mich sehr darüber gefreut habe - „freuen“ ist vielleicht der falsche Begriff; aber Sie wissen es einzuordnen, wenn ich das so sage -, dass Sie am Anfang Ihr Bedauern und Ihre Bestürzung zum Ausdruck gebracht haben, insbesondere weil bisher längst nicht alle Zeugen in der Lage waren, auch das Bedauern auszudrücken, auch das eigene Versagen zu thematisieren.

Wir machen unsere Arbeit hier für die Opfer und ihre Angehörigen; das ist unsere Aufgabe. Deswegen schicke ich auch voraus, dass wir natürlich vor diesem Hintergrund versuchen herauszufinden, was falsch gelaufen ist. Das heißt nicht, dass wir die Ermittlungsarbeit nicht würdigen; das wissen wir auch sehr zu schätzen; aber dass etwas schiefgelaufen ist, wenn die Zwickauer Terrorzelle 14 Jahre lang untertaucht und zehn Morde begeht und Sprengstoffanschläge verübt und Banküberfälle begeht, das ist, glaube ich, hier allen Beteiligten auch klar.

Mich interessiert bei den Zeugen immer - deswegen möchte ich Ihnen diese Frage auch stellen -, was Ihr erster Gedanke war, als Sie im November 2011 gehört haben - - Ich darf das fragen; November 2011; aber das betrifft nicht die aktuellen Ermittlungen. - Was war Ihr erster Gedanke, als Sie gehört haben, dass auch der Mord in Dortmund von der Zwickauer Terrorzelle verübt wurde?

Zeuge Bert Gricksch: Erleichterung auf der einen Seite, Bestürzung auf der anderen.

Dr. Eva Högl (SPD): Was hat Sie besonders bestürzt?

Zeuge Bert Gricksch: Dass wir es nicht geschafft haben. Ich habe das irgendwann bei einer Besprechung einmal gesagt, dass ich es nicht verstehen kann - Entschuldigung -, dass wir es nicht schafften. - Ich glaube, ich komme gleich wieder in Form.

Dr. Eva Högl (SPD): Ich stelle einmal ein paar Fragen, mit denen wir dann auch - - Wir sind alle bestürzt und uns fällt das auch

schwer und deswegen - - Aber vielleicht darf ich Sie einmal fragen: Waren Sie als Kriminalbeamter schon häufiger während Ihrer Tätigkeit mit dem Thema Rechtsextremismus befasst, oder waren Sie während Ihrer Arbeit in Dortmund damit nicht so in Berührung gekommen?

Zeuge Bert Gricksch: Doch, natürlich. Das bleibt nicht aus. Die polizeiliche Staatsschutzabteilung ist eine Gruppe der Direktion gewesen, der ich angehört habe, und wir haben uns natürlich ausgetauscht. Wenn Demonstrationsgeschehen waren, haben wir uns gegenseitig mit Kräften unterstützt. Und von daher habe ich natürlich mit Rechtsautonomen zu tun gehabt.

Dr. Eva Högl (SPD): Hatten Sie auch zu tun mit Straftaten, die von Rechtsextremen begangen worden sind oder wo fremdenfeindlicher Hintergrund - - Hatten Sie - jetzt einmal abgesehen von Demonstrationen und anderen Sachen - auch mit anderen Straftaten zu tun, bei denen ein rechtsextremer Hintergrund bestand?

Zeuge Bert Gricksch: Ich bin ganz sicher. Das ist dann in der Zuständigkeit gewesen, die eines meiner Kommissariate hatte. Wenn es also - ich sage jetzt einmal - um ein versuchtes Totschlagsdelikt oder ein Totschlagsdelikt oder in dieser Richtung ging, dann ist die originäre Zuständigkeit in einem meiner Kommissariate gewesen. Wir haben uns dann immer Unterstützung aus dem Staatsschutzbereich geholt; und das ist des Öfteren der Fall gewesen, wenn eben die Vermutung bestand, dass Zusammenhänge da sein könnten.

Dr. Eva Högl (SPD): Nun gehen wir ja hier der Frage nach, warum man - das Mordopfer hatte Migrationshintergrund - da nicht quasi routinemäßig auf die Idee kommt, einen fremdenfeindlichen Hintergrund anzunehmen. Ich frage jetzt noch nicht nach den Fallanalysen usw. - darauf komme ich gleich -, sondern erst einmal: Bei der ersten Draufsicht auf die Tat, ist Ihnen in den Sinn gekommen, dass das der Fall sein könnte, oder haben Sie gar etwas veranlasst in diese Richtung?

Zeuge Bert Gricksch: Das ist mir in den Sinn gekommen. Das ist auch thematisiert

worden. Aber wenn man neu in eine solche Gruppe kommt - das sind ja keine Dummköpfe, denen man da gegenüber sitzt; die haben die gleiche Triebfeder wie ich - - Obwohl mir das schon schwerfällt, nimmt man sich schon einmal zurück. Ich habe artikuliert, dass mein erster Eindruck ist, dass das aus dieser Ecke kommen könnte, und habe im Grunde genommen Ruhe gegeben, als klar war: Es gibt eine Einzeltätertheorie, und es wird auch in diese Richtung ermittelt.

Dr. Eva Högl (SPD): Jetzt möchte ich Sie, Herr Gricksch, einmal fragen: Was hatte das für Ihre Ermittlungsarbeit für Auswirkungen? Sie haben die zweite Fallanalyse angesprochen. Da war ja das Ergebnis: Täter könnten Verbindung zur rechten Szene haben. Sie selber sagten, Sie hatten auch den Gedanken. Nun kriegen Sie den Auftrag, quasi - ich bezeichne das einmal so - den Staatsschutz auch einzuschalten. Damit sind Sie sowieso vertraut. Was haben Sie denn dann konkret veranlasst, also insbesondere wenn Ihnen die rechte Szene auch vertraut ist? Was wurde dann in Dortmund gemacht?

Zeuge Bert Gricksch: Wir haben die Spuren abgearbeitet, die wir hatten, und wir haben die Daten erhoben, um zu dem Einzeltäter zu kommen.

Dr. Eva Högl (SPD): War das die Zulieferung zu Nürnberg, oder - -

Zeuge Bert Gricksch: Richtig. Alles zu Nürnberg.

Dr. Eva Högl (SPD): Sagen Sie einmal, haben Sie etwas Eigenes in Dortmund auch noch gemacht?

Zeuge Bert Gricksch: Nein, wir haben in Dortmund überhaupt nichts Eigenes gemacht. Das ist alles in Abstimmung mit der Lenkungsgruppe passiert. Wir haben da keinen eigenen Datenpool aufgebaut. Also, alle Felder, die wir abarbeiten konnten, haben wir darüber abgearbeitet.

Dr. Eva Högl (SPD): Ich nehme das so wahr, dass Sie sich dann auch eingefügt haben. Sie hatten das neunte Mordopfer. Da wurde schon jahrelang ermittelt. Ich nehme das ein bisschen so wahr, das ist völlig ohne Wertung, aber dass Sie sich dann auch in die

Lenkungsgruppe und die Arbeit so eingefügt haben.

Wenn ich Sie jetzt einmal fragen darf: Wenn Sie ein Mordopfer in Dortmund gehabt hätten ohne diese bundesweite Mordserie, hätten Sie vielleicht auch etwas anders ermittelt? Es ist hypothetisch, aber es interessiert mich wirklich, weil Sie ja diese Erfahrung haben.

Zeuge Bert Gricksch: Wenn nur der Dortmunder Fall da gewesen wäre - - Ja - - Ja - -

Dr. Eva Högl (SPD): Kann man schwer sagen, aber - -

Zeuge Bert Gricksch: Ich weiß nicht, ob wir mehr getan hätten, als wir getan haben. Wir haben ja eigentlich nur dieses Montagefoto gehabt. Es gab keine weiteren Hinweise, und mehr als dieses Montagefoto - das haben wir in der örtlichen Szene veröffentlicht - war da eben einfach nicht, zumal vielleicht auch im Hinterkopf so ein bisschen mitgeschwungen hat, dass man von einem Ankerpunkt in Nürnberg ausgegangen ist.

Dr. Eva Högl (SPD): Ich will jetzt einmal ein bisschen weg von Steuerungsgruppe, Nürnberg usw. Ich will mich ein bisschen auf Dortmund konzentrieren und mit Ihnen gemeinsam vielleicht herausarbeiten, was Sie konkret veranlasst haben. Haben Sie zum Beispiel einmal darüber nachgedacht, über den Staatsschutz hinaus auch das Landesamt für Verfassungsschutz einzuschalten und nach Informationen aus der rechten Szene, ergänzend zu dem, was Sie schon wussten, zu fragen?

Zeuge Bert Gricksch: Also, wir haben die Meldedienste bestückt, wie das üblich ist. Das Landeskriminalamt ist zumindest über die Sachstandsberichte bzw. das Innenministerium informiert worden. Es gab nichts, was in diese Richtung ging. Es ist hypothetisch. Ich weiß es nicht. Möglicherweise wären intensivere Ermittlungen in dieser Richtung fällig geworden, wobei ich einschränkend sagen muss: Ich bin eben seit 2009 nicht mehr in dem Fall drin, ich kenne überhaupt keine weitere Ermittlung. - Wir hätten nichts gefunden.

Dr. Eva Högl (SPD): Das ist klar. Mich interessiert, ob Sie in Dortmund auf die Idee gekommen sind, auch das Landesamt für Verfassungsschutz einzubeziehen. Und da sagen Sie Nein, und das lassen wir so stehen. Auf die Idee sind Sie nicht gekommen, dass Sie da einmal nachfragen: rechte Szene, Einzeltätertheorie.

Zeuge Bert Gricksch: Also, ich gehe davon aus, dass das LfV über die Meldewege darüber einfach Kenntnis nimmt.

Dr. Eva Högl (SPD): Aber Sie selber haben jetzt keine Anfragen gestellt oder so?

Zeuge Bert Gricksch: Wir haben jetzt nicht proaktiv da angerufen und haben gesagt: Leute, hört mal zu; wir haben ein Problem.

Dr. Eva Högl (SPD): Herr Gricksch, ich will noch einmal fragen: War für Sie völlig klar, dass Einzeltätertheorie meint: Täter mit rechtem Hintergrund, mit rechtsextremem Hintergrund? Ich frage das deshalb, weil wir in den Akten einen vorläufigen Abschlussbericht und einen Abschlussbericht vom Sommer 2008 haben, also deutlich nach der Tat. Das ist unterzeichnet von Kriminalhauptkommissar Lötters und Kriminalhauptkommissar Schmitt, und da ist das so, dass da die Einzeltätertheorie dargestellt wird. Ich zitiere einmal ganz kurz: „Als Einzeltäter bezeichnet das BLKA in München ein oder zwei Männer mit Ankerpunkt in Nürnberg.“ - In diesem ganzen vorläufigen Schlussbericht der BAO „Kiosk“ findet sich überhaupt mit keinem Wort „rechtsextremer Hintergrund“. War für Sie aber klar, dass „Einzeltäter“ „rechtsextremer Hintergrund“ heißt?

(Zuruf)

- Oder heißen kann. Ja.

Zeuge Bert Gricksch: Nicht zwingend. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit, aber eben nicht absolut zwingend. Natürlich denkt man auch an irgendeinen Durchgeknallten - sage ich jetzt hier einmal so, nicht ungeschützt. Nur, auch den Eindruck wollten wir nicht erwecken, dass wir der Meinung sind, das ist wirklich ein Geisteskranker, der da tätig ist. Aber letztendlich auszuschließen war es nicht.

Dr. Eva Högl (SPD): Sie würden aber auch sagen, es hat auch bei Ihnen in Dortmund eine Schieflage gegeben? Sie haben sich auch auf andere Sachen konzentriert, jetzt aber nicht übermäßig auch in Richtung rechtsextremer Hintergrund ermittelt? - Ich darf noch einmal aus diesem Bericht - daran haben Sie ja auch mitgewirkt - zitieren. Da wird dann gesagt: Dem Opfer - also Mehmet Kubasik - konnten keine relevanten kriminellen Machenschaften nachgewiesen werden, worin ein mögliches Motiv zu finden wäre. Auch in seiner privaten Situation fanden sich keinerlei Anhaltspunkte für ein Motiv. - Darüber stolpern wir natürlich.

Zeuge Bert Gricksch: Aus unserer Sicht, aus der rein Dortmunder Sicht, blieb eigentlich nichts anderes übrig, falls es nicht wirklich dieser Wahnsinnige ist, der nicht diesen fremdenfeindlichen Hintergrund hat.

Dr. Eva Högl (SPD): Wir gehen ja die Tatorte der Reihe nach durch. Wir haben bisher bei allen Taten, bei allen Morden, aber auch bei den Sprengstoffanschlägen, festgestellt, dass bei den Ermittlungen wirklich eine eklatante Schieflage ist, und vielleicht werden Sie auch bestätigen, dass sich einfach konzentriert wurde auf das Umfeld der Opfer und ihrer Angehörigen, aber nicht in den Blick genommen wurde, dass möglicherweise rechtsextremer Hintergrund auch infrage kommt.

Zeuge Bert Gricksch: Da möchte ich widersprechen. Wir haben nicht gezielt in Richtung rechts ermittelt. Das ist richtig. Wir haben in Richtung Einzeltäter ermittelt.

Dr. Eva Högl (SPD): Der aber Ihrer Meinung nach nicht unbedingt rechts oder fremdenfeindlich sein muss?

Zeuge Bert Gricksch: Richtig. Der aber eben Spuren genauso hinterlassen musste, wie wir gehofft haben. Ich weiß bis heute nicht, ob Spuren hinterlassen wurden, weil, wie gesagt, ich habe an den Ermittlungen nicht mehr teilgenommen, speziell nach November nicht. - Ja.

Dr. Eva Högl (SPD): Ich habe noch zwei Fragen. Die eine betrifft die Steuerungsgruppe. An der haben Sie ja teilgenommen; das haben Sie eben schon geschildert. Sie

haben auf die Frage meines Kollegen geantwortet, dass in der Steuerungsgruppe einige Themen kontrovers waren. Können Sie uns einmal teilhaben lassen, was da so kontrovers war in der Steuerungsgruppe, woran Sie sich erinnern?

Zeuge Bert Gricksch: Ja, es ging zum Beispiel, was ich vorhin schon erwähnt habe, um die Veröffentlichung dieses Montagefotos, das wir mit der Zeugin erstellt hatten. Da war man eigentlich seitens der BAO der Meinung, wir sollten lediglich eine Personenbeschreibung reingeben. Wir haben kontrovers diskutiert nach der *Aktenzeichen*-Sendung - ich weiß jetzt nicht mehr, wer; ich kann es vermuten -, als der Eindruck entstand, dass die Einzeltätertheorie auf einmal im Vordergrund steht. Das hat natürlicherweise denen nicht gefallen, die nicht so ganz hinter dieser Operativen Fallanalyse gestanden haben und die auch in andere Richtungen ermittelt haben. Man hat aber immer nachgesteuert. Und wichtig war diese Gleichrangigkeit, dass die hergestellt wurde. Also wenn man so will, wurde da strengstens darauf geachtet, dass die gleichrangig behandelt wurden.

Dr. Eva Högl (SPD): Die konnten wir bisher nicht erkennen, die Gleichrangigkeit. Die wird zwar immer hervorgehoben, aber wir haben nichts in Richtung Gleichrangigkeit erkennen können. - Nun gut, das ist eine Bemerkung von mir.

Ich möchte noch gerne von Ihnen wissen: Haben Sie sich einmal mit den Kölner Kollegen ausgetauscht, die die beiden Sprengstoffanschläge da ermittelt haben?

Zeuge Bert Gricksch: Ich persönlich nicht, aber der zuständige Leiter der Ermittlungen. Man hat Spuren ausgetauscht, man hat Abgleiche gemacht. Also die Daten, die in Köln erhoben wurden, hat man mit den Daten, die in unserem System von uns erfasst wurden, abgeglichen - mit negativem Ergebnis.

Dr. Eva Högl (SPD): Ist Ihnen einmal untergekommen, dass es da auch eine Fallanalyse gegeben hat, die sehr deutlich von Türkenhass spricht, von einem menschenverachtenden Anschlag? Das bezog sich auf die Keupstraße, auf den Sprengstoffanschlag 2004. Ist darüber einmal in Ihrem Beisein

diskutiert worden, oder haben Sie da einmal nachgefragt?

Zeuge Bert Gricksch: Ich kann das jetzt heute nicht mehr definitiv sagen. Ich habe heute das Wissen, dass es so ist. Ich weiß aber nicht mehr, ob ich das damals hatte oder im Nachgang irgendwie gelesen habe.

Dr. Eva Högl (SPD): Ich hatte nur vermutet, dass man sich vielleicht in Nordrhein-Westfalen noch ein bisschen intensiver austauscht. Es sind zwar Köln und Dortmund, aber trotzdem. Aber das hat jetzt auch nicht so stattgefunden?

Zeuge Bert Gricksch: Es hat ein Austausch stattgefunden auf der Ebene, die es eigentlich wissen müssen.

Dr. Eva Högl (SPD): Aber Ermittlungsansatz Rechtsextremismus hat da keine Rolle gespielt? Jetzt nicht prominent, sodass Sie sich daran erinnern könnten?

Zeuge Bert Gricksch: Ich kann es Ihnen nicht sagen, weil ich an den Gesprächen nicht teilgenommen habe.

Dr. Eva Högl (SPD): Meine letzte Frage, Herr Grieksch. Sie haben ja Ihr Bedauern geäußert. Wenn Sie heute auf den Fall schauen, mit Ihrem Wissen von heute und was Sie nachträglich erfahren haben aus der Presse oder aus Gesprächen, was würden Sie denn sagen: Woran hat es gelegen? Was war der größte Fehler? Oder worauf müssen wir achten, dass das nicht wieder passiert?

Zeuge Bert Gricksch: Es ist jetzt einfach - - Sie können mir glauben, mir fällt es nicht leicht - -

Dr. Eva Högl (SPD): Das weiß ich.

Zeuge Bert Gricksch: Ich weiß es nicht. Es ist jetzt einfach, zu sagen: Wo sind die denn abgetaucht? Wo sind die denn überhaupt aufgeschlagen? Hätte man uns da etwas mitteilen müssen? - Ich weiß nicht. Wer hat diese Kenntnisse dieses Abtauchens gehabt? Ist das auf Sachbearbeiterebene gewesen? Ist das auf Vorgesetztebene gewesen? Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich habe das in der Presse nicht verfolgt. Nachdem alles wie Kraut und Rüben durcheinan-

derging, habe ich auf einen Abschlussbericht gewartet. Ich habe ja vorhin gesagt, es hat ein Telefonat gegeben - mehr sage ich jetzt zu dem Thema nicht -, aber auch nur, um sich auszutauschen. Ich möchte das eigentlich hier nicht sagen, weil ich kann es nicht fundieren. Ich glaube, nein, ich hoffe, dass wir es nicht waren, die die Fehler gemacht haben.

Dr. Eva Högl (SPD): Vielen Dank, Herr Grieksch. Herzlichen Dank.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur FDP-Fraktion. Herr Wolff hat das Wort.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Herr Grieksch, was mir aufgefallen ist - das kam heute noch nicht zur Sprache, aber es ist so -: dass wir von vielen Opferfamilien gehört haben, dass man erhebliche Schwierigkeiten hatte, wie sie in die Ermittlungen einbezogen wurden, zum Teil auch Verdächtigungen und Ähnliches. In Nordrhein-Westfalen war es komplett anders. Wir haben aus den Akten eine ganze Reihe von Aussagen, gerade auch von der Opferfamilie Kubasik, mitbekommen, dass gerade Sie in Dortmund, dass man sich aber zum Teil auch in Köln jedenfalls sehr fürsorglich, sehr angenehm, sehr offen, auch sehr transparent um die Opferfamilien gekümmert hat. Da würde mich einfach interessieren, was Sie konkret - vielleicht frage ich jetzt den Dortmunder - in Dortmund gemacht haben, wie Sie mit den Opferfamilien umgegangen sind, woher das kommt. Gab es da Anweisungen? Gab es da besondere Schulungen? Mich würde einfach einmal interessieren, wie das Umfeld gerade im Zusammenhang mit dem Umgang Opferfamilien bei Ihnen aussah.

Zeuge Bert Grieksch: Ich vermute, dass das nicht zuletzt mit meiner Person zu tun hat. Ich bin fortgebildeter Opferbetreuer und habe von - -

(Unruhe -Glocke des Vorsitzenden)

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Die Herren hier haben ein bisschen - - Ich habe Sie verstanden.

Zeuge Bert Grieksch: Ich bin fortgebildeter Opferbetreuer, und von daher habe ich eine gewisse Nähe zu Gefühlen der Opfer.

Von daher ist mir eben auch die Betreuung durch die Kollegen, die vor Ort sind, wichtig.

Wir versuchen natürlich, über die Opfer an die Täter heranzukommen. Das hat damit zu tun, dass, ich kenne jetzt keine Prozentzahlen, aber die weit überwiegende Zahl von Tötungsdelikten im familiären Umfeld ist. Von daher ist es eigentlich zwangsläufig, da eine enge Beziehung aufzubauen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Was ist ein Opferbetreuer? Ist das ein eigener Ausbildungsgang innerhalb der Polizeiausbildung?

Zeuge Bert Grieksch: Nein, das hat mit der Polizei überhaupt nichts zu tun. Das habe ich freiwillig gemacht. Ich habe in der vorherigen Kreispolizeibehörde, wo ich Dienst gemacht habe, in einem Team gearbeitet, wo wir rund um die Uhr zu erreichen waren, wenn irgendwelche schwerwiegenden Dinge angefallen sind, um uns mit den Opfern in Verbindung zu setzen. Wir sind dann vor Ort gefahren. Wir sind dann zum Beispiel mit den Leuten in die Leichenhallen gefahren, um die Angehörigen noch einmal Abschied nehmen zu lassen, und solche Dinge mehr, und haben die betreut.

Ich habe dazu einen besonderen Bezug. Von daher habe ich natürlich auch meinen Leuten mit auf den Weg gegeben, dass mir das ganz wichtig ist, und ich höre gerne, dass das auch so angekommen ist.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Wissen Sie, ob es in anderen Bundesländern ähnliche Institutionen oder ähnliche Fortbildungsmaßnahmen oder eben eigenständige Möglichkeiten des Ehrenamts im Bereich Opferbetreuung - in der Form - auch bei der Polizei gibt?

Zeuge Bert Grieksch: Die wird es sicherlich geben. Man darf das jetzt nicht mit Opferschutzbeauftragten verwechseln.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Ja, klar. D'accord.

Zeuge Bert Grieksch: Das ist wichtig. Das eine ist mehr eine private Geschichte, die so halb dienstlich wurde, indem wir uns bereit erklärt haben, die Opfer zu betreuen. Es ist nicht dieser dienstliche Bereich Opfer. Also, Opferfürsorge, denke ich, ist ein Be-

reich, der zunehmend an Bedeutung gewinnt, wo ich absolut hinterstehe. Von daher gehe ich davon aus, dass das in anderen Bundesländern, sicherlich mit Abstufungen, ähnlich ist.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Wurde oder wird so etwas von Ihrer Landesregierung unterstützt?

Zeuge Bert Gricksch: Ja.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): In welcher Form?

Zeuge Bert Gricksch: Indem mindestens die Dienststellen oder die Kreispolizeibehörden verpflichtet werden, entsprechende -- Die kriegen entsprechende Sockelstellen zugewiesen, und sie müssen sie belegen. Es werden also sehr, sehr viele Projekte aufgelegt. Also, ich glaube, dass das im Bereich Prävention - und dazu gehört für mich eben die Opferfürsorge - eine große Rolle spielt.

Ich will noch ein anderes Beispiel nennen. Wir bilden für besondere Ereignisse, unter anderem zum Beispiel für Geiselnahmen oder solche Dinge, sogar einen Einsatzabschnitt, der sich ausschließlich mit dieser Frage beschäftigt: Wie beschäftigt sich die Polizei mit den Opfern? Wie kümmert sich die Polizei um die Opfer? Und da sind wir speziell in Dortmund, auch im Vergleich zu anderen Kreispolizeibehörden in Nordrhein-Westfalen, ganz weit vorne.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Ich möchte ein anderes Thema ansprechen: Würden Sie mir einfach kurz mit Ihren Worten allgemein die Öffentlichkeitsarbeit der BAO „Kiosk“ skizzieren? Es gab zum Beispiel mehrere Protokolle, auch von Telefonkonferenzen, auch zum Beispiel zu einem Beitrag des Westdeutschen Rundfunks. Welche Strategie haben Sie da verfolgt? Was war generell die Öffentlichkeitsstrategie, die Sie an der Stelle hatten?

Zeuge Bert Gricksch: Also, die Öffentlichkeitsarbeit ist in der Lenkungsgruppe abgestimmt worden. Es hat also nicht jeder gemacht, was er wollte. Eben wegen der Außenwirkung hat man sich da schon abgestimmt. Und wenn eben Presseanfragen da waren, die die gesamte BAO betrafen, dann hat man auch an Nürnberg verwiesen und

hat die Arbeit vor Ort gar nicht gemacht. Wir haben also Öffentlichkeitsarbeit vor Ort eigentlich nur betrieben, wenn es speziell unseren Fall in Dortmund betraf.

Es hatte auch, glaube ich, von der OFA Bayern ein entsprechendes Konzept gegeben, ein Öffentlichkeitskonzept, wie man also mit den Dingen umgeht, und ich erinnere mich, dass die Hamburger auch mal so was aufgelegt haben, wo die Frage beleuchtet wurde: Wie gehen wir mit einem möglichen Fall 10 um, wenn es ihn denn geben sollte?

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Weil Sie ja ein besonderer Vertreter der Einzeltätertheorie waren: Hat Ihnen in der Strategie aus Nürnberg etwas gefehlt? War das auch einer der kritischen Punkte oder Diskussionspunkte?

Zeuge Bert Gricksch: Also, ich konnte das nachvollziehen. Es ist irgendwann mal vom Leiter der BAO gesagt worden - und da hat er recht -: Wir haben keine konkreten Hinweise, die auf diese Einzeltätertheorie hinweisen, und von daher lasst uns das lassen. - Und es ist ja ein, sage ich jetzt mal, Kollektivbeschluss gewesen, wo sich aber keiner geistig vergewaltigen musste, zu sagen: Ja, das ist so; wir sehen das so. - Also, es gab jetzt keinen, der gesagt hat: Nein, nein Leute, hier ganz klar konkret -- Einen solchen glasklaren Fall haben wir nicht gehabt, um so eine These vertreten zu können.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Also, es gab zumindest mal Diskussionspunkte darüber, ob die Öffentlichkeitsstrategie aus Nürnberg zumindest auch gewisse Implikationen hatte. Wir hatten ja den Zeugen Beckstein hier. Wurde auch über die Verhältnisse gerade auch zu den Ministerien oder -- Die Öffentlichkeitsstrategie ist ja manchmal nicht nur eine rein fachliche, sondern die Auswirkungen können ja auch, gerade in dem Zeitraum, den der Vorsitzende ansprach, besondere Bedeutung haben. Hat man das auch gegebenenfalls -- Haben Sie das auch mit Ihrem Ministerium rückgekoppelt, oder haben Sie in der Steuerungsgruppe gesagt: „Okay, Herr Geier hat gesagt: Wir machen das so und so“? Hat man da noch andere Fragen gehabt außer --

Zeuge Bert Gricksch: Geier hat einen Vorschlag gemacht, und dem haben wir uns angeschlossen, weil er auch vernünftig

schien. Ich habe selbst mit dem Ministerium, mit meinem Ministerium nicht gesprochen, erinnere mich allerdings an irgendeine Passage in irgendeinem Protokoll, wo der Hinweis aus Richtung Bayern kam, dass bestimmte Dinge eben auch ministeriell abgestimmt sein müssen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Sie haben im März 2007, also verhältnismäßig spät, eine Informationsveranstaltung für Teilnehmer aus anderen Behörden der Bezirksregierung gemacht. Warum eigentlich erst so spät? War das auch etwas, wo Sie sagten: „Vielleicht müssen wir doch noch mal einen anderen Weg gehen, weil das Andere in der BAO selber so war“? Oder warum erst so spät, und was haben Sie mit der Veranstaltung konkret zu erreichen versucht?

Zeuge Bert Gricksch: Tja, wir wollten eigentlich den Letzten, die möglicherweise doch noch nichts mitbekommen haben, verdeutlichen, in welcher Situation wir da sind und welche Leute da ihr Unwesen treiben. Wir wollten mit dieser Aktion vorbereiten, was passiert, wenn es denn einen zehnten Fall geben sollte, bzw.: Achtet bitte auch auf Hinweise, die in diese oder jene Richtung gehen. Ich nenne jetzt mal nur dieses Beispiel mit dieser Plastiktüte. So einen Fall hat es sicherlich gegeben. Wir haben ihn nur leider nicht zur Kenntnis bekommen. Ich gehe davon aus - das ist jetzt eine Mutmaßung von mir -: Die sind ja nicht neunmal reingegangen und haben neunmal weggeschossen, sondern ich denke, da wird es vielleicht auch Versuchshandlungen gegeben haben, die man dann abgebrochen hat, und irgendein Zeuge hätte es ja beobachten können.

Von daher war es wichtig, auch die Kollegen auf Ballhöhe zu bringen. Warum das so relativ spät - - Wobei, die Frage ist ja: Woran messen Sie dieses „relativ“? Also, wenn ich jetzt unseren Einstieg sehe, im April 2006, und nach elf Monaten - - Gut, das ist, wenn man so will, auch relativ spät, aber eben nicht fünf Jahre später. - Warum das da geschehen ist, kann ich Ihnen nicht sagen. Das ist irgendeine dieser Ideen, die irgendwann mal kommen, von wem auch immer, und man sagt: Mensch, gute Idee; wir machen das jetzt. - Es ist ja nicht so, dass jeder da die Weisheit mit dem Löffel gefressen hat, sondern das ist eine Teamarbeit, und irgendwann ist dann diese Idee gekommen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Eine letzte Frage noch zu dem Bereich, den ich eingangs angesprochen hatte. Diese Frage habe ich nämlich vergessen. Haben Sie den Bereich des Umgangs mit den Opferfamilien als ein mögliches Asset, das Dortmund hat, in die Steuerungsgruppe mit eingebracht? - Weil Sie ja auch sagten: Gerade hier gibt es doch die Möglichkeit, diesen positiven Opfergedanken oder Opferinformationsgedanken quasi einzubringen? Haben Sie das eingebracht, oder wurde das dann in der Steuerungsgruppe quasi abgelehnt?

Zeuge Bert Gricksch: Nein. Also ich habe es nicht eingebracht. Für mich war selbstverständlich - - Ich muss ehrlich sagen: Ich habe es nicht als würdig empfunden, das da entsprechend darzustellen. Wenn Sie jetzt im Nachhinein sagen, dass das in anderen Ländern anders gehandhabt wurde, dann war mir das nicht klar. Wenn ich das gewusst hätte, hätte ich es wahrscheinlich gesagt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur Fraktion Die Linke. Frau Pau.

Petra Pau (DIE LINKE): Herr Gricksch, Sie können ruhig kurz antworten. Wir sind im Moment Leidensgenossen. Meine Stimme ist schon über längere Zeit etwas lädiert. Ich kann mich also hineinfühlen, wie schwierig das ist.

Ich komme noch mal zurück auf die Ausgangsfrage des Kollegen Binninger und die stille Post. Also: Welche Aussagen hat die Zeugin zur Beschreibung gemacht?

Es gab eine Nachbefragung der Zeugin, noch einmal, ausweislich eines Vermerks der MK „Kiosk“. Wir finden das in MAT A GBA-4/7 b, Blatt 570. Da wurde die Personenbeschreibung nochmals mit ihr besprochen. Dort heißt es dann - ich zitiere -:

Sie konnte zu ihren Angaben, dass beide Männer zwischen 25 und 30 Jahren waren, kurze dunkel blonde Haare hatten und vermutlich Deutsche waren, nichts hinzufügen.

Dann gab es eine weitere Nachvernehmung am 16.06.2006, wo einerseits der Zeitpunkt der Wahrnehmung noch mal geklärt wurde - Sie haben das vorhin dargestellt -;

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die korrekte Fundstelle lautet: MAT A GBA-4/7 b, Blatt 183.

und dann kommt das auch vorhin schon Zitierte:

Vom Typ her sei der Mann ein Junkie oder ein Nazi gewesen.

Für mich stellt sich jetzt die Frage: Ist mit der Zeugin jemals darüber geredet worden, was für sie ein Nazi ist, mit welchen Merkmalen sie gegebenenfalls einen Nazi oder einen Junkie identifiziert? Wurden ihr vielleicht auch Lichtbilder vorgelegt, um das irgendwie zu verifizieren?

Zeuge Bert Gricksch: Die Frage hat sich mir aufgedrängt. Ich muss noch mal wiederholen: Ich habe erst durch das Aktenstudium jetzt in Dortmund Kenntnis erlangt. Ich wusste überhaupt nichts von diesem Widerspruch. Für mich war die Spur vom Tisch. Es waren betrunkene Junkies. Von „rechts“ ist mir gar nichts bekannt gewesen zum Zeitpunkt der Ermittlungen. Wie gesagt, ich habe erst in der letzten Woche davon erfahren, dass das so ist. Ich kann Ihnen nur sagen: Der Kollege, mit dem ich jetzt nicht gesprochen habe - ich weiß, wer der Unterzeichner war -, kann es sich nicht erklären, sagt der Leiter der Ermittlungen, dem allerdings derselbe Lapsus passiert ist.

Petra Pau (DIE LINKE): Alles klar.

Zeuge Bert Gricksch: Auch das kann man sich nicht erklären.

Petra Pau (DIE LINKE): Ich finde in den Akten eine Aussage oder ein Zitat des Staatsanwalts, Herrn Artkämper, der sich im *Spiegel* 29/2006 geäußert hat, wonach der Täter ein „Durchgeknallter“ sein könnte, der Türken hasst. Haben Sie mit Herrn Artkämper jemals die Möglichkeit eines rechtsextremen Täters oder fremdenfeindlich eingestellten Täters diskutiert?

Zeuge Bert Gricksch: Nein.

Petra Pau (DIE LINKE): Dann komme ich zurück auf Ihren Hinweis, dass es ja aus der BAO zu einem gewissen Zeitpunkt den Hinweis gegeben hat, dass man den Staatsschutz einbeziehen sollte. Dazu hätte ich auch noch zwei Fragen, und zwar wüsste ich gern doch noch mal genauer, inwieweit man

diesem Hinweis nachgegangen ist, welche Fragen gegebenenfalls an den Staatsschutz gestellt wurden. Und in diesem Zusammenhang interessiert mich, ob Sie jemals, ob vom Staatsschutz, vom Verfassungsschutz, wem auch immer, Informationen zur Neonaziszene in Dortmund bekommen haben, zum Beispiel zur Neonaziszene rings um die Naziband „Oidoxie“/„Weisse Wölfe“ oder auch um dort ansässige Rechtsextreme, die gegebenenfalls auch aus anderen Bundesländern zugewandert sind. - Nicht?

Zeuge Bert Gricksch: Nein. - Also, wir haben - - Vielleicht noch mal zur Rolle des Staatsschutzes: Wir hatten keinen konkreten Hinweis auf Rechts, wir haben es aber nicht ausgeschlossen; also: in alle Richtungen offen. Deshalb die Beteiligung des Staatsschutzes. Wenn ein solcher Fall gewesen wäre, dann hätten die Mitarbeiter dieses Staatsschutzes auch diese Spur gekriegt, um dann auf ihren Feldern mit LfV-Verbindungen und LKA Licht da reinzubringen. Es ist aber eben kein einziger Hinweis gekommen und keine einzige Spur, kein einziger Kreuztreffer - bis September 2009, muss ich hier noch einmal einschränkend sagen. Was danach war, weiß ich nicht. Ich bin wahrscheinlich viel gespannter als Sie. Ich denke, Sie wissen viel mehr als ich, was die Geschehnisse dieses Falles nach September 2009 anbelangt.

Petra Pau (DIE LINKE): Zumindest haben wir natürlich jetzt den Überblick, soweit man den gewinnen kann, über die einzelnen Fälle und legen bestimmte Dinge übereinander, die Sie nicht übereinanderlegen konnten. Das ist ja völlig klar. Deshalb nur der Vollständigkeit halber, um das hier einfach festzuhalten: Das heißt, Ihnen ist jetzt auch keine Anfrage an den Staatsschutz zu schusswaffenaffinen und polizeiauffälligen Rechten bekannt, aber auch keine Information wiederum von dieser Seite an die Polizei?

Zeuge Bert Gricksch: Ist mir nicht bekannt. Ich will es aber nicht ausschließen, weil ich mit dem Leiter der Ermittlungen über relevante Spuren gesprochen habe. Und wenn eine solche Anfrage gekommen sein sollte, die negativ beschieden wurde, dann hat die möglicherweise für ihn keine Relevanz gehabt, und er hat es mir nicht mitgeteilt. Also, ich kann es nicht ausschließen.

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A GBA-4/7 b, Blatt 191.

Petra Pau (DIE LINKE): Alles klar. - Ich habe eine letzte Frage. Uns liegt die Steuerungsinformation des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen vom 28.07.2005 vor. Wir finden das in MAT A NW-2/3, Blatt 76. Dort heißt es zur Nachtatphase - ich zitiere -:

Flucht mit Fahrrädern zum Parkplatz des Tatfahrzeugs, Verladung der Fahrräder ins Fahrzeuginnere.

Zitat Ende. - Heute wissen wir, dass diese Beschreibung sehr genau zutreffend scheint. Nun haben wir in den Akten viele Seiten mit Massendatenerhebungen, Rasterfahndung bezüglich Fahrzeugabfragen gefunden, allerdings keinerlei Abfragen von Wohnmobilverleihen. Können Sie sich noch daran erinnern, wie in der BAO „Bosporus“ oder auch bei Ihnen in der MK „Kiosk“ darüber diskutiert wurde, welche Fluchtfahrzeuge eigentlich genutzt wurden oder möglicherweise genutzt wurden, und wie es dann zu den Entscheidungen kam, nach welchen Fahrzeugen gefahndet wird?

Zeuge Bert Gricksch: Also, diesen Vermerk kenne ich nicht. Der ist ja auch vor unserer Tat in die Welt gesetzt worden. Aber wir haben Massendaten erhoben: Fahrzeugvermieter. Und, was mit Fahrzeugen im Zusammenhang steht, sind natürlich Kreditkarten, die benutzt wurden, bzw. wir haben Verkehrsverstöße ausgewertet, indem wir uns die Beweisfotos der Verkehrssünder angesehen haben.

Petra Pau (DIE LINKE): Mir geht es eher darum: Mit welchem Fahrzeug kann man Fahrräder sozusagen unauffällig transportieren? Da fallen mir nicht so sehr viele ein. Deswegen stellt sich mir - sicherlich im Nachhinein - die Frage: Warum hat man nicht auch genauer nach Wohnmobilen geschaut?

Zeuge Bert Gricksch: Ja, da bin ich bei Ihnen. Das kann ich nicht beantworten. Wenn ich - - Ich bin hier, um ehrlich zu sein: Es wundert mich, wenn wir nicht danach gefragt haben.

Petra Pau (DIE LINKE): Herzlichen Dank.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht geht zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Wieland, bitte.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Gricksch, ich will auch sagen - wir haben ja hier so einen Vergleich mit den verschiedenen Tatorten -, dass mir in Dortmund sehr positiv aufgefallen ist, dass Sie nicht geradezu zwanghaft nach Spuren ins kriminelle Milieu, in Richtung Rauschgift oder organisierte Kriminalität gesucht haben, sondern sogar die - ich sage das jetzt mal; beim Opfer ist das ein bisschen komisch - entlastenden Momente zu Papier gebracht haben, die dagegen sprechen, dass dieses Opfer etwas in diese Richtung zu tun habe. Von daher ein Kompliment.

Wenn ich so einleite, kommt natürlich ein Aber. Das mit Frau Dzinic ist für mich nicht geklärt; denn es ging ja noch weiter. Das, was Ihnen eben die Kollegin Pau vorgehalten hat, war ein Vermerk eines Kriminalhauptkommissars Barylla, der in der Wohnung war und der sehr präzise schreibt, dass ihr die Fotos der Kameraüberwachung vorgelegt wurden, dass sie zur Kleidung was gesagt hat, zur Mütze und und und.

Sie könne dies aber nicht näher beschreiben, sie wisse also nicht, ob es eine Armeehose oder eine Armeejacke gewesen sei, es sei eine Erinnerung an die Gesamterscheinung. Vom Typ her sei der Mann ein Junkie oder ein Nazi gewesen.

Das kommt nicht irgendwie als Floskel oder als Standard, sondern so, als ob sie dies gesagt hätte.

Dann wurde sie noch mal in ihrer Wohnung aufgesucht, im Oktober - ich weiß nicht, ob Sie das auch gelesen haben -, von einem anderen Beamten, von Herrn Lötters, der ihr die Lichtbilder aus Köln vorzeigt. Und da heißt es auch wieder:

Frau Dzinic gab nochmals zur Personenbeschreibung des Mannes in Dortmund an, dass sie ihn für einen Junkie bzw. Nazi gehalten habe.

So viel stille Post kann es doch gar nicht geben in einer Dienststelle, dass Sie hier sagen: Das muss alles ein Fehler sein; diese Frau kann das nicht mehr gesagt haben. Es müssten zwei Beamten unabhängig voneinander dieses „oder Nazi“ dazufabuliert haben. Ist das wahrscheinlich?

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A GBA-4/7 b, Blatt 191.

** Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A GBA-4/7 b, Blatt 194.

Zeuge Bert Gricksch: Ja.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum? - Wirklich: Warum?

Zeuge Bert Gricksch: Ich kann es Ihnen nicht erklären. Der Kollege kann es sich auch nicht erklären.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ist ja nicht nur einer. Also, da fangen wir - -

Zeuge Bert Gricksch: Nein, es sind zwei.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann fangen wir noch mal vorne an, Herr Gricksch. Dann fangen wir wirklich noch mal vorne an.

Wir haben als erstes einen Telefonvermerk von einem Herrn Meyer, Kriminalkommissar. Darin taucht der Nazi nicht auf. So. Wir wissen aber nicht, ob dieser Vermerk vollständig ist. In diesem Vermerk steht dieses: wie besoffener Junkie.

Dann gibt es diesen Vermerk, den Sie erwähnt haben, vom nächsten Tag, von Herrn Klimek, Kriminaloberkommissar, wo Sie sinngemäß sagen: Das war der Vorgesetzte. - Nein? Der nicht? - Gut.

Dann sind wir aber bei Herrn Klimek, und der schreibt zunächst in wörtlicher Rede:

Die Männer sollen „wie Rechtsradikale“ ausgesehen haben.

Da gibt es nun zwei Möglichkeiten: Er hat das fantasiert - -

Zeuge Bert Gricksch: Hm.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Moment. Das ist die eine Möglichkeit. Sie sind zu schnell in dieser Frage.

Zeuge Bert Gricksch: Ich bestätige Sie nur in dem Augenblick.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gibt ja eine Alternative. Er kann das fantasiert haben, oder die Frau kann es gesagt haben, aber bei dem Vermerk, den der Beamte am Vortag gemacht hat, hat er es nicht geschrieben, hat es dann

aber gesprächsweise seinem Kollegen gesagt, und der bringt es zu Papier. Da steht es zunächst mal. Und dann trifft man sie zwischen Tür und Angel, wie Sie sagten, und dann sagt sie: Nein, da bin ich falsch verstanden worden; mit Rechtsradikalen ist das nicht. - Zwischen Tür und Angel, wie Sie selber sagten, vor ihrer Haustür. Und dann macht man eine förmliche Vernehmung, und da fragt man aber nicht nach. Da fragt man wirklich nicht nach. Da redet sie von Junkies, und da wäre es naheliegend gewesen, zu sagen: Was ist denn nun mit Rechtsradikalen? Da hätte man es klären können. Das tut man nicht. Man lässt es dabei. Und dann kommen zwei andere Personen, zwei andere Kriminalbeamte, in ihre Wohnung, zu ganz unterschiedlichen Zeitpunkten, und kommen wieder mit der Alternative „Junkie oder Nazi“.

Wenn ich jetzt mal zähle, dann haben wir dreimal die Alternative „Junkie oder Nazi“, und wir haben zweimal - - einmal „kein Nazi“ und einmal nicht danach gefragt. Und dann ist die Frage: Warum taucht in den zusammenfassenden Berichten der Nazi nie auf? Diese Frage ist wirklich da. Man hätte es da ja reinschreiben können; denn es war nicht richtig geklärt. Es ist offenbar bis heute nicht richtig geklärt.

Und da wundern wir uns natürlich, weil wir immer feststellen, dass die rechtsradikale Spur nicht in die Medienstrategie soll: nach Möglichkeit nicht darüber reden. Und jetzt - ich sage es mal mit meinen Worten -: Zwingt „Nazi“ raus, zwingt „Junkie“ rein, sodass ich den Eindruck habe, auch hier wollte man den „Nazi“ nicht haben.

So, jetzt habe ich Ihnen einen langen Vorhalt gemacht. Aber Ihre Erklärung, dass sich Ihre sehr nüchternen westfälischen Kollegen alle auf einmal was ausdenken - - Das glaube ich nicht.

Zeuge Bert Gricksch: Gut, ich muss Ihnen erklären, wie ich zu der Einschätzung gekommen bin. Ich habe ja mit dem Kollegen, der den letzten Vermerk geschrieben hat, gesprochen. Das ist der Leiter der Ermittlungen gewesen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer war das jetzt? Den Namen.

Zeuge Bert Gricksch: Das war der Kollege Lötters.

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A GBA-4/7 b, Blatt 174.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sind ja keine Geheimdienstleute. Da können wir ja - - Also Herr Lötters.

Zeuge Bert Gricksch: Herr Lötters ist der Leiter der Ermittlungen gewesen, ein ausgezeichnete Mann, Mordkommissionsleiter. Der sagte mir vorige Woche: Ich kann es mir nicht erklären, warum ich das da reingeschrieben habe; ich weiß es nicht mehr. - Das muss ich ihm glauben.

Herr Wieland, die Fragen, die Sie stellen, die hätte ich auch stellen können. Ich bin komplett bei Ihnen. Ich verstehe es auch nicht. Es erklärt sich mir nicht, dass unabhängig voneinander - -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es sei denn, die Frau hat es gesagt. Hat der denn so ein gutes Gedächtnis, dass er jetzt, nach zwölf - Entschuldigung -, nach sechs Jahren, noch weiß, was sie gesagt hat und was er eventuell fehlerhaft zu Papier gebracht hat?

Zeuge Bert Gricksch: Ich nehme mal an, ja. Sie müssen vielleicht gucken - - Er hat ja einen vorläufigen Schlussbericht geschrieben; ich weiß jetzt nicht mehr, von wann der datiert ist. Wie nahe ist der an dem Vermerk, den er gefertigt hat? Denn in dem vorläufigen Schlussbericht steht von „Nazi“ nichts.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, eben.

Zeuge Bert Gricksch: Und der ist von Herrn Lötters geschrieben.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, eben.

Zeuge Bert Gricksch: Ich sage noch mal: Er kann es sich nicht erklären. Er hat mit dem Kollegen Barylla gesprochen. Auch der kann es sich nicht erklären, und ich kann es mir auch nicht erklären und Ihnen auch nicht erklären, dass - -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielleicht hätte man fragen sollen: Warum ist „Nazi“ rausgeflogen? Vielleicht hätte man so herum fragen sollen.

Zeuge Bert Gricksch: Ich habe eine Vermutung.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja?

Zeuge Bert Gricksch: Durch irgendeine stille Post kriegt jemand den Auftrag, also dieses zweite Team, Klimek und - - Ich weiß nicht mehr, wer es war. Köppen, glaube ich. Klimek und Köppen. Der Hinweis geht ein - noch mal -, auf der K-Wache, und der Kollege schreibt: „rechts“. - Nein, er schreibt nicht „rechts“.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch.

Zeuge Bert Gricksch: Nein.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der erste nicht.

Zeuge Bert Gricksch: Der erste nicht.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der erste ist Meyer, und der schreibt es nicht.

Zeuge Bert Gricksch: Und das ist ja der Auftrag. Daraus ergibt sich der Auftrag, vermutlich von Herrn Lötters an dieses Team: Fahrt raus und hört euch diese Zeugin an. - So. Jetzt machen die ein persönliches Gespräch ohne Vernehmung - immer schlecht - und konfrontieren sie damit, warum auch immer: Hör mal, du hast gesagt: rechts. - Daraufhin sagt sie in dem Vorgespräch: Nein, ist nicht rechts; Quatsch. - Und genau die beiden machen dann am nächsten Tag die Vernehmung. Damit war vermutlich - ich vermute das; ich habe mit ihnen nicht gesprochen - in den Köpfen: Rechts ist raus. - Noch mal: Das sind Mitarbeiter des Staatsschutzes gewesen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Bert Gricksch: Ich denke, bis dahin ist das alles erklärlich.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wäre dann für uns erledigt.

Zeuge Bert Gricksch: Herr Wieland, ich bin komplett bei Ihnen. - Lötters kann sich nicht erklären, warum Barylla ein paar Tage später schreibt: Nazi oder rechts [sic!].

Noch mal: Ich habe jetzt nicht gefragt, ob er Barylla gesprochen hat. Das wird er getan haben. Ich habe dann Lötters gefragt, und dann sagte er: Und diesen Schwachsinn habe ich geschrieben. Ich weiß nicht, warum. Ich kann es nicht mehr rekonstruieren. - Ich habe keine Erklärung dafür. Die Fragen, die Sie haben, habe ich auch. Und wenn ich die Spur eher gelesen hätte, dann wären die Fragen auch eher gekommen. Das sage ich jetzt nicht, um mich hier in einem positiven Licht darzustellen, aber es ist ja ganz offenkundig. Nur, die Spur war erledigt. Die Spur „rechts“ war für mich erledigt, nachdem ich Kenntnis erhalten hatte: Da ist eine Vernehmung durchgeführt worden; dieser Hinweis: Rechts ist raus.

Ich weiß, wenn ich ehrlich bin, überhaupt nicht, ob ich von dem Hinweis „rechts“ wusste. Ich weiß nur: Es gibt eine Spur, Dzinic, und da ist mir nur gesagt worden: Die haben wir abgeklärt. Die ist rund. Da ist nichts mehr dran. - Von daher kann ich jetzt gar nicht sagen, ob ich überhaupt damals davon gewusst habe, dass da „rechts“ dringestanden hat.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine letzte - - Ich habe dann keine Fragen, keine Vorhalte mehr.

Wir sind uns ja doch wohl alle einig, dass beide Aussagen - sieht aus wie ein Richter/sieht aus wie ein Junkie - nicht sonderlich zielführend sind.

Zeuge Bert Gricksch: Nein, natürlich nicht.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Die Frage nur: Warum fiel es irgendwann mal raus, diese Alternative? Das ist meine Frage.

Zeuge Bert Gricksch: Die kann ich jetzt natürlich nur persönlich beantworten: Nicht aufgrund dessen, dass ich da interveniert hätte. Noch mal: Ich habe überhaupt keine Kenntnis davon gehabt, dass da irgendetwas Rechtes im Raum steht. Ich kann es nicht sagen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wollte auch niemand unterstellen.

Zeuge Bert Gricksch: Und ich unterstelle das auch nicht dem Kollegen Lötters. Der ist sicherlich am unglücklichsten darüber, dass das da so steht.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir sind am Ende der ersten Berliner Runde. Ich darf fragen, ob es weiteren Fragebedarf gibt. - Die Union hat signalisiert, dass sie noch etwas hat. Bitte.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Nur noch ganz kurz in Ergänzung zu dem, was der Herr Wieland gefragt hat: Ich verstehe es immer noch nicht ganz. Jetzt haben Sie unter Umständen mal das Thema „Nazi“ wegdiskutiert, und damit hat das unter Umständen keine Konsequenz gehabt. Oder hat es im Rahmen des Staatsschutzes doch eine Konsequenz gehabt? Wie wurde denn dann gerade das Thema „rechte Szene, Täter aus dem rechten Milieu kommend“ verfolgt vor dem Hintergrund, dass einen Monat später, nachdem ich den Mord hatte, die zweite OFA aus Bayern kam? Sie haben ja selber gesagt, Sie sind ein Verfechter der Einzeltätertheorie - so habe ich Sie jedenfalls verstanden -, vielleicht nicht zwingend mit dem Hintergrund rechte Szene. Aber welche Konsequenz hat das dann in Ihrer Staatsschutzabteilung gehabt, und wie sahen dann nach Ihrem Kenntnisstand die Rückkopplungen von dem Bereich aus?

Zeuge Bert Gricksch: Also, wir haben das nicht wegdiskutiert. Man hat das als eine der Möglichkeiten zur Kenntnis genommen, hat sich aber auf die Spurenabarbeitung konzentriert, weil man gesagt hat: Wenn wir sie kriegen, dann kriegen wir sie über die Spuren; und wenn dann Rechte dabei sind, dann: Staatsschutz, lass gehen. - Wir haben also jetzt nicht proaktiv die rechte Szene abgegrast, weil es überhaupt nichts gab, was darauf hindeutete. Es gab eben keine konkreten Hinweise und deshalb eben auch diese Verständigung darauf, konkret da nicht zu arbeiten.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Wir fragen uns ja auch: Was müssen wir in der Ermittlungs- oder in der Sicherheitsarchitektur insgesamt verändern? Mir klingt das heute den

ganzen Tag so: Wir haben hier eine Trennung bei uns - da ist die Staatsschutzabteilung, und was mal weg ist, ist aus dem Sinn -, und - unter Umständen - mit dem Landesamt für Verfassungsschutz spricht man überhaupt nicht. Wie wird denn dann die Kommunikation sichergestellt? Oder: Dass Sie nur aktiv werden, wenn Sie tatsächlich objektive Hinweise haben - aber jetzt nicht aufsetzend auf die Einzeltätertheorie -, und tatsächlich einmal an das Landesamt oder an die Staatsschutzabteilung herantreten und sagen: Du, gibt es denn da etwas? Könnte man da nicht neue Ermittlungsansätze gewinnen? - - Dieses Vorgehen leuchtet mir nicht ein.

Zeuge Bert Gricksch: Diese Kontakte zu den Landesämtern sind ja da gewesen, in Bayern. Wir haben ja Hinweise vom Landesamt in Bayern gekriegt - daran kann ich mich erinnern -, zwei, drei Stück, und ich meine, auch von anderen Verfassungsschutzbehörden. Das heißt, die haben schon Kenntnis davon gehabt, und wenn die was hatten, haben die uns schon informiert. Es hat auch Rückkopplungen gegeben. Wenn wir durch Spuren, durch Kreuztreffer jemanden hatten, der entsprechende Erkenntnisse hatte, dann ist man auch an das Landesamt - -

Stephan Stracke (CDU/CSU): Aber am nächstliegenden wäre es doch, dass Sie nicht warten, bis die anderen Landesämter irgendwie Kontakt aufnehmen, wo Sie es auch nicht genau wissen, sondern selber auf Ihr eigenes Landesamt zugehen.

Zeuge Bert Gricksch: Wie gesagt: Wir haben die Meldedienste bedient. Möglicherweise oder wahrscheinlich ist es nicht genug gewesen. Es ist jetzt müßig zu überlegen, was passiert - -

Stephan Stracke (CDU/CSU): Haben Sie das grundsätzlich so, dass Sie ausschließlich die Meldedienste bedienen und Sie dann davon ausgehen, dass das im Behördenapparat dann schon so wahrgenommen wird? Da ist dann schon irgendwann ein Rücklauf da?

Zeuge Bert Gricksch: Wenn nichts Konkretes da ist, ja. Wir haben die Meldedienste. Die werden bestückt, und natürlich muss dann jemand reagieren, vor allem, wenn ich

nichts habe. Das ist die Grundvoraussetzung.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Noch eine Frage zu Ihrem Staatsanwalt Artkämper. Die Frau Kollegin Pau hat sich dazu ja schon geäußert, und Sie hatten geantwortet: Er hat mit Ihnen keine Diskussion über seine Äußerung in irgendeiner Weise geführt. Er ist ja grundsätzlich mal sachleitend, vom Prinzip her jedenfalls. Haben Sie jetzt von seiner sachleitenden Funktion her, gerade wenn er sich so einlässt, dass im Prinzip ein Migrantenhasser der Täter sein könnte, gespürt: Er geht speziell dieser Ermittlungsrichtung auch noch mal nach; er setzt da einen Punkt. Er beauftragt Sie beispielsweise: Schauen Sie hier doch mal nach. Oder er fragt nach: Was habt ihr für Erkenntnisse in dem Bereich? Oder hat er das einfach mal rausgehauen?

Zeuge Bert Gricksch: Ich kann es Ihnen nicht sagen. Ich habe diesen Hinweis im Nachgang durch das Aktenstudium zur Kenntnis bekommen. Mir ist überhaupt nicht erinnerlich, dass er im Laufe der Ermittlungen irgendetwas in der Richtung gesagt haben könnte. Aber ich sage Ihnen auch ganz ehrlich: Ich weiß es nicht. Möglicherweise hat er mal so eine Äußerung von sich gegeben. Also, ja - - Herr Artkämper ist dann Herr Artkämper.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Gricksch. - Herr Kollege Schipanski hätte noch eine Frage.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ich habe noch eine ganz konkrete Nachfrage in Bezug auf das, was der Kollege Stracke gerade gefragt hat, noch mal mit Blick auf die Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz: Wir haben in den Akten ein Schreiben des LKA an das Innenministerium vom 12.12.2011 gefunden - das ist MAT A NW-6 g, Blatt 196 -, dass unweit des Tatortes in der Mallinckrodtstraße ein bekannter Rechtsextremist gewohnt hat. Wurde Ihnen das im Jahre 2006 bei Ihren Ermittlungen von irgendeiner Seite - ob Staatsschutz oder Landesverfassungsamt - mitgeteilt?

Zeuge Bert Gricksch: Mir persönlich nicht.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ihnen persönlich nicht. Und Leuten Ihres Teams? - Das wissen Sie jetzt nicht?

Zeuge Bert Gricksch: Das kann ich nicht beantworten.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gibt es noch Fragen bei der SPD? -

(Dr. Eva Högl (SPD): Nein!)

Bei der FDP? -

(Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):
Ja!)

Bei der Linksfraktion? - Das ist so. - Bei der FDP auch noch.

Ich darf die Sitzungsleitung wegen eines dringenden Termins an den Kollegen Stracke übergeben, der das hier zu Ende bringen wird.

Herr Gricksch, ich darf mich an der Stelle von Ihnen verabschieden. Ich wünsche Ihnen nachher noch einen angenehmen Restabend.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Die SPD hat keine Fragen mehr?

(Dr. Eva Högl (SPD): Sie dürfen ausnahmsweise!)

Stellvertretender Vorsitzender Stephan Stracke: Nein. Herr Wolff, Sie sind dran.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Herr Gricksch, mich würde auch noch mal das Thema der Koordination interessieren. Am 28.12.2006 hat die BAO „Bosporus“ das LfV Bayern - kennen Sie jetzt nicht; findet sich in den Akten an einer anderen Stelle - darauf hingewiesen, dass man innerhalb der Steuerungsgruppe darum gebeten hat, auch Informationen gerade über Rechtsextremismus zu sammeln. Herr Geier hat uns gesagt, dass das Feedback zumindest von polizeilicher Seite sehr rudimentär war, was das Thema rechte Szene und Ermittlungen in den jeweiligen Standorten, wo die Morde stattgefunden haben - - verhältnismäßig rudimentär war. Welche Informationen haben Sie damals übermittelt?

Zeuge Bert Gricksch: Keine.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Wurde insgesamt, von anderen Kollegen, dort viel dazu beigetragen? Gerade 2006, als die Einzeltätertheorie gerade durch den Mord in Dortmund, aber auch in Kassel stärker fokussiert war, haben Sie da mitbekommen, dass die anderen Kollegen da Besonderes geliefert hätten?

Zeuge Bert Gricksch: Daran kann ich mich nicht erinnern.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Ist denn damals vielleicht die Zusammenarbeit in der Steuerungsgruppe, fokussiert auf den Verfassungsschutz, intensiviert worden? Haben Sie da einen - in Führungszeichen - „Ruck“ in der Steuerungsgruppe stärker in Richtung Rechtsextremismus gesehen, oder ging es im Prinzip - sage ich jetzt mal - so weiter wie bisher?

Zeuge Bert Gricksch: Ich kann nicht beurteilen, ob die einzelnen Länder in der Richtung aktiver geworden sind. Wir sind es nicht geworden, und wie das bei den anderen ist, weiß ich nicht. „Ruck“ Steuerungsgruppe - daran kann ich mich nicht erinnern. Ich habe ja gesagt: Ich habe die Protokolle der Steuerungsgruppe gelesen. Da taucht überhaupt nichts auf, was ich in die Richtung interpretieren könnte.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Mich würde interessieren: Haben Sie von der Diskussion über die Übernahme des BKA 2006 etwas mitbekommen?

Zeuge Bert Gricksch: Ja.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Was denn?

Zeuge Bert Gricksch: Ich denke, das hat jeder mitbekommen. Das Bundeskriminalamt ist ja nicht gerade begeistert gewesen, dass die Zuständigkeit oder die Federführung den Bayern übertragen wurde. Ich denke, der Spruch von Herrn Beckstein ist hier auch besprochen worden. Der geisterte bei uns auch durch. Das BKA war wenig amüsiert. Ja, die Bayern haben es für selbstverständlich gehalten. Ich glaube - das ist natürlich jetzt auch eine Hypothese, die ich durch nichts belegen kann -, am Ergebnis hätte es

nichts ausgemacht, weil jeder sich einbringen konnte, weil jeder seinen Spielraum hatte.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Im Nachhinein betrachtet?

Zeuge Bert Gricksch: Im Nachhinein betrachtet.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Und damals? Wie haben Sie darauf reagiert?

Zeuge Bert Gricksch: Ja, ich habe das so hingenommen. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Mir war es egal. Wir waren quasi die Letzten, die dazukamen. Ich kannte keinen Kollegen. Mir war es völlig egal, ob ich dem BKA zuarbeite oder den Kollegen aus Bayern. Wir haben uns da als Team verstanden.

Richtungsstreit? Ich weiß nicht, ob Nordrhein-Westfalen ähnlich versucht hätte, das Verfahren an sich zu ziehen; ich kann es Ihnen nicht sagen. Ich habe irgendwie Verständnis gehabt für die Bayern: mit fünf Fällen, jahrelang daran sitzen und dann möglicherweise so ein Verfahren abgeben müssen. Ich kann das BKA verstehen, die sagen: Leute, wir haben unsere Zuständigkeit. Aber es ist politisch entschieden worden, und politische Entscheidungen, die stelle ich nicht infrage.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Also, ich kann Sie insofern beruhigen, als uns auch ein Vermerk des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen aus der damaligen Zeit vorlag, wonach eine zentrale Ermittlungsführung beim BKA auch aus Sicht des Innenministeriums NRW nicht für erforderlich gehalten worden ist.

Interessant ist, dass der stellvertretende Leiter der BAO, Herr Mähler, hier gesagt hat, dass das BKA die Fälle übernehmen wollte, aber das BKA damals wohl sagte, Kassel und Dortmund wollte man dabei aber nicht mit berücksichtigen. Können Sie sich erklären, warum man das ausgeklammert hat oder ausklammern wollte?

Zeuge Bert Gricksch: Nein, das würde ja auch überhaupt keinen Sinn machen. Also, zu glauben, dass da jemand nach dem siebten Fall die Waffe gefunden hat und dann mal so ein bisschen umherfährt, um acht und

neun zu erschießen - also, nein, das kann ich mir überhaupt nicht vorstellen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Ich möchte noch mal auf die Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz zurückkommen. Wie würden Sie die generell in Nordrhein-Westfalen bezeichnen? Gut? Eng?

Zeuge Bert Gricksch: Es tut mir leid. Dazu kann ich Ihnen nichts sagen. Das sind persönliche Begegnungen mit dem einen oder anderen, aber dienstlich habe ich damit so wenig zu tun gehabt; das wäre nicht in Ordnung, wenn ich jetzt sagen würde: Das ist gut oder weniger gut.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Für wie wichtig hätten Sie es denn gehalten, auch in der Nachbetrachtung, dass es vielleicht etwas enger gewesen wäre? Hätten Sie da von sich aus eher initiativ werden müssen in Richtung LfV?

Zeuge Bert Gricksch: Ich will es mal so sagen: Schlechter hat es ja nicht werden können.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Was? Die Zusammenarbeit?

Zeuge Bert Gricksch: Ja, natürlich.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Okay. Warum?

Zeuge Bert Gricksch: Weil ich mich eben nicht daran erinnern kann, dass da so ein richtiger Austausch stattgefunden hat. Wir haben quasi auf den Treffer gewartet und wären dann natürlich auf die Kollegen zugegangen. Ich persönlich habe aber erwartet: Wenn da irgendwelches Hintergrundwissen vorhanden ist, dann muss ich die ja nicht jetzt persönlich anrufen und sagen: Mensch, Leute, nehmt uns einmal bitte ernst hier.

Also, ich bin davon ausgegangen, dass dieser Fall mit dieser Bedeutung in der Bundesrepublik von allen Sicherheitsbehörden zur Kenntnis genommen wird. Und dann erwarte ich auch, dass jeder Sachbearbeiter, und sei er noch so tief unten angesiedelt, mal seinen Kopf anstrengt und sagt: Ich habe da eine Idee; vielleicht solltet ihr die mal irgendwie in eure Erwägungen mit einbeziehen. - Und das ist wohl anscheinend nicht passiert.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Jetzt, im Nachhinein, allerdings mit Bezug auf 2006, nachdem das Trio aufgedeckt wurde, meldete sich eine V-Person bei dem V-Person-Führer und hat gesagt, dass sie Toni S. - ich will jetzt den Namen nicht weiter ausführen - aus der rechtsextremistischen Szene mit Uwe Mundlos am 01.04.2006, kurz vor dem Mord an Kubasik, gesehen hatte. Sie hat Mundlos dann auch in der Zeitung wiedererkannt. Ist Ihnen diese Information bekannt?

Zeuge Bert Gricksch: Nein, das höre ich jetzt das erste Mal.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Und ein Toni S. sagt Ihnen auch gar nichts?

Zeuge Bert Gricksch: Nein.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Also, Sie können dazu - -

Zeuge Bert Gricksch: Nein, das höre ich jetzt hier das erste Mal.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Okay. Keine weiteren Fragen.

Stellvertretender Vorsitzender Stephan Stracke: Vielen Dank, Herr Wolff. - Jeder verlässt sich auf den anderen und wundert sich dann, dass er alleine ist. - Gibt es noch weitere Fragen? - Frau Pau, bitte schön.

Petra Pau (DIE LINKE): Ich will noch eine Frage stellen. - Sie haben eingangs gesagt, dass das Ganze auch Sie verändert hat. Ich gestehe, und ich glaube, das können wir alle hier für uns in Anspruch nehmen, ganz egal, inwieweit wir vorher mit diesem Phänomen Rechtsextremismus in irgendeiner Weise beschäftigt waren: Diese Ermittlungen hier im Ausschuss verändern uns auch, und keiner kann sagen, dass er vor Beginn dieses Untersuchungsausschusses auf dem Stand war, auf dem wir heute sind. - Das sage ich gleich an dieser Stelle.

Wir haben unsere Ermittlungen hier mit drei Expertenanhörungen begonnen. In der ersten Expertenanhörung haben wir versucht, uns in die Opferperspektive zu begeben, soweit das überhaupt möglich ist, und haben sowohl von Barbara John als auch von Opferberaterinnen vom „Weißen Ring“

bzw. von der mobilen Beratung gehört, dass sie aus ihrer Praxis und auch bei dem Kontakt mit den Familien der Opfer immer wieder darauf stoßen, dass Vermutungen, Hinweisen, dass Straftaten - also nicht bloß diese zehn jetzt - rechtsextrem motiviert sein könnten, fremdenfeindlich motiviert sein könnten, oftmals nicht mit der notwendigen Sensibilität nachgegangen wird oder das Ganze abgetan wird nach dem Motto: Die Opfer sind Migranten und müssen sozusagen nur deshalb davon ausgehen; wir gucken aber erst mal in die andere Richtung.

Da Sie vorhin über Ihre Sensibilität als Opferbegleiter, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, gesprochen haben: Können Sie uns sagen, was sich für Sie verändert hat, auch im Herangehen an solche Dinge, und würden Sie vielleicht auch mit Blick auf Schlussfolgerungen aus dieser Serie und den Umgang damit eine Schlussfolgerung - - vielleicht auch als Lehrsatz formuliert, wie man gerade an Straftaten herangehen sollte, bei denen völlig ungeklärt ist, was der Ausgangspunkt ist?

Zeuge Bert Gricksch: Na ja, nichts ist unmöglich. Ich bin jetzt seit 39 Jahren Polizeibeamter. Ich habe viele Fälle erlebt, wo ich eine Vermutung hatte, aber das Ergebnis ein anderes war. Und man kommt an Niederungen, die man sich gar nicht vorstellen kann. Das gehört eben genau dazu.

Ich will mir hier nicht anmaßen, so einen Spruch von mir zu lassen. Vielleicht hilft der Satz, den ich meinen Leuten mit auf den Weg gebe: Betrachte jeden, der zu dir als Polizist kommt, so, als wäre es ein enger Familienangehöriger von dir und hätte dieses Problem. Dann hilft man auch.

Petra Pau (DIE LINKE): Danke.

Stellvertretender Vorsitzender Stephan Stracke: Vielen Dank. Gibt es noch Fragen vonseiten der Grünen? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir jetzt zum Abschluss. Herr Gricksch, wir bedanken uns ganz herzlich. Ich darf noch darauf hinweisen, dass Ihnen sobald als möglich - sobald es fertiggestellt sein wird - das vorläufige Protokoll zugesandt wird. Sie haben dann die Möglichkeit, entsprechende Korrekturen anzubringen. Dafür kriegen Sie auch noch eine schriftliche Belehrung.

Ich wünsche Ihnen und uns allen noch einen schönen Restabend. - Bis auf ein Wiedersehen.

Zeuge Bert Gricksch: Danke.

(Schluss: 20.57 Uhr)